18 Billionen Euro bis 2010!

Deutschland hat, auch im Gefolge der beiden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts, astronomische Beträge an Reparationen, Wiedergutmachung, Entwicklungshilfe, Ausländerintegration und -beihilfen sowie für ähnliche Aufgaben geleistet, teilweise gezwungenermaßen als Besiegter der Kriege, teilweise aus übertriebener Reue- und Bußhaltung. Bezeichnenderweise gab es bisher keine einigermaßen umfassende Zusammenstellung aller dieser Zahlungen. Im Gegenteil: Von den Verantwortlichen in den Ministerien wurde eher versucht, diese Ausgaben in möglichst vielen verschiedenen Haushaltstiteln zu verstecken, so daß der interessierte Bürger sie nicht finden kann.

Das vorliegende Buch stellt alle diese Kosten für den Zeitraum von 1919 bis zur Gegenwart in übersichtlichen Tabellen zusammen und zeigt die unvorstellbare Höhe dieser Tribute. Da der Verfasser die jeweils in verschiedenen Währungen ausgedrückten Beträge in Euro umrechnet, gewinnt der Leser einen Eindruck von dem gegenwärtigen Wert dieser Zahlungen. Auch wenn nur die untersten Grenzen angesetzt werden, wenn für Ausgaben keine genauen Zahlen zu erhalten sind und Schätzungen vorgenommen werden müssen – etwa bei den jahrzehntelang vorgenommenen geheimen und gegen das Grundgesetz verstoßenden Waffenlieferungen an Israel –, so ergibt sich eine Gesamtsumme von mehr als 18 Billionen Euro nach heutigem Wert.

ISBN 978-3-87847-259-9
ISSN 0564-4186

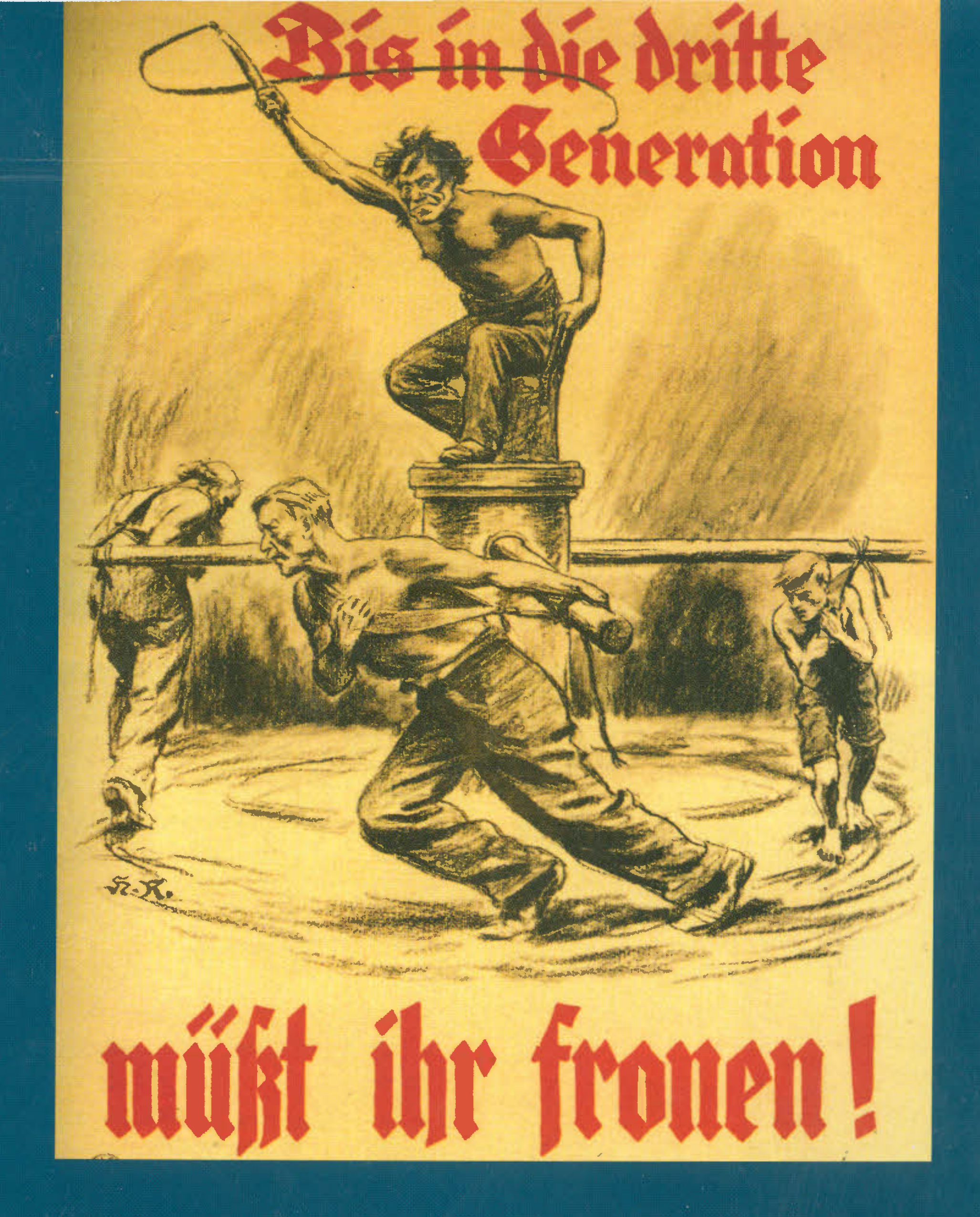


Hans Meiser

Ausplünderung Deutschlands seit 1919

GRABERT





Ausplünderung Deutschlands seit 1919

Hans Meiser

Hans Meiser

Ausplünderung Deutschlands seit 1919

Daß die Bundesrepublik Deutschland seit Jahren der ›Zahlmeister‹ der Europäischen Union (EU) ist, indem sie den bei weitem größten Nettobeitrag zum Etat dieser Staatengemeinschaft beiträgt, dürfte den meisten Deutschen bekannt sein. Nur ein kleinerer Teil der Bundesbürger weiß darüber Bescheid, daß Berlin auch nach den USA der zweitgrößte Zahler für die internationalen Vereinigungen um die UNO herum ist, obwohl die Deutschland diskriminierenden UNO-Feindstaatenklauseln noch immer in Kraft sind. Kaum jemand hält es jedoch für möglich, daß die BRD noch immer für die Reparationen aus dem Ersten Weltkrieg zahlt, obwohl dieses Ereignis bald ein ganzes Jahrhundert zurückliegt.

Es ist bezeichnend, daß es bisher keine wissenschaftliche und umfassende Aufstellung über die Gesamtheit der Zahlungen gibt, die Deutschland im Gefolge der beiden verlorenen Kriege zu leisten gezwungen war oder seit Jahrzehnten freiwillig vornimmt. Auch von seiten der Bundesregierungen ist noch nie ein solcher Auftrag vergeben oder selbst erfüllt worden, und die Opposition im Deutschen Bundestag hat es ebenso nicht gewagt, an dieses heiße Thema zu rühren. Im Gegenteil: Der Nachforschende bekommt den Eindruck, daß die immensen Beträge deutscher finanzieller Leistungen an das Ausland von den Verantwortlichen möglichst in den Etats von Bund und Ländern versteckt werden, damit der interessierte Bürger keinen Überblick gewinnen kann. Dabei wäre es zur Beurteilung der deutschen Gegenwartspolitik äußerst nützlich, die diesbezüglichen Zahlen auf dem Tisch zu haben.

Diese bisher schmerzlich empfundene Lücke hat der Verfasser mit dem vorliegenden Buch ausgefüllt. Der Historiker ist den vielen verschiedenen deutschen Zahlungen ins Ausland und für fremde Interessen seit dem Versailler Diktat 1919 bis zur Gegenwart nachgegangen, insbesondere den horrenden Besatzungskosten, der Wiedergutmachung und der Entwicklungshilfe. Er hat die Werte für die nach 1918 und die nach 1945 geraubten deutschen Gebiete samt ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Güter abgeschätzt. Er hat insbesondere die seit Adenauers Zeiten erfolgten und lange geheimgehaltenen – weil gegen das Grundgesetz verstoßenden – Waffenlieferungen an Israel aufgelistet, die Hunderte von modernen Panzern, mehrere U-Boote, die auch für Atomsprengköpfe umzurüsten sind, und anderes schweres Gerät umfassen. Er hat die in vielen Haushaltstiteln im Bund, in den Ländern und bei den Kommunen verstreuten Kosten für die soziale Unterstützung der ausländischen ›Mitbürger‹ und der Asylanten zu eindrucksvollen Übersichten zusammengestellt. Zusätzlich hat er zum besseren Verständnis die in den letzten hundert Jahren in den verschiedenen Währungen ausgedrückten Angaben in Euro umgerechnet.

Faßt man die verschiedenen Zahlen für die Untersuchungszeit von 1919 bis zur Gegenwart zusammen, so ergibt sich die unvorstellbare Höhe von mehr als 18 Billionen Euro, das sind 18 000 Milliarden Euro, die dem Volksvermögen der Deutschen entzogen wurden. Und es hat noch kein Ende. Der Auffangschirm der EU mit 750 Milliarden Euro für überschuldete Länder wie Griechenland wird auch am stärksten von der Bundesrepublik getragen, nachdem schon die Maastrichter Beschlüsse für Deutschland ein ›Versailles ohne Krieg‹ bedeuteten.

Wenn oft behauptet wurde, daß die deutschen Zahlungen die ›Versöhnung‹ mit unseren östlichen Nachbarn und Israel vorantreiben würden, so hat die Wirklichkeit der letzten Jahre bewiesen, daß dies ein frommer Wunsch der politisch naiven Deutschen war und ist. Das Gegenteil trat ein. Deutschland zahlt und zahlt und zahlt.


Meiser
AUSPLÜNDERUNG
DEUTSCHLANDS

Veröffentlichungen
des Instituts für deutsche Nachkriegsgeschichte
BAND LI

in Verbindung mit zahlreichen Gelehrten des In- und Auslandes
herausgegeben von Wigbert Grabert

Hans Meiser

Ausplünderung Deutschlands seit 1919

18 Billionen bis 2010



GRABERT- TÜBINGEN

Meiser, Hans:
Ausplünderung Deutschlands seit 1919 /
18 Billionen bis 2010
Hans Meiser.- Tübingen : Grabert-Verlag 2010
Veröffentlichungen des Instituts für deutsche
Nachkriegsgeschichte ; Bd. 51
ISBN 978-3-87847-259-9
ISSN 0564-4186

ISBN978-3-87847-259-9
ISSN0564-4186

Postfach 1629,D-72006Tübingen
www.grabert-verlag.de

Gedruckt in Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Dritter Teil
Ausplünderung Deutschlands nach 1945 - 117

Vierter Teil
Ausplünderung Deutschlands bis? - 181

Einführung

Im 20. Jahrhundert wurde das deutsche Volk gleich zweimal das Opfer eines alliierten Vernichtungswillens, der sich weder gegen die kaiserliche Monarchie noch gegen das NS-Regime HITLERS richtete, sondern einzig und allein gegen die Vormachtstellung des Deutschen Reiches. Der deswegen geführte »Zweite Dreißigjährige Krieg«, wie CHURCHILL diese Periode bezeichnete, war keineswegs mit dem Kriegsende 1945 abgeschlossen. Er wurde, wie in der Zwischenkriegszeit, auch nach 1945 bis heute unaufhörlich weitergeführt, wenn auch mit anderen Mitteln. Die Anglo-Amerikaner hatten sich schon in der Vergangenheit keineswegs nur auf heiße Kriege beschränkt, sondern meistens Wirtschafts- und Handelskriege geführt. Im Besitz der meisten Goldbestände der Welt konnten sie immer wieder mit Handelsblockaden und Wettbewerbsverdrängungen ihre Gegner besiegen oder zu abhängigen Staaten degradieren (>Bananen-Republiken<).

Nach 1918 versuchte Frankreich, Deutschland in die Knie zu zwingen, indem es den Raub eines Siebtels der deutschen Staatsfläche mit hoher Produktionskraft und hohe Reparationsforderungen durchsetzte. Später bedauerte man, nach 1919 nur die Rheinlande und das Ruhrgebiet zeitweise besetzt zu haben, nicht aber das ganze Deutschland. Diesen -Fehler- wollten die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg unbedingt vermeiden, was bereits 1943 in Casablanca zu der Forderung von der bedingungslosen Kapitulation führte. Unter dem Vorwand, Deutschland von der NS-Herrschaft zu -befreien-, wurde dann eine Jahrzehnte andauernde Besatzungsherrschaft errichtet, die anfangs direkt funktionierte, später und bis heute auch indirekt.

Auf diese Weise konnten die Alliierten in Ost und West ungehemmt Deutschland in einem unvorstellbaren Maße ausplündern. Nach Gründung der Bundesrepublik, als wieder gute DM erwirtschaftet wurden, wurden die bisherigen Reparationsleistungen aller Art in >Wiedergutmachung< umbenannt, was dem Denken vieler deutscher -Gutmenschen- entsprach und noch entspricht, da sie der Meinung sind, daß -wir- als Alleinschuldige am Krieg auch jeglichen Schaden -wiedergutmachen- müßten. Empört weisen sie es zurück, sich von in- und ausländischen Fachhistorikern belehren zu lassen, daß im Hechtteich der Vorkriegszeit sich keineswegs nur HITLER tummelte, sondern auch Haie wie STALIN, CHURCHILL, ROOSEVELT, DALADIER, Oberst BECK und die Phalanx jüdischer Kommittees.[1] Von den ersten drei-

[1] SCHEIL, Stefan, *Churchill, Hitler und der Antisemitismus - Die deutsche Diktatur; ihre politischen Gegner und die Europäische Krise der Jahre* 1938/39, Berlin 2009.

en schrieb AUGSTEIN im *Spiegel*, daß sie alle vor einem Gericht wie in Nürnberg zum Tode hätten verurteilt und gehenkt werden müssen."

Auf die letzteren Zusammenhänge kann hier nicht weiter eingegangen werden, denn es geht hier im wesentlichen um den Nachweis der ungeheueren Nachkriegsverluste und Belastungen, mit denen das deutsche Volk bis heute zu bezahlen hat und woran alle unsere Regierungen bisher nicht zu rütteln gewagt haben. Im Gegenteil: Bis heute weigern sie sich, die Gesamtverluste des Zweiten Weltkriegs untersuchen zu lassen und eine Verlustbilanz zu erstellen. Vielmehr erklären sie sich mit immer höheren Belastungen kritiklos einverstanden (siehe Teil IV).

Dieser Ausarbeitung gingen mehrere Jahre voraus, in denen die zahlreichen Daten und Fakten mühsam gesammelt wurden. Wie bei Indizien-Verfahren mußten viele Einzelmeldungen der Medien und vorhandene Statistiken in einen Gesamtzusammenhang gebracht werden. Dabei erwiesen sich die staatlichen Statistiken, der Bundes-Etat mit über 2300 Seiten und die eher verschleiernde Kriminalstatistik usw. als Bücher mit sieben Siegeln, in denen oft mehr versteckt als offengelegt ist. Aus all diesen Gründen können im Ergebnis nur der ungefähre Verlauf und angenäherte Quantitäten gebracht werden. Die Materie wäre es aber wert, daß sich wissenschaftliche Forschungsgruppen gründlich des Themas annähmen. Doch offensichtlich wagt sich niemand an den brisanten Gegenstand heran, denn mit den Ergebnissen könnte man sich die Karriere verbauen. Sie würden den WEIZSÄCKER-Mythos von der Befreiung Deutschlands 1945 restlos zerstören - mit allen Konsequenzen für den BRD-Staat.

Als Ergänzung zu diesem Dokumentationsversuch seien noch folgende Arbeiten zur Lektüre empfohlen:

GEORG, Friedrich, *Hitlers letzter Trumpf - Entwicklung und Verrat der Wunderwaffen,* Tübingen [2]2010.

GEORG, Friedrich, *Unternehmen Patentraub* 1945, Tübingen [5]2010.

NORDBRUCH, Claus, *Der deutsche Aderlaß,* Tübingen 2001.

Porr, Wolfgang, *Wehe den Besiegten,* Tübingen [3]2004.

Währungs-Relationen und Berechnungs-Modus

In jedem Hauptkapitel (I-IV) sind die Hauptausgabeposten numeriert (von pos. I/1 bis pos. IV/) und am Schluß eines jeden Hauptkapitels in Übersichten zusammengefaßt. Bei Wertangaben werden die Beträge in Goldmark (GM) in Reichsmark (RM) oder Ostmark (OM), in (US)-Dollar (USD, $), in Deutsche Mark (DM) und zuletzt in Euro (€) angegeben. Alle Währungen werden in Euro umgerechnet.

[2] *Der Spiegel,* 7. 1. 1985.

1 GM = 0,35842 g Feingold (nach 1918 nur Verrechnungseinheit bei Reparationen).
1 RM = 0,35842 g Feingold (ab 1924 bis zur Bankenkrise 1931).
1 $ 1,504632 g Feingold (1900-1933) = 5 GM/RM (bis 1933).
1 $ = 0, 888671 g Feingold (ab 1934) = 2,95 RM.
ab 1938 nur noch 2,48 RM.
1 $ = 4,00 RM (1945-1967).

Wegen Inflations- und Teuerungsfolgen im Verlauf von fast 100 Jahren seit 1919 ist eine Umrechnung erforderlich, bei der hier auf die Schweizer Methode des Warenkorb-Kaufkraft-Vergleichs zurückgegriffen wird. Danach standen die RM-Beträge, die nach 1945 immer auf dem Wert von 1938 beruhen, 1956 zur DM im Verhältnis von 1 zu 1,76 und 1981 etwa im Verhältnis von 1 zu 5 (Umrechnungsfaktor UF 5). 2009 betrug das Verhältnis etwa 1 zu 10. Bis 1948 sind somit RM-Beträge alle im Verhältnis von 1 zu 10 bewertet, desgleichen frühe DM-Beträge seit 1948 (UF 10). Zahlungen, jedoch für jüdische Opfer, die von 1952 bis 2009 kontinuierlich erfolgten, werden in ihrer Gesamtheit mit einem durchschnittlichen Umrechnungswert von 1 zu 5 angegeben (UF 5). Alle umgerechneten DM-Beträge werden dann - abgerundet - im Verhältnis 2 zu 1 in € umgerechnet.

Bei einer durchschnittlichen Inflation oder Teuerung von jährlich 4 Prozent seit 1945 ergibt sich ebenfalls ein Umrechnungsfaktor von etwa 10 für diese Zeit. Kostete beispielsweise ein Buch 1950 zwei DM und um 2000 ein gleichartiges Buch 20 DM, so beträgt der Umrechnungsfaktor = 10. Natürlich sind viele Waren seither verhältnismäßig billig geblieben oder billiger geworden. Andere aber, vor allem Lebensmittel und Dienstleistungen, sind wesentlich teurer geworden.

Bei der Kaufkraftbewertung darf auf keinen Fall der Zinsverlust vergessen werden. Am Beispiel des Londoner Schuldenabkommens ist ersichtlich, daß die Zinseszinsen den ursprünglichen Kapitalbetrag beträchtlich übersteigen. Warum das so ist, zeigt eine Übersichtstabelle:

Beispiel: Kapital 1 Million, 5% Zinsen

Die Zinsen steigen expositionell und betragen nach dem

1. Jahr	50.000	5. Jahr	276.281
2. Jahr	102.500	10. Jahr	628.894
3. Jahr	157.625	20. Jahr	2.653.297
4. Jahr	215.505	50. Jahr	11.467.399

Ergebnis: Ein Kapital von 1 Million Euro erbringt bei 5 Prozent Zinsen in 50 Jahren insgesamt etwa das Zehnfache und gleicht damit in etwa den Kaufkraftverlust (UF10!) des Geldes aus 11,467 Mio.

lebenshaltungskosten 1927/1928

Um eine Vorstellung vom Wert einer Reichsmark der endzwanziger Jahre zu bekommen, empfiehlt es sich, die damaligen Lebensverhältnisse zur Kenntnis zu nehmen.' Damals galt die Sechs-Tage-Woche (48 Stunden!). Bei einem Stundenlohn von durchschnittlich 0,60 RM erhielt ein Arbeiter für 26 Arbeitstage einen Monats-Grundlohn von rund 135 RM. 100 RM im Monat waren steuerfrei. Für Ehefrau und erstes Kind waren je 10 RM steuerfrei, für das zweite Kind 20 RM, für das dritte 40 RM, für das vierte dann 60 RM usw. Das bedeutete, daß die meist kinderreichen Arbeiter keine Steuern zu zahlen hatten.

Als Regelleistung wurde im Krankheitsfall 50 Prozent des Grundlohns gezahlt, für Familien waren es 60 Prozent. Betrug dieser monatlich 135 RM, wurden wöchentlich 14 RM oder 16,80 RM ausbezahlt. Wer zur Einkommensteuer veranlagt wurde, wurde bis zu 8000 RM nur mit 10 Prozent an Steuern belastet, von 8000 bis 12000 RM nur mit 12,5 Prozent.

Bei einem Grundlohn von 135 RM waren 1927/28 für bestimmte Leistung zu zahlen:

Preisniveau 1927/1928	
Krankenkasse (5,4% vom Basislohn):	7,29 RM
Erwerbslosenversicherung (3%)	4,05 RM
Monatliche Wohnungsmiete (Kleinwohnung):	8,00 RM
1 dz Kartoffeln (Hauptnahrungsmittel):	5-7,00 RM
1 kg Brot (Hauptnahrungsmittel):	0,40 RM
1 Paar Stiefel	8,50 RM
Haarschnitt:	0,30 RM
Normalbriefmar ke	0,15 RM
Eine Zugfahrt Hann. - Küstrin (ca. 343 km) kostete:	
IV. Klasse, Normalzug: (3,3 Pfg. je km):	11,40RM
III. Kl., Schnellzug: (5,48 Pfg./km, 1,50 RM Zuschlag)	18,80 RM

[3] Ebenda, S. 26 f.

lebenshaltungskosten nach 1949

Entsprechend den Lebenshaltungskosten verdiente ein Bauarbeiter um 1950 ohne Überstunden monatlich etwa 300 bis 400 DM. Damit konnte er seine kinderreiche Familie ernähren (1 kg Brot 0,40 DM, Haareschneiden 0,50 DM, 7 Heringe eine DM), ohne daß die Ehefrau beruflich mitarbeiten mußte. Eine Kinokarte kostete etwa eine DM; für die Eintrittskarte zu einer Opernaufführung zahlte man ab drei Mark. Eine Normalbriefbeförderung kostete 12, die einer Postkarte 6 Pfennig.

Konsumausgaben privater Haushalte 1970 und 2008[4]

1970 gesamt:	191,290 Mrd. €
Nahrungsmittel/Getränke:	46,880 Mrd. €
je Einwohner:	3.200,000. €
2008 gesamt:	1.333,610 Mrd. €
Nahrungsmittel u. Getränke:	193,310 Mrd. €
je Einwohner	17.100,000 €

Die Übersicht zeigt, daß sich die Gesamtausgaben für das Lebensnotwendige von 1970 bis 2007 durchschnittlich um etwa das 6,8fache erhöht haben. Darin sind sowohl höhere Preise als auch ein erhöhter Verbrauch enthalten. Lag der Preis·index im Basisjahr 1965 bei 100%, so stieg er bis 2004 auf 340%. Nach den explosionsartigen Kostenerhöhungen 2007/2008 mit einer durchschnittlichen Teuerung von über drei Prozent dürfte der Erhöhungsfaktor 2010 bei 5 liegen.

In der heutigen Zeit, in der die Wirtschaft ins Gigantische wächst - und fällt -, in der Milliarden-Zahlen kaum noch beeindrucken, muß darauf hingewiesen werden, daß eine Milliarde Goldmark in den zwanziger Jahren einen ungeheuren Wert darstellte. Die Gesamteinnahmen des Deutschen Reiches betrugen 1927 nur 8,657 Milliarden Reichsmark! Davon mußten in jenem Jahr allein für die unmittelbaren inneren Kriegsfolgen (Kriegsbeschädigtenrenten usw.) 1,279 Milliarden RM bezahlt werden."

Die im Folgenden ausgewiesenen Verluste Deutschlands sind exorbitant. Wem diese tatsächlich astronomischen Zahlen zu hoch erscheinen, der möge sich vor Augen halten, daß alle Sachverständigen, die sich mit der Materie befaßt haben, übereinstimmend betonen, daß angegebene

[4] *Statistisches Bundesamt Deutschland 2007.*

[5] FRIEDRICH, Wilhelm, *Sammlung von Tabellenbüchern,* Magdeburg 1928, S. 89.

Werte erstens an der Untergrenze liegen und zweitens außerordentlich viele Posten unberücksichtigt blieben, weil keinerlei Unterlagen vorliegen oder weil sie nicht bezifferbar sind. Drittens ist der Wertverlust des Geldes seit Beginn der DM-Zeit unübersehbar, erst recht in der Zeit nach Einführung des Euro bis 2010. Neben dem Wertverlust des Geldes muß aber auch noch der meist unberücksichtigt gebliebene Zinsverlust in die Gesamtrechnung miteinbezogen werden. Schließlich hat die sich beschleunigende Finanzkrise der Gegenwart dazu geführt, daß Hunderte von Milliarden und gar Billionen Geldeinheiten über Nacht verschwinden oder den Besitzer wechseln. Die Ausplünderung Deutschlands hat sich damit zumindest auf ganz Europa ausgeweitet.

Für den Benutzer dieser Dokumentation wird der jeweilige Sachverhalt zusammenhängend erklärt. Für jene, die die Zahlenangaben genau überprüfen möchten, sind die Fakten jeweils rechnerisch dargestellt und durch ein durchgehendes Übersichtsschema nachvollziehbar. Zu allen vier Hauptkapiteln bieten zusammenfassende Hauptübersichten Einblick in die wesentlichen Fakten und Daten.

Teil I

Ausplünderung Deutschlands 1919-1932

Der Erste Weltkrieg - Urkatastrophe Europas

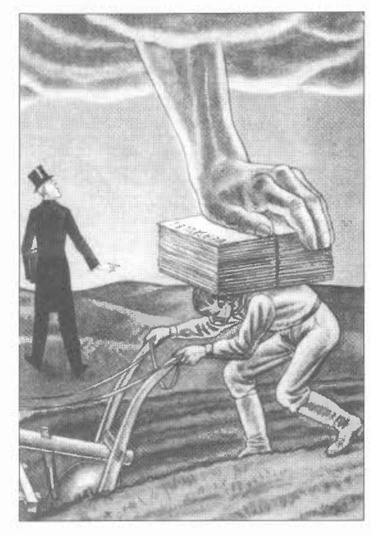
Bedingungen, Ursachen und Anlaß

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts veränderte sich die Welt in bis dahin unvorstellbaren Maßen. Wissenschaft und Technik entwickelten immer höherwertige Verkehrs-, Nachrichten- und Waffensysteme, die die Mobilisierung immer größerer Massen förderten und die imperialistischen Staaten, aber auch fanatische Regierungen von Kleinstaaten zu immer maßloseren Handlungen trieben. Der von den amerikanischen USA-Nordstaaten entfesselte Vernichtungs krieg gegen die 1865 aus dem Bund ausgetretenen Südstaaten zeigte sich von sein~r grausamsten Seite vor allem für die Zivilbevölkerung. Unter moralischen Vorwänden (Abschaffung der Sklaverei in den Südstaaten) ging es in Wirklichkeit um wirtschaftliche Interessen der der Wall Street hörigen Regierung. Daß in mehreren Nordstaaten die Sklaverei nicht abgeschafft wurde, ist ein Beweis dafür.

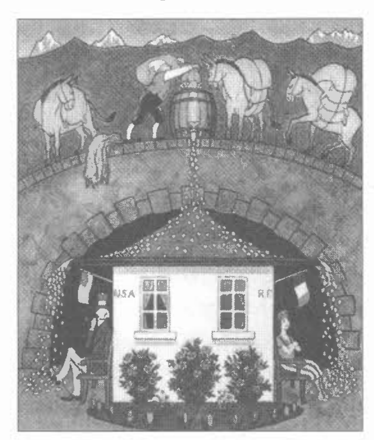
Die jahrelangen diktatorischen Unterdrückungsmaßnahmen der nördlichen Sieger, die nach dem Krieg den Süden wirtschaftlich ruinierten, nahmen in ihrer Art das Versailler Diktat vorweg. Seither entwickelten sich die USA immer mehr zu einer imperialistischen Großmacht, die unter moralischen Vorwänden weltweit agiert, immer nur ihren politischen und materiellen Vorteil im Auge hat.

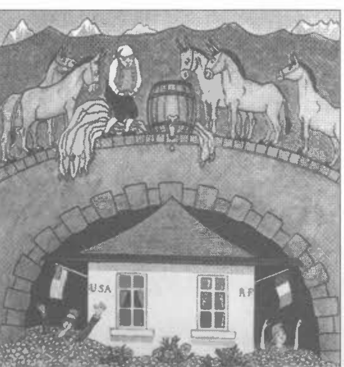
Mit der Bevölkerungsexplosion entwickelten sich im 19. Jahrhundert Massenbewegungen, Massensysteme, Massenverführung und seit 1865 in den Kriegen auch die Massentötung und -vernichtung. Im Krieg gegen die Buren 1899-1902 führte Großbritannien erstmals die barbarische Methode der Konzentrationslager für die Zivilbevölkerung ein. Deren brutale Behandlung kostete 28000 Gefangenen das Leben, auch Frauen und Kindern. Hier kann man schon von einem bewußt gewollten Genozid sprechen. Dagegen stellte der von Frankreich angezettelte Krieg von 1870/71 noch eine geradezu humanitäre Veranstaltung dar.

Den mächtigen imperialistischen See-Großmächten, den >Seeschäumern<, standen vor 1914 noch die alten Kontinentalmächte, die -Landtreter-, gegenüber: das Zarentum in Rußland, die Monarchie in Deutschland und in Österreich-Ungarn. Auch hier sammelte sich Sprengstoff an, Ideologien aller Art: Nationalismus-Cha uvinismus, Marxismus, Anarchismus usw. Diese infizierten oder begeisterten gut organisierte Massen, die die Mitbestimmung, die Diktatur des Proletariats oder die völlige Abschaffung eines jeglichen Regierungssystems forderten.



Zahlreiche Karikaturen prangerten ab 1919 das Friedensdiktat und seine Folgen an.





Los von Versailles!
Nieder mit der Schuldlüge
Der 28. Juni
Die gemeinste Fälschung der Weltgeschichte
die schamlose Lüge von der Schuld des deutschen Volkes am Weltkriege
Deutsche Männer und Frauen!
Versailles ist schuld
Versailles ist schuld!
Die Wahnsinnstat von Versailles muß beseitigt werden
Deutsche Männer und Frauen Münchens!
Erhebt Protest
zwingt die deutsche Regierung
Erscheint daher in Massen zur Protestkundgebung
am Mittwoch, 28. Juni abends auf dem Königsplatz.
Für den Arbeitsausschuß:

Protest gegen das Ausplünderungsdiktat.

Versailles, gesehen von den Zeichnern (Th. Heine und Olaf Gulbransson) der »Reparationsfibel«, eines Karikaturenbandes. Hier: Der deutsche Michel schafft Reparationen heran, bis die Sieger im Goldregen ersticken. Die Empörung über das Diktat von

Als von herausragender Bedeutung müssen die Meinungsunterschiede zwischen Deutschland, Frankreich und England sowie die undiplomatische Politik Österreich-Ungarns und Rußlands auf dem Balkan angesehen werden. Zusammengefaßt ergaben sich folgende Voraussetzungen und Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges:

- Frankreichs Revanche-Ziel, das 1871 verlorene Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen.
- Die explosionsartig gewachsene wirtschaftliche Macht des neuen Deutschen Kaiserreiches und die dadurch entstandene Konkurrenz zu England.
- Die deutsch-britische Flottenrivalität.
- Das Drängen Rußlands nach den Meerengen und der Panslawismus unter seiner Führung mit dem Ziel, Österreich-Ungarn durch Krieg zurückzudrängen.
- Das Bestreben Serbiens, ein großserbisches Reich zu errichten, und der dadurch folgende Konflikt mit Österreich-Ungarn.
- Die politisch unkluge Annexion der türkischen Provinzen Bosnien-Herzegowina durch Österreich-Ungarn.
- Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers.
- Der Automatismus der starren Bündnissysteme und der militärischen Operationspläne aller Großmächte in Europa.

Kein Staat – außer England und Frankreich – wollte den Krieg, aber jeder nahm ihn bewußt in Kauf – zumindest, weil er eine gute Gelegenheit bot, Revanche zu nehmen (Elsaß-Lothringen), die deutsche Handelskonkurrenz auszuschalten (England) oder die Dardanellen zu erobern (Rußland). Die Entschlossenheit der Gegner Deutschlands zum Krieg zeigte sich schon darin, daß sie frühzeitig über territoriale Ansprüche für den Fall des Sieges einig waren:

- Rußland beanspruchte im März 1915 Konstantinopel, die Dardanellen, das Marmarameer, Teile Kleinasiens und Thraziens.
- Italien gab am 26. April 1915 den Alliierten seine Gebietsforderungen als Preis für seinen Kriegseintritt bekannt (unter anderem Südtirol).
- England, Frankreich und Rußland einigten sich im Frühjahr 1916 über Abtretungen des türkischen Reiches: Kurdistan, die Schwarzmeerküste (an Rußland), Syrien (an Frankreich), das südliche Mesopotamien mit Bagdad, die Häfen Haifa und Akka (an England).

432.

M. Paléologue, Ambassadeur de France à Saint-Pétersbourg,
à M. Viviani, Ministre des Affaires étrangères.

T. n° 318. Extrême urgence. *Saint-Pétersbourg, 31 juillet 1914, 10 h. 43.*
(Reçu : 20 h. 30.)

La mobilisation générale de l'armée russe est ordonnée [3].

N° 118

M. Paléologue, Ambassadeur de France à Saint-Pétersbourg, à M. René Viviani, Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères.

Saint-Pétersbourg, le 31 juillet 1914.

En raison de la mobilisation générale de l'Autriche et des mesures de mobilisation prises secrètement, mais d'une manière continue, par l'Allemagne depuis six jours, l'ordre de mobilisation générale de l'armée russe a été donné, la Russie ne pouvant, sans le plus grave danger, se laisser davantage devancer; en réalité, elle ne fait que prendre des mesures militaires correspondant à celles prises par l'Allemagne.

Pour des raisons stratégiques impérieuses, le Gouvernement russe ne pouvait plus, sachant que l'Allemagne s'armait, retarder la conversion de sa mobilisation partielle en mobilisation générale.

Paléologue.

Im *Großen Wendig*, Bd. 3 (Grabert, Tübingen 2008) hat Michael Klotz aufgezeigt, wie im offiziellen französischen *Gelbbuch* gefälscht wurde. *Oben:* Das offizielle diplomatische Dokument Nr. 432, in dem der französische Botschafter in Rußland, Paléologue, am 31. Juli 1914 um 10 Uhr 43 dem französischen Außenministerium in Paris mitteilt: »Die Generalmobilmachung der russischen Armee wird angeordnet.« Mit dieser Entscheidung setzte die russische Regierung eine Entwicklung in Gang, die nicht mehr aufzuhalten war, und trug damit wesentlich zum Ausbruch des Krieges bei. *Unten:* Im entsprechenden Dokument des *Gelbbuches* (Nr. 118) haben die Autoren (anhand der französischen Übersetzung des bereits im August 1914 erschienenen britischen *Blaubuchs!*) hinzugefügt: »Aufgrund der Generalmobilmachung Österreichs und der Mobilmachungsmaßnahmen, die Deutschland seit sechs Tagen zwar im geheimen, doch stetig getroffen hat, wurde die Generalmobilmachung der russischen Armee angeordnet. . .«

Frankreich erhielt bereits am 14. Februar 1914, also vor dem Krieg, von der russischen Regierung die Bestätigung der Unterstützung bei der Absicht, folgende Gebiete von Deutschland zu erhalten:

- »Elsaß-Lothringen und das ganze Kohlenbecken des Saargebiets soll dem französischen Territorium einverleibt werden.«
- »Die übrigen linksrheinischen Gebiete sollen von Deutschland ganz abgetrennt werden. Sie sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und von französischen Truppen besetzt bleiben. . .«

Auf deutscher Seite gab es derartige imperialistische Absichten nicht. Erst im weiteren Verlauf des Krieges wurden Kriegsziele erörtert, unter anderem von der 1917 gegründeten Vaterlandspartei.

Die Kriegsschuldfrage als strategisches Kampfmittel

Wer die Schuld an der Entstehung eines Krieges trägt, ist anschließend für Sieger völlig klar: der Besiegte, der jetzt für den gesamten Schaden aufkommen soll und außerdem noch jede mögliche Demütigung ertragen muß. Hielten sich beide Folgen – vom amerikanischen Sezessionskrieg abgesehen – bis Ende des 19. Jahrhunderts in Europa in Grenzen, so änderte sich das nach dem Ersten Weltkrieg grundlegend. Seither diktiert nicht mehr der beiderseitige Wille zur Versöhnung und Friedenssicherung die Verträge, sondern es herrschen Haß und Rachegedanken sowie der Wille, den Gegner vernichtend zu schwächen. Während Frankreich nach den napoleonischen Kriegen als besiegter Staat am Wiener Kongreß 1815 aktiv ›mittanzte‹, waren die Deutschen bei den Versailler Friedenskonferenzen nicht zugelassen. Sie durften und mußten lediglich ihre eigene Verurteilung und ihre ›Bestrafung‹ als ›Alleinschuldige‹ (§ 231) demütig unterzeichnen – unter Androhung eines neuen Feldzuges gegen das daniederliegende Deutschland.

Die Empörung unter den Deutschen über das Versailler Diktat war gewaltig, Diskussionen über die Kriegsschuldfrage waren allgegenwärtig. Sie erhitzten die Gemüter und legten Keime für künftiges Unheil: Die Saat des Hasses der Sieger fiel auf fruchtbaren Boden.

Bis 1914 war weder die Verdammung eines Angriffskriegs noch eine persönliche Verantwortung der leitenden Staatsmänner völkerrechtlich festgelegt. Auch heute noch ist die Schuldfrage insofern unbedeutend, als es – im Gegensatz zum Strafrecht etwa – im Völkerrecht niemals zu einer Definition und Festlegung der Schuldfrage gekommen ist. Niemals wurde festgelegt, daß Angriffskriege verboten sind und eine Zuwiderhandlung als Schuld bezeichnet wird. Vielmehr besaß jeder souveräne Staat das Recht,



Deutscher Protest gegen das Versailler Diktat.

einen Krieg zu beginnen. Lediglich bei der Kriegführung konnten kriegführende Staaten Schuld auf sich laden, indem sie zum Beispiel gegen die Haager Konventionen verstießen. Aus diesem Grund konnte und kann erst recht nicht eine rückwirkende Schuld mit später eingeführten Rechtsnormen begründet werden. Die dem Deutschen Reich von den Alliierten ohne Anhörung des ›Angeklagten‹ und ohne vorherige Prüfung der Akten zugesprochene Alleinschuld am Krieg bedeutete daher eine moralische Verurteilung, die zu weitgehenden politischen und historischen Auseinandersetzungen führen mußte, zumal mit der Kriegsschuld auch deutsche Wiedergutmachungsleistungen begründet wurden. Die Verwahrung, die der deutsche Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau auf der Versailler Konferenz gegen die Kriegsschuldthese einlegte, blieb wirkungslos, aber auch der sich demütigende, schuldbewußt um Vergebung bittende Erzberger empfing bei der Unterzeichnung des Waffenstillstands nur Verachtung.

Die Kriegsschuldfrage führte zu einer umfangreichen, kaum zu übersehenden Kriegsschuldforschung, die durch Aktenveröffentlichungen immer tiefer in die Vorgeschichte des Weltkrieges eindrang, nachdem 1917 die sowjetische Regierung und 1919 die deutsche und die österreichische ihre Archive geöffnet hatten. Die Alliierten folgten erst nach 1926. Da in Deutschland linke Kreise und Parteien im Gegensatz zu rechten der kaiserlichen Regierung eine Mitschuld zusprachen, trug die Kriegsschuldfrage wesentlich zur innenpolitischen Zersetzung der Weimarer Republik und zur Verbreitung des Nationalsozialismus bei.

Auch nach 1945 kam die durch den historischen Abstand kritischer gewordene deutsche Forschung zu keinem Abschluß – zumal einige Historiker aus ›volkspädagogischen‹ Gründen und im Sinne der herrschenden ›Political Correctness‹ die größere Schuld bei Deutschland zu finden glauben. Darin zeigt sich eine Haltung wie die des Historikers Prof. Wolfgang J. Mommsen, der am 23. Januar 1999 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* über die sicher verdienstliche Vertreibungs-Dokumentation des Historikers Theodor Schieder schrieb, daß er (Mommsen, als Student!) diese »schon damals nicht gern gesehen« habe. Offensichtlich ist er der Meinung, daß deutsche Historiker die Wahrheit angesichts der ›Hitler-Verbrechen‹ unterdrücken sollten. Was das mit seriöser Wissenschaft im Sinne Leopold von Rankes oder Friedrich Meineckes zu tun hat, bleibt unerfindlich.

Immerhin besteht nunmehr eine weitgehende internationale Übereinstimmung darüber, daß 1914 kein einzelner verantwortlicher Staatsmann den Ausbruch eines großen Krieges vorsätzlich herbeiführen wollte, daß aber alle, auch die deutsche Regierung, eine Mitverantwortung trifft. Aus Sorge um die Erhaltung der Großmachtstellung der verbündeten Donau-Monarchie hat sie den auslösenden Angriff Österreich-Ungarns gegen Serbien nicht verhindert. Den größten Anteil am Kriegsausbruch trägt aber Rußland, das mit der vorzeitigen Mobilmachung einen Zwangsmechanismus in Bewegung setzte (siehe Abb. S. 20).

›Reparationen‹ – ein Begriff des Völkerrechts

Unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten versteht man unter ›Reparationen‹ die Praxis, vom Besiegten eines Krieges in einem Friedensvertrag einseitig eine Entschädigung zum Ersatz nicht nur der Kriegskosten zu verlangen, sondern auch Geld-, Sach- und Dienstleistungen zur Wiedergutmachung der den Siegerstaaten und deren Angehörigen zugefügten Schäden und Verluste. Bis zum Ersten Weltkrieg war es dagegen allgemeine Praxis, von dem Besiegten zum Ersatz der Kriegskosten lediglich eine Kriegsentschädigung zu fordern.

Erstmals in den Pariser Vorortverträgen wurden von den Siegermächten Reparationsforderungen gestellt. Als Rechtsgrund für diese Reparationen wird die angeblich völkerrechtswidrige Kriegseröffnung von seiten des Reparations-Schuldners als seine Kriegsschuld angesehen. Die Problematik der Reparationen liegt darin, daß sie praktisch nur als Leistungen des Besiegten an den Sieger in Betracht kommen, wobei die als Grundlage der rechtlichen Beurteilung dienende historische Frage der ›Kriegsschuld‹ in der Regel nicht eindeutig zu beantworten ist.

Volkswirtschaftlich betrachtet, sind Reparationen ebenfalls problema-

tisch, da sie die Wirtschaft des besiegten Staates gerade dann belasten, wenn sie durch den Krieg bereits zerrüttet ist. Mit seiner Kritik an der alliierten Reparationspolitik konnte J.M. KEYNES nach dem Ersten Weltkrieg nicht verhindern, daß diese mit zur Ursache der deutschen Inflation von 1922/ 23 und der Weltwirtschaftskrise von 1929 wurde.

Auszüge aus den Bestimmungen des Versailler Diktats

- *Teil II, Art. 51–79: Deutschlands Grenzen (Landabtretungen):* Elsaß-Lothringen entschädigungslos an Frankreich.
- *Art. 31–39:* Moresnet und Eupen-Malmedy an Belgien.
- *Art. 40–41:* Luxemburg scheidet aus dem deutschen Zollverein aus.
- *Art. 94–99:* Teile von Ostpreußen (Kreise Memel, Heydekrug, Teile der Kreise Tilsit und Ragnit) kommen als ›Memelland‹ bis auf weiteres unter die Obhut der Alliierten
- Art. 87–93: fast ganz Westpreußen und Teile von Pommern und die Provinz Posen und Oberschlesien an Polen

Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921:

- 60% der Stimmen, 55% der Gemeinden stimmen für Deutschland; dennoch wird Oberschlesien am 20. Oktober 1921 auf Druck Frankreichs durch Beschluß des Obersten Rates der Alliierten geteilt.



Die territorialen Verluste des Deutschen Reiches durch Versailles (ohne Kolonien). 1928 von der Reichsregierung für den Gebrauch an Schulen herausgegebene Wandkarte.

Volksabstimmung am 11. Juli 1920:

- *Art. 94:* Von Teilen Ost- und Westpreußens kamen nach der Abstimmung von Westpreußen an Deutschland 92,8 %, an Polen 7,2 %.
- *Art. 88 §2:* Von Ostpreußen fielen an Deutschland 97,5 %, an Polen 2,5 %.
- *Art. 81–86:* Das Hultschiner Ländchen – und auch noch die Hälfte des Kreises Leobschütz, falls »infolge der Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Polen der betreffende Teil jenes Kreises von Deutschland abgesondert bliebe« – an die Tschechoslowakei.
- Teil IV, Art. 119–125: Sämtliche Kolonien fallen an den Völkerbund.
- Volksabstimmungen sollen über den Verbleib des Saargebietes entscheiden (Abstimmung nach 15 Jahren, solange Verwaltung des Völkerbundes, Abtretung aller Kohlengruben des Saargebiets und der Westpfalz an Frankreich, die Deutschland bei einer ihm günstigen Volksabstimmung zurückkaufen muß;
  Art. 45–50: Saarabstimmung 13. Januar 1935, 90,5% für Deutschland.
- *Art. 109–114:* Nordschleswig, Abstimmung am 10. Februar 1920 Nordzone: 74,2 % für Dänemark, 24,9 % für Deutschland; Südzone 14. März 1920 für Deutschland 80 %, für Dänemark 20 %.
- Die Besatzungskosten trägt das Deutsche Reich. Sie sind in Goldmark zu zahlen.
- *Teil V, Art. 160–213:* unter anderem Auslieferung des deutschen Kriegsmaterials,
- *Art.181–197:* unter anderem Auslieferung aller anderen Schiffe.
- *Art. 198–202:* Keine Luft- noch See-Luftstreitkräfte, vorhandenes Material ist auszuliefern.
- *Art. 203ff:* Interalliierte Überwachungsausschüsse für die Durchführung der Bestimmungen über Abrüstung Deutschlands zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Die Kosten der Überwachung trägt das deutsche Reich (sie beliefen sich Anfang 1920 auf jährlich rund 500 Millionen Gold-Mark).[6] Am 31. Januar 1927 verließ die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission ›IMKK‹ das Reich.
- *Teil VIII, Art. 231 Art. 231* (Kriegsschuldartikel): »Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der

[6] 1 Goldmark = 0,358423 g Feingold, 20 Mrd. GM = 7,168 Millionen Kilogramm bzw. 7.168 t Gold

ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.«

Wiedergutmachung:

- Ersatz aller Schäden, die der Zivilbevölkerung der Ententemächte durch den deutschen Angriff zugefügt worden sind.
- Erstattung der Pensionen und Vergütungen für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Gefallenen usw.
- Erstattung aller Summen nebst 5 Prozent Zinsen, die Belgien während des Krieges geliehen hat (5 Milliarden Franken).
- Festsetzung aller Schäden durch einen Wiedergutmachungsausschuß bis zum 1. Mai 1921.
- Tilgung innerhalb von 30 Jahren, sofortige Anzahlung von 20 Milliarden Goldmark bis April 1921, später noch 80 Milliarden GM.
- Sitz des Ausschusses ist Paris, er besteht aus 5 Mitgliedern (je einem Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens, der Vereinigten Staaten sowie einem, den abwechselnd Japan, Belgien oder Serbien stellen). Seine Aufgabe ist die Festsetzung der gesamten Schadenrechnung sowie die Regelung des Schuldzahlungsverfahrens, wozu er mit ausgedehnten Vollmachten ausgestattet ist: Recht zur Forderung von Steuererhöhungen, der Erschließung neuer Einnahmequellen sowie von Abstrichen in dem Haushalt des Reiches und der Einzelstaaten usw.

Reihe 42 Nr. 1 Fällig am 31. August 1921 mit $ 10 000 000

Deutsches Reich.

Berlin, den 31. Mai 1921

Am 31. August 1921 zahlen wir gegen diesen Wechsel an die Bank für Handel und Industrie oder an deren Order den Betrag von Zehn Millionen Standarddollar der Vereinigten Staaten von Amerika

Ohne Protest

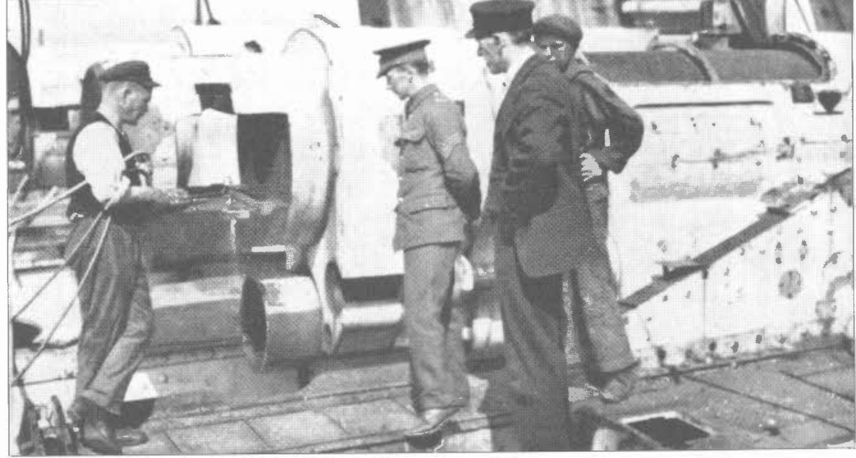
Zahlbar in Paris, Banque de France

Reichsschuldenverwaltung

Eine der Tratten, mit der die erste Milliarde Goldmark auf das Reparationskonto gezahlt wurde.

- Auslieferung der Handelsflotte und der deutschen Kabel.
- Kohlenlieferungen: an Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg auf 10 Jahre, jährlich ungefähr 40 Millionen Tonnen.
- Lieferungen von Farbstoffen, Maschinen, Werkzeugen, Fabrikeinrichtungen, Materialien für den Wiederaufbau zerstörter Gebiete.
- Viehablieferungen an Frankreich und Belgien:

Milchkühe:	140.000
Stiere:	4.000
Färsen:	40.000
Zuchthengste:	700
Stuten u. Stutenfüllen:	40.000
Schafböcke:	1.200
Schafe:	30.000
Ziegen:	10.000
Mutterschweine:	15.000



Vernichtung deutscher Geschütze auf Helgoland im Zuge des Versailler Diktats.

Die hauptsächlichsten Verluste Deutschlands

Ein englischer Wissenschaftler urteilte über den Versailler Vertrag:

> »Wer nicht die mehr als 800 Artikel des Versailler Vertrages genau verstanden hat, der ist nicht in der Lage, sich ein Urteil zu bilden über das Aufkommen des Nationalsozialismus und auch nicht über die Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkrieges.«

Der Vertragstext beweist, wie recht er hatte.

Gegenstand	Verlust in %	Verbleib in %
Bevölkerung	11	89
Boden	13,3	86,7
Siedlungsland	28	72
Wald	12	88
Steinkohlenvorräte	46	54
Steinkohlenförderung	25	75
Eisenerzgewinnung	75	25
Zinkerze	80	20
Bleierz	61	39
Hochofen/Stahlwerke	47	53
Walzwerke	40	60
Textilfabriken	17	83
Eisenbahnlinien	16	84
Lokokom. u. Wagen	22	78
Handelsflotte	90	10
Kolonien	100	0



Eine von den vielen auf Reparationskonto erbauten Riesenlokomotiven. Das gilt ebenso für die Lieferungen an die Kriegsflotte der Alliierten, vor allem für das im Hafen von Southhampton von Deutschland erbauten riesigen Schwimmdock mit dem Dampfer ›Bismarck‹.

Übersicht: Besatzungskosten 1918 bis 1924

Zeitraum I: Waffenstillstand 11.11.1918 bis 30.4.1921
Zeitraum II: 1. 5. 1921 bis 31. 8. 1924

Gläubiger-staat	Besatzungskosten äußere	Besatzungskosten innere	interalliierte Kommissionen
Frankreich I	1.030.585.394	329.382.612	2.498.744
England I	. 902.123.631	134.876.347	7.359.598
Belgien I	177.288.474	70.849.974	529.816
Italien I	10.052167	5.488	592.403
Amerika I	1.012.040.607	84.654.732	----------
Japan I	269.000	------------	128.525
zus. I	3.132.359.273	619.769.153	11.109.086
Frankreich II	394.415.213	538.371.173	-------------
England II	37.045.267	126.941	15.924.524
Belgien II	93.793.712	159.964.733	1.162.941
Italien II	-------------		1.629.635
Amerika II	55.521.899	26.867.194	-------------
Japan II	-------------	------------	243.690
zus. II	580.776.091	852.151.343	18.960.790
zus. I + II	3.763.237.512	1.451.888.357	30.069.876

Aus der Tabelle ergibt sich:

Äußere Haupt-Besatzungskosten I + II	3.763.237.512 GM
Innere Haupt - Besatzungskosten I + II	1.451.888.357 GM
POS. I/1a Haupt-Besatzungskosten	5.215.125.869 GM

Besatzungskosten nach 1918

Neben seiner Verpflichtung, die Kriegsschäden der Siegerstaaten wiedergutzumachen, ist Deutschland durch den Vertrag von Versailles noch einer ganzen Reihe anderer schwerer und unbestimmter Leistungen unterworfen worden. Hierher gehört die Verpflichtung Deutschlands zur Zahlung der gesamten Unterhaltungskosten der Besatzungsarmeen und der interalliierten Kommissionen. Diese Zahlungen hatten unmittelbar in Form von sogenanten -Mark-Vorschüssen- zu erfolgen und wurden unter »äußere Besatzungskosten« verbucht. Ferner hatte Deutschland für Unterkunft, Bereitstellung von Schießplätzen, Hergabe von Transportmitteln der Eisenbahn usw. zu sorgen. Diese Ausgaben Deutschlands nennt man »innere Besatzungskosten«."

7 FRIEDRICH, Wilhelm, *Sammlung von Tabellenbüchern,* 1928, 5.71.

Die Besatzungskosten und die Kosten der interalliierten Kommission für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis 31. August 1924 galten nur für das vertraglich besetzte Gebiet. Hinzu kamen noch die Besatzungskosten in den Sanktionsgebieten Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, die Besatzungskosten durch die Ruhrbesetzung und die Sonderkosten der Interalliierten Kommission (le).

Übersicht über alle Besatzungskosten 1919-27 in GM	
POS. I/la Haupt- u. Besatzungsk. bis 1924	5.215.125.869
POS. I/lb Besatzungskosten Sanktionsgebiete (Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort),	+16.199.025
POS. I/lc Besatzungskosten Ruhrbesetzung	+125.147.625
POS. I/ld Interalliierte Kommission	+30.069.876
POS. I/le Sonderk. der Interall. Kommission	111.671.917
Zusammen	5.498.214.312 GM
(UFI0)	54,497 Mrd. RM/DM

POS If1 Besatzungskosten insgesamt bis 1924 27.250 Mrd. €

Die -inneren. Besatzungskosten wurden vom 11. 11. 1918 bis 30. 4. 1919 unter den Alliierten (ohne Japan) folgendermaßen aufgeteilt:

Aufteilung der >inneren< Besatzungskosten	
USA (Dollar):	278.067.610
Frankreich (Franken):	2.304.850.470
England (Pfund Sterling):	52.881.298
Belgien (belg. Franken):	378.731.390
Italien (franz. Franken)	15.207.717
Nach Umrechnung:	3,64 Mrd. GM

Neuregelung der Besatzungskostenverrechnung 1924

Der Sachverständigenbericht des 1. Komitees brachte ab September 1924 eine umwälzende, grundsätzliche Neuregelung der Besatzungskosten. Er bestimmte, daß die im Sachverständigenplan festgesetzten Jahresleistungen Deutschlands auch alle Besatzungskosten aller Besatzungsarmeen mit einschließen. Sie bilden nunmehr einen Bestandteil der von Deutschland jährlich zu leistenden Annuitäten. Nach den Berichten des Generalagenten für die Reparationszahlungen wurden die Reparationszahlungen verwandt für

(a) die Besatzungsarmeen und
(b) die interalliierten Kommissionen:

Besatzungs- und Kommissionskosten 1924 bis 1927 in GM

	1. 9. 1924 bis 31.8.25	1. 9. 1925 bis 31.8.1926	1.9.1926 bis 31.8.1927	zus. am 1. 9. 1927
a)	191.181.506	170.322.000	221.000.000	582.503.506
b)	22.800.627	18.118.000	12.785.000	53.703.627
	213.982.133	188.440.000	33.785.000	636.207.133

Besatzungs-Gesamtkosten 1924 bis 1927	636,207 Mio. GM
(UFI0)	6,362 Mrd. DM
POS. 1/2 Besatzungskosten von 1924 bis 1927	3,181 Mrd. €

Mißbrauch der Besatzungskosten

Eine Meldung der *Mitteldeutschen Zeitung* vom 29. Juli 1924 zeigt, daß die deutschen Besatzungs- und Reparationskosten sich nicht nur auf die Goldmarkzahlungen beschränkten, sondern auch auf zahlreiche Wirtschafts- und Luxusgüter ausgedehnt wurden, mit denen sich besonders die Offiziere der Besatzungstruppen und ihre Familienangehörigen ein -Leben wie Gott in Frankreich- ermöglichten. Hier ein Beispiel der französischen und britischen Kaufwünsche:

Auflaufformen	7.024	Eßzimmer	9.371
Bilder	1.165	Fenstergarnituren	47.000
Bügelbretter	10.126	Herrenzimmer	3.514
Einzel-Klubsessel	4.662	Kleiderschänke	6.121

Kochtöpfe	59.700	Rotweingläser	69.822
Korbmöbelgarnituren	2.179	Salons	2.046
Kronleuchter	12.231	Schlafzimmer	22.136
Küchen	9.194	Schreibtische	2.119
Kuchenformen	11.679	Sektgläser	74.044
Küchenuhren	9.513	Spiegel	18.685
Läufer	91.951	Stühle	54.602
Likörgläser	119.661	Teewagen	10.905
Marktkörbe	1.750	Teppiche	25.999
Nachttischlampen	17.951	Tische	18.296
Pastetenformen	4.000	Tischlampen	14.563
Patentmatratzen	22.720	Weingläser	183.983
Polstermöbelgarnit.	3.550	Zierdecken	4.400
Puddingformen	51.000	Zimmeruhren	3.520
Gesamtwert	72 Mio. GM		

Nicht mitgerechnet sind noch Zehntausende beschlagnahmter Wohnungen, in denen die Möbel und Einrichtungsgegenstände, Wäsche und Geräte von den Besatzern genutzt wurden. Der dadurch den Deutschen entgangene Gewinn ist kaum abschätzbar.

»Wasted Millions« - »Vergeudete Millionen«

Unter dieser Überschrift berichtete die englische Zeitung *The Manchester Guardian* vom 6. September 1927 über die Besatzungskosten, die in folgender Feststellung gipfelte: »Alle Welt weiß, daß die Besetzung des Rheinlandes politisch und militärisch unnötig ist. Die nähere Betrachtung der finanzpolitischen Seite des Besatzungsproblems ergibt, daß sie auch jedem gesunden wirtschaftlichen Fühlen und Denken widerspricht.«

Diese Aussage wird durch folgende Berechnung bestätigt: In den letzten vier Jahren vor dem Krieg betrugen die Ausgaben des Deutschen Reiches für seinen gesamten Militäraufwand (Heer, Flotte, Reichsmilitärgericht):

1910	ca. 862 Mio. GM
1911	ca. 879 Mio. GM
1912	ca. 967 Mio. GM
1913	ca. 1.081 Mio. GM
1910-1913	ca. 3.189 Mio. GM

Das ergibt einen Durchschnittsjahresbetrag von rund 948 Millionen Goldmark. Wird die bereits bis zum 31. August 1924 aufgelaufene Gesamtsumme von 5,387 Milliarden Goldmark auf die vorausgegangenen fünf Jahre der Rheinlandbesetzung umgelegt, ergibt das eine Durchschnittsjahresausgabe von rund 1,077 Mrd. Goldmark. Die Besatzungsarmeen am Rhein haben also im Jahr durchschnittlich mehr Kosten verschlungen als die gesamte deutsche Armee und Marine in den letzten vier Vorkriegsjahren." Dieser Vergleich zeigt deutlich, daß die nüchtern denkenden und um die wirtschaftliche Gesundung Europas ernstlich besorgten Männer aller beteiligten Nationen recht hatten, als sie von einem Besatzungswahnsinn am deutschen Rhein sprachen. Doch der Wahnsinn hatte Methode - ebenso wie die auf den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands zielenden Landberaubungen und die Höhe der Reparationen.

Reparationen nach dem Ersten Weltkrieg

Nach dem Ersten Weltkrieg verpflichteten die Alliierten, allen voran Frankreich und England, das Deutsche Reich zu Reparationszahlungen an die Siegermächte, wobei eine mit gewissen Richtlinien ausgestattete Reparations-Kommission mit Sitz in Paris die Höhe der Belastung festlegen sollte. Der die »Wiedergutmachungen« Deutschlands regelnde Teil VIII des Versailler Vertrages beginnt mit dem von allen deutschen Patrioten erbittert bekämpften Kriegsschuldparagraphen, mit dem die Siegermächte erklären und Deutschland gezwungenermaßen anerkennt, daß das Deutsche Reich und seine Verbündeten als Urheber für alle Schäden und Verluste verantwortlich seien, die den Alliierten und ihren Staatsangehörigen infolge des durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges zugefügt worden waren (Art. 231). Die langjährigen Auseinandersetzungen über die Höhe der Reparationen auf den Konferenzen von Boulogne (1920), Spa (1920) und Paris (1921) führten zu den Pariser Beschlüssen, die insgesamt eine Reparationsschuld von 223 Milliarden Goldmark vorsahen, die bis 1963 abzutragen sei. Nach Ablehnung dieser Beschlüsse durch die deutsche Regierung besetzten französische Truppen Düsseldorf und Ruhrort.

Reichskanzler Constantin FEHRENBACH (Zentrumspartei), der sich vergeblich gegen die Vertragsbedingungen gewehrt hatte, trat am 4. Mai 1921 zurück.

Am 5. Mai übergab 1921 der britische Premier LLOYD GEORGE dem deutschen Botschafter in London die neuen Forderungen der Alliierten in Höhe

8 FRIEDRICH, Wilhelm, ebenda.

von 132 Mrd. Goldmark[9] in 66 Jahresraten. Die Raten dazu betrugen 2 Mrd. Goldmark. Das entspricht einer Kaufkraft von heute rund 10 Mrd. Euro. Deutschland sollte außerdem 26 Prozent des Wertes seiner Ausfuhr an die Alliierten zahlen. Bei Nichtannahme der Forderungen innerhalb von sechs Tagen drohten die Alliierten, das Ruhrgebiet zu besetzen. Außerdem wurde die Hungerblockade gegen Deutschland beibehalten.

Die Regierung unter Reichskanzler Joseph Wirth (1921/1922), der eine Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg verinnerlicht hatte, glaubte sich deshalb am 11. Mai 1921 gezwungen, die Forderungen zu akzeptieren. So erschien eine schuldbeladene Abordnung in Versailles und unterschrieb zerknirscht alle Bedingungen. Diese »Erfüllungspolitik« wurde von Rechten heftig kritisiert, besonders von Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, einem Schüler Bismarcks, der nur Interessen kannte, die der Alliierten, aber auch diejenige Deutschlands. Matthias Erzberger dagegen hatte 1918 bereits empfohlen, in Compiègne möglichst schuldbewußt aufzutreten, unterwürfig alles zu unterschreiben, um ›Verzeihung‹ zu betteln und an die Moral der Gegner zu appellieren. Diese Politik war 1919 gescheitert und scheiterte auch in Versailles. Die Alliierten setzten gnadenlos und moralverachtend ihre Forderungen durch. Als Finanzminister befleißigte sich Erzberger, den Reparationsforderungen nachzukommen, und wurde deshalb 1921 von Mitgliedern der Organisation ›Consul‹ ermordet. Seine Nachfolger im Geiste heißen Genscher, Kinkel, Fischer, Steinmeier und Westerwelle.

In den dreißiger Jahren arbeitete Reichskanzler a. D. Joseph Wirth in Frankreich und in der Schweiz landesverräterisch gegen Bezahlung für den französischen Nachrichtendienst ›Services spéciaux‹, später auch für den britischen. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete er konspirativ mit Agenten der Sowjetunion zusammen.[10]

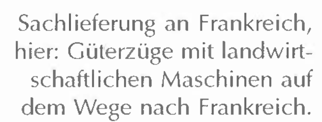
Die USA ratifizierten den Versailler Vertrag nicht und erhoben keinen Anspruch auf Reparationen.

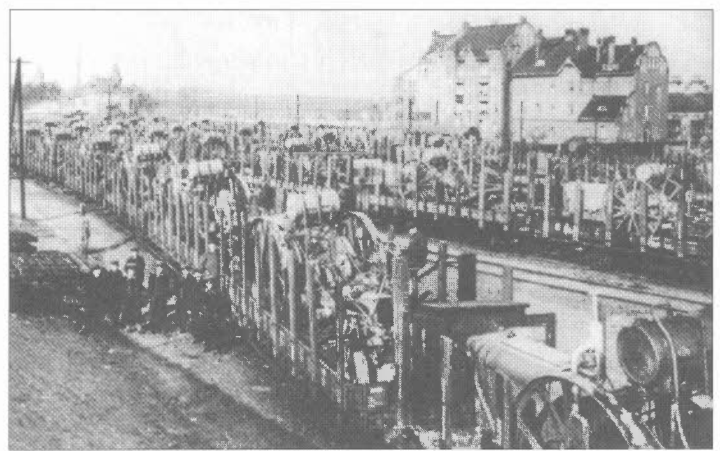
Besetzung des Ruhrgebietes 1923

Als Deutschland mit den Reparationszahlungen in einen vergleichsweise kleinen Rückstand kam, rückten französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 ins Ruhrgebiet ein. Die deutsche Regierung und Bevölkerung reagierten mit passivem Widerstand, das heißt, Befehle der Besatzungstruppen wurden ignoriert und ein Generalstreik ausgerufen. Transportzüge mit der Kohle, die Franzosen und Belgier als Reparationen abtransportieren wollten, wurden umgelenkt und blockiert. Daraufhin

[9] Rund 47 000 Tonnen Gold.

[10] Meiser, Hans, *Verratene Verräter*, Stegen 2006, S. 205–210 u. 324 f.





Sachlieferung an Frankreich, hier: Güterzüge mit landwirtschaftlichen Maschinen auf dem Wege nach Frankreich.



Franzosen am Rhein. Ende 1922 hatten die Franzosen dem Deutschen Reich vorgeworfen, zu wenig Telegraphen- und Holzstangen abgeliefert zu haben. Ein deutsches Ersatzangebot wurde abgelehnt. Daraufhin stellte die alliierte Reparationskommission eine deutsche Verletzung des Friedensvertrags fest!

entließen die Besatzer alle deutschen Bahnarbeiter, die, wie die Streikenden, von der Reichsregierung finanziell unterstützt wurden. Dies trug, neben den Reparationszahlungen zu der weltweit einmaligen Hyper-Inflation in Deutschland insofern bei, als mehr Geld gedruckt werden mußte, um den Ruhrkampf zu unterstützen. 1923 war die Stabilisierung der Reichsmark eine Vorbedingung für die Neuverhandlung der Reparationsforderungen. Die enormen Kosten für den Ruhrkampf sind nicht abschätzbar.

Tatsächlich ruinierte der Ruhreinbruch die bereits von den Kriegskosten[11] belasteten Staatsfinanzen des Reiches nun völlig. Denn das Deut-

[11] Zur Bezahlung der Kriegskosten hatte die Reichsregierung Anleihen bei Betrieben, Banken und Privatpersonen aufgenommen, insgesamt 96,4 Mrd. Mark.



sche Reich übernahm in der Zeit die Lohnausfälle der Belegschaften. Für die finanzielle Unterstützung der Streikenden wurden von sogenannten Notpressen immer neue Geldscheine gedruckt, insgesamt sind 700 Trillionen Mark verausgabt worden (20 Nullen). Da den Zahlungen keine produktiven Leistungen entsprachen, kam es zu einer dramatischen Verschärfung der Inflation. Sie erreichte eine neue Rekordhöhe: Für 1 Dollar zahlte man im August 1923 schon 4,6 Millionen Mark. Eine Währungsreform befreite die Regierung zwar völlig von allen Schulden, ließ aber große Teile der Bevölkerung völlig verarmen.

Am 28. September 1923 wurde die Ableistung der Reparationen wieder aufgenommen.



Plakate zum Widerstand gegen die französischen Ruhrbesatzer. *Unten*: Die furienhafte französische Marianne stürzt sich auf das Rheinland (Zeichnung von T. MATEJKO).





Makrabrer Humor: Raymond POINCARÉ verspeist Kinder aus dem Ruhrgebiet. Deutsches Anklageplakat gegen eine französische Karikatur. Im Juni 1922 äußerte der französische Staatspräsident: »Mir würde es wehe tun, wenn Deutschland zahlte. Ich ziehe die Besetzung und die Eroberung dem Geldeinstreichen und den Reparationen vor.« Auf der internationalen Konferenz von Genua (10.–19. 4. 1922) versuchte Frankreich Rußland zu Reparationsforderungen gegenüber Deutschland anzustacheln.

Dawes-Plan 1924 und Young-Plan 1929

Auf Druck Großbritanniens und der USA lenkte Frankreich im Herbst 1923 ein. Mit dem DAWES-Plan versuchten die Alliierten 1924 die Reparationszahlungen der Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches anzupassen. Deshalb wurde unter anderem die Höhe der Forderungen gesenkt (anfangs 1 Mrd. pro Jahr, später 2,5 Mrd. pro Jahr). Die wirtschaftlichen Faktoren traten gegenüber den politischen stärker in den Vordergrund. Ein Ende der Zahlungen wurde jedoch nicht festgesetzt. Zur Regelung der Reparationen wurde ein ›Reparationsagent‹ mit Sitz in Berlin eingesetzt. Aus den USA flossen Kredite nach Deutschland, mit denen die Reparationen bezahlt wurden.



Charles Gates DAWES. Er vertrat die Auffassung, daß Deutschland im Kern gesund sei und nur ›saniert‹ zu werden brauchte.

Als Quellen für die Reparationen dienten Zölle und Steuern, die direkt abgeführt werden mußten, und Zinsen und Tilgung für Schuldverschreibungen in Höhe von 16 Mrd. Goldmark, mit denen die Industrie belastet wurde. Um die Zahlungen zu sichern, wurden Reichsbank und Deutsche Reichsbahn in Aktiengesellschaften umgewandelt und unter internationale Kontrolle gestellt.

Zu dieser Zeit zeichneten sich bereits folgende Probleme ab:

- Die deutschen Reparationszahlungen sollten dazu dienen, die 40 Milliarden Dollar Kriegsschulden Frankreichs und Englands bei den USA zu tilgen. Dieser einseitige Geldstrom an die USA ohne Gegenleistung widersprach den elementaren Interessen der us-amerikanischen Volkswirtschaft.
- Es wurde kein Ende der Reparationszahlungen festgesetzt.
- Die politische Rechte kritisierte den Plan auf Grund der Souveränitätsbeschränkungen.
- Es war bereits absehbar, daß Deutschland nicht in der Lage sein würde, auf Dauer 2,5 Milliarden Reichsmark zu zahlen. Der Ruin der deutschen Finanzwirtschaft war absehbar, was sich international auswirken mußte.
- Die Kredite brachten Deutschland zwar einen wirtschaftlichen Aufschwung, führten aber zu einer starken Abhängigkeit von den USA, die sich in der Weltwirtschaftskrise 1929 als verhängnisvoll erwies.

US-Kredite kurzfristig: 10,3 Mrd. RM
langfristig: 10,3 Mrd. RM

US-Kredite

kurzfristig: 10,3 Mrd. RM
langfristig: 10,3 Mrd. RM

USA

Deutsches Reich

Alliierte Kriegsschulden

Alliierte

Reparationen bis 1932: 20,781 Mrd. GM

Internationaler Finanzkreislauf 1924 – 1931/32

Auf Druck der Industrie und der Agrarwirtschaft und um die Beendigung der Ruhrbesetzung zu erreichen, stimmten am 29. August 1924 im Reichstag auch Abgeordnete der rechtskonservativ-monarchistischen DNVP für den DAWES-Plan, so daß die nötige Zweidrittelmehrheit erreicht wurde.

Auf der Grundlage des Versailler Diktats regelte der YOUNG-Plan ein letztes Mal die Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reiches. Er wurde von einem Gremium internationaler Finanzexperten vom Februar bis Juni 1929 in Paris vorformuliert. Die endgültige Festlegung erfolgte auf zwei Regierungskonferenzen im August 1929 und im Januar 1930 in Den Haag.

Am 17. Mai 1930 trat der Plan rückwirkend zum 1. September 1929 in Kraft. Gleichzeitig wurde die YOUNG-Anleihe auf den Markt gegeben, in der sich das Reich mit 1,47 Milliarden Reichsmark zu 5,5 % Zinsen auf 35 Jahre verschuldete. Danach hatte das Reich durchschnittlich etwa zwei Milliarden Reichsmark jährlich zu zahlen, überwiegend in Devisen. Insgesamt 112 Mrd. Goldmark plus Zinsen bis 1988.

Nimmt man das Jahr 1930 als Grundlage, mußte das Deutsche Reich jährlich durchschnittlich den Gegenwert von rund 12 % seines Exports, von etwa 2,5% seines Nettosozialprodukts und ca. 7,3 % sämtlicher öffentlicher Einnahmen bezahlen. [12]

Bereits im Juni 1931 wurde der YOUNG-Plan durch das HOOVER-Moratorium ausgesetzt und im Juli 1932 von der Konferenz von Lausanne aufgehoben.

Insgesamt erhielt das Reich 33 Mrd. Goldmark von US-Banken als Kredit. An Reparationen mußte es aus dem eigenen Haushalt nur drei Milliarden aufbringen. Doch die Rückzahlungsverpflichtungen für die Kredite und die Zinslast blieben bestehen.

[12] MEISTER, Rainer, *Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929–1932*, Regensburg 1991, S. 44 f.



Die deutsche Delegation bei der zweiten Haager Konferenz: Reichsfinanzminister Paul MOLDENHAUER, Reichsaußenminister Julius CURTIUS, Minister für das besetzte Gebiet Joseph WIRTH, ganz rechts Staatssekretär im Außenministerium Carl VON SCHUBERT. Anfang Juni 1929 einigten sich die Alliierten auf den YOUNG-Plan, der bis 1988 Reparationszahlungen von insgesamt 34,5 Milliarden Mark vorsah.

Ende der Reparationszahlungen 1932

Nach Verabschiedung des YOUNG-Plans versuchte Reichskanzler Heinrich BRÜNING, den deutschen Export zu steigern, um genug Devisen zur Zahlung der Reparationen zu bekommen. Kredite, die man in den Jahren 1924 bis 1929 von der Wall Street erhalten hatte, gab es nach dem New Yorker Börsenkrach nicht mehr. BRÜNING hoffte, daß die Ausweitung des deutschen Exports den Gläubigerländern so unangenehm werden würde, daß sie von sich aus eine Revision des YOUNG-Plans vorschlagen würden. Doch die deutsche Exportoffensive brach bald zusammen, weil in der beginnenden Weltwirtschaftskrise alle Länder ähnliche Maßnahmen ergriffen und die Zölle erhöhten.

Im Frühjahr 1931 zogen immer mehr ausländische Gläubiger noch verbliebene kurzfristige Kredite aus Deutschland ab, so daß dieses an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geriet. In dieser Situation schlug der amerikanische Präsident Herbert HOOVER am 20. Juni 1931 vor, alle zwischenstaatlichen Schulden für ein Jahr ruhen zu lassen, um das Vertrauen der Kreditmärkte in die deutsche Wirtschaft zu beruhigen.

Nach dem HOOVER-Moratorium regelte das Abkommen von Lausanne vom 9. Juli 1932 die endgültige Ablösung der Reparationen durch die Abgabe von Schuldverschreibungen in Höhe von drei Milliarden RM. Zu einer Verwirklichung dieser Vereinbarung kam es allerdings nicht mehr. Das Deutsche Reich übergab der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel Schuldverschreibungen in dieser Höhe, die innerhalb von fünfzehn Jahren als Anleihe auf den Markt gebracht oder, falls das nicht gelin-

ge, vernichtet werden sollten. Der Vertrag von Lausanne wurde von den beteiligten Staaten nie ratifiziert, weswegen die deutschen Schuldverschreibungen 1948 in Basel feierlich verbrannt wurden. Immerhin waren bis 1932 nach mittlerer amerikanischer Schätzung Lasten abgetragen worden.

Bis 1932 abgetragene Reparationsschulden	
im Wert von	36,000 Mrd. GM
(UF10)	360,000 Mrd. DM

POS. 1/3 Gesamtzahlung für Reparationen bis 1932 180,000 Mrd.€

Siehe Tabelle im Anhang!

Die Deutsche Regierung errechnete insgesamt 67,7 Milliarden GM,* wobei der Wert des Staatseigentums in den annektierten Kolonien und verlorenen Reichsgebieten einbezogen war. Nach reichsdeutschen Rechnungen hatte Deutschland allein durch die Abtrennung bisheriger deutscher Reichsgebiete (Bezirke Pommerellen, Posen, Bromberg, Ostoberschlesien) hohe Vermögensverluste zu beklagen (Mindestzahlen):

Deutsche Vermögensverluste 1919	
Deutsches Eigentum an Polen:	6,500 Mrd. GM
Polnischer Inflationsgewinn:	4,800 Mrd. GM
Ehemals preußischer Besitz: (ohne staatliche Immobilien usw.)	3,200 Mrd. GM
zusammen	14,500 Mrd. GM
(UF10)	145,000 Mrd. DM

POS. 1/4 deutsche Verluste in -Polen- 72,500 Mrd. €

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die aus den Reparationsforderungen des Versailler Vertrages noch stammenden deutschen Auslandsschulden in das Londoner Schuldenabkommen von 1952 einbezogen.

Erst im Jahre 2020, gut 90 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, wird Deutschland alle Folgekosten der 1919 in den Versailler Verträgen festgelegten Reparationen bezahlt haben. Amtliche Meldungen, daß die Restschulden bereits bis 2010 getilgt werden, erweisen sich als ein Täuschungsmanöver. Tatsächlich wurde der Restbetrag lediglich in den allgemeinen Schuldentopf umgeschuldet.

Übersicht: Revision der Reparationsforderungen
Gesamthöhe und Höhe der Jahresraten in Mrd. Goldmark.

Jahr	Konferenz	Gesamthöhe in Mrd.	Anzahl der Raten	Jahresraten in Mrd.	Laufzeit bis
1919	Versailles	nicht festgelegt	30	n. festgel.	1950
1920	Boulogne	269	42	2,6	1961
1921/1.	Paris	226	42	6,5	1962
1921/5	London	1	32	662,6	1987
1924	London Dawesplan	nicht festgelegt	n. festgel.	1 - 2,5	n. festgel.
1929	Den Haag Youngplan	65	591,7	- 2,1	1988
1932	Lausanne	3	1	----	

Nach: PANDEL, H.-J., *Inflation und Arbeitslosigkeit,* Stuttgart 1988, S. 11.

Schlußbilanz I

1919 bis 1932

Gesamtkosten Reparationen, Besatzung, Ruhrkampf

POS If1 Besatzungskosten insges. bis 1924	27.250 Mrd. €
POS. 1/2 Besatzungskosten von 1924 bis 1927	3,181 Mrd. €
POS. 1/3 Gesamtzahlung für Reparationen	180,000 Mrd. €
POS. 1/4 deutsche Verluste in -Polen-	72,500 Mrd. €
	538,628 Mrd. €

Teil 11

Ausplünderung Deutschlands 1944-1954

Raubzüge - Plünderungen - Demontagen
Reparationen - Sklavenarbeit

Eine Bilanz nach über 65 Jahren .Befreiung-

Totale -Befrelung: **1945**

Reparationsansprüche der Alliierten

Noch niemals in der neueren Geschichte ist ein Volk so total -befreit- worden wie Deutschland seit 1945: von seinem Volksvermögen, von einem Viertel seines Landes samt allen Besitztümern, von seinem kulturellen Erbe, von seiner Wissenschaftskraft, vom Leben mehrerer Millionen Menschen (in der Nachkriegszeit!) und von der Ehre und Unversehrtheit von Millionen Frauen. Millionen Deutsche wurden von Haus und Hof und aus ihrer Heimat verjagt, Millionen Soldaten und Zivilisten wurden nach dem Krieg wie Vieh behandelt und mußten völkerrechtswidrig unbezahlte Sklavenarbeit leisten. Nein, als Befreier sind die Alliierten keineswegs in Deutschland einmarschiert, vielmehr als beutegierige Piraten, worauf schon die alliierten Vorbereitungen und Kriegsziele ganz klar hinweisen. Dennoch feiert Alt-Bundespräsident Richard VON WEIZSÄCKER, der am Ende des Krieges desertiert war, den 8. Mai als »Tag der Befreiung«.

In den Konferenzen von Quebec (1944), Jalta (1945) und Potsdam (1945) hatten die Alliierten beschlossen, das Deutsche Reich zu Reparationen in Form von Sachleistungen zu zwingen, hauptsächlich durch Demontage von Industrieausrüstungen, Entnahmen aus der laufenden Produktion und

Beschlagnahmung des deutschen Auslandsvermögens	
Wert des Auslandsvermögens 1938	20,000 Mrd. RM
(UF10), heutiger Wert	200,000 Mrd. DM

pos. IIj1 Beschlagnahmte dt. Auslandsvermögen <u>100,000 Mrd. €</u>

In diesem Sinne hatten die Sowjets 1945 auch alle deutschen Betriebe in Österreich, etwa 300 an der Zahl, als ihnen zustehend betrachtet, darunter auch die damals zweitgrößten Erdölfelder Europas im Marchfeld.

Über die Höhe der deutschen Reparationen kam unter den Alliierten keine Einigung zustande. Den Vorschlag ROOSEVELTS und STALINS in Jalta, Reparationen in Höhe von 20 Milliarden Dollar zu fordern, lehnte CHURCHILL ab. In der Folgezeit ging die Sowjetunion jedoch von einer Reparationsschuld zu ihren Gunsten in Höhe von zehn Milliarden Dollar aus. Das Potsdamer Protokoll entsprach dem in Jalta aufgestellten Grundsatz, daß Deutschland in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es (allein?) verursacht habe, Ausgleich zu schaffen habe. Die zur Befriedigung von Reparationsansprüchen heranzuziehenden deutschen Vermögenswerte teilte man nach territorialen Gesichtspunkten zwischen den

Westalliierten und sonstigen Reparationsgläubigern einerseits und der Sowjetunion sowie Polen andererseits auf.

Vorbereitungen und Ziele

Zum ersten Mal in der gesamten Menschheitsgeschichte hatten die Alliierten bereits während des Krieges Organisationen und Sonderverbände aufgestellt, deren Aufgabe ausschließlich darin bestand, nicht nur das deutsche Rüstungspotential, die deutsche Handelsflotte, die Großindustrie und weite Landesteile des Deutschen Reiches in Besitz zu nehmen, sondern auch die gesamte geistige Substanz des Besiegten sicherzustellen und zu verwenden.

Eigens für diesen Raubzug wurde im November 1944 die -European Advisory Commission- der drei großen Alliierten zusammengestellt, die gemeinsam handeln sollte. Tatsächlich aber versuchte jede Macht, Raubzüge möglichst zu ihrem eigenen Vorteil zu organisieren. Unter dem Decknamen >ALSOS< wurde unter Leitung des US-Generals Leslie GROVES eine Organisation zur Plünderung deutscher Geistesarbeit und -leistung gegründet, an dem der >US-Intelligence Service- beteiligt war. Mit der Eroberung Deutschlands durchkämmten technisch-wissenschaftliche Kommissionen verschiedener Geheimdienste und der Feindnachrichtendienste von Heer, Luftwaffe und Marine das gesamte Land, um neben ideellen und materiellen Werten sich auch aller Wissenschaftler und Techniker zu vergewissern, die diese Werte geschaffen hatten.

STAUN hatte ebenfalls lange Zeit vor Kriegsschluß Sonderkommissionen zusammenstellen lassen, die der Roten Armee unmittelbar folgten. Seine Direktive lautete:

> »Schlagartige Inbesitznahme aller deutschen Rüstungswerke vor ihrer Zerstörung. Aushebung aller wissenschaftlichen Forschungsinstitute, Festnahme aller Wissenschaftler, Abbau aller Fabriken, Forschungsstätten und Institute und ihre Verbringung in die UdSSR. Sicherstellung von Maschinen und Instrumenten, Geräten, Dokumentensammlungen und Patenten. Alle Menschen, die fähig sind, diese wichtigen Maschinen und Geräte zu bedienen oder in den Forschungsstätten und Instituten zu arbeiten, sind zu sammeln und zu gegebener Zeit in die UdSSR zu verbringen.«

70000 sowjetische Agenten und Offiziere, überwiegend Ingenieure und Wissenschaftler, überfielen wie Heuschrecken die eroberten deutschen Gebiete und plünderten sie aus.

Plünderungsaktionen und Beraubungen 1945

Wenn es eine gemeinsame Verhaltensweise aller alliierten Soldaten in Ost und West gab, der kein Deutscher 1945 entrinnen konnte, dann war dies die Jagd nach deutschen Uhren aller Art. Oft schmückten die Eroberer beide Arme mit der begehrten Trophäe. Doch damit nicht genug: Die russische Soldateska griff nach allem Wertvollen, was nicht niet- und nagelfest war. Und selbst robustes Material widerstand auf Dauer nicht den Brechstangen oder gar dem Dynamit.

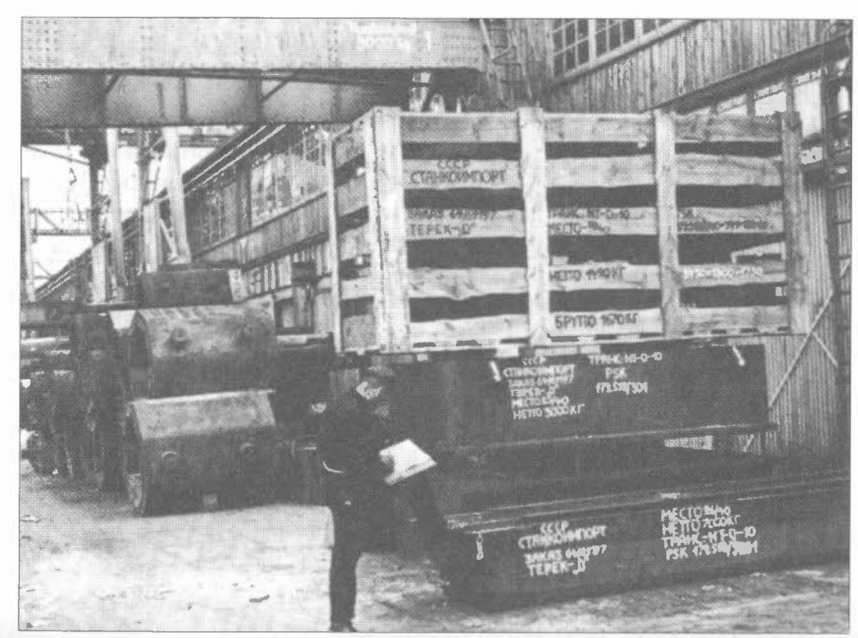
Die folgende Liste zeigt in aller Deutlichkeit, was Deutschland bei der ersten Begegnung mit sowjetischen Truppen bevorstand: Jede in Ost- und Mitteldeutschland eindringende sowjetische Division wurde zuvor verpflichtet, folgendes Beutegut zu beschlagnahmen und in die Sowjetunion zu schicken:[13]

Beute-Liste der Roten Armee

Nahrungsmittel:	
Brot- und Futtermittel	50.000 t
Mehl- und Nährmittel	30.000 t
Zucker	25.000 t
Fleisch- u. Fischkonserven, Käse	5.000 t
Vieh:	
Rinder	30.000
Schweine	5.000
Pferde	3.000
Transportmittel:	
Personenwagen	1.000
Lastwagen	4.000
Fahr- und Motorräder	10.000
Landmaschinen:	
Traktoren	500
Mähmaschinen	5.000
Binder	3.000
Drillmaschinen	5.000
Dreschmaschinen	500
Zentrifugen	5.000

[13] Nach: KRANNHALS, Hans *von,* »Ostdeutschland - heute (1955)«, in: *Deutsche Monatshefte,* Heft 1/1989, 5.11.

Haushaltswaren:	
Uhren	2.000
Nähmaschinen	1.000
Wasserklosetts	3.000
Badewannen	3.000
Klaviere	5.000
Teppiche	12.000
Silberbestecke	200
Sätze Geschirr	200
Sätze Radios	6.000
Verschiedenes:	
Säcke	200.000
Felle	10.000
Fotoapparate	1.000
Akkordeons	1.500
Drahtnägel	50 t
Verbandsmaterial	10 t
Planen	500



Reparationsgüter ohne Kontrolle, ohne einen offenkundigen Plan wanderten in Kisten mit kyrillischen Buchstaben nach Osten. Einfach alles wurde mitgenommen.

Allein für das zweite Halbjahr 1945 registrierten die sowjetischen Armeetagebücher die ›Verbringung‹ von 400 000 Waggons der Deutschen Reichsbahn mit Lebensmitteln, 450 000 Radios, 60 000 Klavieren und mit rund einer Million »kapitalistischer« (was immer darunter zu verstehen ist) Möbelstücke und ziviler Gegenstände. Weder der Inhalt noch die Waggons wurden je an Deutschland zurückgegeben. Setzt man für jeden Waggon samt Inhalt nur 10 000 RM, so ergibt das allein für ein Halbjahr den Wert von 4 000 000 000, also

Sowjetische Beutezüge	
Beutestücke insgesamt	4,000 Milliarden. RM.
(UF10)	40,000 Mrd. DM
POS. II/2a Sowjetisches Beutegut 1945	20,000 Mrd. €

Zu den Beschlagnahmen im großen Stil kommen noch weitere:

Kleinere Vermögenseinbußen	
an öffentlichem Vermögen	1,000 Mrd. RM
(UF10) 10.000 Mrd. RM	
POS. II/2b Einbuße an öffentl. Vermögen	5,000 Mrd. €
Währungsmanipulation	
Währungsmanipulationsverluste	1,750 Mrd. RM
(UF10)	17,500 Mrd. RM
POS. II/2c Währungsmanipulationsverluste	8,750 Mrd. €
POS, II/2 (2a-2c zus.) sowjetische Beuteaktionen	33,750 Mrd. €

Deutsche Opfer von Raubaktionen

Alle Überlebende, die von der russischen Dampfwalze überrollt wurden, hatten furchtbare Erlebnisse zu berichten, wie zum Beispiel Frau F. M. aus Groß Ottenhagen, Kreis Samland (Ostpr.):

»Gemeinsam irrten wir am 29. Januar 1945 nun weiter bei tiefem Schnee und großer Kälte und wurden von kleinen Truppen Russen überholt, die immer Uhr und Stiefel verlangten. Dabei ist der 80jährige Herr B.

Mahnsmühle beim Austreten im Walde erschossen worden ... Es kamen immer wieder Russen, die Uhren usw. verlangten. Plötzlich kamen zwei Personenautos mit Russen, die blitzschnell alles nahmen, Handtaschen, Koffer, Gepäckstücke, Pelze, was sie sahen und wertvoll war. Dann ein schnelles Aufstellen zum Erschießen. Der Überfall kam so schnell, daß niemand wagte, etwas zu sagen. Mein Mann, einer der ersten, hatte Kopfschuß vor meinen Augen. Da wir gleich am Anfang standen, habe ich nur Schreien und Schießen gehört, der Schmerz hat mir das Bewußtsein genommen, und ich fiel hin ... «[14]

Auch bei den Westalliierten gehörte das Filzen zur Tagesordnung:

»Aber wie aus heiterem Himmel traten jetzt nicht kontrollierende [US-] Soldaten, sondern regelrecht Kriminelle in Aktion: Die an Flohmarktaufstellung erinnernde Formation wurde wie auf Kommando von der anwesenden amerikanischen Soldateska wild durchwuselt. Jeder von ihnen grapschte nach dem, was ihm in die Augen stach. Zudem wurden wir grob gefilzt - oben und unten, hinten und vorn. Die Hosentaschen der Gangster aus Übersee quollen dick auf, an ihren Unterarmen summierten sich Armbanduhren bis über die Ellbogen hinaus. Auf Ringe und Kettchen war man besonders erpicht. Mir fiel das früher übliche Sprichwort vom reichen Onkel aus Amerika ein und mußte unwillkürlich grinsen, denn meine Kienzle-Taschenuhr sollten sie nicht ergattern. Bei dem Raubgetümmel fand ich eine Gelegenheit, sie am hinteren Hosenträger mit der Uhrkette zu befestigen. Sie baumelte genau in der Gesäßfalte. Daß dieser oder jener Kamerad trotz der Beutegier der US-Geier noch etwas behalten konnte, war ähnlichem Einfallsreichtum im Verstecken zuzuschreiben.

Bei dieser unserer Ausplünderung am 3. Mai [1945] hat sich noch eine Szene abgespielt, die ich nie vergessen werde, die man wohl nie vergessen kann. Wir mußten auch die Arme vorstrecken und die Finger spreizen, da man eifrig Jagd auf Edelmetall machte. Bei einem älteren Soldaten ließ sich der Ehering partout nicht vom Finger streifen, wie es herausfordernd verlangt wurde. Der Eigentümer gab sich alle Mühe. Bei bestem Willen, es klappte wirklich nicht, und es klappte ums Verrecken nicht. Es wurde mehrfach selbst mit Spucke versucht. Umsonst! Drohungen und Beschimpfungen steigerten sich. Dem Gepeinigten brach der Angstschweiß aus: Er wollte doch so gern, wenn er nur könnte - was lag ihm in diesem Augenblick an seinem Ehering? Er fiel förmlich auf

14 KERN, Erich, *Verbrechen* am *deutschen Volk. Dokumente alliierter Grausamkeiten 1939-1949*, Göttingen 21964, S. 175.

die Knie, reckte seinen Arm mit der Ringhand und dem geschwollenen Fingern in die Höhe. Wer bereit war zu sehen, mußte es ja sehen, daß ein Abstreifen nicht möglich, einfach unmöglich ist.

In diesem Augenblick gab ein US-Offizier einem farbigen US-Soldaten den Befehl, den Finger des Deutschen am Mittelgelenk zu durchbeißen, jawohl, barbarisch durchzubeißen! Der US-Soldat tat dies schließlich, wenn auch etwas widerwillig ... Nun hatte man den Ring. Der US-Offizier forderte ihn von seinem farbigen Untergebenen für sich und streckte ihn lässig in die Hosentasche. Das habe ich, der RAD-Flak-Kanonier[15] Gerhard Schulz, mit eigenen Augen gesehen, sehen müsseru«[16]

In dieser Zeit wurden in Ost und West, besonders aber durch Sowjetsoldaten, Millionen Deutsche von ihren Uhren, Eheringen und Schmuck -befreit-. Der Wert dieser Preziosen usw. geht in die Hunderte von Millionen. Es ist nicht möglich, hier auch nur einen annähernden Betrag auszuweisen.

Beuteaktionen der Westalliierten:)Sesams öffnet sich

1945 fielen den Eroberern materielle und geistige Werte von höchster Quantität und Qualität in die Hände. Nach Kriegsende verschwanden die Devisen und das Gold der Berliner Reichsbank im Wert von 300 Millionen Reichsmark (fast) spurlos. Am 8. April 1945 wurden im Salzbergwerk Merkers die dort ausgelagerten deutschen Goldreserven beschlagnahmt, deren offizieller Wert mit 336 Millionen Reichsmark angegeben wurde. Nach Angaben des US-Generals Manton S. EDDY handelte es sich jedoch um 800 Millionen Reichsmark in Gold:

Gold-Raub durch Westalliierte	
Verschwundene Gold-Bestände	300,000 Mio. RM
Goldbestände im Bergwerk Merkers	800,000 Mio. RM
(UF10) heutiger mindestens	11,000 Mrd. DM
POS.II/3a Wert des geraubten Goldes	5,500 Mrd. €

Außerdem wurden von den US-Eroberern 2,75 Milliarden RM in Papiergeld konfisziert. Damit bezahlte die Besatzungsmacht deutsche Dienstleistungen und Waren, weshalb die 2,75 Mrd. RM ebenfalls als Verlust gebucht werden müssen.

15 RAD = Reichsarbeitsdienst, Flak: Fliegerabwehrkanone.

16 BAUMGART, Eberhard, *Halbe* 1945, Berg am Starnberger See 2003.

Sowjets mißbrauchen Beutegeld

Konfisziertes Papiergeld	2,750 Mrd. RM
(UF 10) heutiger Wert	27,500 Mrd. RM
POS. II/3b Mißbrauch von Beutegeld	13,500 Mrd. €

ALSOS-Mission – deutsche Atomtechnik und -wissenschaft im Visier

Zu den Aufgaben der ALSOS-Mission gehörte das

»Sammeln aller Informationen, Unterlagen, Patenten usw. über Atomforschung, bakteriologische Waffen, Luftfahrtforschung, Forschungsinstitute für ferngelenkte Waffen und alle deutschen Organisationen wissenschaftlicher Forschung. Sicherstellung von Unterlagen der chemischen Forschung, vor allem über Kohlebenzin und Buna, und der Forschung auf dem Gebiet der Annäherungszünder und der Uranversuche.«[17]

[17] *ALSOS:* Deckname für das unter US-General Leslie GROVES stehende Projekt zur Plünderung deutscher Geistesarbeit und -leistung.



Die Amerikaner brachten zahlreiche Ausforschungs- und Beschlagnahmeteams nach Deutschlands. Die ALSOS Mission suchte speziell nach der Atombombe in Deutschland und nach dafür geeigneten Zündern. Die Steuerung übernahm der ›Joint Intelligence Objective Commitee‹ (JIOC). Samuel GOUDSMIT (rechts im Bild) leitete eine solche Ausstöberungsabteilung.

Am 24. Februar 1945 hatte die amerikanische ALSOS-Mission ihre Plünderungsarbeit in Deutschland aufgenommen und sich zunächst auf atomwissenschaftliche Objekte konzentriert. Die meisten befanden sich im französischen Zuständigkeitsbereich, doch das kümmerte die ALSOS- Mitarbeiter nicht im geringsten. Am 30. März 1945 besetzten sie das Kaiser-Wilhelm-Institut in Heidelberg und durchsuchten alle Gebäude. Dabei fanden sie ein neues Zyklotron, das sofort in die USA gebracht wurde und dort dem Atombombenbau diente. Von dem anwesenden Prof. Dr. BOTHE, der alle Atomphysiker kannte, erfuhren die Amerikaner, daß Prof. Dr. HEISENBERG und Prof. VON LAUE in Hechingen und Otto HAHN in Tailfingen tätig seien und eine weitere Gruppe unter Dr. DIEBNER in Stadtilm (Thüringen). Als man wissen wollte, wo sich die Dokumente und Unterlagen über die Atomforschung befänden, erklärte Dr. BOTHE, daß er alles auf Weisung der Reichsregierung verbrannt habe. Tatsächlich wurden die Geheimdokumente nicht gefunden.

ALSOS wußte nun, wo sie die deutschen Top-Wissenschaftler suchen mußte. In Stadtilm besetzte man die Dienststelle von Dr. DIEBNER mit dem Laboratorium und beschlagnahmte aufschlußreiche Akten, Teile eines Atommeilers und viele Ausrüstungen. Von den Mitarbeitern trafen sie nur Dr. BERKEI an; Dr. DIEBNER und das gesamte Personal mit allem wichtigen Material und den Geheimakten waren bereits am 8. April mit unbekanntem Ziel von der Gestapo abtransportiert worden.

Ein weiteres ALSOS-Team hatte inzwischen in Lindau Akten des Reichsforschungsrates beschlagnahmt und nun das Freiburger Ultrazentrifugenlaboratorium von Dr. HARTECK und Dr. GROTH besetzt. Dieser wurde umgehend nach London ›transferiert‹, damit er dort von britischen Offizieren und Fachleuten verhört werden konnte. Aus allen Aussagen und gefundenen Dokumenten ergab sich, daß sich in Hechingen ein Atomforschungszentrum befand. Dieser Ort lag aber in der vorgesehenen französischen Zone. Dazu bemerkte General GROVES, der Leiter des Manhattan-Atombombenprojektes:

»Für mich stand außer Frage, daß die US-Truppen an diesen wesentlichen Punkten zuerst eintreffen mußten, war es doch für die USA von größter Wichtigkeit, das gesamte Gebiet zu kontrollieren, in dem die deutsche Atomenergie-Entwicklungsarbeit konzentriert war. Zur Erreichung dieses Zieles mußte zu drastischen Maßnahmen gegriffen werden. Eine davon war die Operation ›Harborage‹.«

Unternehmen ›Harborage‹

Dringlichstes Ziel des Unternehmens ›Harborage‹ war die Beschlagnahmung von 1100 Tonnen deutschen Uranerzes, das US-Truppen in einem Salzbergwerk bei Staßfurt gefunden hatten, wo es in verfaulten Fässern lagerte. Eine nahe gelegene Faßfabrik lieferte innerhalb von nur zwölf Tagen 20000 Fässer, in denen das gesamte Erz in die USA gebracht und dort für das Atombombenprojekt verarbeitete wurde.

Am frühen Morgen des 23. April 1945 eroberte eine US-Abteilung noch vor den Franzosen Haigerloch (bei Hechingen). Dort besetzten sie das Laboratorium der Atomwissenschaftler und den Atommeiler. In Hechingen entdeckte ein ALSOS-Team das Büro von HEISENBERG, der allerdings nicht anwesend war. Hier fand man eine von Dr. BAGGE konstruierte Isotopenschleuse, die der Trennung von Uran 235 diente. Auch dieses höchstmoderne Gerät wurde sofort in die USA befördert. Alle hier noch arbeitenden Wissenschaftler, Dr. BAGGE, Dr. KORSCHING, Prof. Dr. VON WEIZSÄCKER und

Dr. WIRTZ, wurden festgenommen und vier Tage lang verhört. Dabei log man ihnen vor, daß sie in den USA weiterarbeiten könnten, woraufhin sie verrieten, wo sie das Schwere Wasser und das Uran versteckt hatten. Dieses wurde daraufhin in Haigerloch ausgegraben, die Benzinfässer mit Schwerem Wasser wurden in einer alten Mühle aufgefunden.

Inzwischen hatte man Otto HAHN aufgestöbert und mit ihm alle Geheimunterlagen. Sie wurden sofort beschlagnahmt und weitergeleitet. Neben HAHN konnte man auch Prof. Max VON LAUE festnehmen und am 3. Mai in Urfeld auch HEISENBERG. Damit hatte man zehn deutsche Atomforschungsspezialisten in der Hand, die man nun völkerrechtswidrig in ein Landhaus in St. Noets in England verschleppte und dort bis zum 3. Januar 1946 festhielt. Dabei wurden heimlich alle ihre Gespräche abgehört und aufgezeichnet.

Am 16. November 1945 las Otto HAHN in der Zeitung, daß ihm der Nobelpreis für Physik für das Jahr 1944 verliehen worden sei, denn die Briten hatten das Schreiben, in dem Otto HAHN diese Ehrung mitgeteilt wurde, nicht ausgehändigt. Da aber jeder Geehrte bei einer Nobelpreisverleihung einen Vortrag halten soll, mußte er begründen, warum er nicht kommen konnte. Der britische Commander, der sie überwachte, ließ ihn wissen, daß der Brief nicht befördert würde, wenn er schriebe, daß er hier widerrechtlich gefangengehalten werde.

Der Vorfall zeigt wiederum, daß für Briten nur eines gilt: »Right or Wrong my country!«

Suche nach deutschen Raketenwerken

Am 8. April 1945 war der gesamte Harz vom Oberkommando der Wehrmacht zur Festung erklärt worden. Denn dieses Gebiet war zum Standort vieler Dienststellen des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion geworden. Außerdem sollten die gewaltigen unterirdischen Rüstungswerke im Südharz, die die VI und V2 sowie Flugabwehrraketen und Düsenjäger produzierten, nicht in die Hand des Feindes fallen. Im Februar 1945 wurde auch die Heeresversuchsanstalt Peenemünde in den Raum Bleicherode verlagert und mit bedeutenden Rüstungsfirmen zur >Entwicklungsgemeinschaft Mittelbau- zusammengefaßt. Nun war dieses Gebiet überaus kriegswichtig, denn hier sollte jene kriegsentscheidende Produktion stattfinden, mit der die militärische Niederlage in letzter Sekunde abgewendet werden sollte. Im Mittelraum wurden Fernkampfwaffen entwickelt und produziert, bei Nordhausen die V2. In den unterirdischen Werkstätten von Kohnstein bei Niedersachswerfen wurden Raketen, Strahltriebwerke und Kolbenmotoren für Flugzeuge einschließlich Düsenjäger, Flüssigsauerstoff und auch Benzin hergestellt. Zuletzt wurden auch die Peenemünder Akten in einer Eisenerzgrube in Dömten bei Goslar eingelagert.

Am Morgen des 11. April stießen US Panzer einige Kilometer vor Nordhausen auf das Dorf Niedersachsenwerfen. Hier fand man einen Tunneleingang, in den neben einer Straße auch noch ein Bahngeleise hineinführte. In der Nähe lagen auf einem Abstellgleis eine Menge V2, die auf ihren Abtransport warteten. Der Tunnel führte zu Längsstollen, wo auf Fließbändern weitere V2-Teile und ganze Raketen lagen. Die Querstollen waren als Lager, Laboreinrichtungen, Büros und Zeichenräume ausgestattet. Eine herbeibefohlene Pionier-Kompagnie mußte sofort 100 Raketen-Einzelteile auf Zügen nach Antwerpen schaffen. Von dort wurde alles Material auf 16 Schiffen in die USA verbracht.

Eine andere Gruppe, das -Field Information Agency Technical-Fl.A'I'< suchte ebenfalls nach Düsenantrieben, nach neuen Techniken und deren Erfindern. Hinzu kamen das>Amt für Wissenschaftliche Forschung- (O.F.5), und das -Technische Komitee für Industrienachrichten- (T.LLC), um die wichtigsten Fledderer Deutschlands zu nennen.

Peenemünder V-Waffen-Spezialisten

Anfang April 1945 hatten sich 500 der wichtigsten Raketenfachleute in den Oberammergau zurückgezogen. Die Spitzengruppe dagegen bezog mit dem Stab unter General DORNBERGER, dem Leiter der aufgegebenen Heeresversuchsanstalt Peenemünde, ein großes Hotel in Deutschlands höchstem Bergdorf, in Oberjoch bei Hindelang (Oberallgäu). Als die US-Armee sich näherte, begaben Wernher VON BRAUN und seine Gruppe sich freiwillig in Gefangenschaft, während die meisten Peenemünder noch in Garmisch-Partenkirchen saßen, wo sie aber nach und nach festgenommen wurden. In den folgenden Tagen und Wochen wurden sie immer wieder -Befragungen<unterzogen. Wernher VON BRAUN wurde unter Druck -nahegelegt-, mit seinem Stab die Arbeit an der Raketenentwicklung in den USA fortzusetzen, wozu er sich mangels Alternativen bereit erklärte. Washington war damit einverstanden, daß die ersten 100 deutschen Raketenfachleute in die USA kommen und eine von Wernher VON BRAUN bereits konstruierte Fernrakete bauen sollten. Die dazu benötigten Konstruktionsunterlagen mußten aber noch gefunden werden, was schließlich noch gelang, ehe das Harzgebiet um Bleicherode den Sowjets übergeben wurde. Die Dokumente waren in der alten Eisenerzgrube Georg-Friedrich in Dörnten bei Goslar versteckt worden.

Am 16. Mai fand man den verschütteten Stollen. US-Pioniere räumten in Tag- und Nachtschichten den Schutt weg, bis man in einer Pulver kam-

mer etwa zehn Tonnen Dokumente bergen konnte, die über Paris in die USA gebracht wurden. Hunderte deutscher Wissenschaftler folgten bald, nolens volens, »freiwillig« nach und legten mit den ersten Großraketen den Grundstein für die US-Raumfahrt- und Raketentechnik.

Von 1945 bis 1947 verbrachten die Sieger 523 deutsche Wissenschaftler in die USA, was allein auf dem Gebiet der Raketenforschung dem amerikanischen Steuerzahler 750 Millionen Dollar ersparte, wie das US-Verteidigungsministerium am 22. Dezember 1947 erklärte.

Wert der Raketenforschung

Wert der Raketenforschung mind. 750 Mio. Dollar =	3 Mrd. RM
(UF10) 30,000 Mrd. DM	

POS. II/3c Wert d. Arbeit dt. Wissenschaftler	15,000 Mrd. €

Insgesamt erbeuteten amerikanische Spezialeinheiten nach offiziellen Angaben:

- Auslandspatente	200.000
- Inlandspatente	146.000
- deutsche Warenzeichen	20.870
- neue Farbformeln	50.000

Wie Friedrich Georg in seinem Buch *Unternehmen Patentraub*[18] nachweist, waren es sogar über 750 000 Patente und weit über 100 000 noch nicht eingetragene Anmeldungen, die von den USA und England beschlagnahmt wurden.

Von West-Alliierten geraubte Patente

Wert 1945/46	30,000 Mrd. RM	
(UF 10) heutiger Wert	300,000 Mrd. DM	

POS. II/ 3d Gesamtwert d. geraubten Patente		150,000 Mrd. €

Des weiteren konfiszierten die USA 1500 Tonnen Forschungsmaterial der Deutschen Luftwaffe aus den Jahren 1933–1945. Experten schätzten das

[18] Georg, Friedrich, *Unternehmen Patentraub 1945 – Die Geheimgeschichte des größten Technologieraubs aller Zeiten,* Tübingen 2008, S. 328 f.

Forschungsmaterial der Deutschen Luftwaffe

Wert ca. 3 Mrd. Dollar,	ca 12,000 Mrd. RM,
(UF10) heutiger Wert:	ca. 120,000 Mrd. DM

POS. II/3e Luftwaffen-Forschungsmaterial	60,000 Mrd. €

Technical Industrial
Intelligence Division
Room 6829

21 April 1947

Mr. R. P. Isaacs
Hammill & Gillespie, Incorporated
225 Broadway
New York 7, New York

Dear Mr. Isaacs:

Your inquiry of 2 April 1947 for technical information on the manufacture of pumice bricks and pumice slabs by the Binstein Company in Germany has recently been referred to my attention.

Among the technical reports on file in this office we have been unable to find any references to the subjects of your inquiry. However, I have referred a copy of your letter to FIAT (Field Information Agency Technical), our agency at Karlsruhe, Germany, for further investigation. Any information on these subjects that can be located in the current files of FIAT or can be uncovered within the next few months in the course of our document research program in Germany, will be transmitted, through military channels, to this office for public release.

All technical reports and microfilmed documentary data thus acquired will be listed in our Bibliography of Scientific and Industrial Reports, which is described in the enclosed folder entitled, "Technical Facts for Industry". On the chance that you are not a subscriber to this Bibliography, I will be glad to keep you informed of our efforts to obtain the information that you have requested.

You will probably be interested in knowing that single copies of almost all German patents issued during the war years up to V-E Day are on numerical file in the Patent Office Library in the Commerce Building. These files of German patents were seized at the Berlin Patent Office and evacuated to the United States in the spring of 1946. The German Patent No. 750986 is the latest one available. Photostatic copies of these patents may be ordered at 20 cents per page from the U.S. Patent Office, Washington 25, D.C. Orders for copies should be accompanied by check or money order, made payable to the Treasurer of the United States. For further

Dieses Dokument der Technical Industrial Intelligence Branch (TIIB) beweist, daß mindestens 750 986 Patente aus dem Berliner Patentenamt in die USA gebracht wurden. Aus dem Text geht es hervor, daß es darüber hinaus noch mehr Patente gab, die aber nicht zugänglich waren. Aus: Friedrich Georg, *Unternehmen Patentraub 1945 – Die Geheimgeschichte des größten Technologieraubs aller Zeiten,* Tübingen 2008, S. 70 f.

Hierin ist nicht enthalten der Nutzen, den amerikanische Firmen bis heute aus den deutschen Erfindungen ziehen konnten. Er liegt im Billionenbereich.

Was ein einzelnes Patent wert sein kann, zeigt ein 2007 gefälltes Urteil wegen Patentrechtsverletzung: Der weltbekannte Konzern Microsoft wurde wegen unerlaubter Verwendung von Patentrechten für MP3-Player von 2003 bis 2006 zu einer Schadensersatzzahlung in Höhe von 1,52 Milliarden Euro an die Firma Alcatel-Lucent verurteilt.

Daran gemessen, müßten heute 700000 geraubte deutsche Patente im Billionenbereich gewertet werden.

Deutschlands Beraubung durch Briten

Nicht nur Amerikaner und Sowjets, sondern auch Großbritannien verschleppte nach Kriegsende in großem Stil deutsche Forscher und schöpfte deutsches technologisches Wissen ab. Bis Juni 1947 entführten englische Greiftrupps etwa 600 deutsche Wissenschaftler. Außerdem wurden systematisch deutsche Geschäftsleute gezwungen, zugunsten britischer Konkurrenzunternehmen Unternehmensgeheimnisse preiszugeben.

Praktischerweise horchten britische Firmenvertreter ihre deutschen Opfer häufig gleich selbst aus - diese wurden meist so lange festgehalten, bis sie die Firmengeheimnisse preisgegeben hatten. Als Mitverantwortlicher für diese Praxis der Erpressungen zeichnete Herbert MORRISON, Präsident des britischen Kronrates.

Mit dem planmäßigen Raubzug an deutschen Forschungs- und Geschäftsgeheimnissen waren im wesentlichen zwei Organisationen beauftragt: das -British Intelligence Objectives Sub-Committee- (Bios) und die -Field Information Agency- (Fiat), eine militärische Geheimdienst-Abteilung, die von Briten und Amerikanern gemeinsam geführt wurde.

Die Betroffenen stellten auch für die britischen Sieger praktisch Freiwild dar. In einem internen Bericht der britischen Militärregierung in Deutschland heißt es:

> »Normalerweise erscheint ein Unteroffizier unangekündigt im Haus oder Büro des Deutschen und läßt ihn wissen, daß er benötigt wird. Er nennt keine Details der Gründe und weist sich auch nicht aus. Einige Zeit später wird der Deutsche dann verhaftet (oft mitten in der Nacht) und unter Bewachung abgeführt.«

Die britische Regierung hat sich für diese Gangstermethoden bis heute bei niemandem entschuldigt, vom geldwerten Ertrag der deutschen Forschungsgeheimnisse gar nicht zu reden, der heute kaum noch zu ermitteln

ist. Es dürfte sich mindestens um Hunderte von Millionen Eurohandeln." England verlangte auch nach dem Krieg die kostenlose Auslieferung aller deutschen Patente, die in den Jahren nach 1945 erteilt wurden." Auch nach der Wiederbegründung des Deutschen Patentamtes am 1. Oktober 1949 in München wurden deutsche Erfindungen weiterhin von den Alliierten ausgebeutet.

Sowjetische Beute

Als die Sowjets den Polen den größten Teil Ostdeutschlands übergaben und abzogen, nahmen sie mit, was sie konnten. Aber nicht nur Privatwohnungen wurden geplündert. Darüber hinaus wurden vor allem Maschinen und Betriebseinrichtungen abgebaut und in die UdSSR gebracht. Allein im Kreis Hindenburg wurden im Regierungsbezirk Oppeln die Kesselanlage der Oberschlesischen Elektrizitätswerke demontiert, ferner die Betriebseinrichtungen und Maschinen der Kokerei Skalley, der Reden-Hütte, der Deichselwerke, der Schultheiß-Brauerei und der Donnermarck-Hütte. Aus den Gruben wurden sämtliche Pumpen und Lademaschinen (z. B. Salzgitterlader) abtransportiert, dazu in Danzig die Einrichtungen und Maschinen der Danziger Werft. Das Ausmaß der Zerstörung und des Diebstahls durch die Sowjets ist kaum vorstellbar: Fußböden, Türrahmen, Lichtschalter, Waschbecken, alles wurde herausgerissen und verladen.

Der Wert der bei den Beuteaktionen entnommenen Gegenstände wird auf rund 2 Mrd. Mark geschätzt.

Nach der Eroberung Berlins drangen sogleich sowjetische Spezialeinheiten in das Kaiser-Wilhelm-Institut ein und räumten die dort vorgefundenen Geräte und Anlagen aus, darunter auch das große modernste Zyklotron. In Güterzügen wurde alles in die UdSSR abtransportiert. Auch das Lichterfelder Institut, das Großlaboratorium des Wissenschaftlers Dr. Manfred VON ARDENNE, und die Forschungsstätten der Auerwerke wurden abgebaut und in die UdSSR geschafft. Alle Wissenschaftler, derer man habhaft werden konnte, wurden festgenommen.

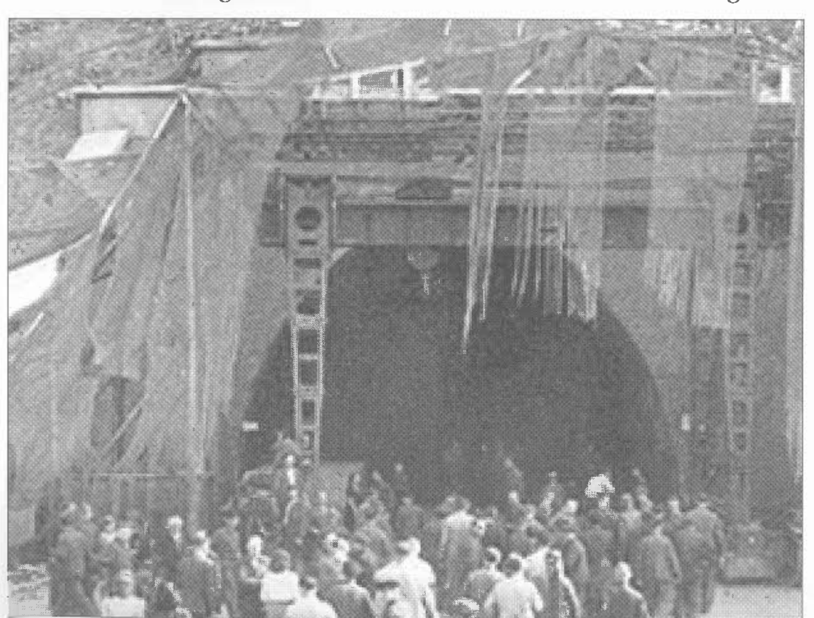
In der sowjetischen Zone, wo sich drei Viertel der deutschen Flugzeugproduktion befand, wurden ganze Flugzeugfabriken einschließlich der Konstrukteure, Ingenieure und Techniker in die Sowjetunion verbracht. Auch das unzerstörte unterirdische deutsche Werk -Weser- mitsamt den Konstruktionsunterlagen fiel den Sowjets in die Hände. Dort waren auch große Zyklotrone hergestellt worden.

19 Literatur: GEORG, Friedrich, *Unternehmen Patentenraub* 1945, Tübingen 2008.
20 Por=. Wolfgang, *Wehe den Besiegten,* Tübingen '2004.

Entdeckung des Mittelwerkes

Anfang Juli 1945 entdeckten die Sowjets, nachdem die Briten und Amerikaner vor ihnen in diesem Gebiet alles Wertvolle mitgenommen hatten, zufällig bei Nordhausen das von den Westalliierten übersehene unterirdische Werk ›Dora‹, in dessen große Öffnung nicht nur eine Straße, sondern auch Feldbahngeleise hineinführten. Die Räume der Anlagen waren teilweise dreigeschossig in den Kreidefelsen gebrochen worden. In einem der Tunnels waren zuvor V2 montiert worden, in einem anderen V1-Raketen. Bei der ersten Besichtigung zählte man über 1000 kleinere und größere Werkzeugmaschinen und Apparate für die Raketenproduktion. In den Vorratsräumen stapelten sich die Raketenteile bis unter die Decke. Hier lagerten auch große Mengen Edelstähle, dicke Kupferfolienrollen und die kompliziertesten Funk- und Radiogeräte für die Fernsteuerung der Raketen.

Im Frühjahr 1945 wurde in Moskau beschlossen, das Raketen- und Flugzeugbauprogramm in die UdSSR zu verlagern. Die Produktionsmaschinen und -unterlagen allein nutzten den Sowjets aber nichts. Deshalb trieben sowjetische Spezialkommandos nun alle ehemaligen Arbeiter, Techniker, Angestellten und Ingenieure des Mittelwerkes zusammen. Da die Sowjets über die Fertigung keine Dokumente gefunden hatten, mußten sie ihre bisherige Arbeit rekonstruieren und aufzeichnen. Im gesamten Harzgebiet fand man weitere unterirdische Lagerstätten und Werkhallen. Bei Nordhausen entdeckten die Sowjets die Pläne eines modernsten Schnorchel-U-Bootes und andere Projekte des berühmten U-Boot-Bauers Professor Hellmuth Walter. Auf der Suche nach weiteren Werken und Laboratorien stießen sie in Jena auf die Versuchswerkstätten der Firma Zeiss, auf das Physikalische Institut des weltbekannten jüdischen (!) Professors Abraham Esau, des Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt von 1939 bis 1945.


Das unterirdische Mittelwerk ›Dora‹.

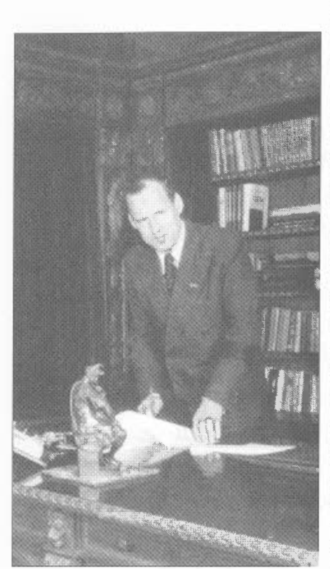
In Halle/Saale beschlagnahmten sie in den Siebel-Flugzeugwerken modernste Konstruktionsunterlagen. In Warnemünde und Oranienburg fielen ihnen die Heinkel-Werke mit den neuesten ferngelenkten Gleitbomben in die Hände, ferner die Junkers-Werke in Dessau, die Messerschmitt-Werke in Wiener Neustadt und viele andere, wie die Arado-Werke in Babelsberg, die Dornier-Werke in Wismar sowie die Henschel-Werke in Erfurt und Berlin.

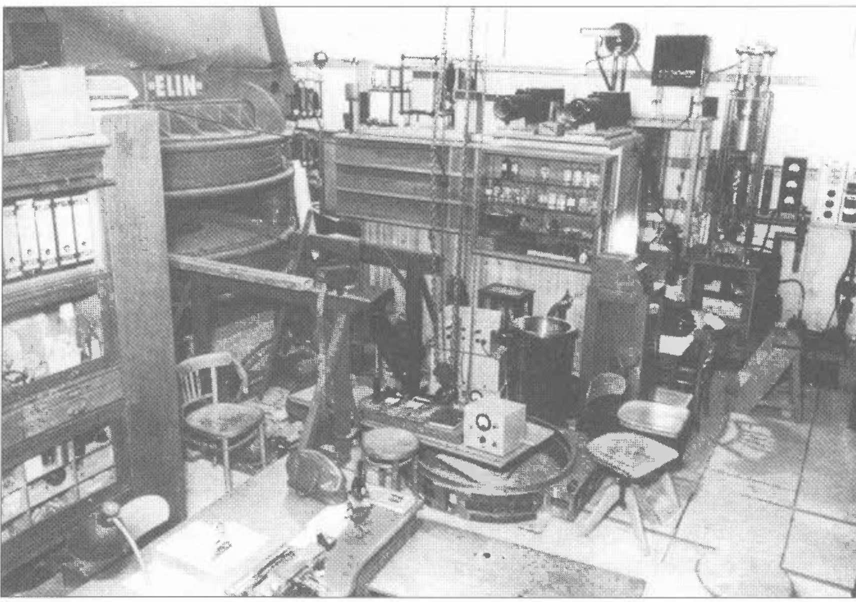
Beginn der ›sowjetischen‹ Raketenfertigung

Im ›Mittelwerk‹ wurde inzwischen bereits die erste Rakete von den Werkmeistern und Helfern nach Zeichnungen rekonstruiert und in sowjetischer Regie angefertigt.

Am 15. Juni 1945 gelang es den Sowjets, in Jüterbog Hans Kuhl ausfindig zu machen, der bei Telefunken in Berlin das Ressort ›Elektronische Raketensteuerung und Kontrollapparate der V2‹ geleitet hatte. Man brachte ihn nach Hohen-Schönhausen bei Berlin, wo man ihm ein schönes Haus zur Verfügung stellte. Von dort fuhr er mit einer sowjetischen Sonderkommission nach Peenemünde und zeigte den Sowjets alle jene Stellen, wo man die nicht mehr abtransportierbaren Meßinstrumente und Geräte wasserdicht verpackt und vergraben hatte. Nach und nach trafen in Berlin weitere Mitarbeiter ein.

Hohen-Schönhausen wurde zum Dorado aller deutschen Wissenschaftler und Techniker, die die Sowjets halbverhungert aus den Internierungs-, Gefangenen- und sowjetischen (!) KZ-Lagern geholt hatten. Als die Sowjets im Juli auch noch den Ingenieur Helmut Gröttrup fanden, den ehemaligen Chefassistenten von Dr. Ernst Steinhoff, einem der führenden Peenemünder Elektroniker, sollte er in Nordhausen das ›Mittelwerk‹ unter der Leitung von General Gadaikow mit der neuen Bezeichnung ›Zentralwerk‹ wieder in Betrieb setzen. Man versicherte ihm, daß er nicht deportiert werde, und stellte ihm zur Anwerbung weiterer Mitarbeiter eine hohe Summe zur Verfügung. Tatsächlich konnte Gröttrup eine Reihe seiner früheren Mitarbeiter, teilweise hervorragende Sachkenner, überreden, nach Bleicherode zu kommen, so zum Beispiel Dr. Waldemar Schierhorn, den Spezialisten für Aluminiumlegierungen, Dr. Albring, den bisherigen Direktor des aerodynamischen Instituts Danzig, ferner Jochen Umpfenbach als Fachmann für Düsenantrieb und eine Reihe anderer Spezialisten. Eine sowjetische Sonderkommission suchte und fand Dr. Ing. Oswald Putze und brachte ihn nach Bleicherode.





Manfred von Ardenne. In einem Bunker in Berlin-Lichterfelde konnte er während des Krieges weiterforschen. 1945 wurde er nach Sowjetrußland deportiert. Aus: Hubert Faensen, *Hightech für Hitler*, Berlin 2001.

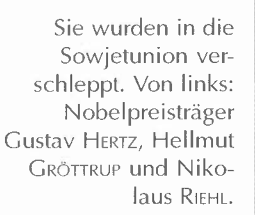
Im Zentralwerk wurden Anfang September 1945 unter Leitung von Ingenieur Gröttrup von fast 5000 Mitarbeitern die ersten zusammengebastelten Raketen zu Brennversuchen fertiggestellt, schneller, als man dies in den USA für möglich gehalten hatte.

Sowjets deportieren deutsche Wissenschaftler

Am Abend des 21. Oktober 1946, als die Raketenfabrikationsstätten in der UdSSR fertig waren, kam es zu einer Nacht-und-Nebel-Aktion. 200 führende Mitarbeiter wurden mitsamt ihren Familien mit Waffengewalt nach Kiembodungen befördert und von dort in einen Zug mit 60 Waggons in die UdSSR verschleppt.

Gleichzeitig wurden in Berlin und Gotha, in Peenemünde und Dessau deutsche Wissenschaftler und Ingenieure festgenommen und als Reparationsgut zu den Zügen gebracht und ebenfalls zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert. Insgesamt wurden auf diese Weise rund 20000 Spezialisten verschleppt – in einer Zeit, da Deutsche vor Gericht gestellt und verurteilt wurden, die im Krieg Zwangsarbeiter beschäftigt hatten.

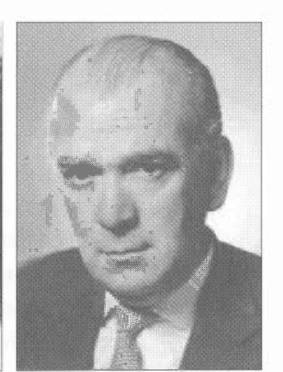
Außer dieser Massendeportation verschleppten die Sowjets auch einzelne Wissenschaftler. Zu ihnen gehörte der leitende Wissenschaftler der



Sie wurden in die Sowjetunion verschleppt. Von links: Nobelpreisträger Gustav Hertz, Hellmut Gröttrup und Nikolaus Riehl.

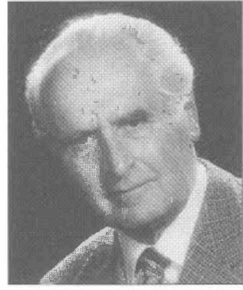


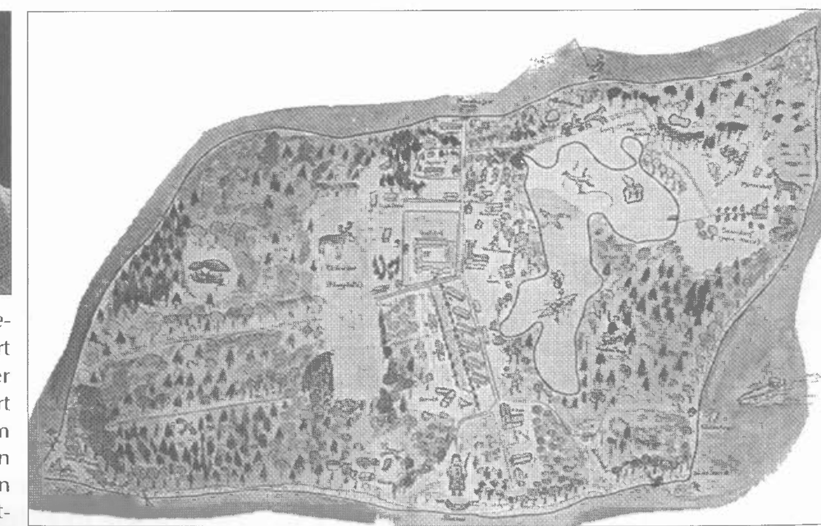




Auer-Gesellschaft, Dr. Nikolaus Riehl, der in der UdSSR bei Noginsk, 70 km östlich von Moskau, mit seinen Spezialisten in einem sumpfigen Wald nahe der Siedlung Elektrosta eine Uranfabrik aufbauen mußte. Zu den Deportierten gehörten auch zwei größere Gruppen deutscher Wissenschaftler unter Führung von Gustav Hertz, dem berühmten Physiker und Nobelpreisträger, und eine dritte unter dem Elektroniker Dr. Manfred von Ardenne. Weitere Wissenschaftler ohne Team waren noch der bekannte Physiko-Chemiker Max Volmer, der Leipziger Kernphysiker R. Döpel und der ehemalige Direktor des Berliner Kaiser Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie, P. Thiessen.

Deutsche bauten nun in der UdSSR die Atomindustrie und jene Raketen, die es der UdSSR ermöglichten, den ersten Erdsatelliten, den ›Sputnik‹, zu starten, bevor in den USA die deutschen Wissenschaftler unter Wernher von Braun ihre Triumphe feiern konnten.





In seinem Buch *Raketensklaven* (Stuttgart 1993) berichtet der Wissenschaftler Kurt Magnus von seinem siebenjährigen Zwangsaufenthalt in einem Wissenschaftlerlager auf der Insel Gorodomlja (Skizze).

Demontagen und Reparationen 1945 bis 1954

Im Abkommen vom 16. August 1945 einigte sich die Sowjetunion mit den Westalliierten über ihren Anteil am Reparations-Aufkommen. Sie erhielt das Recht zu Entnahmen aus der Sowjetischen Besatzungszone und auf 10 Prozent der Demontagen in den Westzonen. Weitere 15 Prozent derartiger Demontagen wurden gegen Lieferungen bestimmter Nahrungsmittel und Grundstoffe zugesichert. Darüber hinaus sollte die Sowjetunion die deutschen Auslandswerte in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Österreich beschlagnehmen. Da die Sowjetunion einen Teil ihrer Entnahmen aus dem Beuterecht ableitete, wogegen sich die Westmächte wandten, ist die Grundlage für die Höhe der tatsächlich an sie geleisteten Reparationen umstritten. Am 1. Januar 1954 verzichtete die Sowjetunion gegenüber der ausgeplünderten DDR auf weitere Reparationen.

Um den Ansprüchen der westlichen Gruppe der Reparations-Gläubiger zu genügen, wies ihnen das Potsdamer Protokoll die Westzonen und das entsprechende deutsche Auslandsvermögen zu, soweit es nicht in den allein für die sowjetischen Forderungen vorgesehenen Ländern gelegen war. Das Pariser Reparations-Abkommen vom 14. Januar 1946 regelte die Verteilung der westlichen Reparationsmasse. Zur Durchführung dieses Abkommens wurde die -Interalliierte Reparations-Agentur- (IARA) mit Sitz in Brüssel errichtet, die bis 1959 bestand und Reparationen von über 0,5 Mrd. Dollar verteilte. Die Reparationsgüter wurden absichtlich unterbewertet, so daß es sich tatsächlich um Werte von mehreren Milliarden Dollar gehandelt hat. Die westdeutschen Reparations-Leistungen wurden mit den Pariser Verträgen von 1954 vorläufig abgeschlossen.

Im April 1945 war der nur wenig geänderte Morgenthau-Plan als Plan ICS 1067 erlassen:

> Directive to Commander-in-Chief of the United States Forces of Occupation Regarding the Military Government of Germany
> (Direktive an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Militärregierung für Deutschland).

Diese diente bis zum 11. Juli 1947 als Richtschnur zur Sicherung gegen eine angebliche deutsche Bedrohung des Weltfriedens (!), der durch Abbau der deutschen Industriekapazität erreicht werden sollte.

Am 24. April 1947 legte die -Internationale alliierte Reparationsagentur- (lARA) die Prozentzahlen der Anteilsquoten der einzelnen Länder an den westdeutschen Reparationslieferungen wie folgt fest:

Anteilquoten an Reparationslieferungen

Großbritannien	27,90 %	Indien	2,45 %
USA	19,90 %	Norwegen	1,60 %
Frankreich	19,40 %	Australien	0,80 %
Jugoslawien	8,10 %	Neuseeland	0,50 %
Niederlande	4,75 %	Südafrika	0,40 %
Tschechoslowakei	3,65 %	Albanien	0,40 %
Belgien	3,60 %	Dänemark	0,30 %
Griechenland	3,50 %	Luxemburg	0,27 %
Kanada	2,50 %	Ägypten	0,10 %

Völkerrechtlich unzulässige Demontagen

Lediglich ein Friedensvertrag hätte Demontagen vorsehen und rechtfertigen können. Einen solchen gab es aber zum Zeitpunkt der Zerstörung und Wegnahme nicht. Es gibt ihn bis heute nicht, da mit der Verhaftung der letzten deutschen Regierung (DÖNITZ) drei Wochen nach Kriegsende bewußt ein Friedensvertrag mindestens bis zum Wiedererstehen einer Gesamtdeutschen Regierung unmöglich gemacht wurde.

> »Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.« So besagt es wenigstens der Artikel 43 der Haager Landkriegs ordnung (HLKO)

Der Art. 46 bestimmt, daß Privateigentum nicht eingezogen werden darf, der Art. 47 verbietet die Ausplünderung. Mit den Demontagen haben die Alliierten diese Bestimmungen vorsätzlich schwer verletzt. Faktisch haben sie damit das gleiche getan, was sie zur selben Zeit in Nürnberg beim Internationalen Militärtribunal der deutschen Reichsregierung vorwarfen und wofür Deutsche bestraft wurden.

Umfang der Demontagen

Über den Umfang der völkerrechtlich illegitimen Demontagen schrieb Gustav STOLPER:

> »Zu den vollständig verbotenen und zu demontierenden Produktionsanlagen gehörten nicht nur Fabriken, in denen Waffen, Munition und anderes Kriegsgerät hergestellt worden waren, sondern die gesamte Pro-

duktion von Rollen- und Kugellagern, der Bau schwerer Werkzeugmaschinen und Traktoren, die synthetische Gewinnung von Benzin, Öl, Gummi (Buna) und Ammoniak. Ebenso sollten sämtliche Anlagen zum Bau von Seeschiffen und Flugzeugen aller Art der Demontage verfallen. Sogar die Erzeugung von Rohaluminium und Magnesium, der Bau von Funkgeräten und die Gewinnung von radioaktivem Material fielen unter das Verbot.«[21]

Des weiteren waren von den Demontagen Industriezweige betroffen,

»die das Fundament der deutschen Industrie bildeten und die für den Wiederaufbau des Landes und auch Europas unentbehrlich waren, wie die Stahlproduktion, der Bau von Maschinen und Apparaten, die Automobil- und Elektroindustrie, die chemischen Werke und fast alle übrigen Bereiche der Erzeugung von Investitionsgütern«.[22]

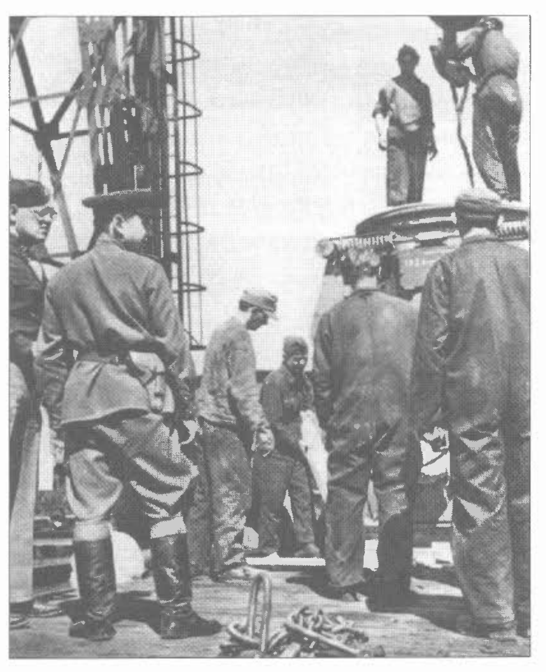
Verramschung der deutschen Handelsflotte

Neben Kriegsschiffen, die nicht als Reparationen galten, sondern als Kriegsbeute, waren auch alle seetüchtigen Schiffe der Handelsmarine dem Interalliierten Büro für Wiedergutmachung abzuliefern, das heißt die vor Ausbruch des Krieges fünftgrößte Handelsflotte der Welt.[23] Zwar war die Mehrheit der Schiffe während des Krieges versenkt oder beschädigt worden, aber für den Rest der Schiffe mit 1,4 Millionen BRT[24] wurde dem Reparationskonto (s. oben) nur der lächerliche Betrag von 173 Millionen RM gutgeschrieben. Die deutsche Seite schätzte den Wert der 262 abzuliefern wesentlich realistischer ein:

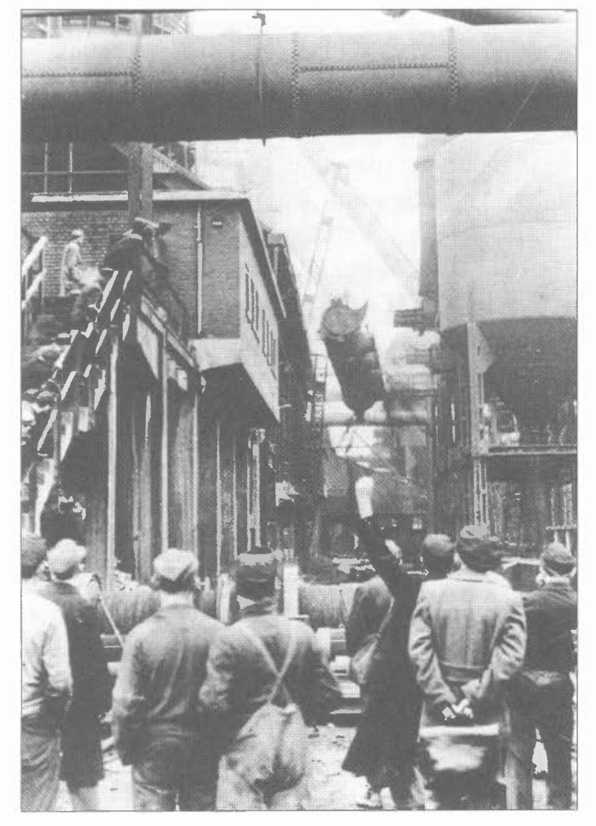
Abgelieferte Handelsschiffe	
Wert der Handelsschiffe mindestens:	5,000 Mrd. RM
(UF10) heutiger Wert mind.	50,000 Mrd. DM
POS. II/3f Ablieferung Handelsschiffe	25 Mrd. €

Was für Schiffe galt, traf natürlich erst recht auf Flugzeuge zu, deren Besitz Deutschland verboten wurde. Das galt sogar für den Besitz selbst von

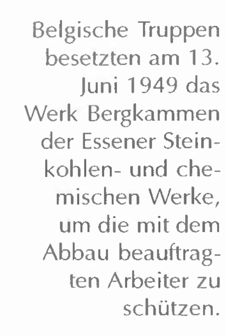
[21] Stolper, Gustav (u. a.) *Deutsche Wirtschaft seit 1870*, Tübingen [2]1966[2], S. 211, zit. in: Nordbruch, Claus, *Der deutsche Aderlaß*, Tübingen 2001, S. 308.
[22] Ebenda.
[23] Overesch, Manfred, *Das besetzte Deutschland*, Augsburg 1992, Teil I, S. 115.
[24] BRT: Bruttoregistertonne, Raummaß für den gesamten Schiffsinnenraum.



Ein US-Offizier und ein Sowjet-Kollege überwachen den Abbau eines Kraftwerks.



Demontage in Salzgitter im Jahre 1950.



Belgische Truppen besetzten am 13. Juni 1949 das Werk Bergkammen der Essener Steinkohlen- und chemischen Werke, um die mit dem Abbau beauftragten Arbeiter zu schützen.



Segelflugzeugen und Ballonen, der in den Westzonen bis 1955 unter Strafe stand. Um einen Eindruck zu vermitteln, welche ungeheueren Verluste mit der Niederlage verbunden waren oder noch sind, sollen im Folgenden einige nüchterne Zahlen für sich sprechen." Dabei muß berücksichtigt werden, daß sie angesichts chaotischer Nachkriegsverhältnisse unvollständig sind. Außerdem hat sich bisher noch keine Bundesregierung bemüht, auf der Grundlage sicher vorhandener Akten eine wissenschaftlich koordinierte Übersicht in Auftrag zu geben.

Sowjetische Demontagen und Plünderungen in Ost- und Mitteldeutschland

Die Demontageliste der Sowjetunion, die nie offiziell veröffentlicht wurde, umfaßte 1224 Werke. Sofort nach ihrem Einmarsch begannen die Sowjets mit der Abmontierung nicht nur von ganzen Wohnungen, Büros und Fabriken, sondern auch von Infrastruktur-Einrichtungen, die in die Sowjetunion abtransportiert wurden. Selbst die Schienenstränge der Eisenbahnen (insgesamt 6000 km), die Isolatoren an den Hochspannungs- und Telegraphenleitungen, die Installationen in Wohnungen und Verwaltungsgebäuden blieben nicht verschont. Auf fast allen zweigleisigen Strecken wurde die zweite Spur samt den Schwellen nach Osten verfrachtet. Sogar einige eingleisige Strecken mußten auf ihre Schienen verzichten und stillgelegt werden. Über 1200 Lokomotiven wurden enteignet."

Die UdSSR ließ nicht nur kriegswichtige Industrien, sondern auch für die Friedenswirtschaft unentbehrliche industrielle Kapazitäten demontieren:

Mai bis Anfang Juni 1945: Bis zum Beginn der Besetzung Berlins durch alle vier Alliierten wurden von den Sowjets rund 460 Berliner Betriebe vollständig demontiert und abtransportiert, darunter 149 Betriebe des Maschinen- und Apparatebaues, 51 Metallurgiebetriebe, 46 Betriebe der Feinmechanik und Optik und 44 Betriebe der Elektroindustrie. Rund 75 v.H. der bei der Kapitulation noch vorhandenen Kapazitäten waren betroffen.

Juli bis Herbst 1945: Demontage industrieller Großbetriebe der Braunkohlenindustrie, aber auch mittlerer und kleinerer Werke wie Ziegeleien, Textil-, Papier- und Zuckerfabriken. In dieser Zeit begann auch der Abbau der zweiten Gleise auf sämtlichen Eisenbahnstrecken der sowjetischen Besatzungszone.

[25] Nach: HARMSSEN, *Gustav* Wilhelm, *Reparationen-Sozialprodukt-Lebensstandard,* Bremen 1948.

[26] Ost-Dok. 2 Nr. 44/469 und nach KAPS, Johannes (Hg.), *Oie Tragödie Schlesiens 1945/46,* in: *Dokumenten,* München 1952, S. 60.

Frühjahr bis Spätsommer 1946: Nach einer vorbereiteten Liste wurden weit mehr als 200 große Industriebetriebe der chemischen Industrie, der Papierindustrie, Schuhfabriken, Textilwerke usw. demontiert.

Oktober 1946 bis Frühjahr 1947: Obwohl die Demontagen bereits am 21.5.1946 für abgeschlossen erklärt worden waren, setzte einige Monate später eine vierte Welle ein, von der zum Beispiel die Zeiss-Werke Jena, Kraftwerke, Druckereien und einige Rüstungsbetriebe, die bis dahin für die Sowjets weitergearbeitet hatten, betroffen waren.

Herbst 1947: Nach einem weiteren halben Jahr wurden nochmals wichtige Betriebe abgebaut: Braunkohlenwerke, Brikettfabriken, Kraftwerke und weitere 1100 km Eisenbahngleise.

Frühjahr 1948: Drei Betriebe, die vorher zu -Sowjetischen Aktiengesellschaften- (SAG) erklärt worden waren, wurden voll oder zum Teil demontiert, darunter Anlagen des Buna-Werkes in Schkopau. Von den Demontagen waren auch solche Betriebe betroffen, die inzwischen wieder instand gesetzt worden waren.

Der -Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung- gab in seiner 1951 veröffentlichten Schrift *Am Abend der Demontage* unter anderem folgende Demontageverluste der SBZ/DDR im Vergleich zum Jahre 1936 an:

Demontageverluste der SBZjDDR

- Walzwerke	82 v.H.,
- eisenschaffende Industrie	80 v.H.,
- Zementindustrie	45v.H.,
- Papiererzeugung	45 v.H,
- Energieerzeugung	35v.H.,
- Schuhindustrie	30 v.H,
- Textilindustrie	25 v.H,
- Zuckererzeugung	25 v.H.,
- Braunkohlenbergbau	20 v.H,
- Brikettfabriken	19v.H.

Bei den Produktionsanlagen wurde zuallererst die gesamte Flugzeugindustrie abgebaut, danach die Industrie für die Erzeugung synthetischen Benzins und synthetischer Spinnfasern. Sie wurden in die UdSSR geschafft und dort mit deutschen Fachleuten, die man deportiert hatte, in Gang gesetzt. Hier verband sich der Gedanke der materiellen Wiedergutmachung mit einer wirtschaftlichen Entmachtung des gesamten mittel- und ostdeutschen Raumes. Ende 1947 besaß die sowjetische Besatzungszone nur noch

ein Fünftel des früheren Produktionspotentials der Eisenhütten und Walzwerke, der Elektroindustrie und des Maschinenbaus, rund ein Viertel der Kapazität für Fahrzeugbau. Feinmechanik und Optik, und fast nichts mehr auf dem Gebiet der Sperrholzindustrie. Vollständig demontiert wurden unter anderem die größte Raffinerie (Zuckerraffinerie) Tangermünde, die Junkers-Flugzeugwerke in Dessau und die Siemenswerke in Gera und Arnstadt.

Nach vorsichtigen deutschen Schätzungen ergaben sich durch Beuteaktionen, Demontagen und Reparationsnebenkosten:

Demontagen in der SBZ, Maschinen, Materialwert	
Materialwert mind. 10,7 Mrd. $ (USD)[27] =	42,800 Mrd. RM
(UFI0) heutiger Wert	428,000 Mrd. DM
POS. 1I/4a_Demontagen in SBZ	214,000 Mrd. €

Dazu kommen noch Leistungen von über fünf Mrd. **RM,** die mit erbeuteten RM-Noten, Wertpapieren bezahlt wurden, und weitere Leistungen in Höhe von zwölf Mrd. Mark durch Zahlung mit ungedecktem Besatzungsgeld:

Ungedecktes Beute- und Besatzungsgeld	
Erbeutete RM-Noten, Wertpapiere usw.	zus. 17,000 Mrd. RM
(UFI0) nach heutigem Wert etwa	170,000 Mrd. DM
POS. 1I/4b[28] erbeutete Wertpapiere, RM-Noten	85,000 Mrd. €

Zu den Demontagen und Reparationsmaßnahmen kamen noch die Lieferungen aus der laufenden Produktion hinzu, die sofort nach der Wiederingangsetzung der Betriebe einsetzten und bis zum 31. Dezember 1953 andauerten." Des weiteren kam hinzu der Zwangsexport von Holz bis 1954 (1,500 Mrd. RM).

Nach westlichen Berechnungen haben die Sowjets als Reparationen dabei hohe Werte entnommenr'"

[27] Rupp, Franz, *Oie Reparations/eistungen der sowjetischen Besatzungszone,* hg. Vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1951.

[28] BRoDEssER/FEHN!FRANOSCH!WIRTH *Wiedergutmachung und Kriegsfo/gen/iquidation,* München 2000, S. 248.

[29] HUBATsCH, Walter, *Oie deutsche Frage,* Würzburg 21964, Ploetz, S. 116 f. u. 124 ff.

[30] Ebenda.

Sowjetische Produktionsentnahmen	
Produktionsentnahmen in der SBZ/DDR	50,000 Mrd. RM.
(UFI0)	500,000 Mrd. DM
POS. 1I/4c Produktionsentnahmen	250,000 Mrd. €

Steuerliche Einnahmen der SBZ-Verwaltung wurden von den sowjetischen Besatzungsbehörden eingezogen und für unbekannte Zwecke verwendet." Es handelte sich damit um verschleierte Reparationen.

Steuerliche Entnahmen der SBZ-Verwaltung für SU	
Entnahmen aus Steuern in der SBZ /DDR	4,500 Mrd. RM
(UFI0)	45,000 Mrd. DM
POS. 1I/4d Abschöpfung von Steuererträgen	22,500 Mrd. €

Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)

Durch den Befehl Nr. 167 der SMAD[32] vom 5. Juni 1946 wurden 202 Großbetriebe der SBZ (das waren rund 25 Prozent der ostzonalen Industriekapazität) als -Sowjetische Aktiengesellschaften< (SAG) von der Sowjetunion übernommen. Sie arbeiteten unter der Aufsicht russischer Direktoren ausschließlich für den Bedarf der UdSSR. Wichtigste Gesellschaften waren die:

SAG-Betriebe in der SBZ / DDR

- SAG Wismut (Uranbergbau) — Beschäftigte: 225.000
- SAG Brikett (Braunkohleberg-, Schwefelwerke, Benzinwerke. Kraftwerke) — B.: 40.000
- SAG Amo (Schwermaschinenbau) — B.: 44.000
- SAG Kabel (Großbetriebe der Elektroindustrie, Kabelwerke. Akkumulatorenwerke) und
- SAG Autowerk. (Autofabriken, Motorrad-, Uhren-, Werkzeug-, Kugellager- und Büromasch.-Industrie) — B: 32.000

Durch ihre Eingliederung in die Organisation der SAG wurden unter anderem folgende mitteldeutsche Industriebetriebe betroffen:

[31] HARMSEN, Gustav Wilhelm, aaO. (Anm. 29), Heft 4, S. 52 ff.

[32] SMAD: Sowjetische Militäradministration

Mitbetroffene Werke in Mitteldeutschland

- Agfa-Filmfabrik in Wolfen/Krs. Bitterfeld;
- Leuna-Werk (Ammoniakwerk) in Merseburg;
- Buna-Werke in Schkopau/Krs. Merseburg;
- Braunkohlen und Benzin AG (BRABAG) in Zeitz;
- IG-Farben in Wolfen, die IG-Farben Bitterfeld. und Kraftwerke;
- Kupfer- u. Messingwerk in Hattstadtf Mansfelder Gebirgskreis;
- Eisen- und Hüttenwerk in Thale / Harz;
- Dessauer Waggonfabrik AG in Dessau;
- Gottfried Lindner AG, Waggonfabrik in Ammendorf bei Halle;
- Friedrich Krupp-Gruson Werke AG in Magdeburg;
- Halbwalzwerk. Klöcknerwerk in Ilsenburg;
- Stickstoffwerke in Piesteritz/Krs. Bitterfeld.

Prozentuale Anteile der SAG
am Produktionswert einzelner Industriezweige 1947

Industriegruppe	Anteil in %
- Bergbau mit Kohle	28,3
- Metallurgie	71,7
- Maschinenbau	49,4
- Elektrotechnik	26,4
- Feinmechanik und Optik	67,2
- Chemie	72,8
- Gummi und Asbest	85,3
- Flüssige Brennstoffe	77,7
- Baumaterialien	25,7
- Papier- und Zelluloseerzeugung	66,4
- Energie	57,3

Ab 1953 mußte die DDR die SAG-Betriebe zurückkaufen. Die Wismut AG, die mit über 100000 Beschäftigten größte SAG, die in Sachsen und Thüringen Uran abbaute, blieb aber mit Sonderstatus bis zum Ende der DDR gemeinsamer Besitz der DDR und der Sowjetunion. 1954 wurden die SAG-Betriebe, deren deutsche Eigentümer entschädigungslos enteignet worden waren, gegen eine Geldspende an die DDR-Regierung zurückgegeben.

Rückkauf der SAG-Betriebe ab 1953	
-Spende- für Rückgabe der SAG-Betriebe	2,700 Mrd. OM
(UFI0)	27,000 Mrd. DM
POS. II/4e Zwangs rückkauf der SAG-Betriebe	13,500 Mrd. €

Gesamtschaden durch Ausraubung der SBZ

POS. II/4a Demontagen in SBZ	134,000 Mrd. €
POS. II/4b erbeutete Wertpapiere, RM-Noten	85,000 Mrd. €
POS. II/4c Produktionsentnahmen in der DDR	250,000 Mrd. €
POS. II/4d Abschöpfung von Steuererträgen	22,500 Mrd. €
POS. II/4e Zwangsrückkauf der SAG-Betriebe	13,500 Mrd. €
POS. IV4 Ausraubung der SBZ, Gesamtschaden	504,500 Mrd. €

Die Sowjetunion verkauft Ostdeutschland an Polen

Wie der polnische Historiker W. T. KOWALSKI[33] berichtete, verglich der sowjetische Außenminister MOLOTOW anläßlich der Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Grenzvertrages vom 16. April 1945 den wirtschaftlichen Wert der von der UdSSR annektierten Gebiete Ostpolens mit dem Wert der von Deutschland abgetrennten Gebiete unter polnischer »Verwaltung«. Er bewertete die polnischen Ostgebiete, die an die UdSSR zurückgegeben werden mußten, mit 3,5 Milliarden Dollar, die deutschen Ostgebiete, die Polen erhielt, dagegen mit 9,5 (!) Milliarden Dollar." Die Differenz zugunsten Polens von rund 6,0 Mrd. Dollar mußte Polen bis 1953 an die UdSSR zahlen. Da Polen natürlich nicht über Dollar verfügte, verpflichtete es sich zur Lieferung von schlesischer Kohle aus ehemals deutschen Zechen. Die Kohle wiederum wurde vorwiegend von deutschen Kriegsgefangenen als Zwangsarbeiter gebrochen (!). Im Protokoll vom 5. März 1947 wurde die Verrechnung der deutschen Ostgebiete gegen die polnischen Ostgebiete unter Einbeziehung der Kohlelieferungen ausdrücklich bestätigt."

[33] Zitiert nach: Porr-, Wolfgang, *Wehe den Besiegten,* Tübingen 32004, S. 375.

[34] 9,5 Mrd. Dollar (1 $ = 4 RM/DM) = 38 Mrd. DM - UF1 0 - heutiger Wert ca. 380 Mrd. DM bzw. 190 Mrd.

[35] Siehe RUMPF, Ernst, *Wiedergutmachung. Deutschland zahlt immer. Deutsche Geschichte im 20. Jahrh.,* Rosenheim 1992 (Kultur- u. Zeitgeschichte, Archiv der Zeit).

Demontagen in Westdeutschland

Die veröffentlichte Demontageliste umfaßte in der britischen Besatzungszone 496 Werke der Rüstungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der chemischen und Maschinenindustrie. Auf der amerikanischen Demontageliste standen 185 Werke. Die Demontageliste der französischen Besatzungsmacht, die am 6. November 1947 veröffentlicht wurde, umfaßte 236 Werke, unter ihnen nur 37 der Rüstungsindustrie. Bis zum 1. Januar 1948 waren aus der französischen Zone 43000 Maschinen im Wert von rund > 200 Millionen RM nach Frankreich transportiert worden.

Im Monat Januar 1949 wurden nach dem Monatsbericht von US-General CLAY 3797 Tonnen Reparationsgüter von 26 Industriewerken der amerikanischen Zone im Wert von angeblich nur 4752492 DM an Empfängerstaaten abgefahren. Die Gesamtsumme der Reparationen aus der amerikanischen Zone erhöhte sich damit auf 201588 t im Wert von (nur) 83 Mill. DM bis zum 31. Januar 1949. Die Reparationsgüter stammten aus insgesamt 147 Werken der amerikanischen Zone. In der Bizone[36] gab es 944190 Arbeitslose, das waren 201302 mehr als im Vormonat.



Arbeiter der Krupp-Werke schauen sich erbittert die Zerstörung ihres Arbeitsplatzes an.

Das Krupp-Hochofenwerk in Essen-Borbeck war eines der modernsten Werke Europas gewesen, das monatlich 95000 Tonnen Eisen, Stahl und Walzwerk-Erzeugnisse produziert hatte. Am 30. April 1949 war die Demontage abgeschlossen. Die Gesamtkosten beliefen sich auf etwa 25 Millionen Mark, wofür nur 9,5 Millionen Mark als Reparationsleistung gutgeschrieben wurden. Allein für den Transport bis Hamburg wurden über 5000 Waggons und 29 Schleppkähne benötigt.

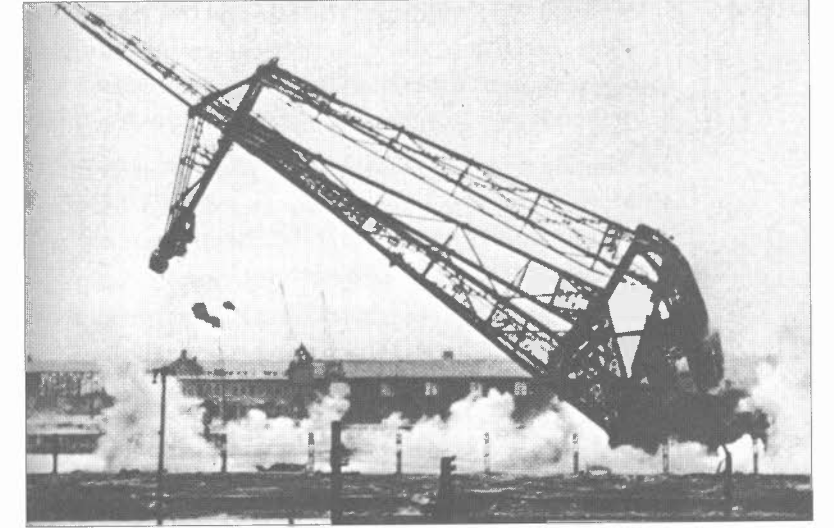
Mit den Fabrikanlagen wurden auch 25000 Fabrikationsanweisungen und -zeichnungen an die Sowjetunion ausgeliefert.[37] Selbst 1949 wurden in der Westzone noch 268 Fabriken vollständig oder teilweise abgebaut. Insgesamt wurden dort 667 Fabriken demontiert. Die Demontagen und der Abtransport von Maschinen und Anlagen wurde erst im April

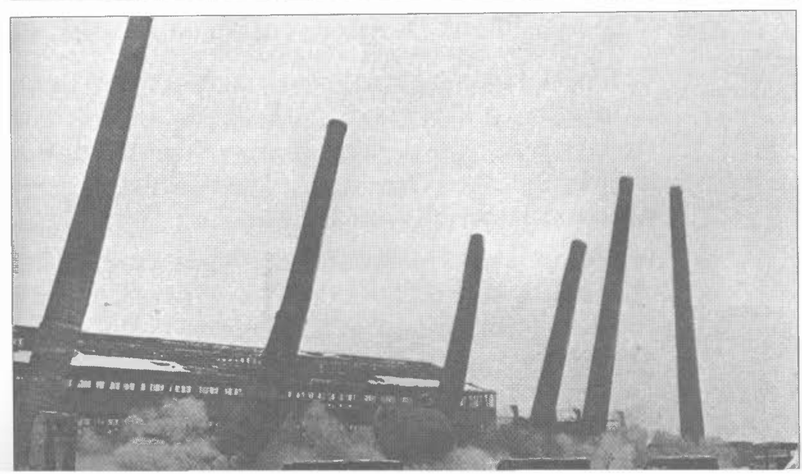
[36] Vereinte britische und amerikanische Zone.

[37] OVERESCH, Manfred, *Das besetzte Deutschland*, II, Augsburg 1992, S. 690.

1951 eingestellt. Die Interalliierte Reparationskommission in Brüssel hat für die Demontagegüter aus den drei Westzonen nur 0,708 Milliarden Mark zu Preisen von 1938 auf dem Reparationskonto gutgeschrieben. Die deutscher Seite schätzte dagegen die Sachverluste zu Recht wesentlich höher ein.

Materieller Wert der Demontagegüter	
Von deutscher Seite errechneter Wert, mind.	5,000 Mrd. RM
(UF10) heutiger Wert	50,000 Mrd. DM
POS. II/5 Demontagen West	**25,000 Mrd. €**





Oben: Eine der vier großen Schwimmkräne im Hamburger Hafen wird auf Anordnung der Militärregierung am 27. März 1947 gesprengt. *Unten:* Sechs 67 m hohe Schornsteine der Krupp-Werke in Essen werden im Jahre 1948 gesprengt.
Der britische Militärgouverneur Brian ROBERTSON gab am 16. Oktober 1947 eine neue Demontageliste bekannt. 682 Betriebe (496 in der britischen, 186 in der US-Zone) sollten zum Abbruch kommen. Der Abbruch sollte innerhalb von zwei Jahren erfolgen und rund 30000 Arbeiter ›beschäftigen‹. Es war vorgesehen, 25 Prozent der demontierten Einrichtungen in die Sowjetunion zu überführen.

Deutsche Proteste

Proteste der deutschen Bevölkerung gegen die Demontagen wurden von den Alliierten mit Drohungen beantwortet. So erklärte der amerikanische Militärgouverneur Ludus D. CLAY am 1. Oktober 1947 vor der Presse, ein Widerstand gegen die Demontage müsse von den Engländern und Amerikanern mit einer Einstellung der Lebensmittel-Lieferungen nach Deutschland beantwortet werden. Zu den Meldungen aus Hamburg, nach denen deutsche Gewerkschaftsführer in der britischen Zone mit der Verweigerung der Mitarbeit an weiteren Fabrikdemontagen gedroht hätten, erklärte CLAY, wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie

> »schwerlich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfahren«. Im übrigen werde die Militärregierung fortfahren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industriewerke auszuarbeiten, »ob es den Deutschen gefalle oder nicht«.[38]

Im Namen von 20000 Bergleuten protestierten Ende Juli 1947 die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der IG Bergbau gegen die belgischen Reparationsforderungen im linksrheinischen Braunkohlegebiet. In der Entschließung hieß es unter anderem:

> »Der Übergang verschiedener rheinischer Kraftwerke in belgischen Besitz bedeutet für die deutsche Kohlewirtschaft, besonders für das linksrheinische Braunkohlengebiet, eine große Gefahr. Die Betriebsräte und Funktionäre erkennen berechtigte Forderungen auf Wiedergutmachung an, weisen jedoch darauf hin, daß die belgischen Forderungen nicht dem friedlichen Zusammenleben dienen und im Widerspruch zu den Grundsätzen stehen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt und von fünfzig Nationen anerkannt worden sind.«[39]

Die spektakulären Demontagen, etwa der -Reichswerke Hermann Göring- in Salzgitter, die bis in die fünfziger Jahre andauerten, wurden auf deutscher Seite mit Erbitterung als mutwillige Vernichtung von Arbeitsplätzen in einer Zeit wirtschaftlicher Not begriffen. Dagegen demonstrierten die Arbeiter ohnmächtig mit Parolen wie

> »Vernunft statt Gewalt« und: »Wir wollen keine Bettler sein ... laßt uns unsere Arbeitsstätte!«

[38] Ebenda, Teil I, S. 373.

[39] Ebenda, S. 350.

rei Elendsreviere: Reichswerke, Ruhrchemie, Krupp

Zehntausende von Arbeitsplätzen bedroht / Hoffnung auf Einsicht der Alliierten

Von unserer westdeutschen Redaktion

Schlagzeile aus der *Braunschweiger Presse* vom 4. Januar 1950. Je länger die Demontagen dauerten, desto deutlicher wurde ihr wirtschaftlicher Widersinn.

Am 17. November 1947 äußerte sich die französische Militärregierung zur Industriedemontage in ihrer Besatzungszone und erklärte eiskalt:

> »Diesen Maßnahmen hat sich das deutsche Volk ohne jede Diskussion zu unterziehen. Der Wert der damit zur Verfügung gestellten maschinellen Einrichtungen beziffert sich auf rund 100 Millionen RM.«[40]

Wegen neuer Demontagemaßnahmen der Franzosen trat sogar die Regierung von Württemberg-Hohenzollern unter ihrem geschäftsführenden Präsidenten Carlo SCHMID (SPD) am 6. August 1948 zurück. Erreicht wurde jedoch nichts.

Vernichtung deutscher Konkurrenzbetriebe

Zeitangepaßt wird behauptet, bei den Demontagen seien hauptsächlich Rüstungsbetriebe betroffen gewesen. Darüber hinaus hätten die Demontagen sich gerade für die westdeutsche industrielle Entwicklung und Wirtschaft als Vorteil herausgestellt, weil natürlich die Werksanlagen infolge der im Krieg unterbliebenen Investitionen vielfach veraltet waren und durch moderne ersetzt werden mußten und damit die Westdeutschen später der ausländischen Konkurrenz überlegen gewesen seien.

Die *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 10. August 1948 beweist am Beispiel der französischen Zone, daß von den abgebauten Fabriken kaum 10 Prozent der Rüstungsindustrie zuzuzählen waren. Vor allem Uhrenfabriken zählten zu den Opfern. Die in London erscheinende Fachzeitschrift *Jewelier and Metalworker* berichtete am 1. Juli 1948, daß man von Frankreich viele der in

[40] Ebenda, S. 391.

Deutschland demontierten Uhrenwerke erhalten werde. Damit erhalte Britannien eine dringend benötigte »Atempause«, da mit dieser Maßnahme vorerst einmal die deutsche Konkurrenz ausgeschaltet wäre.

Demontagen waren ineffizient

Die Demontagen hatten im allgemeinen keine positive wirtschaftliche Wirkung für die Siegerstaaten. Offiziell sollten die Demontagemaßnahmen dazu dienen, im Krieg zerstörte westeuropäische Industrieanlagen mit Hilfe deutscher Maschineneinrichtungen wieder zu errichten und zu der einstigen Leistungsfähigkeit aufzubauen. Dieser Gesichtspunkt erwies sich in der Praxis jedoch als wenig überzeugend, da Abbau, Transport und Wiederaufbau von Fabrikationsstätten sich als zu umständlich und zu kostspielig herausstellten, als daß den Empfängern mit diesem Beutegut ein ernsthafter Nutzen entstanden wäre. Beispielsweise heißt es über die Demontage der Düsseldorfer Gutehoffnungshütte:

> »Ausbau der Maschinen und Anlagen ist beendet. Nun erfolgt Inangriffnahme des Abbaues der Werkshallen. Es sollen Hallen mit 25000 qm Bodenfläche demontiert und von gemauerten Hallen mit 5000 qm Nutzfläche Dachkonstruktionen abgebaut werden, die dadurch auch zu Ruinen werden. Eingemietete Firmen werden obdachlos. Demontage der Hallenkonstruktionen kostet enorme Summen, bringt dem Reparationsempfänger nur Schrott und ist daher wirtschaftlicher Wahnsinn. Durchführung der widersinnigen Hallendernontage gefährdet Bergbauprogramm, da HANIEL & LUEG Spezialhersteller von Schachtauskleidung. Moralische und politische Rückwirkung dieser Art von Demontage niederschmetternd. «[41]

Vor dem Hintergrund von Haß und Rachsucht waren die Demontagen auf die wirtschaftliche Entmachtung Deutschlands abgestellt. Frankreich und England waren bemüht, einen Konkurrenten auf dem internationalen Markt loszuwerden. Die Folge waren Millionen Tote und die Verschleppung Deutscher als Sklaven in alle Welt.

4' AHRENS, Hanns D., *Demontage,* München 1982, S. 281.

Besatzungs- und Stationierungskosten nach 1945

West-Alliierte Besatzungskosten 1945 bis 1949

Das Institut für Besatzungsfragen in Tübingerr" errechnete 1951, daß die drei westlichen Zonen unter Einschluß von Berlin-West vom Beginn der alliierten Besetzung 1945 bis zum Ende des Rechnungsjahres 1949 insgesamt 21,289 Milliarden RM/DM (davon 1,5 Milliarden RM/DM in Berlin-West) an Besatzungskosten aufwenden mußten."

Besatzungskosten 1945-1949 in Mrd. RM

Jahr	Brit. Zone	Amerik. Zone	Franz. Zone	BRD insges.	Steueraufkommen in RM	in %
1945	1,258	0,653	0,117	2,028		
1946	2,462	1,604	1,007	5,073	11,997	42
1947	2,785	1,968	0,773	5,526	14,452	38
1948	2,055	1,995	0,544	4,594	13,911	33
1949	1,855	1,661	0,551	4,068	15,361	26
bis 1949	10,416	7,882	2,991	21,289	55,727	035%

Besatzungskosten in Westdeutschland Besatzungskosten 1945-49, ab 1949 DM	21,300 Mrd. RM/DM
(UF10) Heutiger Wert (2010)	213,000 Mrd. DM
POS.II/6a Besatzungsk. West bis 1949	213,000 Mrd. DM

Die damals noch armen Bayern mußten 39,5 Prozent der Staats einnahmen für die Besatzungskosten aufwenden, in der französischen Zone erpreßten die Franzosen 1948 in Württemberg-Hohenzollern rücksichtslos sogar 60 Prozent.

[42] *Sechs Jahre Besatzungskosten,* Institut f. Besatzungsfragen, Tübingen 1951, S. 3 ff.
[43] OVERESCH Manfred, *Das besetzte Deutschland,* Augsburg 1992, Teil I, S. 76.

Westalliierte Besatzungskosten	
1950	ca. 5,000 Mrd. DM
1951	ca. 5,000 Mrd. DM
1952	ca. 5,000 Mrd. DM
1953	5,593 Mrd. DM
1954	5,752 Mrd. DM
1955	3,831 Mrd. DM
1950-1955	30,176 Mrd. DM
(UFI0)	301,760 Mrd. DM
POS. II/6b B.-Kosten W. 1950-55	301,760 Mrd. DM[44]

Die Briten zeigten nicht die geringsten Skrupel, auch ihre zivilen Ausgaben über den Unterhalt ihrer Truppen abrechnen zu lassen. Über das Konto -Besatzungskosten- erwarben die Briten Güter, die der damals hungernde und notleidende deutsche Steuerzahler sich nicht leisten konnte:"

Mißbrauch der Besatzungskosten durch Briten

Sessel mit losen Kissen	42.000
Polsterstühle	361.000
Doppelschlafzimmer	30.000
Bridgetische	6.100
Klubtische	28.000
Damenschreibtische	13.000
Teppiche (nur Reg. Bez. Düsseld. u. Kreis Herford)	13.000
Badeteppiche zus. km	>200
Herrenschuhe (Paar)	122.000
Kinderschuhe (Paar)	48.000
Damenschuhe (Paar)	31.000
Soldatenstiefel (Paar)	15.000
Steinhäger, Flaschen	3.500.000
Gin, Flaschen	910.000
Gardinenstoff, Meter	1.100.000
Kindermäntel	12.000
Damenschlüpfer	20.000

44 Ebenda.

45 Laut Denkschrift des NRW-Finanzministeriums.

Damenhemden	30.000
Damenpullover	75.000
Kindereisenbahnen	1.000
usw. usw.	

Die *Welt* meldete am 15. 3. 1952:
»Vom 1.1. bis 31. 7.1951 mußte Niedersachsen für die britische Rheinarmee bezahlen«:

Damen- Nachthemden	44.233
Frisiertoiletten	850
Servierwagen	514
Kühlschränke	1.186
Grammophone	40
Floretta usrüstungen	6
Sekt, Flaschen	1.000

Vom 1.10. bis 31.12.1951:

Polsterstühle	10.000
Teppiche	775
Bezugsstoffe, Meter	10.800
Läuferstoffe, Meter	14.800
usw. usw.	

Zusätzliche Besatzungskosten für DPs

Beim Rückzug der deutschen Wehrmacht flohen Millionen Angehörige der Ostvölker vor dem unmenschlichen System der Bolschewiken in Richtung Westen. In einer Zeit, in der etwa 12 Millionen Deutsche gewaltsam aus der angestammten Heimat vertrieben wurden, handelte es sich um die einzige freiwillige Wanderungsbewegung ganzer ethnischer Gruppen. Die osteuropäischen Flüchtlinge, die den rettenden Westen erreicht hatten, waren nach 1945 natürlich nicht so dumm zuzugeben, freiwillig geflohen zu sein. Alle erklärten, nach Deutschland Verschleppte (DPs) zu sein, um die materielle Hilfe der UNRRA, vor allem Lebensmittel, zu bekommen. Für die Betreuungskosten mußten die Westzonen mit 2,3 Milliarden RM aufkommen.

Unterhalt und Zwangsabschiebung der DPs

Gesamt: Kosten für DPs	2,3 Mrd. RM/DM
(UF 10)	23,000 Mrd. RM/DM
ros, II/6c Kosten für DPs	11,500 Mrd. €

Übersicht: Besatzungskosten in Westdeutschland

POS. II/6a	Besatzungskosten W. bis 1949	213,000 Mrd. DM
POS. II/6b	B.-kosten W. 1950-55	301,760 Mrd. DM
POS. II/6c	Kosten für DPs	23,000 Mrd. DM
		537,760 Mrd. DM

POS.IIj6 Besatzungskosten 1946 bis 1955, DP-Kosten 268,880 Mrd.€

Westdeutsche Stationierungskosten bis heute

Die ausländischen Streitkräfte haben stets der Bundesrepublik und der DDR die Mehrheit der Kosten für den Unterhalt ihres Aufenthalts in Deutschland in Rechnung gestellt."

In den Pariser Verträgen vom 19. bis 23. Oktober 1954 wurde die Beendigung des Besatzungsregimes in den drei Westzonen festgelegt. Dabei erklärte sich die Bundesrepublik in Artikel 4 (gezwungenermaßen) mit der weiteren Stationierung der westlichen alliierten Streitkräfte einverstanden. Weiter heißt es in diesem Vertrag:"

> »Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich bereit, bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag (NATO), längstens jedoch bis 30. Juni 1955, monatlich (!) 600 Millionen (300 Mio. €) für den Unterhalt der alliierten Streitkräfte zu leisten. Während der ersten 12 Monate nach Inkrafttreten der Abmachungen über den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland wird sie einen Gesamtbeitrag von 3,2 Milliarden DM leisten.«

Das bedeutete, daß zunächst die bisherigen westlichen Besatzungskosten von zuletzt rund 600 Millionen DM monatlich in der Übergangszeit nun als Stationierungskosten weitergeführt wurden, und zwar vom 1. November 1954 bis 30. Juni 1955:

[46] HOFMANN, Daniel, *Truppenstationierung in der Bundesrepublik Deutschland,* München 1997

[47] Ploetz, *Konferenzen und Verträge,* Würzburg 1959, S. 472 ff.

Stationierungskosten der USA

1954 bis 1955 (8 Mon.), mtl. 600 Mio. DM	4,800 Mrd. DM
1955/56 monatlich 600 Mio. DM	7,200 Mrd. DM
zusammen	12,000 Mrd. DM
POS. II/7a US-Stationierungskosten 1954-56	6,000 Mrd. €

Stationierungskosten der übrigen Westalliierten

1954 bis 1955 (8 Mon.), mtl. 800 Mio. DM	6,400 Mrd. DM
1955/56 monatlich 600 Mio. DM	9,600 Mrd. DM
zusammen	16,000 Mrd. DM
POS.II/7b West- Stat.-K. 1954-56 (ohne USA)	8,000 Mrd. €

Adenauer verhandelt über Stationierungskosten

Im Jahre 1956 hatte Bundeskanzler ADENAUER schließlich aufgemuckt und die Zahlung von weiteren 650 Millionen Mark von drei Bedingungen abhängig machen wollen:

- Die Zahlung sollte eine einmalige, die Stationierungskosten abschließende Leistung Westdeutschlands sein.
- Es sollte der Grundsatz festgelegt werden, daß die Bundesrepublik nicht ungünstiger gestellt werden dürfe als andere Mitgliedsstaaten der Nato, und
- Übereinstimmung sollte darüber erzielt werden, daß Westdeutschland auch bei dem sogenannten Infrastruktur-Programm der NATO in finanzieller Hinsicht ebenso behandelt werde wie die anderen NATO-Staaten. (Das Infrastruktur-Programm der NATO hat den Bau von Straßen, Flugplätzen und anderer militärischer Anlagen in den Mitgliedsstaaten zum Inhalt.)

Als die USA diese Forderungen strikt ablehnten, ließ die Bundesregierung ihre Bedingungen gezwungenermaßen fallen. Am 6. Juni, kurz vor dem Abflug von Bundeskanzler ADENAUER nach Amerika, erklärte sie sich zur vorbehaltlosen Zahlung von 650 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1956/1957 an die USA bereit. Die Regierung der USA nahm dieses Angebot huldvoll an, betonte jedoch in einer Gegenerklärung ausdrücklich, daß auch für spätere Rechnungsjahre Verhandlungen über deutsche Beiträge zu ihren Stationierungskosten anberaumt werden müßten.

Mit den vereinbarten 650 Millionen allein für die USA hörten die Zah-

lungen nicht auf. Auf die Frage eines Abgeordneten, die der künftigen Gesamtbelastung aus der Truppenstationierung galt, antwortete Finanzminister SCHÄFFER sehr ausführlich:

»Wie Sie richtig annehmen, würde sich aus dem Stationierungskostenbeitrag an die Amerikaner ein Stationierungskostenbeitrag für alle Sta~~onierungsmächte von etwa 1,45 Milliarden Mark (0,725€) errechnen. Uber diesen Betrag hinaus sind daneben als Folge der Weitergeltung des Truppen- und Finanzvertrages zunächst in den Haushaltsjahren 1956 und 1957 die bisherigen Leistungen weiter zu erbringen. Diese bestehen in geldwerten Leistungen, wie zum Beispiel den Ausgaben für die Unterhaltung der Behörden der deutschen Verteidigungslasten- Verwaltung, für die Nutzungsvergütungen und Schäden für ihre in Anspruch genommenen Liegenschaften der Länder und so weiter. Dazu kommen Einnahme-Ausfälle, die sich zum Beispiel aus der Abgabenfreiheit der Streitkräfte für Mineralöl und Kraftfahrzeugsteuer ergeben. Die Ausgaben und insbesondere die Einnahme-Ausfälle werden für die Rechnungsjahre 1956 und 1957 auf je 1000 Millionen Mark (0,5 Mrd. €) geschätzt.«

Bundesfinanzminister SCHÄFFER errechnete darüber hinaus für die nächsten beiden Jahre (1956/57 und 1957/58) außer dem Barbetrag noch 100 Millionen Mark für Belegungsschäden an Gebäuden und Einrichtungsgegenständen, für die der Bund aufkommen müsse, und 250 Millionen Mark für ein sogenanntes Schlußfreimach~ngsprogramm. Außer den verlangten Barzahlungen ist laut SCHÄFFERs Überschlag mithin

»mit einer zusätzlichen Belastung in Höhe von 1,1 Milliarden DM (0,55 Mrd. €) für das laufende Rechnungsjahr 1956 und mit etwa 1,25 Milliarden DM (0,625 €) für das Rechnungsjahr 1957 zu rechnen«.

Übersicht: Westalliierte Stationierungskosten 1954/55 bis 1957/58

POS. 1I/7a	US-Stationierungskosten 1954-56	6,000 Mrd. €
POS.II/7b	1954-56 West- Stat.-K. (ohne USA)	8,000 Mrd. €
POS. II/7c	1956/57 West (0,725) + 0,55 Mio. €)	1,275 Mrd. €
POS.II/7d	1957/58 + (0,725 + 0,625 Mio. €)	1,235 Mrd. €
zusammen		<u>16,510 Mrd. €</u>
(UF 10)		165,100 Mrd. €

POS: IIf7 Westalliierte Stat.-Kosten 1954/55-57/58 <u>165,100 Mrd. €</u>

Erster Jahresbeitrag zur Stationierung	
1958/59	3,200 Mrd. DM
(UF5)	16,000 Mrd. DM

POS: IIf8 Erster Beitrag Stationierungskosten 1958/59 <u>8,000 Mrd.€</u>

Sowjetische Besatzungs- und Stationierungskosten 1945 bis 1994

49 Jahre dauerte die Besetzung Mitteldeutschlands. Jeweils etwa 500000 sowjetische Soldaten waren in Deutschland stationiert, dazu kamen Zivilpersonal und Ehefrauen der Offiziere. Am Ende belegten sie über 1000 Objekte mit 36 000 Gebäuden. Das bedeutet, daß gut zwei Prozent der DDR direkt von der Roten Armee belegt waren.

An den jährlichen Stationierungskosten von anfangs 3,2 Mrd. DM änderte sich im Prinzip wenig bis 1994 - dem Termin des Abzugs der sowjetischen Besatzungsmacht aus Mitteldeutschland. Bei der Kostenberechnung gehen wir von einem durchschnittlichen Betrag von nur zwei Milliarden Ostmark aus.

<u>SBZ-DDR Besatzungskosten von 1945 bis 1954</u>:

1946-1954, jährl. ca. 2 Mrd. RM/Ostmark)	16,000 Mrd. RM/OM
(UFI0) heutiger Wert	160,000 Mrd. RM/OM
POS.II/9a	<u>80,000 Mrd. €</u>

DDR-Stationierungskosten von 1955 bis 1994:

1955-1994 (2 Mrd. OM x ca. 40 Jahre)	80,000 Mrd. OM
DM-OM=l :2:	40,000 Mrd. DM
(UF 5)	200,000 Mrd. DM
POS.II/9b	<u>100,000 Mrd. €</u>

POS.IIf9 SBZ-DDR Besatzungs- Stat.-Kosten bis 1994 <u>180,000 Mrd. €</u>

Deutsche Zwangsarbeiter - Sklaverei bei den Alliierten in Ost und West

Neben dem Bombenterror, der Vertreibung und totalen Beraubung von etwa 20 Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat und den über zwei Millionen Todesopfern dieser Vertreibung muß der jahrelange Nachkriegseinsatz von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten als Zwangsarbeiter auf das alliierte Kriegsverbrechens-Konto geschrieben werden. In den Jalta-Vereinbarungen wurde auch festgelegt, daß eine große Gruppe von Deutschen zur Zwangsarbeit herangezogen werden solle.f" Eine Tatsache, die den angeblich moralischen Beweggründen der Westmächte hohn spricht, der Gerechtigkeit und Humanität zum Sieg verhelfen zu wollen. Im Gegensatz dazu mußten Millionen Deutsche als Zwangsarbeiter und in der Regel unter unmenschlichen Bedingungen die schwersten und in hohem Maße schikanösen Arbeiten verrichten. Krank an Leib und Seele, meist ohne Postverbindung zur Heimat, durch ungenügende und miserable Verpflegung unterernährt, haben Millionen diese Torturen nicht überlebt.

Es dürfte wenig bekannt sein, daß die Jalta-Vereinbarungen dem US-Senat nicht zur Ratifizierung vorgelegt wurden, da ROOSEVELT fürchtete, daß sie dann widerrufen werden könnten.

Nicht nur die Oststaaten und Jugoslawien, auch die Westalliierten samt den Belgiern, Niederländern und Dänen (Januar 1946) hielten über drei Millionen Kriegsgefangene als Sklaven, mißbrauchten widerrechtlich Zivilisten als Internierte unter entwürdigenden Umständen zur Zwangsarbeit. Und obwohl die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen es verbot, Gefangene an andere Staaten auszuliefern, setzten sich auch die USA über diese von ihnen unterzeichneten Kriegsvölkerrechtsbestimmungen hinweg: Über 765000 Krieggefangene lieferten sie an Frankreich aus, 76000 an Belgien und Holland, rund 200000 an die UdSSR.

Die Franzosen machten sogar noch -Kriegsgefangene-, als der Krieg zu Ende war. Als in Stuttgart ein Konvoi deutscher Soldaten von den Amerikanern entlassen werden sollte, wurden sie im Moment der Entlassung zu französischen Kriegsgefangenen erklärt und nach Frankreich abtransportiert.

Einige nüchterne Zahlen sollen das unsägliche Elend der mindestens 874000 nach Sibirien verschleppten Frauen und Männer erahnen lassen, von denen die Hälfte die Torturen nicht überlebte:

[48] BVRNES, Iarnes F., *Speaking Frankly*, New York 1947, zit. in: FlsH, Hamilton, *Der zerbrochene Mythos*, New York 1976, dt. Tübingen 1982, S. 219.

Deutsche Zwangsarbeiter nach 1945
(nur teilweise statistisch erfaßtO

Staat	Zeitraum	Kriegsgef.	Zivilinternierte	Tote
UdSSR	1941-50		874.000	ca. 300.000
UdSSR	1941-61	ca 3.349.000		ca. 1.500.000
SBZ	ab 1945	Uranbergbau	100.000	???
SBZ	ab 1945	Schweigelager	122.671	43.645
CSSR	nach 1945	???	350.000	295.000
Polen	nach 1945	ca. 100.000	1.000.000	???
Jugoslaw.	nach 1945	ca. 194.000		
Jugoslaw.	nach 1945		350.000	ca. 65.000
USA	1943-45	ca. 50.000		???
US-Zone	ab 1945	>550.000	ca. 650.000	???
England	ab 1941		460.000	???
Frankreich	ab 1945		>1.000.000	ca. 115.000
Belgien	ab 1945		70.000	???
Holland	ab 1945		14.000	>250?
Dänemark	ab 1945		???	250?
zusammen		5.787.000	2.447.021	3.069.145

(SBZ: Sowjetisch besetzte Zone.)

Pauschale Berechnung der Arbeitswerte:

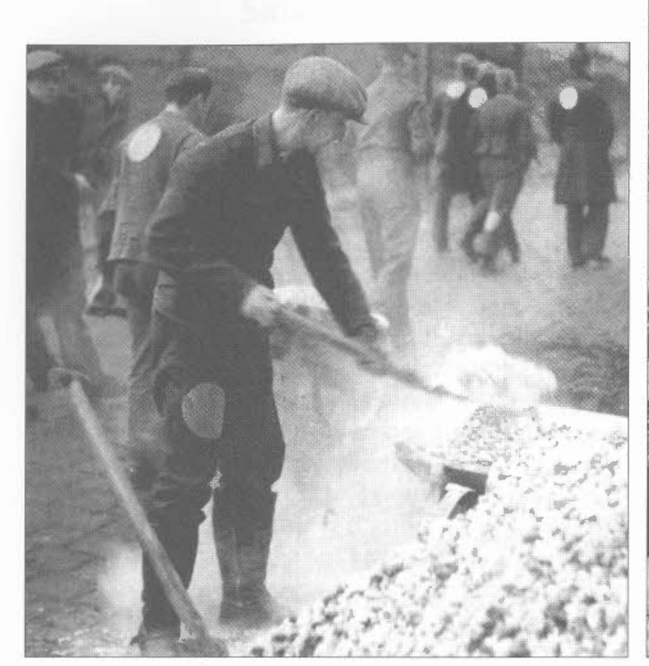
5,787 Mio. Kriegsgefangene, nach Entlassungen ca.
4,000 Mio. Kriegsgefangene und ca.
2,500 Mio. Zivilinternierte als Arbeitssklaven

ca. 6.500 Millionen Deutsche als Arbeitssklaven

In etwa drei bis vier Jahren - die letzten Kriegsgefangenen kamen erst 1955 nach Hause - ergibt die Zwangsarbeit der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten bei nur 10 Mark je 1O-12-Stunden-Tag:

(6,5 Mio. x 10 DM/Tag[49] x 1000 Tage)	65,000 Mrd. DM
(UF10)	650,000 Mrd. DM
pos. 11110 Zwangsarbeit Millionen Deutscher	325,000 Mrd. €

[49] Der Arbeiter-Stundenlohn betrug nach 1945 in den Westzonen rund 1,00 RM/DM




Links: Einer der unzähligen deutschen Kriegsgefangenen, die als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, hier in England. Rechts: Arbeitszone in Stalingrad um 1949, aus: Eva DONGA-SYLVESTER, *»Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!«* Graz 2000.

Prof. Emil SCHLEE errechnete über 7,3 Milliarden geleistete Zwangs-Arbeitstage, woraus sich bei durchschnittlich 10 Arbeitsstunden und 10 Mark/Tag eine Summe von 73,000 Milliarden Mark ergibt.[50] Berücksichtigt man noch den Umrechnungsfaktor (UF10), so ergeben sich nach SCHLEE 730,000 Mrd. DM oder 365 Mrd. Euro.

Beide pauschale Berechnungsmethoden zeigen, daß es sich nur um Annäherungswerte handeln kann.

Nach Angaben des Deutschen Roten Kreuzes haben in Ostdeutschland von 874 000 sogenannten ›Reparationsverschleppten‹ 45 Prozent die Zwangsarbeit nicht überlebt (Vernichtung durch Arbeit usw.).

Allein in England haben 460 000 deutsche Kriegsgefangene bis 1948 zusammen 1,23 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Das ergibt, bei einem Stundensatz von nur einer RM, insgesamt 1,23 Milliarden RM, also:

(UF 10) 12,3 Mrd. DM oder **6,150 Mrd. €**

[50] SCHLEE, Emil, »Deutsche Zwangsarbeit und ihre Entschädigung«, in: *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung*, Heft 4, Dezember 1999, S. 372 ff.

Außerdem wäre noch zu berücksichtigen, daß Kriegs- und Zivilinternierte teilweise bis zu zehn Jahren zurückgehalten wurden. Die britische Regierung zahlte den arbeitenden Kriegsgefangenen nur 10 Cent pro Arbeitstag, berechnete aber den Leistungsempfängern den vollen damals üblichen Lohnkostenbetrag.

In den USA leisteten die deutschen Kriegsgefangenen von 1943 bis 1945 zusammen 90 629 233 Arbeitstage.[51] Bei 10 RM Tageslohn ergibt das 906 292 330 RM. Der heutige Wert liegt demnach

(UF 10) bei rund 9 Mrd. DM: ca. **4,5 Mrd. €**

[51] Siehe KRAMMER, Arnold, *PW, Gefangen in Amerika*, Stuttgart 1982, S. 109.

Nur Sudeten-D

Vermögensverluste durch Vertreibung

Sudetendeutsche Vermögensverluste

Mit dem Sudetenland verlor das Deutsche Reich 27000 qkm, ein Gebiet von der Größe Belgiens.F Bei einem Hektar-Pachtpreis von nur zehn Cent jährlich ergäbe das bereits 2,7 Mrd. €, in 60 Jahren errechnet sich daraus, ohne Geldentwertungen und Teuerungen, ein Pachtwert von 162 Mrd. €

Geographische und wirtschaftliche Verluste der Sudetendeutschen 1945:	Summe 1945 in RM (Wert der RM 1938)
1.) Gewerbliches Vermög~	
Landwirtschaft	9.355.366.116
Obst- und Gartenbau	712.070.334
Nutz- u. Handelsgärten	92.412.000
Fischerei	14.720.300
Imkerei	25.147.707
Forstwirtschaft	5.980.116.501
Kohlenbergbau	1.140.281.075
Uranbergbau	464.943.480
Sonstiger Bergbau	19.041.667
Industrie	21.751.702.932
Elektrizi tätswer ke	1.529.183.075
Gaswerke	21.775.833
Heilquellen u. Bädereinrichtungen	93.500.000
Kurbetriebe, Handel, Gewerbe, freie Berufe	5.028. 903.583
Wohnhausbesitz	9.555.666.667
Geld- u. Versicherungsanstalten	597.208.900
Genossenschaften	167.024.573
Eisenbahnen	1.102.431.391
Tabakfabriken	1.266.666.667
Post	189.583.333
Gewerbliches Vermögen	58.307.746.134
2.) Nichtgewerbliches Vermögen	
Vermögen physischer Personen	4.471.333.333
Vereinsvermögen	38.581.133

[52] 1 qkm = 100 ha.

Büchereien/ Bibliotheken	25.620.180
Theater, Museen, Gemäldegalerien	142.390.000
Schulen, Kindergärten	254.696.000
Schlachthäuser	91.800.000
Wasserbauten und Wasserwerke	94.016.667
Einrichtungen d. Gesundheitspflege, Fürsorge u. öffentliche Erholung	241.620.000
Sonstiges	74.918.000
Nichtgewerbliches Vermögen	5.434.975.313
Gewerbliches Vermögen	58.307.746.134
	63.742.721.447
(UFI0) heutiger Wert ca.	637,427 Mrd. RM
POS. II/11 Gewerb!. / Nichtgewerbliches Vermögen	318,000 Mrd. €

Der Vermögensverlust wurde von Fachleuten bereits 1981 auf 265 Milliarden DM geschätzt

Von Karl WELSER, einem Mitinitiator der Sudetendeutschen Stiftung, wurde darauf hingewiesen, daß allein die über zwei Millionen gestohlenen goldenen Eheringe mindestens zehn Tonnen gewogen hätten, zu denen eine Unmenge weiterer Schmuckstücke, goldene Uhren, Briefmarken und Münzsammlungen, wertvolle Gemälde, Bücher usw. hinzukommen, die zurückgelassen werden mußten.[53]

Mit der entschädigungslosen Konfiszierung sämtlicher deutschen Vermögenswerte und der Landesflächen ging unter grausamen Umständen eine Vertreibung der rund 3,5 Millionen Sudetendeutschen aus ihrer Heimat einher, bei deren Durchführung 1945/46 über 240000 Männer, Frauen, Kinder und Greise ihr Leben verloren. Dieser Völkermord blieb bis heute ungesühnt, obwohl jede Vertreibung, ihre Begleitumstände und Folgen als »Deportation von Angehörigen der Zivilbevölkerung aus besetzten Gebieten« gemäß den Statuten des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg (vom 8. 8. 1945) - dem auch die CSR beitrat - als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« und als Kriegsverbrechen zu bestrafen sind. Doch von den schlimmen tschechischen KZ-Lagern Stefanau, Zelatowitz oder Zboritz ist heute fast nirgendwo die Rede. Die dortigen grauenvollen Zustände betrafen ja auch nur Deutsche.

[53] »Wo ist das sudetendeutsche Gold? « in: *Volksbote*, Nr. 1/2 vom 9. 1. 1998, S. 11.

Vermögensverluste in Ostdeutschland

Der Gesamtwert aller ostdeutschen Gebiete, die den Polen samt Immobilien, Infrastruktureinrichtungen und Industrieanlagen überlassen wurden, kann ebenfalls nicht hoch genug veranschlagt werden. Die unsouveräne deutsche Regierung schließt die Augen vor den Tatsachen und erklärt einfach:

> »Die erbetene Angaben über den Wert deutscher Reparationsleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg sind in der gewünschten Form nicht möglich, da dem Bund entsprechendes Zahlenmaterial nicht vorliegt.«

So antwortete am 9. März 2000, Karl Diller, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen (Az. VB2-O1266 B - 7/00)



Die Ostprovinzen bildeten vor 1945 die Korn- und Fleischkammer des Deutschen Reichs, jetzt zählen sie zu den Krisengebieten des polnischen Machtbereichs. Die vertriebenen Volksdeutschen hinterließen in den Ostgebieten und im Sudetenland ein gigantisches Sachvermögen.

Ausschnitt: Vermögensverluste in Ostdeutschland

- -

In Schlesien:
Verlust der Bodenschätze Steinkohle, Braunkohle, Kaolin, Granit, Magnesit, Nickel, Basalt, Zink- und Bleierze.
Der Industrie gingen hochwertige Produktionsanlagen für Waggons, Kessel, Werkzeug, Kraftmaschinen, Armaturen, Instrumente usw. verloren, allein in der Textilindustrie 180 größere Betriebe mit 193 000 Spindeln und 24 000 mechanischen Webstühlen.
Auch die Vermögensverluste in der Land- und Fischereiwirtschaft sind gigantisch:

in Ostpreußen:

Pferde	478.000
Rinder	1.384.000
Schweine	1.841.000

In Pommern:

Pferde	289.000
Rinder	1.175.000
Schweine	2.018.000
Schafe	588.000
Federvieh	5,87 Mio.
Haff-Fischereifahrzeuge	>5.000

(jährlich 23–24 Mio. Kilo Fisch).

<u>Geraubte deutsche Provinzen</u>:

Ostpreußen	39.000 qkm
Memelland	2.417 qkm
Freie Stadt Danzig	1.966 qkm
Grenzmark Posen-Westpreußen	7.715 qkm
Pommern	38.401 qkm
Ostbrandenburg	11.302 qkm
Schlesien	36.696 qkm
zusammen	<u>137.497 qkm</u>
	137.497.000.000 qm
	<u>13.749.700 ha</u>

==================================

(1 Ar =100qm, 1 Hektar = 100 Ar = 10.000 qm)

Eine Bodennutzungsgebühr von jährlich nur 1 € je ha ergäbe in 60 Jahren ohne Zinseszins 824,982 Mrd. Euro.

In der Bundesdrucksache *7/1455* (Position 2) von 1995 wird der materielle Gesamtwert des Grund- und Betriebsvermögens für die Ostgebiete (ohne Danzig, West- und Ostpreußen) weit unter Wert mit 1,090 Billionen DM angegeben.

Grund- und Betriebsvermögen: Materieller Gesamtwert
Gesamtwert Ostgebiete (ohne s. oben). 1,090 Bill. DM
(UF2) 2,180 Bill. DM

POS. *II/12a* Wert Ostgeb., ohne D. usw. ca. 1,090 Bill. €

Der materielle Wert Danzigs, West- u.d Ostpreußens ist danach ebenfalls zu veranschlagen mit rund 1,000 Bill. €
POS./II 12b Materieller Gesamtwert Danzigs, West- und Ostpreußens ca. 1,000 Bill. €

2,090 Bill. €

Kultureller Gesamtwert der verlorenen Gebiete
Der kulturelle Gesamtwert der verlorenen deutschen Ostgebiete und des Sudetenlandes beträgt nach Karl BASLER unter Berücksichtigung der DM-Entwertung bis 1988 und üblicher Verzinsungr" 2,000 Bill. €
(UF2, 1988 bis heute) 4,000 Bill. €

POS. IIf12 Kultureller Gesamtwert d. verlorenen Gebiete ca. 4,000 Bill. €

Vermögensverluste der Deutschen in Jugoslawien

Angesichts der riesigen deutschen Verluste in den Vertreiber-Staaten Tschechoslowakei und Polen darf die Enteignung, Ermordung, Versklavung und Vertreibung der Donauschwaben im ehemaligen Jugoslawien, in Ungarn und - eingeschränkt - in Rumänien (keine Vertreibung) nicht vergessen werden. Wir konzentrieren uns hier auf Jugoslawien, in dem das Trro-Regime besonders grausam gewütet hat. Es ist für die Ermordung von rund 80000 deutschen Kriegsgefangenen und über 64000 Zivilisten verantwortlich, Die Überlebenden wurden von 1944 bis 1948 in KZ-Lagern zur Sklavenarbeit gezwungen und danach nach Deutschland abgeschoben.

[54] BASLER, Karl, *Die Ausraubung des deutschen Volkes nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und deren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft bis zur Gegenwart,* Graz 1988.

Dieses Völkermordverbrechen ist in den vier Bänden der -Donauschwäbischen Kulturstiftung - Stiftung des privaten Rechts- (München) ausführlich dokumentiert. [55]

Über *Das Vermägen und die Vermägensverluste der Deutschen in Jugoslawien* hatte Leopold ECCER bereits authentisch eine Dokumentation veröffentlicht (Sindelfingen 1983). Die folgenden Zahlen und Daten sind diesem Buch entnommen.

Das öffentliche Vermögen der Deutschen in Jugoslawien
Ländereien der Urbarial- und Weidegemeinschaften
Ländereien der Kirchengemeinden und Pfarreien
Gemeindeeinrichtungen der Viehzucht
Gemeindehäuser / Schulen / Postämter
Kirchen und Patronatshäuser (r.-k. und evang.)
Einrichtungen der Be- und Entwässerung
(Flutenschutzgenossenschaften, Pumpstationen usw.)
Öffentliche Gebäude der Gemeinden (Museen, Bibliotheken usw.)
Straßen und Gemeindewege, Feuerwehreinrichtungen
Eisenbahnen, Binnenwasserstraßen
Wasser- und Gasversorgungsanlagen
Damm- und Wasserschutzanlagen, Elektrizitätswerke
Krankenhäuser
Gemeindefelder und -wälder und Gemeinderechte.

Landwirtschaftliches Vermögen
das landwirtschaftliche Vermögen,
das forstwirtschaftliche Vermögen,
das Weinbauvermögen,
das gärtnerische Vermögen,
das übrige land- und forstwirtschaftliche Vermögen.

Andere Vermögensarten:
Grundvermögen (Hausbesitz),
Betriebsvermögen (gewerbliche Betriebe, freier Berufe),
»Sonstige Vermögen«.

[55] Dokumentationsreihe *Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien,* Band 111 *Erschießungen - Vernichtungslager - Kinderschicksale in der Zeit von 1944 bis* 1948, München-Sindelfingen 1995.

In der BRD registrierte und in der -Heimatauskunftstelle Jugoslawien- erfaßte Schadensfälle:

Land- und forstwirtschaftliches Vermögen:
gärtnerisches Vermögen,
Weinbauvermögen,
Fischereivermögen

81.268 Objekte

Grundvermögen:
(Hausbesitz aller Art,
mit Hausplätzen usw.)

59.823 Objekte

Betriebsvermögen:
(Handwerk, Handel
und Industrie

20.981 Objekte

Insgesamt: 162.072 Objekte

Hausratschäden
Die Ausarbeitung von Dr. Otto SCHÖRRY, *Das deutsche Volksvermögen*, kommt zu dem Ergebnis, daß der Durchschnitt des Hausratswertes für das Reichsgebiet (1937) mit Reichsmark 3000.- angenommen werden kann. Der Verfasser nimmt begründet an, daß man für Jugoslawien vom gleichen Pauschalwert ausgehen kann.
Unter den Begriff -Hausrat- fallen Möbel, Kleider, Wäsche, Schuhwerk, technische und andere Haushaltseinrichtungen, Bilder, Kunstgegenstände, Porzellan, Glas, Musikinstrumente, Radioapparate, Metallwaren usw. Wenn man diesen Pauschalwert mit den rund 120000 deutschen Haushaltungen in Jugoslawien multipliziert, ergibt sich:

Gesamtwert des versicherten Hausrats
(Laut Versorgungsamt 28.9.1990)
120.000 dt. Haushaltungen x 3.000 RM = 360.000,00 RM

Land-Enteignungen
Nach amtlicher jugoslawischer Statistik wurden enteignet:"[56]

deutscher Landbesitz:	636.847 ha
öffentlicher Landbesitz der Kirchen usw.	19.000 ha
	655.847 ha

Schwer zu berechnen ist die mehrjährige Sklavenarbeit der in Jugoslawien internierten Deutschen bis 1948 (s. 11/14, Zwangsarbeit), von den körperlichen und seelischen Schäden ganz zu schweigen. Etwa 80000 deutsche Soldaten und 65000 Zivilisten wurden ermordet oder gingen unter elendigsten Umständen zugrunde.

Gesamtwertung deutscher Verluste in Jugoslawien (in RM)[57]

1. Vermögensgruppen, die mit dem Ersatzeinheitswert im Rahmen der Lastenausgleichsgesetzgebung bewertet wurden (Verkehrswert 1945):	
a) Land- und forstwirtschaft!. Vermögen Weinbau-, gärtnerisches und Fischereivermögen	1.707,392 Mio. RM
b) Grundvermögen (Hausbesitz)	284,732 Mio. RM
c) Betriebsvermögen (Handwerk, Handel, Industrie)	276,081 Mio. RM
d) Anteile und Geschäftsguthaben	36,027 Mio. RM
2. Hausratsverluste (s.o.):	360,000 Mio. RM
3. Vermögens gruppe, die nicht mit dem Einheitswert bewertet wurde:	
a) Gegenstände der Berufsausübung	0,472 Mio. RM
b) Spareinlagen	5,653 Mio. RM
c) Entschäd. nach Währungs ausgleich	2,665 Mio. RM
d) Privatrechtliehe geldwerte Ansprüche	30,715 Mio. RM
	2.703,737 Mio. RM

Behördlich festgestellte Schäden (private Vermögen) der Deutschen aus Jugos!., soweit sie auf Lastenausgleich antragsberechtigt waren 1 bis 3d zus. (Verkehrswerte 1945)	2.703,737 Mio. RM
Zurechnung von 25% für die nicht im Lastenausgleich Antragsberechtigten	675,934 Mio. RM
POS 1I/13a Private Vermögensverluste	3.379,671 Mio. RM

[56] EGGER, Leopold, *Das Vermögen und die Vermögensverluste der Deutschen in Jugoslawien*, Sindelfingen 1983, S. 143 f.

[57] Ebenda, S.217f.

Gesamte Vermögensverluste in Jugoslawien	
POS lI/Ba: Privates deutsches Vermögen	3.379,671 Mio. RM
POS 1I/13b: Deutsches Gemeinschaftsvermögen (kulturelle- u. genossenschaft!.)	21,500 Mio. RM
POS lI/Be: Von Deutschen repräsentiertes öffentliche Vermögen (Infrastruktur)	811,121 Mio. RM
Alle Vermögen zusammen	4.212,292 Mio. RM
(UF10)	42,122 Mrd. DM

POS.IIf13 Gesamte Vermögensverluste in Jugoslawien 21,000 Mrd. €

Vermögensverluste Volksdeutscher in weiteren ländern

Vermögensverl uste	
in SU, Rumänien, Ungarn, Polen, Slowakei	0,320 Mrd. DM
(UF5)	1,600 Mrd. DM

POS.IIf14 Weitere Vermögensverluste Volksdeutscher 1,600 Mrd. DM

Alliierter Kunstgüter-Raub

Im Zweiten Weltkrieg haben die deutschen Besatzungsbehörden den Schutz von Kunstgütern, wie ihn die Haager Landkriegsordnung von 1907 vorschrieb, teilweise nicht beachtet und sich besonders an jüdischem Besitz vergriffen. Das wurde zu Recht angeprangert und weitgehend rückgängig gemacht - im Gegensatz zu den Raubaktionen der Alliierten. Von langer Hand vorbereitet, folgten 1945/46 den sowjetischen Truppen sogenannte .Trophäenbrigaden-, die wertvolle Kunstbeute beschlagnahmten und zu Sammelstellen brachten. Es war, so die russischen Kunsthistoriker Konstantin AKINSCHA und Grigori Kost.ow,

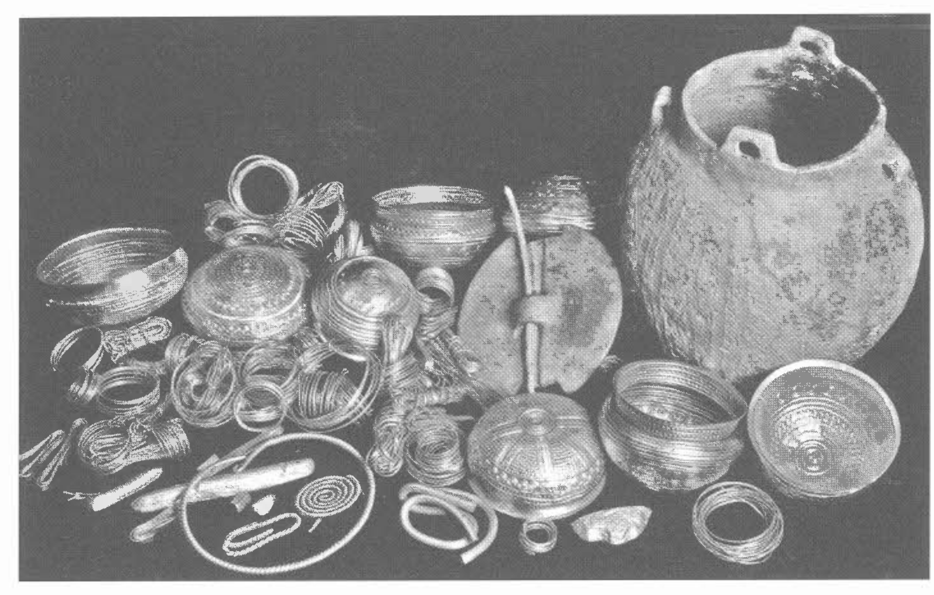
> »die ungeheuerlichste Verschleppungsaktion von Kulturgütern in der Geschichte; im geheimen war sie von der Roten Armee und der sowjetischen Militärverwaltung geplant und durchgeführt worden. Museumsbestände wie die Privatsammlungen deutscher Bürger wurden geplündert und als Kriegsbeute mitgenommen«."

Nach sowjetischen Unterlagen wurden 2,5 Millionen Kulturgüter aus Deutschland in 14 Militärzügen (mit 22 bis 41 Waggons), mit 2 Flugtransporten (zusammen 24 Kisten) und durch einen Sondertransport mit der beschlagnahmten Privatsammlung von Otto KREBS (78 Meisterwerke französischer Impressionisten und des Postimpressionismus, bis heute nicht zurückgegeben) in die Sowjetunion verbracht und auf Museen in Moskau, St. Petersburg und Kiew aufgeteilt.

Während die GUS-Staaten die in ihrem Besitz befindlichen Kunstwerke überwiegend zurückgegeben haben, befinden sich in Rußland noch über eine Million Kunstgegenstände, von denen 200000 Kunst- und Kulturschätze von besonderer musealer Bedeutung sind. Dazu kommen 4600000 Bücher und wertvolles Archivgut aus deutschen Bibliotheken, Museen und Privat-Sammlungen - zum Teil einzigartige Dokumente deutscher Kulturgeschichte und vergangener Hochkulturen.

Bis Ende 1955 wurden der Dresdner Gemäldegalerie 1240 Werke zurückgegeben. 1958 erhielt die DDR noch weitere 1,5 Millionen Objekte zurück. Am 20. Juli 1999 erklärte das russische Verfassungsgericht die sogenannte -Beutekunst- zum russischen Nationaleigentum. Dazu gehören rund vier Millionen Objekte in russischen Zentralbibliotheken und in etwa 50 Depots.

58 AKINSHA, Konstantin, u. Grigori KOSLOW, *Beutekunst. Auf Schatzsuche in russischen Geheimdepots.* München 1995.



Im Jahre 2007 fand im Moskauer Puschkin-Museum eine ›Beute-Kunst/Ausstellung‹ statt. Zu den herausragenden Exponaten gehörte der 1913 in einem hohen Tongefäß entdeckte Goldschatz von Eberswalde. Er besteht unter anderem aus 8 Goldschalen und 73 Spangen. Es ist der größte vorgeschichtliche Goldfund aus Deutschland, zur Zeit »kriegsbedingt verlagert«, wie es offiziell heißt. Foto: Museum für Vor- und Frühgeschichte Berlin.

Im Mai 1998 veröffentlichte das Bundesinnenministerium eine Liste von deutschen Kulturgütern, die nach dem Krieg von den Sowjets geraubt wurden. Dazu gehörten unter anderem:

Schloß Cecilienhof (Potsdam)
- Kostbare Werke der Bibliothek[59]

Stiftung Preußischer Kulturbesitz
- 550 Skulpturen der Skulpturensammlung,
- 3300 Musikinstrumente des Musikinstrumenten-Museums,
- 3000 Zeichnungen und Druckgraphiken des Kupferstichkabinetts aus der Zeit von 1950,
- 850 Gemälde der Nationalgalerie, u.a. von MENZEL, C.D. FRIEDRICH, SCHINKEL, FEUERBACH,
- 5200 Objekte des Museums für Ostasiatische Kunst (90 Prozent des Altbestandes), darunter die gesamte Plastik-Sammlung,
- 50 000 Bücher des Ibero-Amerikanischen Instituts,
- 592 Gemälde aus der Gemäldegalerie, u.a. von BOTTICELLI, VAN DYCK, RUBENS, REMBRANDT,
- 206 000 Druckschriften der Staatsbibliothek,
- 746 Staatsverträge des früheren preußischen Außenministeriums

[59] Gestohlen von Feldmarschall Sir Alan BROOK.

Staatliche Kunstsammlungen Dresden
- 80 000 graphische Blätter und Zeichnungen,
- 172 antike Skulpturen,
- 67 Skulpturen des 19. und 20. Jahrhunderts,
- Taufbecken und -kanne des Adelsgeschlechts der Wettiner,
- 477 Gemälde u.a. von BREUGHEL, CRANACH, TINTORETTO, TIZIAN

Fürstliche Bibliothek Stolberg/Wernigerode
- 100 000 Bücher

Humboldt-Universität Berlin
- 211 Gemälde u.a. von MONET, VAN DYCK, RUBENS

Anhaltinische Gemäldegalerie Dessau
- 131 Gemälde u.a. von CRANACH, DÜRER, TISCHBEIN

Wartburg Eisenach
- 844 Rüstungen, Gewehre, Armbrüste, Lanzen, Schutzschilde, Fahnen

Bibliothek Meiningen
- 78 000 Bücher

Sächsische Landesbibliothek Dresden
- 220 000 Druckschriften

Universitätsbibliothek Leipzig
- 440 Inkunabeln, eine Gutenberg-Bibel, eine Aristoteles-Schrift

Forschungs- und Landesbibliothek Gotha
- 5815 Bücher, darunter die handkolorierte Wittenberger Fürstenbibel von 1541

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
- 100 000 Bände

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
- 1200 mittelalterliche und frühneuzeitliche Handschriften

Deutsche Bibliothek, Frankfurt und Leipzig
- 56 000 Bücher

Sankt-Marien- Kirche Frankfurt/Oder
- 99 Glasbilder aus drei Kirchenfenstern, 14. Jahrhundert

Kulturhistorisches Museum Magdeburg
- 23 000 Münzen,
- 3000 graphische Arbeiten

Schloßmuseum Gotha
- 74 Gemälde u.a. von CRANACH, BREUGHEL, RUBENS

Auch Albrechts DÜRERS verlorene Werke »Junger Mann mit Mütze« und »Frau mit Tuch« sollen sich in Rußland befinden.





Nicht nur die Sowjets betrachteten Kunstschätze als Kriegsbeute, auch Amerikaner, Briten, Franzosen und erst recht die Polen raubten Kunstschätze, wo sie nur konnten. Selbst vor der Plünderung von Zinksärgen berühmter Verstorbener, bei denen man nach Schmuck und Orden suchte, schreckte man nicht zurück:

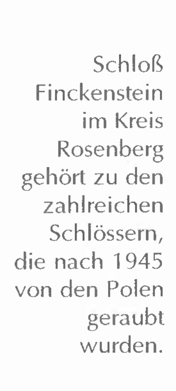
- 1945 suchten amerikanische Fachwissenschaftler im Offiziersrang aus über 1800 deutschen Kunstdepots gezielt Kunstwerke aus, die in die USA gebracht wurden. Spezialisten des US-Geheimdienstes sollen bis Juli 1945 fast 10 000 Eisenbahnwaggons mit Rüstungsgütern und Kunstschätzen in Richtung Westen abtransportiert haben.
- Soldaten der 9. US-Armee raubten im April 1945 in einem Salzbergwerk in Grasleben ein Museumsdepot mit ausgelagerten Kunstwerken aus, wobei sie zuvor die Inventarlisten vernichteten.
- Auch das Schloß Schwarzburg wurde von US-Soldaten geplündert. Seither sind Gemälde von Caspar David FRIEDRICH, Lukas CRANACH D.Ä., Franz LENBACH, Friedrich August TISCHBEIN u.a. sowie eine wertvolle Münzsammlung verschwunden.



Hunderte geplünderte deutsche Kunstwerke treffen Anfang Dezember 1945 in der Washingtoner National Gallery of Art ein. Quelle: Lynn H. NICHOLAS, *Der Raub der Europa*, Kindler Verlag, München 1995, S. 523.



Die US-Generale PATTON, BRADLEY und EISENHOWER (von links) begutachten die neben den Tonnen von Goldbarren in Merkers-Kaiseroda gefundenen Gemälde. Quelle: Lynn H. NICHOLAS, *Der Raub der Europa*, Kindler Verlag, München 1995, s. 439.



Schloß Finckenstein im Kreis Rosenberg gehört zu den zahlreichen Schlössern, die nach 1945 von den Polen geraubt wurden.



- US-Kulturoffiziere raubten in Leipzig aus einer Bibliothek eine ARISTOTELES-Handschrift, die sich seit 1431 im Besitz der Universität befand, dazu noch eine Gutenberg-Bibel und 250 Originalbriefe des ERASMUS VON ROTTERDAM. 1995 und 1996 wurden in den USA zwei Gutenberg-Bibeln unbekannter Herkunft für 5,93 Millionen US-Dollar versteigert.
- Aus der Kasseler Landesbibliothek verschwanden kostbare Miniaturen.
- Sieben Miniaturen aus einem Gebetbuch des 16. Jahrhunderts sind nach Deutschland zurückgekehrt. Sie waren als Kriegsbeute in amerikanische Hand geraten. Es wurden für die Herausgabe nach einem Prozeß 560 000 DM gezahlt (!).
- Der Quedlinburger Domschatz wurde von einem GI gestohlen und seinen Erben hinterlassen. Diese ließen sich 1990/92 die ›Rückgabe‹ an die BRD mit 2,7 Millionen Dollar bezahlen.
- Aus dem Kunstdepot im St. Florian-Kloster (A) stahlen US-Offiziere Gemälde, antike Möbel, den keltischen Goldschatz usw.

Am stärksten wurden Museen und Kunstsammlungen im heutigen Sachsen-Anhalt ausgeplündert. Eine 1980 vom DDR-Außenministerium erstellte Liste beweist, daß in amerikanischen Privatsammlungen Kunstschätze enthalten sind, die 1945 von US-Truppen in Thüringen geraubt wurden.

Gern wird übersehen oder gar vergessen, daß Polen nach der gewaltsamen Vereinnahmung des deutschen Ostens sich bedeutende deutsche Kunst- und Kulturschätze angeeignet hat:

- die Bestände von Museen, Bibliotheken und Archiven, die nicht mehr rechtzeitig nach Westen evakuiert werden konnten,
- Privatsammlungen, die bei der Vertreibung zurückgelassen wurden,
- Immobilien von historischer und kunstgeschichtlicher Bedeutung wie Burgen (z.B. die Marienburg), Schlösser des ostdeutschen Landadels, Kirchen und andere Bauwerke,
- etwa 20000 Notenautographen mit Manuskripten von BACH, MOZART, BEETHOVEN u. a. m.,
- etwa 212 Manuskripte von Gelehrten, Dichtern (u.a. von GOETHE, SCHILLER und HERDER) und Staatsmännern,
- Nachlässe von HUMBOLDT und HOFFMANN VON FALLERSLEBEN,
- die ›Sammlung VARNHAGEN‹ und etwa 300000 Autographen und Dokumenten aus der Romantik.

Während die Bundesrepublik jedes ihr bekannte Beute-Kunstobjekt zurückgegeben hat, hängen mit Wissen des französischen Fachministers über 1000 Kunstwerke, die 1945 beschlagnahmt wurden, in französischen Museen, ohne daß die deutschen Regierungen jemals Rückgabeansprüche gestellt hätten. Es ist fast unmöglich, den Wert aller in Deutschland geraubten Kunstschätze zu bestimmen. Doch wenn man bedenkt, daß heutzutage einzelne bedeutende Kunstwerke bei Versteigerungen sogar mehr als hundert Millionen Euro erbringen, kann der heutige Gesamtwert des geraubten Kunstgutes nicht hoch genug angesetzt werden. Unter Berücksichtigung auch aller Uhren, wertvoller Schmuckstücke und Eheringe, von denen Millionen Deutsche 1945 ›befreit‹ wurden, dürfte ein unterer Wert von einer Billion Euro angemessen sein.

POS. II/15 Kunstgüterraub der Alliierten in Deutschland **1,000 Bill. €**

Innerstaatliche Kriegsfolgen-Leistungen 1945–1989
Folgekosten der Vertreibungen (ohne SBZ/DDR)

Die unmenschliche Kriegspolitik der Alliierten hatte Millionen Deutsche entwurzelt und in bittere Not getrieben. Obwohl die Besatzungskosten im Durchschnitt bereits über ein Drittel (38 Prozent) der geringen öffentlichen Einnahmen aufzehrten, erließen die deutschen Behörden einschlägige Gesetze, um den Geschädigten zu helfen. Diese Hilfen verteilten sich über

einen längeren Zeitraum, in dem der deutsche Steuerzahler ein enormes Vermögen aufbrachte.

Das Ziel des »Lastenausgleichs« von 1952 war, die Abmilderung von Schäden, die während des Zweiten Weltkrieges und im Zuge der Nachkriegsereignisse verursacht wurden, durch Entschädigungsleistungen, Eingliederung oder soziale Hilfe einschließlich der Altersversorgung zu leisten. Vertreibungsschäden wurden 1969 im Reparationsschädengesetz berücksichtigt. Bis 1990 wurden etwa 137 Milliarden DM Ausgleichszahlungen geleistet, hierin inbegriffen Hausratsentschädigungen und Kriegsschadensrenten.

Dieser Lastenausgleich stellte keine Entschädigung für die erlittenen Verluste der Flüchtlinge und Vertriebenen dar, da er lediglich eine zeitlich begrenzte Zahlung für die entgangene Nutzung darstellt, und keineswegs eine Entschädigung für verlorengegangenes Vermögen. Kein finanzieller Ausgleich kann Entwurzelung und Vernichtung eines Kulturvolkes ›ausgleichen‹. Die Zahlungen können nur als soziale Gesten betrachtet werden. Außerdem wurden sie von der deutschen Regierung geleistet, und nicht durch die verantwortlichen Vertreiberstaaten, die für die von ihnen angerichteten Schäden die Verantwortung hätten tragen müssen.

Nothilfe-Gesetze

Lastenausgleich (einschließl. Reparations- und Restitutionsschäden):	143,500 Mrd. DM
Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz:	2,800 Mrd. DM
	–––––––––––
	146,300 Mrd. DM
(UF10)	1.463,000 Mrd. DM
	–––––––––––

POS. II/16 Innerstaatl. Kriegsfolgen-Leist. 1945–1989 **731,500 Mrd. €**

Reparationszahlungen Österreichs

Moskau hält sich in Österreich schadlos

Der »Österreichische Staatsvertrag« (auch: »Staatsvertrag von Wien«), betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, gegeben zu Wien am 15. Mai 1955, wurde am 15. Mai 1955 von Vertretern der alliierten Besatzungsmächte USA, der Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens sowie der Regierung Österreichs unterzeichnet und trat am 27. Juli 1955 offiziell in Kraft. Darin heißt es im Artikel 21, Reparationen:

> »Von Österreich werden keine Reparationen verlangt, die sich aus dem Bestehen eines Kriegszustandes in Europa nach dem 1. September 1939 ergeben.«

Artikel 22 - Deutsche Vermögenswerte in Österreich.

Die Sowjetunion, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich haben das Recht, über alle ehemaligen deutschen Vermögenswerte in Österreich gemäß dem Protokoll der Berliner Konferenz vom 2. August 1945 zu verfügen.

1. Die Sowjetunion erhält für eine Geltungsdauer von dreißig Jahren Konzessionen auf Ölfelder, die 60% der Ölförderung in Österreich im Jahre 1947 entsprechen, sowie Eigentumsrechte an allen Gebäuden, Konstruktionen, Ausrüstung und anderen Vermögenschaften, die gemäß Liste Nr. 1 und Karte Nr. 1, welche dem Vertrag angeschlossen ist, zu diesen Ölfeldern gehören.
2. Die Sowjetunion erhält Konzession auf 60% aller im östlichen Österreich gelegenen Schürfgebiete, die deutsche Vermögenschaften sind, auf welche die Sowjetunion gemäß dem Potsdamer Abkommen Anspruch hat und welche derzeit in ihrem Besitz sind, gemäß der Liste Nr. 2 und der Karte Nr. 2, welche dem Vertrag angeschlossen ist.

   Die Sowjetunion hat das Recht, in den in diesem Paragraph erwähnten Schürfgebieten acht Jahre hindurch Schürfarbeiten durchzuführen und anschließend durch einen Zeitraum von 25 Jahren, beginnend mit dem Zeitpunkt des Fündigwerdens, Öl zu gewinnen.
3. Die Sowjetunion erhält Ölraffinerien mit einer jährlichen Gesamtproduktion von 420000 Tonnen Rohöl gemäß Liste Nr. 3.
4. Die Sowjetunion erhält jene mit der Verteilung von Ölprodukten befaßten Unternehmungen, die sie zur Verfügung hat, gemäß der Liste Nr. 4.

5. Die Sowjetunion erhält die in Ungarn, Rumänien und Bulgarien gelegenen Vermögenswerte der DDSG; desgleichen gemäß der Liste Nr. 5 100% der im östlichen Österreich gelegenen Vermögenswerte der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.
6. Die Sowjetunion überträgt an Österreich Vermögenschaften, Rechte und Interessen, die sie als deutsche Vermögenswerte mit der vorhandenen Ausstattung innehat oder beansprucht, und überträgt auch Kriegsindustrie-Unternehmungen zusammen mit vorhandenen Ausstattungen, Häusern und ähnlichem Immobiliarvermögen einschließlich von in Österreich gelegenen Grundstücken, die sie als Kriegsbeute innehat oder beansprucht mit Ausnahme der in den Paragraphen 1, 2, 3, 4 und 5 dieses Artikels erwähnten Vermögenswerte. Österreich verpflichtet sich seinerseits, der Sowjetunion 150000000 USA-Dollar in frei konvertierbarer Währung innerhalb eines Zeitraumes von sechs Jahren zu zahlen.

Die angeführte Summe wird der Sowjetunion von Österreich in gleichen dreimonatlichen Raten von 6250000 Dollar in frei konvertierbarer Währung gezahlt werden. Die erste Zahlung wird am ersten Tag des zweiten Monats geleistet werden, der auf den Monat folgt, in dem der vorliegende Vertrag in Kraft tritt. Die folgenden dreimonatlichen Zahlungen werden am ersten Tag des entsprechenden Monates geleistet werden. Die letzte dreimonatliche Zahlung wird am letzten Tag des Zeitraumes von sechs Jahren nach dem Inkrafttreten des Vertrages geleistet.

Die Grundlage für die in diesem Artikel vorgesehenen Zahlungen ist der USA-Dollar zu seiner Goldparität am 1. September 1949, das sind 35 Dollar für eine Unze Gold.

Als Sicherstellung für die pünktliche Zahlung der oben erwähnten der Sowjetunion zustehenden Summen wird die Österreichische Nationalbank der Staatsbank der UdSSR innerhalb von zwei Wochen nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages Wechsel über die Gesamtsumme von 150000000 USA-Dollar ausstellen, die zu den im vorliegenden Artikel vorgesehenen Zeitpunkten fällig zu stellen sind.

Die von Österreich auszustellenden Wechsel sind unverzinslich. Die Staatsbank der UdSSR beabsichtigt nicht, diese Wechsel weiterzubegeben, sofern die österreichische Regierung und die Österreichische Nationalbank ihre Verpflichtungen pünktlich und genau erfüllen.

USIA-Betriebe: ökonomische Katastrophe oder Entschädigung?

1945 hatten die Sowjets alle Betriebe in Österreich, die in deutschem Besitz waren, als ihnen zustehend betrachtet. So fielen auch die damals zweitgrößten Erdölfelder Europas im Marchfeld an die Sowjetmacht.

Die Sowjetunion baute aus den etwa 300 Betrieben, die entsprechend dem Potsdamer Abkommen als sogenanntes ›Deutsches Eigentum‹ an sie fielen, ein eigenes Wirtschaftsimperium mit 40000–63000 Beschäftigten in Ostösterreich auf, die ›USIA‹. Dieses stand außerhalb der österreichischen Gesetze, zahlte keine Steuern und Abgaben und bildete die zentrale Machtbasis der KPÖ. Allein während der Besatzungszeit sind auf diese Art etwa 2 bis 2,5 Milliarden Dollar an verdeckten Reparationen in die UdSSR geflossen.

Der Gesamtschaden für Deutschland ist kaum zu beziffern. Allein der Verlust der Ölfelder im Marchfeld ist heute mit -zig Milliarden Euro anzusetzen. Dazu kommt der Wert von rund 300 deutschen Betrieben. (siehe Beschlagnahme deutscher Auslandsvermögen, POS. II/1a)

Hinweis: Österreich kennt keinen Verfassungsfeiertag wie die Bundesrepublik mit dem 3. Oktober. Das hängt damit zusammen, daß in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg die alte Verfassung von 1927 weiterhin ihre Gültigkeit behielt. Dagegen befahlen die Westalliierten mit den einer Besatzungsmacht zur Verfügung stehenden Machtmitteln, daß sich die Bundesrepublik mit einem die Souveränität einschränkenden Grundgesetz zufrieden geben mußte. Obwohl damit die Weimarer Reichsverfassung nicht außer Kraft gesetzt wurde, hat die regierende *classa politica* zur Machterhaltung beschlossen – oder wurde sie im Zwei + Vier-Vertrag dazu gezwungen? –, die im Grundgesetz vorgeschriebene Volksabstimmung zu einer echten Verfassung zu übergehen und das Grundgesetz mit wesentlicher Souveränitätseinschränkung beizubehalten. Das bedeutet: Das Deutsche Reich besteht *de jure* weiter!

Bilanz: Deutschlands Vermögensverluste und Zahlungen 1945–1989

Alle Angaben der folgenden Übersicht sind Mindestzahlen und mehr oder weniger unvollständig. Es handelt sich um den Versuch, Deutschlands Gesamtschaden und die Gesamtaufwendungen (ohne Österreich!) zu ermitteln. Die meisten Leistungen wurden viel zu niedrig veranschlagt, ein Großteil konnte wegen fehlender Statistiken nicht berücksichtigt werden. Um den Wert der frühen deutschen Gesamtleistungen zu ermessen, müssen diese mit den Staatseinnahmen verglichen werden.

Der Gesamt-Etat der Bundesrepublik betrug:

1946	ca. 12,000 Mrd. RM
1947	14,452 Mrd. RM

Besatzungskosten in den Westzonen

1947 (38% des Gesamtetats)	5,526 Mrd. RM

Hinzu kommt, daß aus politischen Gründen keine der seit 1949 amtierenden Bundesregierungen versucht hat, ein halbwegs zutreffendes Zahlenmaterial zu erstellen.[60] Es hätte nicht in die politische Landschaft gepaßt, den Westmächten, deren Bundesgenosse man werden wollte, das entsprechende Material vorzulegen, erst recht heute nicht, da mit einer amtlichen Veröffentlichung der Beweis erbracht würde, daß 1945 keine ›Befreiung‹ stattgefunden hat. Im Gegenteil: Der physische Vernichtungskrieg im Sinne MORGENTHAUS, KAUFMANS und vieler anderer mehr gegen alle Deutschen wurde auf grausame Weise fortgesetzt. Nicht nur die Kriegsgefangenen in den Rheinwiesen-Lagern und anderswo wurden nach Beendigung des Krieges durch Aushungern dezimiert, auch die Zivilbevölkerung erlitt durch eine jahrelang fortgesetzte bewußte Hungerblockade große Verluste. So wurde im August 1945 in Stuttgart ein großer Güterzug mit gestifteten Lebensmitteln auf Befehl EISENHOWERS, des Chefs der Militärregierung, unausgeladen in die Schweiz zurückgeschickt. Außerdem wurde der Import lebensrettender Arzneimittel (etwa Penecillin) verhindert. Der Wirtschaftswissenschaftler Bernhard BELLINGER hat die dadurch verursachten Verluste der deutschen Bevölkerung zu ermitteln versucht und kam nach sorgfältiger Abwägung auf mindestens 5,7 Millionen Tote, ohne Berück-

[60] Nach RUMPF, Ernst, *Wiedergutmachung. Deutschland zahlt immer. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, Rosenheim 1992, S. 21.

sichtigung der etwa 2,4 Millionen Toten der Vertreibung.[61] Das sind zusammen über acht Millionen direkt oder indirekt ermordeter Deutscher: ein klarer Genozid oder Ethnozid, und ein einzigartiger dazu. Denn die Deutschen sind offensichtlich ein ›auserwähltes Volk‹, dazu auserwählt, dezimiert und durch multikulturelle Unterwanderung ausgelöscht zu werden. Wie es von Theodor N. KAUFMAN bereits 1941 verlangt worden war:

> »Das konsequente allmähliche Verschwinden der Deutschen aus Europa wird... keine negativere Wirkung haben als das Verschwinden der Indianer aus Amerika.«[62]

Die wirklichen Absichten der Sieger erschließen sich also erst, wenn man die Ereignisse im Zusammenhang betrachtet und, ausgehend von der Hungerblockade im und nach dem Ersten Weltkrieg und dem Versailler Vertrag, auch den anschließenden Bombenkrieg, die Vertreibung, die Aushungerung sowie aktuell die Massenzuwanderung moslemischer und anderer Unterschichten in Betracht zieht, die zur Auflösung des deutschen Sozialsystems beitragen.

[61] BELLINGER, Bernhard, *Deutsche Kriegsopfer des Zweiten Weltkriegs und danach.*

[62] KAUFMAN, Theodor N., *Germany must perish* (Deutschland muß vernichtet werden), New York 1941, S. 93.

Begleichung der Reparations-Kredit-Schulden nach 1945

Wer annimmt, daß die Reparationsforderungen aus dem Ersten Weltkrieg nach rund 90 Jahren (!) inzwischen vom Tisch sind, da ja Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg noch weit höhere Milliardenforderungen zu erfüllen hat, sieht sich leider getäuscht. Die damaligen alliierten ›Zahlungsbefehle‹ werden auch heute noch der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt und müssen zu allen Belastungen, die seit 1945 dem deutschen Volk neuerlich entstanden sind, nach wie vor beglichen werden.[63] So erläutert W. H. KRAUSE diese Absurdität in seinem Beitrag »Offene Rechnungen von 1921« unter anderem wie folgt:

> »Um den Reparationszahlungen des Ersten Weltkrieges nachkommen zu können, hatte sich damals das Deutsche Reich zur Aufnahme verschiedener Anleihen, so beispielsweise von dem schwedischen Zündholzkönig Ivar KREUGER (1930) veranlaßt gesehen. Hiermit schwappt die unendliche Geschichte in die Jetztzeit über. Vom 28. Februar bis zum 8. August 1952 fand in London eine Konferenz statt, deren Gegenstand die Regelung der deutschen Vorkriegsschulden war... Rund 22 Gläubigerstaaten waren bei der Londoner Konferenz vertreten. Es kam zu einem Abkommen über die deutschen Vorkriegsschulden.
> Im Londoner Schuldenabkommen wurde die Entscheidung über die Zinsrückstände mit Rücksicht auf die Gebietsverluste Deutschlands bis zur Wiedervereinigung zurückgestellt. Mit dem Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 traten prompt die Voraussetzungen des *Art. 25 Buchstabe ›a‹* über die ›Bedienung‹ der Zinsrückstände aus den vorgenannten Anleihen in Kraft.«[64]

Nach 1953 wurden die Reparationszahlungen gemäß Versailler Vertrag wieder aufgenommen. Der Reparationsverzicht von 1932 betraf nicht die für die Bedienung der Reparationsraten aufgenommenen Kredite. Denn die bisherigen Reparationen waren nur scheinbar beglichen, nämlich mit Krediten: Reparationsschulden waren in Kreditschulden umgewandelt worden, die darauf warteten, zurückgezahlt zu werden. Dafür war ab 1933 Adolf HITLER zuständig gewesen, der die Schuldtitel des Deutschen Reiches zu verzinsen und zu tilgen hatte. Je nachdem, bei wem die Anleihescheine gelandet waren, ob Freund oder Feind, wurden sie bedient, wie zum Beispiel die der Schweden und Schweizer, oder abgewiesen, wie die

[63] Bilanzierung im 3. Hauptkapitel (nach 1945) unter III/18.

[64] *Bundesgesetzblatt* 1953 11, S. 331.

der Engländer im Kriege und die der Juden von Anfang an. Bezeichnenderweise wurde Juden bei keiner Bank der Welt ein Coupon auf Reichsanleihen eingelöst.

Staatspapiere wie die der großen, im Zusammenhang mit Reparationsplänen begebenen >DAWEs< und >YouNG-Anleihen< waren als Spekulationsobjekte starken Kursschwankungen unterworfen. Die mit rund 1,2 Milliarden Mark aufgelegte YouNG-Anleihe von 1930 sank alsbald bis zu 30 Prozent ihres Nennwertes. Das veranlaßte das Dritte Reich, eine Menge der gefallenen Papiere am internationalen Anleihemarkt selber aufzukaufen. Dies ersparte die Differenz zum Nennwert. Tilgen wollte und mußte man, wenn man kreditfähig bleiben wollte. Die zurückgekauften DAWEs- und YouNG-Papiere wurden zu einem Teil mit der jährlichen Tilgungssumme verrechnet. Ihr Wert war erloschen, blieb jedoch aufbewahrt. Der andere Teil blieb scharf, das heißt, er brachte theoretisch den Besitzern noch Zinsen. 1945 raubten die Russen beide Sorten und warfen sie auf den Markt. Die Aufkäufer griffen in der Erwartung zu, daß ein neuer deutscher Staat für die Schulden seiner Vorgänger eintreten würde, was dann auch eintraf.

Zu den öffentlichen Schuldtiteln des Deutschen Reiches bis 1939 gehörten auch die reparationsbedingten Anleihen. Wertpapiere scharfer und erloschener Papiere mußten zurückgekauft werden. Bis zum Jahr 1980, so war aus dem Bundesfinanzministerium zu erfahren, entsprach die Bundesrepublik Deutschland wie folgt dem Londoner Schuldenabkommen~

An die Inhaber von Bonds wurden gezahlt:

aus der YouNG-Anleihe	990 Mio. DM
aus der DAwEs-Anleihe	341 Mio. DM
aus der KREuGER-Anleihe	200 Mio. DM
	1.531 Mio. DM

Was die aufgelaufenen Zinsen anging, so wurde in einer Umtauschaktion je ein Papier gegen drei gewechselt:

- zur Bestätigung der Hauptschuld diente eine Konversionsschuldverschreibung,

  als Anrecht auf die leicht reduzierte Zinssumme diente die Fundierungsschuldverschreibung. Dazu kam noch
- ein Bezugsschein, der die Zahlung der 1945 bis 1953 angefallenen Zinsen gewährleistete, die sog. Schattenquote.

Rückzahlung der Reparations-Kredit-Schulden nach 1945

Diese sollte erst im Falle einer Wiedervereinigung vollständig fällig werden. Damit berücksichtigte man, daß die Bundesrepublik vorerst auf dem Boden des Deutschen Reiches nur einen Teilstaat bildete.

Erste Schuldentilgung 1953 bis 1980	
Kredit-Rückzahlung	7,500 Mrd. DM
zuzüglich DM Zinsen:	15,000 Mrd. DM
	22,500 Mrd. DM
POS.II/17a Erste Schuldentilgung bis 1980	11,250 Mrd. €

1990 mußte auch die Schattenquote aufgebracht werden. Bezugsscheine von über 240 Millionen Mark, rund drei Viertel davon aus reparationsbezogenen Anleihen, wurden fällig. Sie wurden in dreiprozentige Fundierungsschuldverschreibungen umgewandelt. Zur Begleichung der Zinsrückstände wurden sogenannte >Fundierungsschuldscheine< mit einer Laufzeit von 20 Jahren ausgegeben. 1997 leistete die Bundesrepublik

Tilgung der Schattenquote	
Tilgung	3,300 Mio. DM
Zinszahlung	6,900 Mio. DM
	10,200 Mio. DM
POS. 1I/17b Schattenquote Tilgung/ Zinsen	5,100 Mio €
Ratenzahlung 2002	
Ratenzahlung in Höhe von:	4,100 Mio. €
POS. II/17c Ratenzahlung 2002	4,100 Mio. €
Ratenzahlung bis 2010	
Ratenzahlung Höhe von	95,000 Mio. €
POS. 11/187 Ratenzahlung	95,000 Mio. €

Übersicht: Begleichung der Rest-Reparations-Kredit-Kosten

POS. II/17a	11.250,000 Mio. €
POS. II/l7b	5,100 Mio. €
POS. II/17c	4,100 Mio. €
POS. II/17d	95,000 Mio. €
zusammen	11.354,200 Mio. €
	11,354 Mrd. €
(UF 5)	56,925 Mrd. €
POS. IIj17 zus. Begleichung der Rest-Reparations-Kredit-Kosten	34,155 Mrd. €

Raub deutschen Volksvermögens seit 1944

Übersicht 11

Pos.lIj	Schadensbereich	Mrd.-RMjDM 1945	Mrd.€ heute
1	Deutsche Auslandsguthaben konfisziert	20,000	100,000
2	sowjetische Beuteaktionen (2a-2d zus.)	9,500	47,250
	a) Sowjetisches Beutegut 1945	4,000	20,000
	b) Einbuße an öffentlichem Vermögen	1,000	5,000
	c) Währungsmanipulationsverluste	1,750	8,750
	d) Mißbrauch von Beutegeld	2,750	13,500
3	Beute- u. Raubgut der Westalliierten	53,850	294,000
	a) Wert der geraubten dt. Goldbestände	1,100	5,500
	b) Konfiszierte RM-Bestände	2,750	13,500
	c) Arbeitswert der Raketenforschung	3,000	15,000
	d) Wert der deutschen Patente, Warenzeichen und Betriebsgeheimnisse	30,000	150,000
	e) Luftwaffen- Forschungsmaterial	12,000	60,000
	f) Ablieferung See- u. Binnenschiffe	5,000	25,000
4	Sowjetische Demontagen /Besitzübertragungen	117,OOO	585,000
	a) SBZ, Demontagen, Materialwert	42,800	214,000
	b) erbeutete RM-Noten, Wertpapiere usw.	17,000	85,000
	c) Produktionsentnahmen bis 1954	50,000	250,000
	d) SBZ: Abschöpfung von Steuererträgen	4,500	22,500
	e) DDR: Zwangsrückkauf der SAG-Betriebe	2,700	13,500

Pos.	Schadensbereich	Mrd.-RMjDM 1945	Mrd.€ heute
5	Demontagen in den Westzonen	13,500	67,500
	a) Betriebe, Maschinen	>5,000	25,000
	b) Zwangsexport von Kohle	0,500	2,500
	c) Demontagekosten	8,000	40,000
6	Westalliierte Besatzungskosten	53,776	268,880
	a)1945 bis 1949	21,300	106,500
	b) 1949 bis 6/1955	30,176	301,760
	c) Zusätzliche Besatzungskosten für DPs	2,300	11,500
7	Westd. Stationierungsk. . 1955/56 bis 1957/58	10,050	25,125
	a) US-Stationierungskosten 1954-56	12,000	60,000
	b) Stat.-kosten der übrigen West-Alliierten	13,600	68,000
8	Erster Jahresbeitrag zur Stationierung	3,200	8,000
9	SBZ-DDR Besatzungs-/ Stat.-Kosten bis 1994	56,000	180,000
	a) SBZ-Besatzungskosten von 1945 bis 1954:	16,800	ca. 80,000
	b) DDR-Stationierungskosten 1955-1994	40,000	100,000
10	Zwangsarbeit der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten	>65,000	325,000
11	Vermögensverluste der Sudetendeutschen	63,742	318,000
12	Vermögensverluste in Ostdeutschland	2.090,900	6.090,00
	a) Betriebsvermögen abgetrennter Ostgebiete ohne Danzig, West- u. Ostpreußen,	1.090,090	1.090,000
	b) Danzig, West- /Ostpreußen, Memelgebiet	1.000,000	1.000,000
	c) Kultureller Zeit- Wert der Ostgebiete heute	- --	4.000,000
13	Vermögensverluste in Jugoslawien	4,212	21,000
	a) Privates deutsches Vermögen	ca. 3.380	16,900
	b) Deutsches Gemeinschaftsvermögen (kulturelle- u. Genossenschaftseinrichtungen)	0,022	0,100
	c) Von Deutschen repräsentiertes öffentliche Vermögen (Infrastruktur)	ca. 0,800	4,000
14	Verluste in SU, Rum., Ungarn, Polen, Slowakei	320,000	1.600,000
15	Kunst- und Kulturgüterraub mindestens	- - - -	1,000,000
16	Innerstaatliche Folgeleistungen	146,300	
17	Londoner Schuldenabkommen (UF 5) bis 2010	11.344	

POS. IIj1-17 zusammen 11.718,180 Mrd. €

POS. IIj18 Vermögensverluste nach 1945 11,718 Billionen €

Die von den Alliierten nach 1945 verursachten und erzwungenen Kosten, die eingezogenen materiellen Werte, Zwangsarbeit und der Wert der verlorenen Gebiete ergeben nach heutigem Kaufwert eine astronomische vierzehnstellige Zahl - ohne >Wiedergutmachungs<-Zahlungen an Israel und viele andere Staaten, über die in Teil III berichtet wird.

Vielleicht werden spätere Forscher aufgrund dann aller zugänglichen Akten noch zu weit höheren Zahlen kommen, und zwar um so höher, als sie auch die volkswirtschaftlichen Verluste voll einbeziehen, die Deutschland durch die Abtrennung von etwa 40 Prozent seines Staatsgebietes seither Jahr für Jahr erleiden mußte. Seit über 60 Jahren kommt die Wertschöpfung dieser Gebiete und ihre Steuerkraft Deutschland nicht mehr zugute. Das bedeutet weitere Billionen-Verluste. Die Anerkennung dieser Tatsachen und des Vertreibungsunrechtes beziehungsweise der Vertreibungsverbrechen ist sowohl in Deutschland als auch in der Tschechei und in Polen unabdingbar, wenn der Friede auf Dauer gesichert werden soll.

Teil III

Ausplünderung Deutschlands nach 1945

>Wiedergutmachungen<: eine unendliche >Geschichte<

Kollektive Verantwortung?

»Wiedergutmachung« statt Reparationen

Wie der zweite Teil zum Thema »Deutschlands Ausplünderung« nachweist, haben die ›Befreier‹ Deutschlands dieses erst verwüstet, es nach 1945 ausgeraubt und aus dem einst blühenden Land Billionen Euro nach heutigem Wert herausgepreßt. Nur deutsche Politiker sprechen hier von ›Befreiung‹. Damit nicht genug, wird die Bundesrepublik seit 1952 durch sogenannte »Wiedergutmachungsleistungen« in verschiedenster Weise derart zur Ader gelassen, daß sie heute auch aus diesem Grund in einer Schuldenfalle steckt, zu deren Überwindung, wenn überhaupt, verzweifelte, aber unwirksame Lösungsversuche unternommen werden. Vergeblich werden jetzt gerade die Wenigverdienenden zur Kasse gebeten. Die Schuldenuhr zeigt dennoch jede Minute eine weitere Million an. Inzwischen haben sich Schulden von etwa: 1,738 Billionen Euro (Stand 4. August 2010) angesammelt, zu denen noch etwa 5,5 Billionen Euro Pensions- und Rentenverpflichtungen kommen. In dieser Situation finden die Bundesregierungen aller Couleur nicht die Kraft und den Mut, die Milliarden-Schenkungen an das Ausland einzustellen oder auf ein unbedingt notwendiges Maß zu kürzen.

Anfang der fünfziger Jahre wurden die von den Alliierten als abgeschlossen erklärten Reparationen in »Wiedergutmachungszahlungen für die Opfer und Verfolgten des Nationalsozialismus« umbenannt, die wie in Zeiten Roms als Tribute von Deutschland seither und mit immer neuen Begründungen eingefordert wurden und noch werden.

1945 richtete Chaim WEIZMANN, der spätere erste Präsident des Staates Israel, ein Schreiben an die vier Besatzungsmächte, worin er den den Juden zugefügten Schaden auf 2 Milliarden Pfund Sterling schätzte. Nicht einbezogen in diese Summe waren Ansprüche einzelner Juden, die durch das Dritte Reich körperlich oder seelisch geschädigt worden seien. Das war nun erheblich mehr und hätte etwa 20 Milliarden Mark entsprochen.[65]

Der Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 veranlaßte die US-Regierung zu dem Plan, das militärische Potential Westdeutschlands möglichst schnell in das Verteidigungskonzept der Westmächte und in die westliche Wirtschaft einzugliedern. Voraussetzung aber sei, daß sich die Bundesrepublik mit Israel und der jüdischen Weltorganisation über eine materielle Wiedergutmachung einige.

Im April 1951 traf sich daher in Paris Bundeskanzler Konrad ADENAUER mit David HOROWITZ, dem Staatssekretär im israelischen Finanzministerium. Dieser forderte, Deutschland müsse vor allem die NS-Verbrechen öf-

---

65 Die *Zeit* vom 30. 10. 1981.

fentlich anprangern. Dies sollte ein Zeichen der Verpflichtung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel und dem jüdischen Volk sein. Damit erklärte sich ADENAUER einverstanden.

Bei den Verhandlungen über die Rückerstattung von Vermögenswerten und Schadensersatz für die Opfer der NS-Politik forderte HOROWITZ, daß es weniger um zugefügte Schäden Einzelner gehe, sondern vielmehr darum, eine halbe Million Flüchtlinge aus Europa in Israel anzusiedeln und zu integrieren. In diesem Sinne wurde dann auch verfahren, als die in Den Haag fortgesetzten Verhandlungen zwischen der deutschen von ADENAUER geleiteten und der israelischen Delegation in Luxemburg begannen.[66] Am 27. September 1951 erklärte Bundeskanzler ADENAUER vor dem Bundestag:

> »Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat die gegen die Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hatte keinen Anteil an ihnen. Aber die unaussprechlichen Verbrechen sind schließlich im Namen des deutschen Volkes begangen worden. Das legt ihm die Verpflichtung auf, moralische und materielle Wiedergutmachung zu leisten, sowohl was den persönlichen Schaden angeht, den Juden erlitten haben, wie auch was jüdisches Eigentum betrifft, für das keine Anspruchsberechtigten mehr existieren.«

ADENAUER begründete seinen Zahlungswillen aber auch mit einem Hinweis auf wahrscheinliche Erpressung, indem er auf jene Grundsatzerklärung hinwies, die David HOROWITZ in Paris von ADENAUER verlangt hatte. Aufgrund dieser Erklärung konnte in der Folgezeit praktisch jede Forderung gegenüber Bonn erhoben werden und wurde auch erhoben.

Während der Wiedergutmachungs-Verhandlungen im März 1952 mit der Regierung ADENAUER fragte Yohanan BADER seine Kollegen:

> »Angenommen, die Deutschen bezahlen für sechs Millionen, wo bekommen wir dann weitere sechs Millionen [Tote!] her, um mehr Geld rauszuholen?«[67]

Yohanan BADERS Besorgnis aus dem Jahre 1952, irgendwann einmal von den Deutschen kein Geld mehr zu bekommen, wenn die vereinbarten Wiedergutmachungssummen bezahlt wären, war vollkommen unbegründet wie sich seither herausgestellt hat. Shmuel DAYAN (Mapai), ein anderes israelisches Delegationsmitglied, war sich der jüdischen Raffinesse viel mehr bewußt als BADER und rief nach der Wiedergutmachungs-Vereinbarung mit ADENAUER verzückt in Jiddisch in die Runde:

66 Ebenda.

67 SEGEV, Tom, *The Seventh Million - The Israelis and The Holocaust*, New York 1994, S.222

> »A glick hot unz getrofen - 6 Millionen Juden wurden ermordet und wir bekommen Geld dafür.«[68]

Wie der Bankier Hermann ABS berichtete, hat ADENAUERS Verhandlungspartner [illegible] sich selbst einmal als den [illegible] bezeichnet. 1978 erklärte GOLDMANN:

> »Wissen Sie, ich habe gute Erfahrungen mit den deutschen Nachkriegspolitikern gemacht. Die Deutschen hätten die Sache mit der Wiedergutmachung viel billiger haben können. Aber ADENAUER, dieser sehr harte Mensch, vom Zuschnitt einer mittelalterlichen Holzfigur, hat die moralische Verpflichtung akzeptiert, für die es überhaupt keine juristische Handhabe gab. Deutschland hat bis jetzt 62 Milliarden [also bis 1978] gegeben, und es wird noch weitere 30 Milliarden an uns zahlen müssen.«[69]

Es war dies eine realistische Schätzung GOLDMANNS. Er verfügte über eine genaue Sachkenntnis und wußte, welche Forderungen von der Bundesregierung bereits erfüllt waren und in Zukunft noch zu erfüllen waren. Der deutsche Bankier Hermann ABS, der als enger Vertrauter ADENAUERS in dessen Auftrag an den Verhandlungen mit den Israelis maßgebend beteiligt war, bestätigt GOLDMANNS Aussage. Bei den Verhandlungen hatten die Israelis zunächst darauf bestanden,

> »auch bei einer inflationären Preisentwicklung in der Bundesrepublik die Warenlieferung auf einem konstanten Niveau [zu] halten. Es gelang mir, die Israelis zu einem Verzicht darauf zu bewegen, aber beinahe größere Schwierigkeiten bereitete es, BÖHM[70] dazu zu bringen, dies zu akzeptieren. Er verstand sich weniger als der Leiter einer deutschen Delegation mit dem Auftrag, einen vernünftigen Interessenausgleich zu vereinbaren, sondern in erster Linie als der Anwalt der israelischen Interessen. GOLDMANN meinte in seinen Erinnerungen,[71] in der Geschichte der Diplomatie gebe es nicht viele Beispiele, wo sich ein Verhandlungsführer derart von den Intentionen seiner Auftraggeber distanziert hätte«.[72]

Interessenverbände, vornehmlich der jüdischen des In- und Auslands, hatten erkannt, daß finanziell oder rechtlich begründete Widerstände in der

68 Ebenda, S. 223)

69 *Frankfurter Neue Presse* vom 16. 8. 1981

70 BÖHM, Franz (1895-1977), Professor an der Universität Frankfurt/M.

71 GOLDMANN, Nahum, *Staatsmann ohne Staat*, Köln 1970, S. 327.

72 ABS, Hermann, *Entscheidungen* 1949-1953. *Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens*, Mainz-München 1991, S. 201.



Die entscheidende Begegnung: Am 16. März 1960 trafen Konrad ADENAUER und der israelische Ministerpräsident BEN GURION im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel zusammen. Schon zu diesem Zeitpunkt wurden Reparationensforderungen von seiten Israels durch Verschiffung deutscher Güter beglichen.

Bundesregierung sich durch beharrlichen Druck überwinden lassen. Sie fanden Unterstützung durch die ständigen Erinnerungen an nationalsozialistische Untaten durch Massenmedien und Literatur in den USA, Großbritannien, Frankreich, aber auch in der Bundesrepublik.

Der hohe wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik ermöglichte es, Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen, ohne daß es dadurch sofort zu finanziellen und wirtschaftlichen Dauerkrisen kam. Was die Langzeitwirkungen angeht, so sind sie heutzutage bereits deutlich geworden. Fragt man nach der außenpolitischen Wirkung der deutschen Wiedergutmachungsbereitschaft, muß man differenzieren. Solange die den Deutschen durch Landnahme und Vertreibung der Deutschen aus den Sudetengebieten und Ostdeutschland zugefügten Schäden nicht angerechnet werden, kann von einer befriedigenden Regelung keine Rede sein. Deshalb hätte für eine deutsche Vorleistung kein Grund bestanden. Doch das Gegenteil war und ist der Fall, wie die in diesem Buch dargelegten Fakten beweisen.

Was die Wiedergutmachungsleistungen an Israel und jüdische Organisationen betrifft, so ist zu fragen, ob die auf 100 Milliarden Euro zustrebende ›Wiedergutmachung‹ den Versöhnungseffekt erreicht hat. Neben lobender Anerkennung von jüdischer Seite wird die deutsche Öffentlichkeit immer wieder mit der erbitterten Unversöhnlichkeit konfrontiert, die von zionistischen Organisationen ausgeht. In Israel vermeiden die Medien es weitgehend, die riesigen Leistungen der Bundesrepublik zu würdigen, zumal diese den kleinen Rentner kaum erreichen. Deswegen scheint es

zur Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen noch ein weiter Weg zu sein.

Bereits wenige Jahre nach Abschluß des Israel-Vertrages und dem Inkrafttreten des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) wurde erkannt, daß deutsche Leistungen in ein Faß ohne Boden flossen. Am 22. November 1957 brachte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* einen Artikel, der sich auf Material des rheinland-pfälzischen Finanzministeriums stützte: Die ursprünglich für das Bundesentschädigungsgesetz vorausgeschätzten Zahlungen von fünf Milliarden DM träfen keineswegs zu, man komme vielmehr auf eine Summe von 23,5 Milliarden, die nicht etwa auf Schätzungen, sondern auf genauen Berechnungen beruhe. Der damalige Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. VAN DAM, antwortete am 29. November 1957 in der *Jüdischen Allgemeinen*:

> »Der Autor als Sprachrohr eines Länder-Finanzministeriums besteht darauf, daß sich der ehemalige Bundesfinanzminister Fritz SCHÄFFER und mit ihm offenbar zehn andere Finanzminister, im Jahr 1956 um die Kleinigkeit von 17 Milliarden DM verschätzt hätten. Wenn dies richtig ist, so würde darin gleichzeitig die Behauptung liegen, daß die Entschädigung bisher nur zu einem geringen Bruchteil durchgeführt ist, da die in unserem Artikel vom 8. November 1957 angegebenen Auszahlungsbeträge und die Anzahl der eingegangenen nicht auf Schätzung, sondern amtlicher Feststellung beruhen. Offenbar ist das Schätzen auf diesem Gebiet nicht die starke Seite der Finanzbehörden, und wenn man Fehlerquellen finden will, so sollte man nicht in unseren Darlegungen, die sich auf faktischer Grundlage bewegen, danach suchen, sondern den Ursachen nachgehen, die zu einer so widerspruchsvollen Information geführt haben.«

Sofort erklärte der rheinland-pfälzische Finanzminister Dr. NOWACK (FDP), daß die aus seinem Hause an die *FAZ* gelangten Zahlen tatsächlich richtig seien. Der Finanzbedarf aus dem Wiedergutmachungsgesetz werde sich auf »mindestens 22 Milliarden« belaufen. Robert STROBEL ergänzte in der *Zeit* vom 26. Dezember 1957 das Geschehen so:

> »Man hat sich beispielsweise völlig schon in dem Umfang des Personenkreises verschätzt, der sich aus den anspruchsberechtigten Dp's [*displaced persons*] zusammensetzt. Man hatte darin, auch von Vertretern jüdischer Verbände beraten, angenommen, es würden aus diesem Titel etwa 50 000 Gesuche eingereicht werden. Aber bisher liegen bereits 400 000 vor, und es ist noch gar nicht abzusehen, wie hoch die Endzahl der Anträge sein wird. In der Zentralstelle in Rheinland-Pfalz häufen sich die Aktenstöße. Was sie zahlenmäßig an Ansprüchen enthalten, weiß noch kein Mensch.«

Nachdem Adenauer mit der CDU/CSU im September 1957 die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag gewonnen hatte, trennte er sich von seinem unbequemen, aber ehrlichen Finanzminister Fritz Schäffer, der den Juliusturm angespart hatte. Da aber der Minister innerhalb der CSU einen starken Rückhalt genoß, konnte er ihn nicht einfach aus dem Kabinett hinauswerfen. So wechselte Fritz Schäffer vom Bundesfinanzministerium in das Bundesjustizministerium. Das hinderte ihn nicht daran, am 14. Dezember 1957 im bayrischen Plattling eine Rede zu halten, in der er sich besorgt zu der Kostenexplosion auf dem Sektor der ›Wiedergutmachung‹ äußerte. Dabei nannte er bereits einen nachgewiesenen Finanzbedarf von etwa 29 Milliarden DM.

Am 17. Dezember 1957 behauptete das Direktorium des ›Zentralrats der Juden in Deutschland‹, daß die von Schäffer genannten Zahlen völlig unbeweisbar seien. Beweisbar hingegen seien die Auszahlungsbeträge, die zwischen 1953 und 1956 aus dem Bundesentschädigungsgesetz geleistet worden seien. Gezahlt worden seien drei Milliarden DM. Weiter hieß es dann:

> »Unsere Meinung, daß die Aufstellung unbeweisbarer Schätzungszahlen nur ein Vorspiel für den Generalangriff gegen die Wiedergutmachung darstellt, wird durch die Rede des Ministers Schäffer bestärkt. Das Vertrauen, das Deutschland nicht zuletzt aufgrund geleisteter und versprochener Wiedergutmachung entgegengebracht wird, hat die DM-Währung nicht geschwächt, sondern erheblich gestärkt.«

Herr van Dam fügte noch hinzu, jede Verlangsamung der Entschädigungszahlungen, wie sie der rheinland-pfälzische Finanzminister Dr. Nowack vorgeschlagen habe, werde dazu führen, daß der Zentralrat den Bundesgerichtshof oder das Verfassungsgericht anrufen werde, falls man

> »eine neue Enteignung deutscher Staatsbürger und sonstiger Opfer des Dritten Reiches« vornehmen wolle. »Glaubt man«, fragte van Dam, »daß diese Kreise sich noch einmal widerstandslos zu Objekten staatlicher Willkürakte machen lassen werden? Man soll die Stimmung nicht verkennen. Sie steht auf Sturm. Lieber brechen wir alle von uns in Deutschland aufgebauten Institutionen von einem Tag zum anderen ab, als uns noch einmal in ein ermüdendes Geplänkel mit den ewig unbelehrbaren Elementen zu begeben, die die Steigbügelhalter der Verderber des deutschen Volkes gewesen sind.«

Bezeichnend ist die Drohung, man werde alle in Deutschland aufgebauten jüdischen Institutionen von einem Tag zum anderen abbrechen, wenn bestimmte Dinge weitergingen, wenn also ein Landesfinanzministerium und

das Bundesfinanzministerium in der Öffentlichkeit Schätzungen verbreiteten, die nicht zuträfen. Hierbei muß man an die von Bundesminister Schäffer angeblich nur geschätzte Zahl von 29 Milliarden als Gesamtaufwand denken, die sich letztlich als ein Bruchteil jener Summen erweist, die bis heute gegenüber der Bundesrepublik als Forderungen geltend gemacht und von dieser mit Zahlungen entsprochen wurden und noch werden.

Unter solchen Umständen konnte es nicht verwundern, daß Schäffer sich vielerlei Angriffen gegenübersah und von Adenauer nachdrücklich zurechtgewiesen wurde. In der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlichte deren Kommentator Dr. Ernst Müller-Meiningen am 28. Dezember 1957 einen Brief an Schäffer, in dem es hieß:

> »Wenn Sie, Herr Bundesminister, die Wiedergutmachung heute als Gefährdung bezeichnen, dann muß ich Sie nunmehr doch fragen: Weshalb haben Sie in Ihrer achtjährigen Amtszeit als Bundesfinanzminister die Wiedergutmachungsgesetzgebung mit in Ihre Verantwortung einbezogen, ohne je öffentlich Bedenken angemeldet zu haben, oder, im Falle einer Mißachtung solcher Bedenken, zurückgetreten zu sein? Entweder hielten Sie die Wiedergutmachungsgesetzgebung für verantwortbar, dann können Sie heute nicht über deren angebliche währungszerrüttende Folgen öffentlich an die Klagemauer treten. Oder aber Sie hielten diese Wiedergutmachungspolitik für sachlich nicht verantwortbar, dann hätten Sie diese Politik nicht decken dürfen, um sie dann unmittelbar nach Ihrem Hinüberwechseln auf den Sessel des Justizministers als währungsgefährdend anzugreifen. Meine zweite Frage: Empfinden Sie es, Herr Minister, wirklich als guten Stil, daß ein Ressortminister der Bundesregierung seinen Kabinettskollegen öffentlich desavouiert, wie Sie es mit Ihrem Amtsnachfolger im Bundesfinanzministerium getan haben?«

Fritz Schäffers Rede in Plattling war keineswegs schlechter Stil. Ihm war aber innerhalb weniger Jahre aufgrund der ihm als Finanzminister vorliegenden Unterlagen klar geworden, daß hier Milliarden in ein Faß ohne Boden geschüttet wurden und noch werden. Vor den sich hieraus ergebenen politischen Gefahren wollte er warnen, und dies wurde ihm schlecht gedankt.

Während weltweit kein Staat, keine Partei und keine Person die Verantwortung für die ungeheuerlichen Verbrechen der Kommunisten übernimmt, hat das deutsche Volk, wie kein anderes in der Welt, sich seiner Verantwortung kollektiv gestellt. Von den US-Amerikanern gedrängt, aber auch aus eigener Einsicht heraus versuchten seine demokratisch gewählten Repräsentanten nach dem Krieg eine finanzielle ›Wiedergutmachung‹, die natürlich niemals das Geschehene ›wiedergutmachen‹ kann. Besten-

falls ist eine materielle Entschädigung möglich. Doch Tote werden dadurch nicht wieder lebendig. Seelisch-körperliche Schäden und vernichtetes Lebensglück können auch mit noch so viel Geld nicht mehr rückgängig gemacht werden. Es geht also einzig und allein um eine symbolische Geste der Versöhnung – oder um eine Hilfe zum Weiterleben. Von seiten selbstgerechter Deutscher, die selbst weder die NS-Zeit noch die Gesamtheit der bisherigen Leistungen kennen, wird der Begriff ›Wiedergutmachung‹ als ›unerträglich verharmlosend‹ angesehen, da er an relativierenden und entschuldigenden Inhalten kaum zu überbieten sei. Doch das ist insofern falsch, als schon im GRIMMschen Wörterbuch ›gutmachen‹ sowohl ›ersetzen, bezahlen‹ als auch ›sühnen‹ bedeutet.

Bei den Querelen um die Entschädigung von Zwangsarbeitern wurde in den letzten Jahren die Ansicht verbreitet, die Deutschen wollten sich in schäbiger Weise vor ihren Verpflichtungen drücken. Abgesehen davon, daß Zwangsarbeitern ein Lohn gezahlt wurde und sie unfall- und krankenversichert waren, daß sie Unterkunft und Verpflegung erhielten, ist das Gegenteil der Fall.

Nach 1945 wollten die Siegermächte, gedeckt nur von einem Potsdamer ›Protokoll‹, in ihren Besatzungszonen durch Reparationen die Schäden im eigenen Land und an eigenen Staatsbürgern abdecken, weshalb sie deutsche Vermögen sowie Forschungsergebnisse und Erzeugnisse aus der damaligen Produktion in (nach heutigem Wertmaßstab) Billionenhöhe beschlagnahmten.[73]

Noch in den sechziger Jahren wurden die geleisteten Zahlungen in den Haushaltsplänen als gesonderte Titel aufgeführt.

»Da man aber die von Jahr zu Jahr steigenden Aufwendungen nicht mehr als solche ausweisen wollte, wurden die Wiedergutmachungszahlungen auf andere Haushaltstitel verteilt bzw. in diesen versteckt. Dies ist aber mit einem anderen Komplex verbunden: Zahlungen aufgrund des Bundesentschädigungsgesetzes hätten sich spätestens seit Mitte der 70er Jahre aus biologischen Gründen, wegen des natürlichen Todes der Anspruchsberechtigten von Jahr zu Jahr verringern müssen. Das aber ist nicht der Fall, vielmehr wächst die Summe der Aufwendungen auch im neuen Jahrhundert. Nach einem Bericht der in New York in deutscher Sprache erscheinenden jüdischen Zeitschrift *Aufbau* wurden bis zum 30. 6. 1965 von ganz offenkundig lebenden Personen 3375000 Anträge zur Wiedergutmachung wegen angeblich erlittener ›rassischer Verfolgung‹ gestellt. Bis zum Januar 1978 aber hatte sich diese Zahl der Antragsteller nach einer Ermittlung des Bundesfinanzministeriums auf 5,3 Millionen

[73] OVERESCH, Manfred, *Das besetzte Deutschland,* Augsburg 1992, Teil I.

Antragsteller erhöht. Hinzu kommt, daß allen mit der Wiedergutmachung befaßten Ämtern in der Bundesrepublik kategorisch vorgeschrieben ist, alle diese Vorgänge ›ohne bürokratische Kleinlichkeit‹ zu bearbeiten. Politische Motive wirken also auf diesem Gebiet bis auf den heutigen Tag.«[74]

Erste deutsche ›Wiedergutmachungs‹-Leistungen

Sie begannen 1952 mit pauschalen Entschädigungen und ›Krediten‹, die nie zurückgezahlt wurden, an ausländischen Staaten und an UNHCR-Fonds:

Staat	Datum	Mrd. DM
Israel:	10. 9. 52	3,000
CJMCG[75]		0,450
zusammen		3,450 Mrd. DM
		1,725 Mrd. €
Heutiger Wert (UF 10)		17,250 Mrd. €
POS. III/1 Zahlungen 1952 an Israel/CJMCG		**17,250 Mrd. €**

Diese Zahlungen (an Israel auch in Form von Sachleistungen) sollten als Entschädigung für die Kosten der Eingliederung verfolgter Juden sowie der Entschädigung für jüdische NS-Opfer in den übrigen Ländern dienen.

[74] RUMPF, Ernst, *Wiedergutmachung. Deutschland zahlt immer. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert,* Rosenheim 1992, S. 22.

[75] Conference on Jewish Material Claims against Germany.

Zahlungen für Opfer verschiedener Staaten

Staat	Datum	Mio. DM
Jugoslawien	16. 10. 1956	300,0
Griechenland	18. 3. 1959	115,0
Luxemburg	11.7.1959	18,0
Norwegen	7. 8. 1959	60,0
Dänemark	24. 8. 1959	60,0
Niederlande	8.4.1960	125,0
Frankreich	15. 7. 1960	400,0
Frankreich	27. 7. 1961	11,0
Belgien	8. 9. 1960	80,0
Italien	2. 6. 1961	40,0
Schweiz	29. 6. 1961	10,0
Österreich	27.11.1961	101,0
Schweden	3. 3. 1964	1,0
Großbrit.	9. 6. 1964	11,0
[ugoslawien[76]	10. 12. 1974	700,0
UNHCR-Fonds[77]	5. 10. 1960	45,0
dto	24.11.1966	3,5
zusammen		2.080,500 Mio. DM
		1,040 Mrd. €
(UF 10)		10,400 Mrd. €

POS.IIJf2 Entschädigung für 14 Länder 1956-1966[78] 10,400 Mrd. €

»Bundesentschädigungsgesetz« (BEG) von 1953

Am 1. Oktober 1953 trat das erste bundeseinheitliche, das *»Bundesentschädigungsgesetz«* (BEG) in Kraft, das später mehrfach novelliert wurde, um entstandene Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Überarbeitet und neu gefaßt, wurde das BEG 1956 erneut verabschiedet, wobei es rückwirkend ab 1953 in Kraft trat. Insgesamt geht es dabei um:

76 (Verlorener!) Kredit zu 2,5% (!) Zinsen (Differenz aus dem Bundesetat), zehn tilgungsfreie Jahre! Siehe BRODESSER/FEHN/FRANOSCH/WIRTH, *Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation*, München 2000, S. 190.

77 Fonds für Nationalgeschädigte.

78 BRODESSER/FEHN/FRANOSCH/WIRTH, *Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation*, München 2000, S. 238 f.

- Erstattung eingezogener oder geraubter Vermögenswerte,
- Entschädigung für Verluste an Gesundheit, für Freiheitsberaubung, für verhinderte Berufs-Chancen usw.,
- Sonderregelungen, den Öffentlichen Dienst und die Sozialversicherungen betreffend,
- Rehabilitierungen bei Unrechtsurteilen, bei Aberkennung akademischer Grade oder Ausbürgerung,
- zwischenstaatliche Abkommen zur Regulierung von Wiedergutmachungen im Ausland.

Das BEG verfügte eine Entschädigung für alle Personen, die aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen verfolgt worden waren. Dazu gehörten Sozialdemokraten, Kommunisten, Juden und andere. Zigeuner[79] waren anfangs ausgeschlossen, später wurden auch sie einbezogen, desgleichen die Zeugen Jehovas. Alle erhielten oder erhalten Renten für Schaden an Leben, Heilkuren für Körper- und Gesundheitsschäden und Zahlungen für Schaden im wirtschaftlichen Bereich. Bis zum 1. Januar 1980 wurden 4346608 Anträge gestellt und bis 1. Januar 1990 insgesamt 66,308 Milliarden DM gezahlt.

Zu den Begünstigten einer Entschädigung gehörte auch Herbert MARCUSE, der aus den USA zurückgekehrte Hauptvater der 68er Studentenrevolte. Auf Antrag erhielt er eine sechsstellige Summe, weil die ›Nazis‹ ihm die sonst sichere Professorenstelle verweigert hatten - völlig legal, getreu dem Gesetz. Ebenso legal war es aber auch, daß Millionen deutscher Soldaten, die gezwungenermaßen Lebenschancen, Gesundheit usw. verloren hatten, nur minimale Ansprüche stellen konnten.

»Bundesentschädigungsgesetz-Schlußgesetz«

Im November 1965 wurde das BEG unter dem Titel »Bundesentschädigungsgesetz-Schlußgesetz« abermals novelliert, wobei über hundert Änderungen und Verbesserungen in Kraft gesetzt wurden. Ein Angleichungs-Paragraph ermöglichte es, rechtskräftig abgeschlossene Fälle erneut zu behandeln, um irrige Entscheidungen zu korrigieren. Auf Wunsch der ›Claims Conference‹ werden jetzt auch die meist jüdischen Verfolgten entschädigt, die nach dem bisher geltenden Stichtag des 1. Oktober 1953 aus Osteuropa ausgewandert waren. Zu diesem Zwecke wurde ein Sonderfonds mit 1,2 Milliarden DM ausgestattet.

79 Jene pc-Vertreter, die diesen Begriff für inkorrekt halten, sollten zur Kenntnis nehmen, daß es in Rumänien eine Zigeuner-Institution gibt, die sich selbst als ›Zentralrat der Zigeuner‹ bezeichnet.

Über die Leistungen Deutschlands auf der Grundlage des BEG gibt eine im Internet veröffentlichte BEG-Statistik von 2009 Auskunft:

Übersicht: Deutsche >Wiedergutmachung< 1952 bis einschließlich 2009

Stand: 31. Dezember 2009 Leistungen 1952 bis 2009[80]	in Mrd. €
1. Bundesentschädigungsgesetz (BEG)	46,087
2. Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG)	2,023
3. Entschädigungsrentengesetz (ERG)	0,790
4. NS-Verfolgtenentschädigungsgesetz[81]	851,714
5. Israelvertrag [betr. POS. III/1]	1,764
6. Globalverträge (o.Ä.) [so POS. III/2]	1,460
7. Sonstige Leistungen (Öffentl. Dienst, HNG-Fonds, Wapniarka, Art. VI BEG-Sonder gesetz usw.)	5,101
8. Leistungen der Länder außerhalb des BEG	1,682
9. Härteregelungen (ohne Länder)	3,851
10. Stiftung »Erinnerung, Verantwort., Zukunft«	2,556
Leistungen der BRD laut BRODESSER:[82]	
11. Bundesgesetz zur Regelung der Wiedergutmachung (WG) nationalsozialist. Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes	3,500
12. Leistungen an Nationalgeschädigte	0,400
13. Härtefond f. rass. Verfolgte nichtjüd. Glaubens	0,050
14. Stiftung »Deutsch-franz. Verständigung« 1981	0,125
15. An Stiftung »Altenhilfe« in Luxemburg	0,006
16. An Stiftung »Deutsch-poln. Aussöhnung« 1991	0,250
17. An Stiftung »Verständ. u. Aussöhnung« (GUS)	0,500
18. An Balkanstaaten, Slowenien, Slowakei, Rumänien u. Ungarn 1998-2000	0,040
19. Für jüdische Opfer in Ost-Europa	0,200
zusammen 1-19 (bis 31. Dezember 2009)	72,639 Mrd. €
(UF5) heutiger Kaufwert (72,639 Mrd. € x 5)	363,195 Mrd. €
POS 111/3 >Wiedergutmachungen< 1952-2009	363,195 Mrd. €

80 BEG-Statistik 2009, Nr. 1-10.

81 Laut BRODESSER, 249.

82 BEG-Statistik 2009, Nr. 11-19}.

Spezielle Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz[83]
vom 1. Oktober 1953 bis 31. Dezember 2009 in Mrd. €

(Differenzierung von POS. 111/3, Punkt 1)

Schadensarten:		Kapitalentschädigung	Renten
Leben	339	3.749	4.088
Körper u. Gesundheit	2.115	25.733	27.848
Freiheit	1,442	0	1,442
Eigentum	216	0	216
Vermögen	275	0	275
Sonderabgaben,	155	0	155
Berufliches Fortkommen	1.656	8,415	10.071
Wirtschaftliches Fortkommen	42	49	91
Soforthilfe	90	0	90
Krankenversorgung	384	0	384
Härteausgleich	37	396	433
Insgesamt in Mio. €:	6.751	38.342	45.093
Insgesamt. in Mrd. €:	6,751	+ 38,342 =	**45,093**

Nach dem erklärten Willen der Bundesregierung sollen die zuerkannten laufenden Entschädigungszahlungen den Verfolgten des Nazi-Regimes bis an deren Lebensende zugute kommen.

83 Internet unter BEG-Statistik 2009 {oder unter: www.Bundesfinanzministerium.de} Referat VB 4.

Wiedergutmachung durch deutsche Bundes-Länder
außerhalb des BEG 1950-2008
(nach Angaben der Länder)

Länder	in 2009	bis 2009
Baden-Württemberg	5.000	37 Mio. €
Bayern	9.871.000	143 Mio. €
Berlin	17.921.000	685 Mio. €
Bremen	83.000	12 Mio. €
Hamburg	219.000	75 Mio. €
Hessen	2.531.000	60 Mio. €
Niedersachsen	2.014.000	93 Mio. €
Nordrhein-Westfalen	1.778.000	501 Mio. €
Rheinland-Pfalz	5.067.000	49 Mio. €
Saarland	42.000	1 Mio. €
Schleswig- Holstein	58.000	25 Mio. €
gesamt:	39,589 Mrd. €	1.682 Mio. €
(UF5) Heutiger Wert:		8,410 Mrd. €

POS. IIIf4 W.G.-Leistungen der Bundesländer 8,410 Mrd. €
Hinweis: Es handelt sich um gerundete Beträge.

>Wiedergutmachung< als Entwicklungshilfe getarnt

Am 16. März 1960 begegneten sich Konrad ADENAUER und der israelische Ministerpräsident BEN GURION in New York im Waldorf-Astoria-Hotel. Das Treffen wurde als Beginn einer endgültigen deutsch-jüdischen Versöhnung gefeiert. Es ging aber weniger um Gelöbnisse als um Geld. Da eine Aufstockung des Israel-Vertrages von 1953 nicht durchsetzbar erschien, verfiel man auf die Idee, daß die Bundesrepublik ab sofort und künftig jährlich 140 Millionen Mark als ›Entwicklungshilfe‹ zur Entwicklung der Negev-Wüste zahlen solle. In der *Zeit* vom 30. Oktober 1981 hieß es dazu:

> »Im Rahmen dieser Leistungen erhielt Israel bis zum Jahr 1981 insgesamt 2,752 Milliarden Mark. Dies sind offiziell nur Darlehen und keine Geschenke. Bis März 1981 hatte Israel davon schon 593 Millionen Mark wieder zurückgezahlt. Aber da diese Darlehen mit Laufzeiten von 12 bis 30 Jahren und mit einer Verzinsung von 2 bis 5,7 Prozent gewährt wurden und Deutschland in manchen Jahren überhaupt keine Zinsen gefordert hat, sind auch diese Beträge als Unterstützung zu werten.«

Getarnter Tribut an Israel	
An Israel, ohne Zinseszinsen	2,752 Mrd. DM
Heutiger Wert (UF5)	13,760 Mrd. DM
POS. IIIj 5a Israel->Kredit< bis 1981	6,880 Mrd. €
1982-2010: (140 DM x 29 Jahre)	4,060 Mio. DM
(UF2)	8,120 Mio. DM
	4,060 Mio. €
POS. IIIj5b Israel Entwicklungshilfe bis 2010	0,004 Mrd. €
POS. IIIj5 Zusätzlicher Tribut an Israel (5a + 5b) bis 2010	6,884 Mrd. €

Auch diese Summe erscheint in keiner der Tabellen der >Wiedergutmachung<, handelt es sich doch angeblich um ›Entwicklungshilfe‹! In seinem bereits zitierten Gespräch mit der *FAZ* gibt H.J. ABS die folgende ergänzende Aufklärung:

> »Im März 1960 hatte BEN GURION im Waldorf Astoria Hotel in New York Adenauer getroffen und gefordert, daß die Bundesrepublik anstelle der *DDR*, die nichts zahlte, den Israelis hilft. Die Wiedergutmachung auch an Israel war ADENAUERs Politik nach dem einstimmig gefaßten Beschluß des Bundestages. Und das ist zustande gekommen, ich nehme den Schluß vorweg, mit 500 Millionen Dollar Kredit durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau für den Ausbau Negev. Das war dieser Kredit zwanzig Jahre, drei Prozent. Daß die Israelis jetzt nicht einfach sagen können: zur Kasse bitte, das müßte eigentlich das Finanzministerium wissen, wenn die nicht von totaler Vergeßlichkeit befallen sind. Aber ich melde mich nicht. Ich kann nicht die Regierung belehren, es sei denn, sie fragt mich. Auf den Kredit kamen wir damals, weil ich meinte, wir können für die *DDR* das nicht zahlen, das sehen wir nicht wieder. So kamen wir auf einen Kredit.«

Klar ist, daß es sich letztlich um eine lediglich abgewandelte Form der >Wiedergutmachung< handelt, deren Milliardenhöhe ebenfalls in keiner der entsprechenden Tabellen auftaucht. Im März 1970 besuchte der damalige israelische Außenminister Abba EBAN die gerade ins Amt gekommene Regierung BRANDT/SCHEEL und erklärte seinen Gastgebern:

> »Die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel können nicht normalisiert werden.«

In seiner Ausgabe Nr. 10/1970 berichtete danach der *Spiegel:*

»Obwohl beide Seiten versicherten, man habe so gut wie gar nicht über Geld gesprochen, gab Bonn während des EBAN-Besuchs in drei Punkten alten israelischen Forderungen nach:

Die als Entwicklungshilfe getarnte Kapitalhilfe der Bundesrepublik an Israel von zuletzt 140 Millionen Mark im Jahr wird voraussichtlich in gleicher Höhe weitergewährt; die Bundesregierung zahlt künftig an 30000 gesundheitsgeschädigte Israeli »gewisse individuelle Wiedergutmachungsleistungen«, so das AA; jeder der 30000 erhält fortan 80 Mark im Monat, so daß Bonn dafür im Jahr rund 30 Millionen Mark aufbringen muß; das Bundesfinanzministerium bereitet sich darauf vor, an 150000 Juden, davon 120000 Israeli, die nach 1953 aus Ostblockstaaten ausgewandert sind und daher keine Ansprüche aus dem Bundesentschädigungsgesetz anmelden konnten, zusätzlich zu den ihnen bereits gewährten Wiedergutmachungs-Grund beträgen individuelle Steigerungs-Beträge zu zahlen. Fachleute haben errechnet, daß aus diesen Beträgen insgesamt bis zu 200 Millionen Mark nach Israel fließen werden.«

Zusatzrenten für Ost-Juden	
Jährliche Zusatzrenten für Ost-Juden	0,200 Mrd. DM
1970,2010: (0,200 Mrd. x 40 Jahre)	8,000 Mrd. DM
Heutiger Wert (UF5)	40,000 Mrd. DM
Pos.IIIf6 Hilfe für Ostblock-Juden 1970-2010	20,000 Mrd. €

Die sich aus der Aufstockungen der ›Entwicklungshilfe‹ ergebenden Summen sind bislang ebenfalls in keiner offiziellen Tabelle des Bundesfinanzministeriums erkennbar verbucht. 1978 schrieb Nahum GOLDMANN in einem Buch:

»Ohne die deutschen Wiedergutmachungsleistungen, die in den ersten zehn Jahren nach der Gründung Israels einsetzten, besäße der Staat kaum die Hälfte seiner heutigen Infrastruktur: alle Züge, alle Schiffe, alle Elektrizitätswerke sowie ein Großteil der Industrie sind deutschen Ursprungs.«[84]

Tatsächlich beruhte nahezu die gesamte Landwirtschaft und Industrie Israels auf deutschen Geldern, ebenso wie das Telefonnetz, die Handelsflotte,

[84] GOLDMANN, Nahum, *Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler,* Köln 1978, S. 171.

Trockendocks und Kraftwerke, die von der BRD finanziert worden sind."[85] Gideon RAFAEL, ehemaliger Diplomat im israelischen Außenministerium, räumte 1981 ein, daß die seit dem Luxemburger Abkommen aus Deutschland fließenden Gelder in Israel wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beigetragen haben."[86]

1978 hatte Nahum GOLDMANN von bereits gezahlten 62 Milliarden DM gesprochen. Zu ihnen würden noch weitere 30 Milliarden hinzukommen,"[87] hieß es am 30. Oktober 1981 in der *Zeit,* die weiter schrieb:

»Die Nutznießer dieser Riesensummen sind Bewohner Israels, Juden und andere Opfer des Nazi-Regimes in Deutschland, der Staat Israel und andere Länder.

Welcher Anteil von diesem Geld an Israel und einzelne Juden gezahlt, wurde, ist kaum festzustellen. Die Feststellung der genauen Summe ist unter anderem deshalb so schwer, weil die Zahlungen und Kasseneinnahmen nicht jeweils an einer Stelle konzentriert, sondern auf viele verteilt sind: In Deutschland sind die Entschädigungsämter der Länder zuständig, in Israel sind es viele tausend Einzelpersonen, bei denen Geldüberweisungen unmittelbar auf ihre Konten bei verschiedenen Banken gehen.«

Bis zum 31. Dezember 2008 hatten die deutsche Bundesregierung und die Regierungen der deutschen Bundesländer über 66 Mrd. € an Wiedergutmachungsleistungen für die Opfer des Nationalsozialismus aufgewendet. Etwa 80 Prozent aller Leistungen flossen ins Ausland. Hierin sind Zahlungen in Milliardenhöhe für Wiedergutmachung in der Sozialversicherung (unter anderem nach Israel) und in der Kriegsopferversorgung nicht erfaßt. (s. POS. IIIf3 »WG-Leistungen bis Ende 2008«)

[85] SAGI, Nana, *Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen,* Stuttgart 1981, S. 208.

[86] RAFAEL, Gideon, *Destination Peace. Three Decades of Israeli Foreign Policy,* New York 1981, S. 107.

[87] 2008 waren es bereits 132 Mrd. DM, zuzügl. verdeckte Waffenlieferungen (40 Mrd. DM).

JEDER GEBILDETE KANN EINE RENTE AUS DEUTSCHLAND ERHALTEN

Der Verband der Rentenempfänger aus Deutschland GmbH öffnet dem allgemeinen Publikum mit höherer Schulbildung (nicht unbedingt Nazi-Verfolgte) ein Rentenprogramm der Sozialversicherungsanstalt in Deutschland.
Laut zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnetem Sozialabkommen ist die Verwirklichung der Pensionsrechte für eine Bevölkerungsgruppe möglich, die nachfolgende Kriterien erfüllt:

★ Die Programme sind für israelische Staatsbürger mit höherer Schulbildung bestimmt, die im Alter von über 16 Jahren eine Mittel- oder eine Berufschule und / oder eine Höhere Schule mindestens 4 Jahre besuchten, diese mit einem Abschluss-Zeugnis verliessen, und beabsichtigen, ab heute in Israel wenigstens 50 Monate zu arbeiten.

★ Die Programme sind auch für diejenigen bestimmt, die im Jahr 1983 eingetragen wurden, ihre Rechte jedoch nicht realisierten, vorausgesetzt, dass sie den vorerwähnten Kriterien gerecht werden.

★ Wer nicht unter der deutschen Besetzung lebte, muss ausserdem eine einmalige monatliche Pflichtzahlung an die Sozialversicherungsanstalt in Deutschland leisten, was durch einen Arbeitsmonat in Deutschland, bis zur Pensionierung gegeben ist.

BEISPIEL: Ein Akademiker, der nach Vollendung des 16. Lebensjahres acht Studienjahre absolvierte, wird zur Zeit seiner Pensionierung eine monatliche Rente von 240.— DM erhalten (die an die Gehälter in Deutschland gekoppelt sind), gegen eine nur einmalige Investition in Höhe von 1000.— Schekel, plus Mehrwertsteuer.

HAUPTBÜRO IN TEL AVIV

Migdalol-Gebäude, Ben Jehuda 1, erster Stock, Einschreibung täglich 8.00 — 19.00 Uhr, Freitags 8.00 — 12.00 Uhr und Mozej Schabbat 19.00 - 22.00 Uhr, Tel. 03-659155/6

BEERSCHEBA:

Versammlung für Aufklärung und Anmeldung: Mozej Schabbat den 15.11.86, ab 19.00 Uhr im Hotel „Desert Inn". Feste Anmeldungsstelle: im Haus der Aerztegewerkschaft Beerscheba, Rechow Hascha'lom 20, Montag und Mittwoch, 15.00 — 20.00 Uhr, Freitag 8.00 — 12.00 Uhr.

JERUSALEM:

Feste Anmeldestelle im Beth Harofah, Hanevi'im 72 Sonntag, Dienstag, Donnerstag zwischen 15.00 und 19.00 Uhr.

HAIFA:

Feste Anmeldestelle: Beth Hamehandes, RechSchabtai Levy 24. Sonntag, Dienstag, Donnerstag von 15.00 — 20.00 Uhr.
Die Einschreibung wird am 17.12.86 geschlossen
Verband der Rentenempfänger aus Deutschland — Abteilung für Akademiker

In den *Israels Nachrichten,* Tel Aviv, vom 21. 11. 1986 war die obige Anzeige zu lesen. Auf der gegenüberliegenden Seite sind zwei Dokumente abgedruckt, die jeweils in den *Israels Nachrichten* vom 30. 1. 1987 und in der Zeitschrift *Aufbau* im Februar 1991 standen.

Alle drei Dokumente sind abgedruckt in: Gerhard Frey (Hg.), *Deutschlands Ausplünderung. Das Deutsche Volk als Melk-Kuh der Welt,* München 1993.

Wichtige Ankündigung für Personen, die zur Deutschen Pension berechtigt sind

Der Verband für die Ausführung des Sozialversicherungs-Abkommens (Israel-Bundesrepublik Deutschland) beehrt sich mitzuteilen, dass diejenigen, die sich bis 1983 als Anwärter auf das Deutsche Pensionsprogramm eintragen liessen und ihr Anrecht nicht wahrgenommen haben,

VON JETZT AN IHR ANRECHT WAHRNEHMEN KOENNEN

in Bezug auf die Pension aus der Bundesrepublik, ohne irgendwelche Unkosten oder finanzielle Verpflichtungen in Gegenwart oder Zukunft -

GANZ OHNE RISIKO!

Mit Genehmigung des Finanzministeriums und der Bank Israel schloss DER VERBAND FUER DIE ERFUELLUNG DES ABKOMMENS eine einzigartige Vereinbarung mit einer ausländischen Bank, die Tausenden Israelis, die sich bis 1983 als Anwärter auf das deutsche Pensionsprogramm eintragen liessen, 175 Millionen DM als Anleihe zwecks Wahrnehmung ihres Anrechts auf Pension zur Verfügung stellt.

Alle, die bald das Rentenalter erreichen werden oder es schon erreicht haben und sich bis 1983 als Anwärter auf das deutsche Pensionsprogramm eintragen liessen, sind aufgefordert, sich unverzüglich mit den Büros des Verbandes zwecks Wiederaufnahme der Behandlung ihres Falles in Verbindung zu setzen. Ohne jede Investition steht den Anwärtern eine Anleihe zwecks Wahrnehmung des Anrechts auf die Deutsche Pension zur Verfügung. Die Anleihe und die betreffenden Zinsen werden aus der monatlichen Rente, die für die Berechtigten von Deutschland gezahlt wird, returniert. Die Versicherungsgesellschaften werden die Tilgung der Anleihe im Falle des Ablebens des Pensionsempfängers gewährleisten und seine Familie von jeglichen Verpflichtungen entbinden. Im Falle des Hinterbleibens eines Witwers oder einer Witwe wird automatisch die Auszahlung einer Hinterbliebenen-Beihilfe gewährleistet, deren Summe doppelt so gross ist wie die Netto-Beihilfe, die der Versicherte zu Lebenszeiten empfangen hatte.

Diese Ankündigung ist an diejenigen unter unseren 30.000 Kunden gerichtet, die sich seinerzeit in unserem Büro im Hotel „Astoria" in Tel Aviv und in unseren übrigen Zweigstellen in den grösseren Städten Israels eintragen liessen und die nötigen Prozeduren noch nicht zu Ende geführt haben.

Zögern Sie nicht- Damit ihr Anrecht wahrgenommen wird und Sie baldigst in den Genuss einer Monatsrente aus Deutschland kommen können, wenden Sie sich noch heute an das Büro des Verbands für die Erfüllung des Abkommens, Kikar Atarim, Einheit 122, Tel Aviv, Telephon 03-286098, 281971, Sonntag, Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8.00 bis 17.00 Uhr, Dienstag von 8.00 bis 13.00 Uhr u. Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr.

הארגון למימוש האמנה על בטחון סוציאלי
(ישראל-מערב גרמניה)

Das deutsche Generalkonsulat New York weist auf folgendes hin:

Bürger und Vereinigungen bzw. ihre Rechtsnachfolger, die in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 aus politischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen verfolgt waren und deshalb ihr in der ehemaligen DDR gelegenes Vermögen verloren haben, können dieses Vermögen nun auf Antrag zurückerhalten.

Die Anträge müssen bis zum

31. März 1991

beim

Bundesministerium der Justiz
Heinemannstrasse 6
5300 Bonn 2
Bundesrepublik Deutschland

eingegangen sein. Bei Fristversäumnis kann Rechtsverlust eintreten.

Es empfiehlt sich, die Anträge direkt dem Bundesministerium der Justiz zuzuleiten.

Antragsteller, die im Amtsbezirk des deutschen Generalkonsulats New York wohnen (New York State, New Jersey, Pennsylvania und Fairfield County des Staates Connecticut) können ihre Anträge

Verdeckte Hilfe: Waffen für Israel

Im Oktober 1956 hatte Israel den gemeinsam mit Frankreich und England geführten Suez-Krieg unter dem vereinten Druck der USA und der Sowjetunion abbrechen und die von Israel besetzte Halbinsel Sinai wieder räumen müssen. In dieser Lage kam Ministerpräsident BEN GURION die rettende Idee, Bonn um Hilfe zu ersuchen. Nach einem Kabinettsbeschluß kam Giora JOSEPHTAL, der Generalsekretär der Mapai-Partei, als Abgesandter BEN GURIONS Anfang Dezember 1957 insgeheim mit Kanzler ADENAUER in Bonn zusammen, um diesem die israelischen Forderungen (!) auf Lieferung von Waffen aller Art vorzutragen, wozu auch die Lieferung von zwei U-Booten gehörte, mit denen man die Mittelmeerküste Israels verteidigen müsse.

Doch der geheime Kabinettsbeschluß wurde von zwei Ministern des israelischen Kabinetts veröffentlicht. BEN GURION hielt aber an der von ihm getroffenen Entscheidung fest. In der Klemme, erklärte Bonn am 27. Dezember 1957, man werde keine Waffen an Israel liefern und auch mit allen rechtlichen Mitteln private Waffenlieferungen an den Staat Israel unterbinden. Der Artikel 26 des Grundgesetzes stehe derartigen Lieferungen entgegen. Auch wolle man nicht durch Waffenlieferungen Öl in das Feuer des Krisenherdes im Nahen Osten gießen.

Diese Erklärungen aber waren glatte Lügen. Zwar sagte der Verteidigungsminister Moshe DAJAN seine geplante Reise nach Bonn ab. Dafür aber reisten Shimon PERES und General LASKOV verdeckt nach Deutschland. Die beiden trafen in den Weihnachtstagen 1957 mit Verteidigungsminister Franz-Josef STRAUSS in dessen Privathaus in Rott am Inn zusammen. Neben den schon erwähnten U-Booten legten die Israelis eine lange Liste von Waffen und Ausrüstungsgegenständen, von Panzern, Hubschraubern, Transportflugzeugen und Artillerie samt dazugehöriger Munition vor. ADENAUER, von STRAUSS unterrichtet, erklärte sich einverstanden. Wie er am Artikel 26 des Grundgesetzes ebenso wie an vielen anderen Rechtsvorschriften vorbei das Gewünschte lieferte, beschrieb STRAUSS in seinen Memoiren:

> »Wir haben die Israel zugesandten Geräte und Waffen heimlich aus den Depots der Bundeswehr geholt und in einigen Fällen hernach als Ablenkungsmanöver bei der Polizei Diebstahlsanzeige erstattet. Hubschrauber und Flugzeuge wurden ohne Hoheitszeichen nach Frankreich geflogen und von Marseille aus nach Israel verschifft.«[88]

Natürlich bezahlten die Israelis keine Mark. STRAUSS nennt auch nicht den Wert, der zwischen 1,2 und 1,5 Milliarden DM gelegen haben muß – eine Summe, die natürlich später in keiner Abrechnung der ›Wiedergutmachung‹ auftauchte. Eine sachliche Begründung, warum die BRD Israel kostenlos mit Waffen beliefern muß, wird bis heute nirgendwo vorgebracht.

[88] STRAUSS, Franz Josef, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 342 f.



Der damalige Verteidigungsminister Franz Josef STRAUSS und sein israelischer Amtskollege Shimon PERES. Sie unterzeichneten 1960 ein vertrauliches Militärabkommen.

Aus geheimdienstlichen Unterlagen ergibt sich, daß STRAUSS und sein damaliger Amtskollege Shimon PERES (seinerzeit Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums) 1960 ein vertrauliches Militärabkommen unterzeichneten, dessen Bedeutung für den Staat Israel von geradezu grundlegender Bedeutung war und ist, jedoch selbst heute noch kaum bekannt ist:

> »Die Bundesrepublik verpflichtet sich, Israel Düsenflugzeuge der französischen Type ›Fuga-Magister‹ zu liefern, die in Deutschland in Lizenz hergestellt werden, ferner Hubschrauber, Transportflugzeuge der Type Nord-Atlas und amerikanische Lastwagen der Type ›Patton‹, die die israelische Armee am dringendsten braucht.«

Seither werden israelische Offiziere in einschlägigen Schulen der Bundeswehr auf Panzern und im Nachrichtenwesen ausgebildet. Die Kosten dafür sind im Wehretat versteckt.[89]

Die BRD hat von Israel für diese Leistungen keinerlei finanzielles oder politisches Gegenpfand verlangt. Zu den kostenlosen Lieferungen von Angriffswaffen gehörten die 1964 gelieferten 150 Panzer des Typs M48-A1 (›Patton‹).

Shimon PERES, einer der Konspiranten jener Dezembernacht des Jahres 1957, der in Rott am Inn mit Verteidigungsminister Franz Josef STRAUSS

[89] EYTON, Steve, *Das Auge Davids. Israels Geheimdienst in Aktion*, Wien–München–Zürich 1971, S. 107 f.

eine neudeutsche Brüderschaft von Waffenschiebern mit dem Zionistenstaat begründete, schrieb über diese Affäre:

»Wir stellten mit Westdeutschlands STRAUSS ausgezeichnete Beziehungen her. Das Ergebnis war, daß wir von Deutschland nicht nur bezahlte Waffen bekamen, sondern auch große Mengen von Waffen, für die wir nichts bezahlten. Die westdeutschen Lieferquellen waren für Zahal (die israelische Armee) während des Sechstage-Krieges von 1967 eine große Hilfe.«[90]

»Das geheime Militärabkommen, das noch heute kaum bekannt ist, war von extrem großem Umfang. . . Das ADENAUER-Deutschland hat keinerlei finanzielle oder politische Gegenleistung verlangt. Es handelt sich um ein echtes Sühnegeschenk mit ungeheuerem Nutzen für Israel.«[91]

Die Existenz, aber nicht der Umfang der von STRAUSS eingefädelten und von ADENAUER gedeckten und vor allen deutschen Gremien geheimgehaltenen Waffenlieferungen ist Ende 1964 durch eine Indiskretion der *New York Times* bekannt geworden. Die Regierung ERHARD beschloß daraufhin, die restlichen zur Lieferung vorgesehenen Waffen über Frankreich nach Israel zu schleusen. Sieben Schnellboote, die fast ausschließlich von Deutschland finanziert wurden, ankerten noch in Cherbourg, als General DE GAULLE im Dezember 1968, nach der Zerstörung von 13 libanesischen Passagierflugzeugen durch ein israelisches Kommando auf dem Beiruter Flughafen, ein totales Waffenembargo für Israel verfügte. Zwei dieser deutschen Schnellboote wurden von den Israelis, ohne Aufsehen zu erregen, am 4. Januar 1969 gestohlen, die restlichen fünf in der Weihnachtsnacht desselben Jahres. Das zweite Gangsterstück löste einen Skandal aus. Die deutsche Verwicklung wurde verschwiegen.

Während des ersten Golfkrieges leistete die Bundesrepublik militärische Hilfe[92], unter anderem große Mengen aus den riesigen Beständen der Nationalen Volksarmee, im Wert von rund 1,4 Mrd. DM: **0,700 Mrd.€**

Dazu gehörte auch 1991 die Lieferung von acht Giftgas-Spürpanzer ›Fuchs‹ an Israel.
Stückkosten einschließlich Ersatzteilbedarf 1,654 Mio € (x 8) =
13,323 Mio €

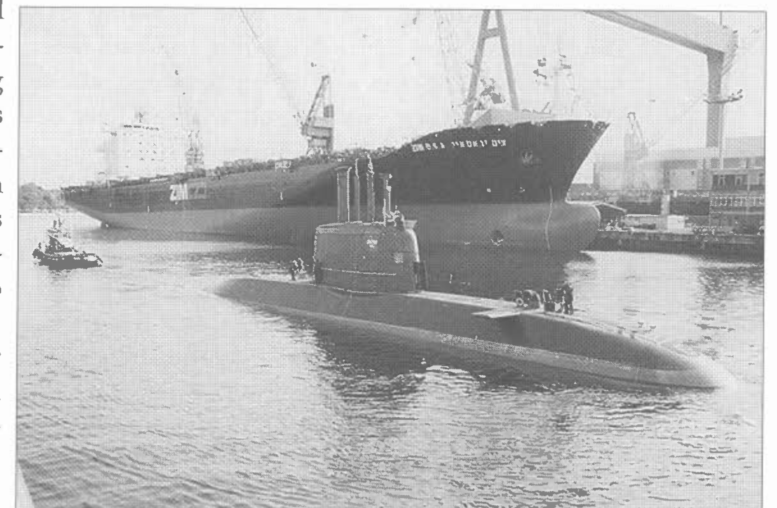
[90] PERES, Shimon, *War in the Desert,* in: ARBEL, Naftali, *The Sword and the Plowshare.* Tel Aviv 1968, S. 53.

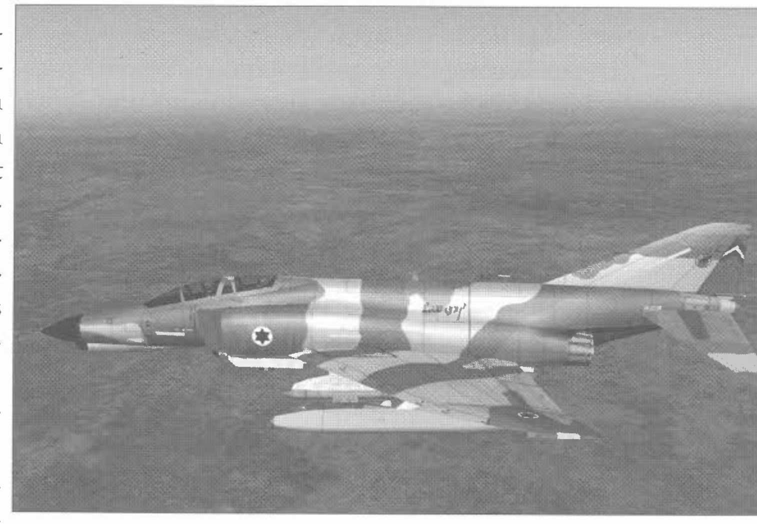
[91] EYTAN, Steve, *L'Oeil de Tel Aviv,* Paris 1970, S. 104.

[92] WOLFSOHN, Michael, »Ohne Hitler kein Israel?« in: *Spiegel Spezial,* H 2/1992, S. 133.

Ferner lieferte die BRD 1998 ›Patriot‹-Raketen und drei mit Marschflugkörpern ausstattbare U-Boote der ›Dolphin‹-Klasse.

1999 und 2000 hat die Bundesregierung Israel drei U-Boote der ›Dolphin‹-Klasse übergeben (zwei davon geschenkt!), die zu den modernsten U-Boote der Welt gehören (**Wert zusammen: 775 Mio. €**). Für zwei derzeit noch im Bau befindliche Boote vom Typ ›Dolphin‹ hat die Bundesregierung etwa ein Drittel der Kosten übernommen (Auslieferung 2010). Der Bau eines sechsten, modernisierten, etwa 500 Millionen Euro teuren U-Bootes wurde von der Bundesregierung bereits 2006 genehmigt.





Oben: das deutsche U-Boot der ›Dolphin‹-Klasse; *unten:* das deutsche Flugzeug F4-E Phantom II. Sie sind die Hauptpfeiler der israelischen Nuklerarstrategie. Siehe: Claus NORDBRUCH, »Zündeln am Pulverfaß«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Tübingen, 1/2007, S. 2–9.

Wie die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* am 23. Oktober 2009 meldete, will Israel für seine Marine bei der Hamburger Werft Blohm & Voß zwei weitere moderne Kriegsschiffe bauen lassen. Die Korvetten sollen schwer zu orten sein. Israel rechnet mit einer kompletten Finanzierung der beiden Boote durch die Bundesrepublik. Dabei handelt es sich um einen dreistelligen Millionenbetrag.

Allein diese ›Schenkungen‹ – oder besser: Tribute – summieren sich auf Milliarden Euro.

Israel ist jetzt besorgt, daß Ägypten auch die neuesten U-Boote aus

Deutschland erhält. Der ehemalige Vorsitzende des Außen- und Verteidigungsausschusses der Knesset und Mitglied der Likud-Partei Yuval STEINITZ sagte, das Kräfteverhältnis im Nahen Osten sei betroffen, wenn das Geschäft durchginge. STEINITZ behauptete auch, die deutschen U-Boote der »Dophin«-Klasse seien die besten der Welt und würden Ägypten die Möglichkeit geben, wichtige Seestraßen und Häfen zu schließen.

STEINITZ' Aussage muß als eine Warnung an Berlin angesehen werden: Deutschland darf die U-Boote nur an Israel liefern, ja sogar zwei schenken und bei den anderen kräftig mitbezahlen, aber an Ägypten nicht, obwohl sie wahrscheinlich voll bezahlt würden. Der deutsche Steuerzahler übernimmt damit allein für U-Boote Verteidigungskosten in Höhe von über einer Milliarde Euro für Israel und bekommt dann noch diktiert, an wen er etwas verkaufen darf.

Unter jeglicher Couleur liefert(e) die BRD an kein Land außerhalb der NATO ständig so viele Waffen wie an Israel, dazu noch überwiegend kostenlos. Viele israelische Waffen, mit denen israelische Soldaten Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen begangen haben, wurden von Deutschland geliefert oder mußten geliefert werden. Damit tragen deutsche Politiker eine Mitschuld an den von israelischen Streitkräften im Libanon und Gazastreifen begangenen Kriegsverbrechen. Wer schließlich, wie Israel, Wohnhäuser bombardiert oder mit völkerrechtlich geächteten Streubomben arbeitet, dürfte nicht die Unterstützung Deutschlands genießen, das doch wahrlich im Zweiten Weltkrieg unter der Bombardierung ziviler Wohngebiete gelitten hat.

Nach 1945 haben sich Deutschland und Japan vor einem (völkerrechtlich unannehmbaren) internationalen Gerichtshof wegen Völkerrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten müssen, obgleich die Rechtslage weit weniger klar war, als sie vergleichsweise bei Israel und seinen Waffenlieferanten ist. Ist das schon vergessen?

Mindest-Gesamtwert der Waffenlieferungen	
bis heute an Israel gelieferten Waffen	rund 40,000 Mrd. DM
Heutiger Wert (UF 5) mind.	200,000 Mrd. DM
pos. IIJ/? Gesamte Waffenlieferungen an Israel	100,000 Mrd. €

Private Leistungen

Die ausländischen Zwangs- und (freiwilligen) Fremdarbeiter erhielten während des Krieges von den Firmen, bei denen sie arbeiteten, ihre Tagesv~rpflegung und eine gesetzlich festgesetzte Entlohnung je Tag und Mann, die nur wenig unter der eines deutschen Facharbeiters lag. Die meist ungelernten C?starbeiter erhielten allerdings eine geringere Entlohnung als ~~emdarbeIter aus dem Westen. Außerdem mußte die Firma die Beiträge fur Kranken- und Unfallversicherung übernehmen. Der überwiegend guten Behandlung aller Fremdarbeiter steht die unmenschliche bei deutschen Zwangsarbeitern in der Sowjetunion, in Polen, in der Tschechoslowakei und Jugoslawien gegenüber, von denen rund 45 Prozent an den Folgen starben.

Dennoch wurden große deutsche Firmen veranlaßt oder gar gezwungen, ehemaligen Fremdarbeitern eine nochmalige Entschädigung zu zahlen, während die überlebenden, von Krankheit gezeichneten deutschen Zwangsdeportierten leer ausgingen. Seit 1958 sind 110 Millionen DM direkt gezahlt oder in Stiftungen eingebracht worden. Zahlungen erfolgten an die »Conference on Material Claims against Germany«, an das Deutsche Rote Kreuz sowie an weitere Verbände. Dazu kommen Leistungen in Milliardenhöhe, die auf Grund des Gesetzes über die Behandlung NS-Verfolgter in die Sozialversicherung eingezahlt wurden.

Private Leistungen seit 1958 in Mio. DM	
Rheinmetall:	2,500
AEG:	4,000
Feldmühle Nobel AG:	5,000
Siemens:	7,000
Krupp:	10,000
Daimler Benz AG:	20,000
IG Farbenindustrie:	27,000
VW	20,000
Diel	3,000
Diverse	11,5000
zusammen	110 Mio. DM
UF2)	220 Mio. DM
	110 Mio. €
pos. IIIf8 Firmen Leist. seit 1958	0,110 Mrd. €

Weitere zehn Milliarden DM wurden im Jahre 2001 von Staat und Wirtschaft erpreßt, indem man deutschen Firmen Sanktionen und gerichtliche Schritte in den USA androhte. Daraufhin wurde im August 2000 die >Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft< eingerichtet. Sie erhielt von der Bundesregierung und der >Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft< je zur Hälfte 5,2 Mrd. Euro, um ehemalige Zwangsarbeiter des NS-Regimes zu entschädigen.

An über 1,66 Millionen Menschen in fast 100 Ländern wurden mit Hilfe der internationalen Partnerorganisationen der Stiftung insgesamt 4,48 Mrd. Euro ausgezahlt. Dabei fielen 182,5 Mio. Euro Verwaltungskosten an. Diese Zahlungen wurden am 12. Juni 2007 mit einem offiziellen Festakt des Bundespräsidenten Horst KÖHLER im Beisein von Bundeskanzlerin Angela MERKEL abgeschlossen. Darüber hinaus hat die Stiftung sogenannte >humanitäre Programme< über ihre Partner organisationen bis 2008 gefördert.

Der pauschal als >Verwaltungskosten< gebuchte Posten von 200 Millionen Mark beinhaltet auch die Anwaltshonorare. Eine US-Anwältin, die an den Verhandlungen teilgenommen hat, bezeichnete diese Summe ebenso wie LAMBSDORFF als »knapp«.

Leistungen des Staates und großer Firmen	
Entschädigung für Zwangsarbeit	10,000 Mrd. DM
(UF 2)	20,000 Mrd. DM
POS. IIIf9 Staat / Wirtschaft f. ehem. Zwangsarbeiter	10,000 Mrd. €

1980 griff der israelische Ministerpräsident Menachem BEGIN Kanzler Helmut SCHMIDT an wegen angeblich geplanter deutscher Waffenlieferungen an arabische Staaten und behauptete, daß die Juden zwischen 1953 und 1980 nur zwei Milliarden Dollar bekommen hätten.

Natürlich wagte es in Bonn niemand, durch entsprechendes Zahlenmaterial der deutschen Finanzbehörden die Behauptung zurückzuweisen - ein Vorgang, der sich auch in Zukunft mit jeweils kostspieligen Folgen mehrfach wiederholte. Der deutsche Bundestag wird nämlich seit seiner ersten Legislaturperiode von einer Wiedergutmachungslobby beherrscht, die zwar in erster Linie eine laufende Verbesserung der Entschädigung für Personen- und Sachschäden der Verfolgten des NS-Regimes durch die Bundesgesetzgebung betreibt, aber auch oft zugunsten ausländischer Staaten und ihrer Staatsangehörigen eingreift. Sie verstärkt den äußeren Reparationsdruck durch einen inneren. Ursache ist unter anderem eine Interessensolidarität der 1933 gescheiterten und danach entmachteten und verfolgten Gruppen, Parteien und Gesinnungsgenossenschaften über die Staatsgrenzen hinweg.

Nicht nur die internationalen jüdischen Organisationen, auch die Verbände der zwangsrekrutierten Belgier, Elsässer und Luxemburger, ja sogar die Vertreter ehemaliger sozialistischer Kämpfer des Spanischen Bürgerkrieges (sogenannte >Rotspanier<), die im besetzten Frankreich zur Zwangsarbeit herangezogen worden waren, fanden Fürsprecher im Deutschen Bundestag. 40000 sogenannte >anti-faschistische Spanier<[93] in Frankreich erhielten bis 1979 Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG). Desgleichen wurden Zigeuner (Sinti oder Roma), die rassisch verfolgt worden waren, nach dem BEG entschädigt. Das hinderte ihre Verbände nicht, wiederholt kollektive Entschädigung in Milliardenhöhe zu fordern. Vor allem jüdische Verbände verlangen immer wieder sogenannte >Abschlußgesten< zum BEG. Eine Entschließung aller Parteien des Bundestages vom 14. Dezember 1979 (Drucksache 8/3511) forderte dann die Bundesregierung auf, bei einer solchen Abschlußgeste für Härtefälle 440 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

Die deutsche Regierung folgte dieser Aufforderung ohne Widerspruch. Der >Weltrat der Juden< erhielt daraufhin 400 Millionen DM, der >Zentralrat der Juden in Deutschland< 40 Millionen DM.

Entschädigung für Härtefälle bei Juden	
1979 Zahlung an den Weltrat der Juden	0,400 Mrd. DM
1979 an den Zentralrat der Juden	0,040 Mrd. DM
	0,440 Mrd. DM
(UF 2) heutiger Wert	0,880 Mrd. DM
POS. IIIf10 Härtefälle, an Welt- und Zentralrat d. J.	0,440 Mrd. €

Entschädigung für Arbeit im Ghetto und für ungarische und Leningrader Juden

2007 wurde jüdischen Arbeitern, die im Ghetto eingesetzt waren, nachträglich eine Entschädigung in Höhe von pauschal 100 Mio. Euro zugestanden.

93 Viele Rotspanier haben sich in Südfrankreich den französischen kommunistischen Partisanen angeschlossen und waren an vielen mörderischen Überfällen auf deutsche Soldaten beteiligt.

Entschädigung jüdischer Ghetto-Arbeiter.	
Entschädigungs-Zahlung(9/2007)	0,100 Mrd. €
(UF1)	0,100 Mrd. €
POS. IIIj11 Für Arbeit im Ghetto	0,100 Mrd. €

Die Bundesrepublik zahlte erneut 12,3 Millionen Euro an Holocaust-Überlebende aus Ungarn. Juden, die die Besetzung von Budapest im Zweiten Weltkrieg überlebt haben, sollen davon eine einmalige Rate von 1900 Euro bekommen. Diese Zusage hatte die »Jewish Claims Conference« nach entsprechenden Verhandlungen mit Berlin erreicht.

Die Bundesregierung stimmte auch Zahlungen an jüdische Überlebende der Einkesselung von Leningrad im Zweiten Weltkrieg zu (*FAZ*, 8. 8. 2008). Es sollen etwa 6000 ehemalige Leningrader Juden je 2556 Euro erhalten, also zusammen 15,336 Mio. Euro (Mitteilung der »Claims« vom 22. Juli 2008)

Für Juden aus Ungarn (UF1)	12,300 Mio. €
Für 6.000 Leningrader Juden je 2.556 € (UF1)	15,336 Mio. €
POS. IIIj12 Für ungarische u. Leningrader Juden	27,630 Mio. €

»Entschädigungen« für Raketen auf Tel Aviv

Im ersten Golfkrieg 1990 erreichten mehrere irakisehe Raketen den Raum Tel Aviv. Die Bundesregierung fühlte sich »genötigt«, für die entstandenen Schäden aufzukommen:

»Entschädigung« für Schäden durch den Irak	
Pauschal an Israel	500,000 Mio. DM
(UF 2)	1,000 Mrd. DM
POS.IIIj13 An Israel 1991 als »Entschädigung« für irakisehe Raketen auf Tel Aviv	0,500 Mrd. €

94 ECKERT, Horst, *Kriegsschuld.. Eine deutsche Abrechnung,* München 1995, S. 179

Dauernde Zahlungen für ~dische Zuwanderung

Um die folgenden Zusammenhänge zu verstehen, ist die Kenntnis des Kontingentflüchtlingsgesetzes vom 22. Juli 1980[95] unbedingt erforderlich. Dieses eröffnet seit dem Auftreten vietnamesischer Bootsflüchtlinge die Möglichkeit, Ausländer im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufzunehmen. Im Gegensatz zu § 33 AuslG [96] gilt das Kontingentflüchtlingsgesetz nur für Ausländer, deren Lage durch ein Flüchtlingsschicksal gekennzeichnet ist. Es ist allgemein anerkannt, daß das Kontingentflüchtlingsgesetz keinen subjektiven Anspruch des Flüchtlings gewährt, sondern lediglich eine politische Ermessensentscheidung in Form einer völkerrechtlichen Übernahmeerklärung der Bundesregierung gegenüber dem Aufenthaltsstaat zum Inhalt hat. Amtliche Leitsätze:

> »1. Der Flüchtlingsstatus nach dem Kontingentflüchtlingsgesetz kann nur durch eine Übernahmeerklärung des Bundesministers des Innern auf Dauer vor Aufnahme ins Bundesgebiet erworben werden.
>
> 2. Durch die Ausstellung eines Reiseausweises mit dem Vermerk »Flüchtling im Sinne [Hervorheb. H.M.] des §1 Abs. 1 HumHAG«97 nach Einreise ins Bundesgebiet kann der Status des §1 HumHAG nicht vermittelt werden.
>
> 3. Eine »Kontingentflüchtlingsanerkennung« die »ausgesprochen« und »bestandskräftig« werden kann, gibt es nicht."

Das Gesetz (BGB) 1980, S. 1057) bestimmte schließlich:

> »Kontingentflüchtlinge erhalten den Rechtsstatus der Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. 7. 1951.«

Das Gesetz stellt eine Art Bypaß zum Asylverfahren dar, um Angehörigen von Personengruppen, die zweifelsfrei Verfolgungen ausgesetzt sind, unter Verzicht auf die bürokratische Prozedur den Status anerkannter Asylbewerber zu gewähren.

Bei einem festgelegten Kontingent von 600 Personen kalkulierten die Antragsteller die durch das Gesetz entstehenden Mehrausgaben für Bund und Länder auf rund 3 Mio. DM; bei 600 Personen:

Je Person und Jahr	5.000 €

95 BGBI, S. 1057.

96 AuslG ~ Ausländer-Gesetz.

97 Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen.

98 OVG Rheinland-Pfalz, Beschluß vom 26. 11. 1999, Inf- AuslR 2000, 466.

Eine auf Vorschlag der Bundesregierung eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe ›Ausländerpolitik‹ hat 1982 Verfahrensgrundsätze für die Aufnahme von Ausländern aus humanitären Gründen erarbeitet. Diese sind in der Besprechung vom damaligen Bundeskanzler Helmut SCHMIDT mit den Regierungschefs der Länder am 5. März 1982 gemäß § 31 GeschOBReg[99] gebilligt worden. In den Verfahrensgrundsätzen ist vorgesehen, daß die Aufnahme neuer Kontingentflüchtlinge nur noch in außergewöhnlichen Situationen in Betracht gezogen wird. Ferner ist für die Aufnahme Voraussetzung, daß sie das einzige Mittel ist, um Menschenleben zu retten, und daß sie im Rahmen einer internationalen Hilfsaktion erfolgt.

Im Juni 2006 antwortete die Bundesregierung mit der Bundestags-Drucksache 16/2516 auf zwei Kleine Anfragen von Bündnis 90/Grünen. Diesen lag daran, möglichst viele Juden anzuwerben und den Zuzug säkularer Juden zu fördern. Der Sprecher der Bundesregierung stellte klar, daß das Einwanderungsrecht für Juden mit mindestens 50 Punkten erreicht wird, wobei 105 Punkte das Maximum darstellen. Punkte erhält jeder Jude, der Deutschkenntnisse, in Deutschland lebende Verwandte, das Vorliegen eines Arbeitsplatzangebots usw. nachweisen kann. Und das alles können problemlos alle.

Bündnis 90/Grüne behaupteten bei der Fragestellung, die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) habe am 9. Januar 1991 einen Beschluß gefaßt, auf dessen Grundlage Deutschland seither etwa 200000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion aufgenommen habe.[100]

Dem sei so, bestätigte die Bundesregierung und behauptete wider besseres Wissen, die Aufnahme erfolge entsprechend dem Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz vom 9. Januar 1991, und zwar ohne zahlenmäßige und zeitliche Begrenzung.[101] Doch am 9. Januar 1991 hatte keine Ministerpräsidentenkonferenz stattgefunden, sondern nur eine Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder. Denn es gibt zwar eine ›Ständige Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder‹, ein Bundeskanzler hat aber auf dieser Konferenz nichts zu suchen. Deren Tagesordnung beschränkt sich ausschließlich auf ureigenste Länderaufgaben. Schon deshalb ist die Behauptung aus der Luft gegriffen, eine Konferenz vom 9. Januar 1991 habe die Aufnahme sowjetischer Juden beschlossen. Eine Ministerpräsidentenkonferenz hatte bereits am 20./21. Dezember 1990 in München stattgefunden, doch dort wurde kein Flüchtlingsgesetz beschlossen, da diese Konferenz dafür nicht zuständig war.

---

99 Auch: geschobreg. = Geschäftsordnung der Bundesregierung

100 *Bundestags- Drucksache (BT-Drs.)* 16/1318 vom 14. 6. 2006

101 *BT-Drs. 16/2097* vom 30. 6. 2006

Der Verfassungsbruch KOHLS erfolgte dann am 9. Januar 1991 in Bonn. Der Bundeskanzler mißbrauchte nämlich an jenem Tag eine Besprechung mit den Länderchefs, um mit diesen die Aufnahme sowjetischer Juden *»in entsprechender Anwendung«* des Kontingentflüchtlingsgesetzes, ohne Parlament zu beschließen. Das bedeutete schlicht und einfach:

Die Bundesrepublik hatte mit einem vorgetäuschten Gesetz 1.000.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion als Kontingentflüchtlinge aufgenommen!

Gegen die Aufnahme ist zunächst nichts zu sagen, sie mag begründet gewesen sein. Der Skandal liegt darin, daß die KOHL-Regierung eine gesetzliche Grundlage vorgetäuscht hatte.

In der Besprechung KOHLS mit den Regierungschefs der Länder am 9. Januar 1991 gemäß § 31 GeschOBReg ging es unter Punkt 3 um die »Einwanderung sowjetischer Juden in die Bundesrepublik Deutschland«. Nach kurzer Diskussion wurde »Einvernehmen hergestellt«, nämlich darüber, daß Juden nun unbegrenzt aufgenommen werden und - unvereinbar mit dem Zweck des Kontingentflüchtlingsgesetzes und mit den 1982 erarbeiteten Verfahrensvorschriften - den privilegierten Status der Kontingentflüchtlinge in »entsprechender Anwendung« des Kontingentflüchtlingsgesetzes erhalten (mit Voll-Alimentation!).

Ein Protokoll dieser Abmachung wurde zunächst geheimgehalten. Erst 1999 kam eine Kopie mit dem Vermerk »vertraulich« an die Öffentlichkeit. Aus ihr geht hervor, daß neben KOHL und SCHÄUBLE auch GENSCHER als Bundesminister des Auswärtigen anwesend war. Das ›Einvernehmen‹ war also durch ein kurzes Gespräch am Rande zwischen SCHÄUBLE, GENSCHER, dem nicht benannten Ministerpräsidenten des derzeit vorsitzführenden Landes sowie Johannes RAU aus Nordrhein-Westfalen und Lothar SPÄTH aus Baden-Württemberg erzielt worden.

Die Vorsitzführung durch ein Land ist bei Treffen mit dem Bundeskanzler nach § 31 GeschOBReg nicht vorgesehen. Danach hätte der Bundeskanzler als Einladender den Vorsitz übernehmen müssen. Keine Rede ist in dem Protokoll davon, daß das »Einvernehmen« durch eine Abstimmung erzielt worden ist.

Das Auftauchen des geheimgehaltenen Protokolls war den Beteiligten natürlich sehr peinlich. Deshalb versuchte man nun wahrheitswidrig, das »Einvernehmen« als Beschluß der Ministerpräsidenten darzustellen.

Das erzielte »Einvernehmen« zur Aufnahme sowjetischer Juden ist in jeder Hinsicht rechtswidrig. Eine Anwendung des Kontingentflüchtlingsgesetzes auf sowjetische und GUS-Juden ist nicht zulässig. Denn in der Sowjetunion und im neuen Rußland gab und gibt es keine Verfolgung von Juden, die diese mit Asylberechtigten hätte gleichstellen können. Auch der

für das Kontingentflüchtlingsgesetz festgesetzte Kostenrahmen läßt eine Aufnahme von GUS-Juden nicht zu. Die 1982 von Bundeskanzler SCHMIDT und den Regierungschefs der Länder zwecks Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens gebilligten Verfahrensgrundsätze wurden einfach übergangen.

KOHLS erzieltes »Einvernehmen« liegt weit außerhalb des vorbestimmten Rahmens des Kontingentflüchtlingsgesetzes, was eine Rechtsverhöhnung bedeutet. Die Rechtsstellung »Kontingentflüchtling« erlischt außerdem, wenn die Flüchtlinge im Herkunftsland eine Verfolgung nicht mehr zu befürchten haben. Die jüdischen Zuwanderer aus der GUS reisen jedoch seither ständig unbehelligt in die ehemaligen Länder der Sowjetunion.

Die Absicht einer Legalisierung der Judenmigration aus der ehemaligen Sowjetunion erschien erstmals 2001 im Entwurf des Zuwanderungsgesetzes des BMI[102] unter Innenminister SCHILY in dem unklar formulierten § 23 (2) AufenthG. Nach §23 (1). Danach kann Ausländern aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Der raffiniert formulierte §23 (2) bezieht sich auf Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, ohne daß diese genannt werden. Hier wird zum Unterschied zu Abs. 1 auf besonders gelagerte politische Interessen der Bundesrepublik Deutschland abgehoben, bei deren Vorliegen die Niederlassungserlaubnis erteilt wird. Da ein Bezug auf Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nicht hergestellt wird, ist Abs. 2 von der Forderung nach Klarheit und Bestimmtheit weit entfernt.

Aufgrund einer Abstimmungspanne im Bundesrat trat die Bestimmung mit dem ZuwG erst am 1. Januar 2005 in Kraft. Im Rahmen der 7. Änderung des Bundesvertriebenengesetzes vom 16. Mai 2007 wurde in Artikel 2 (es handelt sich wieder um ein Artikelgesetz) eine Änderung des §23 (2) AufenthG versteckt. Änderungen des Bundesvertriebenengesetzes dienen dagegen meistens dazu, die Aufnahme von Deutschstämmigen (!) zu erschweren oder gar zu verhindern.

Der geänderte §23 (2) behält die Voraussetzung des Vorliegens besonders gelagerter politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland bei. Die Formulierung (Kreis der) »betroffenen Personen«, das heißt Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, wird durch Übernahme der Klausel aus Abs. 1 durch die Formulierung ersetzt: »Ausländer aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmte Ausländergruppen.«

Das bedeutet, daß nunmehr nicht nur Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, sondern auch Juden aus aller Welt im besonders gelagerten »politischen Interesse« der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden können. Die Aufnahmezusagen werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erteilt.

[102] *BMI: Bundesministerium des Inneren.*

Die Exekutive ist nunmehr ermächtigt, von Fall zu Fall zu entscheiden, welche Ausländer aus welchen Staaten oder welche Ausländergruppen nach welcher Qualitätsstufe des politischen Interesses (einfaches oder besonders gelagertes politisches Interesse gemäß Abs. 1 oder Abs. 2) aufzunehmen sind. Die Unbestimmtheit der ermächtigungsgesetzlichen Vorschrift ist damit gewährleistet. Der Zentralrat der Juden in Deutschland zeigte sich mit dieser Regelung sehr zufrieden.

Die Bundesregierung hatte es mit der Änderung des §23 (2) AufenthG verständlicherweise eilig, so daß sie damit nicht bis zu der großen Reform des ZuwG durch Gesetz vom 19. August 2007 (BGBI I S.1970) wartete, denn es handelte sich um den Schlußstein eines vorher erstellten umfangreichen Regelungswerkes zur Verewigung der Juden-Immigration, beruhend auf einem Umlaufbeschluß der Innenministerkonferenz vom 18. November 2005.

Zum neuen ZuwG erklärte Dieter GRAUMANN, das damalige Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, in der *Jüdischen Allgemeinen*, einem Organ des Zentralrats.[103]

> »Es waren 27000 Aufnahmezusagen für jüdische Personen erteilt worden, die noch nicht eingereist waren. Es lagen 26450 Anträge vor, über die noch nicht entschieden worden war. Den 27000 Personen mit Aufnahmezusage wurde danach die Einreise gestattet.«

Der Migrationsbericht 2006 des BAMF gibt die Zahlen der 2005 und 2006 eingereisten jüdischen Personen mit 5968 und 1079 an. Es ist kaum anzunehmen, daß die überwiegende Mehrheit der 27000 auf das Angebot der Voll-Alimentation in Deutschland verzichtet hat und nicht eingereist ist. Zu ergänzen ist, daß die jüdischen Zuwanderer aus den baltischen Staaten, Polen, Rumänien, Bulgarien und der Tschechei die Freizügigkeitsrechte der EU erlangten. Durch Vereinbarung der Bundesländer behielten sie die Privilegien nach dem Kontingentflüchtlingsgesetz.

Die Anträge der 26450 Personen, die vor dem 1. Januar 2005 keinen Aufnahmebescheid erhalten hatten, wurden aufgeteilt in Ü(bergangs-)-I-Fälle, bei denen der Antrag vor dem 1. Juli 2001 gestellt wurde, und Ü(bergangs)-II-Fälle, bei denen der Antrag nach dem 30. Juni 2001 und vor dem 1. Januar 2005 gestellt wurde. Für beide Fallgruppen gelten nochmals erleichterte Aufnahmebedingungen.

[103] Ausgabe Nr. 10/05 vom 10. 3. 2005.

Voraussetzung für eine Aufnahme in Deutschland ist, daß der Einreisebewerber Jude, mindestens aber in der ersten Generation jüdischer Abstammung ist. Verfolgungs- oder Diskriminierungsgründe sind keine geforderten Aufnahmekriterien.

Am 19. Dezember 2007 stimmte das Bundeskabinett dem vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)erstellten Migrationsbericht 2006 zu, der aber nie veröffentlicht wurde. Darin wurde hinsichtlich der neuen Aufnahmevoraussetzungen für jüdische Zuwanderer auf die Bundestags-Drucksache 16/2516 vom 5. September 2006 mit dem Titel verwiesen: »Einführung des Punktesystems zur Steuerung der jüdischen Zuwanderung nach Deutschland«.

Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits ausführliche Vorschriften für die Zulassung jüdischer Zuwanderung nach Deutschland. Der §23 (2) AufenthG von 2004 sollte nun nach einer Änderung vom 16. Mai 2007 die neue gesetzliche Grundlage für eine dauerhafte jüdische Zuwanderung bilden. Das bedeutete, daß die jüdischstämmige Zuwanderung nun gesetzlich verankert worden war.

Aufnahme in »entsprechender Anwendung des Kontingentflüchtlingsgesetzes« bedeutet auch, daß die jüdischen Emigranten Eingliederungshilfen erhalten. Die Kosten trägt der Bund. Folgende Hilfen sind vorgesehen:

- Eingliederungshilfe nach § 62 a Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) für die Dauer von 6 Monaten während der Teilnahme am einem ganztägigen Deutsch-Sprachlehrgang;
- Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung nach § 62 c AFG;
- Für junge Kontingentflüchtlinge (bis 30 Jahre) anstelle von 1. und 2. Leistungen nach den Garantie-Fonds-Richtlinien in der Fassung der Bekanntmachung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 28. Februar 1996 (GMBl.[104] S. 266).

Für das Kontingent der Boot-People hatte man seinerzeit 5000 DM kalkuliert. Ziehen man nur die bis 1991 zugewanderten rund 200000 Kontingent-Juden in Betracht, so kosten sie bei (nur) 5000 € pro Person

jährlich	1,000 Mrd. €
POS.III/14 Kontingent-Juden 2008, Voll-Alimentation	1,000 Mrd. €

Es ist nicht anzunehmen, daß die heutigen Kontingentflüchtlinge mit 5000 Euro im Jahr auskommen können. 1000 Euro pro Monat sind wahrscheinlicher.

[104] (Veröffentlicht im) *Gemeinsamen Ministerialblatt..*

Im »Zentralrat der Juden in Deutschland« sind heute 107 jüdische Gemeinden in 23 Landesverbänden zusammengeschlossen, denen etwa 107000 Juden angehören. Sie stellen 95 Prozent aller organisierten deutschen Juden. Die übrigen fünf Prozent verteilen sich auf etwa 40 jüdische Kulturvereine und liberale Gemeinden, die zum Teil in der Union progressiver Juden in Deutschland organisiert sind. Den Zentralrat lehnen sie entgegen dessen Selbstverständnis als orthodox gelenkt ab. Etwa 40000 weitere Juden sind nicht religiös gebunden. Insgesamt leben in Deutschland damit über 152000 Juden. Nach einer anderen Meldung leben 85 Prozent davon auf deutsche Staatskosten.

Am 27. Januar 2003 schloß die Bundesregierung einen Staatsvertrag mit dem »Zentralrat der Juden in Deutschland«, in dem sie sich verpflichtete, jährlich drei Millionen Euro an den »Zentralrat« zu zahlen.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* meldete am 29. Februar 2008, daß Bundesinnenminister SCHÄUBLE nach einem »stillen Verhandeln« (!) am 25. Februar 2008 den 2003 geschlossenen Staatsvertrag verlängert und die staatliche Finanzhilfe von drei auf fünf Millionen Euro jährlich erhöht habe. Die Erhöhung um mehr als 60 Prozent sei durch die Zuwanderung von mehr als 200000 Juden aus Osteuropa notwendig gewesen. Daß es sich um »Kontingent-Juden« handelt, für die eine lebenslange Voll-Alimentation in Höhe von mindestens einer Milliarde Euro jährlich gezahlt werden muß, haben der Innenminister SCHÄUBLE oder die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* beide rücksichtsvoll verschwiegen. (siehe oben)

Ohne auf die Zahlungen vor 2003 einzugehen (jährlich eine Million), ergeben sich

Zahlungen für »Zentralrat der Juden«	
von 2003 bis 2007: 5 Jahre x 3 Mio. =	15 Mio. €
zuzüglich je 5 Mio. € für die Jahre 2008-2010	15 Mio. €
	------
pos. **III/15** Für »Zentralrat der Juden« 2003-2010	0,030Mrd. €

Vertrag mit jüdischen Gemeinden

Am 19. Januar 2010 meldete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 15, S. 4:

»Die baden-württembergische Landesregierung hat mit den israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden und Württemberg einen Staatsvertrag geschlossen. Das Land folgt damit dem Vorbild anderer Bundesländer. Weil mit zwei Religionsgemeinschaften verhandelt werden mußte, brauchte die Landesregierung länger als andere Bundesländer, bis der

> Vertrag unterzeichnet werden konnte. Statt etwa 330 Euro je Mitglied und Jahr bekommen die Religionsgemeinschaften künftig]?O;g~~ ~uch die Zahlungen zur Pflege des deutsch-jüdischen Kulturerbes werden bis 2014 erhöht. Mit dem Staatsvertrag sollen die Religionsgemeinschaften, die wegen der Zuwanderung aus Osteuropa heute mehr Mitglieder haben als vor 1989, eine größere Planungssicherheit bekommen. Der Vertrag sichert jüdischen Schulen die Unterrichtsfreiheit an jüdischen Feiertagen zu und bestätigt das Recht der Gemeinden, Seelsorge in Krankenhäusern oder Gefängnissen anzubieten.« (rso.)

Geht man von rund 9000 Angehörigen der jüdischen Konfession in Baden-Württemberg aus, so ergibt sich eine Erhöhung der Zahlungen bis 2010 von bisher 2,970 Millionen auf 6,750 Millionen Euro jährlich.

Zahlungen an Nachbarstaaten Deutschlands

Zahlungen an Polen

Anstatt den Forderungen östlicher Vertreiber-Staaten nach weiteren Entschädigungen eine sachliche, nüchterne Gegenrechnung aller materiellen und immateriellen Verluste Deutschlands entgegenzuhalten, haben sich alle Bundesregierungen von den ehemaligen Kriegsgegnern feige über den Tisch ziehen lassen. Allein ein massiver Verweis auf die von Polen und Tschechien konfiszierten Werte hätte genügt. Mit diesen hätten leicht alle berechtigten Entschädigungen für die tatsächlichen Opfer befriedigt werden können. Denn der gesamte Vermögensverlust durch Vertreibung, der Gesamtwert aller ostdeutschen Gebiete, die den Polen samt Immobilien, Infrastruktureinrichtungen und Industrieanlagen überlassen wurden, kann nicht hoch genug veranschlagt werden (siehe Teil II).

Trotz der astronomischen Höhe der geraubten Werte kam und kommt es immer wieder zu erneuten finanziellen Leistungen der Bundesregierung auf Kosten der Steuerzahler. Von 1972 bis 1989 erhielt die ›Volksrepublik Polen‹ und später das heutige Polen Milliarden-Kredite zu Vorzugsbedingungen, die zu Lasten des Bundeshaushalts in Millionenhöhe gingen und noch gehen.

Nach 1989 trat Polen immer wieder mit weiteren Forderungen nach materieller Entschädigung ehemaliger KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter an die Bundesregierung heran. Doch in wessen Taschen würde das Geld jetzt fließen? Von den 100 Millionen DM, die die Bundesregierung 1972 an Polen als »Entschädigung für polnische KZ-Opfer« überwiesen hatte, war nur eine geringe Summe an die Betroffenen ausbezahlt worden[105] - aber erst 1988, wie *Die Welt* vom 16. Dezember 1989 berichtete. Die Entschädigung betrug nur 188000 Zloty (!) pro Person. Dabei hätte jedes Opfer nach dem Kurs von Januar 1988 4,39 Millionen Zloty erhalten müssen. Offen blieb die Frage, wer die Devisen und die Zinsen kassiert hatte.

Entschädigung für polnische KZ-Opfer	
Pauschal 1972 an polnische Regierung	0,100 Mrd DM
(UF5)	0,500 Mrd. DM
POS. III/16a	0,250 Mrd. €

[105] *IWO, Informationsdienst West-Ost,* Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft kath. Vertriebenenorganisationen, München, Januar 1990, S. 3.

Fragwürdig bleibt auch, was mit den 1,3 Mrd. DM geschehen ist, die Bonn zur Abgeltung von Rentenansprüchen für rund 125000 deutsche Ausreisende gezahlt hatte. Diese Leute hätten normalerweise weiterhin Ansprüche an die polnische Rentenkasse behalten (oder sich auszahlen lassen) müssen. Statt dessen zahlte die Bundesregierung erst einen »Rentenausgleich« an Polen und später erhielten die Ausgereisten auch noch eine deutsche Rente unter Belastung der deutschen Rentenkassen.

Abgeltung von Rentenansprüchen
Zahlung für 125000 deutsche Ausreisende 1,300 Mrd. DM
(UF2) 2,600 Mrd. DM

POS. III/16b Abgeltung von Rentenansprüchen	1,300 Mrd. €

Neben den 1,3 Mrd. DM erhielt Polen bei einem Zinssatz von 2,5% (!) noch einen Kredit von einer Milliarde DM auf 25 Jahre mit anfangs fünf Freijahren (Jumbo-Kredit). Die Zinsdifferenz hatte und hat immer noch der Bundeshaushalt zu tragen. Praktisch handelt es sich um einen verlorenen Kredit. Im Bundeshaushaltsplan 2007, Position 3205 (Zinsen für Bundesschulden), heißt es unter der Nr. 575 09-920 - ohne Angabe des Anteils der ZinsZahlungen für Polen, lapidar:

»Disagio auf Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzanweisungen, unverzinsliche Schatzanweisungen und Darlehen«	1.622.378.000 €

Verlorener (Jumbo)-Kredit	
de facto geschenkt:	1,000 Mrd. DM
(UF2)	2,000 Mrd. DM
POS. III/16c Verlorener (Jumbo)-Kredit	1,000 Mrd. €

Verzicht auf Zinsen für den Jumbo-Kredit

ohne Umschuldungskosten	
1 Mrd. x 5%= 50 Mio. jährl. x 5 Jahre =	250.000 Mio €
1 Mrd. x 2,5% = 25 Mio. x 20 Jahre =	500,000 Mio. €
POS. III/16d Verzicht auf Zinsen	0,750 Mrd. €

Entschädigung für med. Menschenversuche

1972 Zahlung an polnische Regierung[106]	0,100 Mrd. DM
(UF5)	0,500 Mrd. DM
POS. III/16e Entschädigungszahlung 1972	0,250 Mrd. €

Zahlungsverpflichtungen 1986–1988

Zinsen und Tilgungen	
aus früheren Umschuldungsabkommen	1,400 Mrd. DM
(UF 2)	2,800 Mrd. DM
POS. III/16f Zahlungsverpflichtungen	1,400 Mrd. €

›Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung‹

zugunsten von NS-Opfern:	0,500 Mrd. DM
(UF2)	1,000 Mrd. €
POS. III/16g deutsch-polnische Aussöhnung	0,500 Mrd. €



Der am 7. Dezember 1970 unterzeichnete deutsch-polnische Vertrag stellte nicht nur die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze fest. In der Folge mußte die Bundesregierung mehrmals Ausfallbürgerschaften für Lieferungen deutscher Exporteure aufwenden und vor allem ab 1972 ›Wiedergutmachung‹ in großem Ausmaße leisten.

[106] Brodesser/Fehn/Franosch/Wirth, *Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation*, München 2000, S. 241.

Verlorene Kredite und Zinsen

Ende 1989 betrugen die Gesamtverbindlichkeiten Polens gegenüber der Bundesrepublik Deutschland rund 18 Milliarden DM. Dennoch erlaubte sich der Sprecher des polnischen Außenministeriums, St. STANISZEWSKI, im Juli 1989 den damaligen deutschen Bundesfinanzminister Theo WAIGEL scharf zu kritisieren, weil dieser auf dem Schlesiertreffen 1989 in Hannover sich negativ über die Oder-Neiße-Grenze ausgelassen hatte. Voraussetzung für die volle >Normalisierung< der gegenseitigen Beziehungen müsse sein, daß Bonn »jetzt und in Zukunft« auf jegliche territorialen Ansprüche gegen Polen verzichte. Auch erwarte (!) Polen die Erlassung der Rückzahlungsverpflichtung des >Jumbo<-Kredits aus dem Jahre 1976 in Höhe von einer Milliarde DM - was dann auch geschah -, Hermes-Bürgschaften für gemeinsame Unternehmungen, Unterstützung bei den Schuldenverhandlungen im >Pariser Club< und Kredite für konkrete Investitionen im Bereich von Umweltschutz, Wohnungsbau und Landwirtschaft.[107] Der damalige Staatspräsident Lech WALESA forderte sogar zehn Milliarden US-Dollar vom Westen, da man das kommunistische Regime überwunden und deshalb das moralische Recht auf eine hohe Hilfe habe.

Doch die USA hatten nicht vergessen, daß unter der Regierung GIEREK in den siebziger Jahren über 70 Milliarden DM des Westens, welche dem heruntergewirtschafteten Polen helfen sollten, wie in einem >Faß ohne Boden< spurlos verschwunden waren. So ist es zu verstehen, daß US-Präsident George BUSH sen. bei seinem Besuch im Sommer 1989 den Polen nur wenig mehr als die Beseitigung einiger Handelshemmnisse anbot.[108]

Im Gegensatz zu BUSH setzte die deutsche Regierung unter Bundeskanzler KOHL Polen keinen Widerstand entgegen, so daß es fast alle seine anmaßenden Forderungen im Oktober 1989 durchsetzen konnte. Das 4. (!) Umschuldungsabkommen (= »Polen IV«), das im Bonner Außenministerium unterzeichnet wurde, besagte, daß gut eine Milliarde DM an Zahlungsverpflichtungen der Jahre 1986-1988 sowie rund 1,4 Milliarden DM Zinsen und Tilgungen aus früheren Umschuldungsabkommen erneut gestundet wurden und bis Ende 1997 »rückzahlbar« sein sollten. Sollten! Hinzu kamen ein Teilschuldenerlaß, Hermes-Bürgschaften in Milliardenhöhe (Polen forderte 3 Milliarden DM) und zweiseitige Abkommen auf vielen Gebieten.[109]

Bereits im Februar 1990 forderte der damalige Ministerpräsident Polens Tadeusz MAZOWIECKI die 17 Gläubigerländer des >Pariser Clubs< zu »schnellen und effizienten Maßnahmen« zur Regelung des polnischen Schuldenproblems auf. Unverblümt verlangte er kurzfristig eine Umschuldung der polnischen Rückstände von 1989 und der fälligen Summen für 1990. Außerdem forderte er die Gläubiger auf, »eine mögliche Reduzierung« der polnischen Schulden zu prüfen, die sich Ende 1989 bereits auf insgesamt 40 Milliarden US-Dollar beliefen.[110]

[107] *Nürnberger Zeitung,* 8. 7. 1989.
[108] Ebenda, 13. 7. 1989, S. 2.
[109] Ebenda, 10. 10. 1989, S. 4.

Das Bundesfinanzministerium hatte die Gesamtleistungen an Polen bis 15. November 1989 mit (nur!) 7,478 Mrd. DM [3,739 €] beziffert, wobei für künftige Leistungen noch folgende Summen vorgesehen waren (inzwischen gezahlt):

Weitere Leistungen an Polen	
- Neue Hermes-Deckungen (bis 31.12.1992)	1,250 Mrd. €
- Beitrag zum Stabilisierungsfonds, (Kreditlinie) bis zu	0,250 Mrd. €
- Zinszuschüsse rund	0,050 Mrd. €
- >Jumbo-Kredit< (Erlaß der Rückstände samt (Zinseszinsen per 15.11.1989)	0,380 Mrd. €
- >Zlotysierung< künftiger Zahlungen	0,285 Mrd. €
- Zinssubventionen (bis 1999)	0,305 Mrd. €
- Zinsvorteil für Polen beim 4. Umschuldungsabkommen (bis 1997) rund	0,050 Mrd. €
- 5. Umschuldungsabkommen	1,500 Mrd. €
zusammen	4,520 Mrd. €
(UF2)	9,040 Mrd. €
POS. III/16h zugunsten Polens	9,040 Mrd. €

Zu den genannten Leistungen kommen noch Folgezahlungen, die die westdeutschen Banken aufgrund politischen Drucks der Bundeskanzler SCHMIDT und KOHL als Kredite mit günstigen Zinssätzen gewähren mußten. Davon wurde weder eine Mark getilgt, noch wurden Zinsen gezahlt - es sei denn in geringer Höhe, um weitere Moratorien zu erreichen.[111]

Folgezahlungen	
bis 2009 mindestens	12,000 Mrd. DM
(UF2)	24,000 Mrd. DM
POS. III/16i Folgezahlungen	12,000 Mrd. €

[110] *Welt am Sonntag,* 11. 2. 1990.
[111] Ebenda, S. 37.

Übersicht: Gesamtzahlungen an Polen
An Polen wurden allein von 1965 bis 1992 u. a. geleistet:[112]

POS. III/	in Mrd. Euro	
16a	»Entschäd. für polnische KZ-Opfer« 1972	0,500
16b	Für Abgeltung von Rentenansprüchen	1,300
16c	Verlorener (›Jumbo‹-)Kredit	1,000
16d	Zinsdifferenz für den Jumbo-Kredit mind. – ohne Zinseszins u. Umschuldungskosten	0,750
16e	1972 Entschädigung von Opfern medizinischer Menschenversuche[113]	0,250
16f	Zahlungsverpflichtungen der Jahre 1986–1988 sowie Zinsen und Tilgungen aus früheren Umschuldungsabkommen	1,400
16g	›Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung‹	0,500
16h	weitere Zahlungen zugunsten Polens	9,040
16i	Folgezahlungen	12,000
POS. III/16	**Gesamte Zahlungen an Polen**	**26,740 Mrd. €**

Faßt man alle Leistungen zusammen, auch diejenigen, die seit 1992 fällig waren, so ergibt das eine phantastische Summe, die freiwillig an Polen gezahlt wurde. Nicht mitgerechnet wurden die Millionen Hilfssendungen, mit denen die Not im polnischen Volk gelindert wurde. Die dabei angefallenen Postgebühren hat die Bundesregierung übernommen.

Neue polnische Forderungen

Anfang September 2004 stellte das Parlament (Sejm) der Republik Polen in einer einstimmigen Resolution fest,

- »daß Polen bislang keine angemessene finanzielle Kompensation und Kriegsreparationen für den Gesamtbereich der Zerstörungen sowie der materiellen und finanziellen erhalten hat. . .«

[112] Rumpf, Ernst, *Wiedergutmachung. Deutschland zahlt immer. Deutsche Geschichte im 20. Jahrh.*, Rosenheim 1992, S. 36.

[113] Brodesser/Fehn/Franosch/Wirth, *Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation*, München 2000, S. 241.

- »daß Polen keine finanziellen Verpflichtungen gegen Bürger der Bundesrepublik Deutschland als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen übernimmt«,
- daß es seine Regierung auffordert, »schnellstmöglich eine Schätzung der Schäden vorzulegen«, die Polen als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges erlitten hat.
- Es forderte seine Regierung auf, »entschiedene Schritte bei der deutschen Regierung zu unternehmen, in der Frage der definitiven Anerkennung der Verantwortung für eventuelle Entschädigungen für Schäden, die deutsche Bürger als Ergebnis von Umsiedlung und Eigentumsverlust nach dem Zweiten Weltkrieg, als Ergebnis der Potsdamer Verträge [sic!] und Folge der späteren Repatriierungsprozesse erlitten hatten«.

Die aus deutscher Sicht völlig unannehmbare Entschließung des polnischen Parlaments – die Rede war von rund 600 Milliarden Euro Schadenersatz – hat selbst in Polen nicht nur Zustimmung gefunden. Mit 130 Parlamentariern hat ein Drittel der Abgeordneten sich der Beschlußfassung entzogen und damit ihre Ablehnung der irrsinnigen Forderung dokumentiert. Selbst der Staatspräsident Aleksander Kwasniewski wandte sich gegen den Beschluß:

> »Wenn wir diese Rechnungen aufstellen würden, würden wir das vereinigte Europa tatsächlich zerstören. . . Die Entschädigungsfrage ist ein innerdeutsches Problem.«

Auch der polnische Historiker Janusz Majcherek äußerte sich kritisch:

> »Geschichtspolitik, wie sie der Sejm nun durchsetzen will, führt nur in eine Sackgasse. . . Die Polen müssen sich sagen, daß sie zwar im Zweiten Weltkrieg vor allem Opfer, aber manchmal auch Täter waren.«

Die Rechtslage

Im Abschnitt IV des Potsdamer Protokolls (kein Vertrag!) vom 2. August 1945, auf das Warschau sich bezüglich der als »Umsiedlung« beschönigten Vertreibung immer wieder beruft, wurde festgelegt, daß Deutschland in eine westliche und eine östliche Reparationszone eingeteilt wird. Die UdSSR sollte ihre und polnische Forderungen aus der östlichen Zone befriedigen. In dem sowjetisch-polnischen Abkommen vom 16. August 1945 trat die Sowjetunion unter anderem ihre Reparationsrechte aus deutschem Vermögen »auf dem Gebiet Polens. . ., soweit es zum deutschen Territorium gehörte«, an Polen ab. Mit Zustimmung der polnischen Regierung unterzeichneten Molotow und Grotewohl (DDR) am 22. August 1953 ein Protokoll, in dem die Sowjetunion erklärte, die Erhebung von Reparationslei-

stungen zum Jahresende 1953 einzustellen und Deutschland von der Zahlung staatlicher Nachkriegsleistungen freizustellen. Am 23. August erklärte die polnische Regierung

»... mit Wirkung vom 1. Januar 1954 auf die Zahlung von [deutschen] Reparationen an Polen zu verzichten«.

Ein solcher Verzicht gilt als einseitiges völkerrechtliches Rechtsgeschäft. Ein Widerruf führt aus Gründen der allgemeinen Rechtssicherheit nicht zum Wiederaufleben von Ansprüchen. Beim Abschluß des Warschauer Vertrages, am 7. Dezember 1970, hat Polen gegenüber der Bundesregierung bestätigt, daß sich die Verzichtserklärung von 1953 auf »ganz Deutschland« bezog. Aus völkerrechtlicher Sicht kann Polen deshalb von Deutschland keine Reparationen einfordern. Klugerweise hat man auf Reparationen verzichtet, weil das mit Sicherheit zu deutschen Gegenrechungen geführt hätte.

Bereicherung mit Entschädigungsgeldern?

Unter dieser Überschrift meldete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 6. Dezember 2005:

»Die Stiftung *Deutsch-polnische Aussöhnung* soll einem Zeitungsbericht zufolge Gelder zur Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter in Prämien für die eigenen Mitarbeiter umgewandelt haben. Unter dem derzeitigen Stiftungsvorsitzenden Jerzy SULEK seien die Regeln zur Bezahlung des Stiftungsvorstands geändert worden, berichtete die polnische Zeitung *Rzeczpospolita* am Montag [5. 12.]. Demnach wurde den Vorstandsmitgliedern eine Jahresprämie in Höhe von drei Monatsgehältern zugeteilt. Im Fall von SULEK habe es sich um rund 56000 Zloty (fast 20000 Euro) gehandelt. Auch in anderen Fällen seien in den vergangenen zwei Jahren Gelder, die von Deutschland und Österreich zur Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus überwiesen worden waren, an hohe Stiftungsfunktionäre geflossen, heißt es in dem Bericht weiter. Die Stiftung deutsch-polnische Aussöhnung ist in Polen für die Auszahlung der Entschädigung an ehemalige Zwangsarbeiter zuständig. SULEK hatte das Amt des Stiftungsvorsitzenden 2001 übernommen, nachdem sein Vorgänger wegen ähnlicher Vorwürfe der Bereicherung entlassen worden war.«

Zahlungen an Tschechoslowakei / Republik Tschechei

Auch die heutige Tschechei[114] hat bisher erfolgreich versucht, die Bundesrepublik Deutschland auszunutzen. Das muß besonders erstaunen, da der tschechische Staat 1945 auf der Grundlage eines Benesch-Dekretes das gesamte deutsche mobile und immobile Vermögen der 3,5 Millionen grausam vertriebenen Sudetendeutschen entschädigungslos enteignet hatte.[115] In diesem Dekret heißt es in §12, daß das enteignete Vermögen als

»Ersatz der Kriegsschäden und der Schäden, die dem Vermögen von Personen, welche während der Zeit der Okkupation aus nationalen, politischen und rassischen Gründen verfolgt wurden«, Verwendung finden soll.

Trotz dieser klaren Aussage hat sich der tschechische Staat bisher geweigert, den (relativ wenigen!) tschechischen NS-Opfern aus dem 1945 konfiszierten deutschen Vermögen eine Entschädigung zu zahlen.

Nach einer Meldung der tschechischen Nachrichtenagentur CTK aus dem Jahr 1995 hat die Bundesrepublik Deutschland bereits seit 1960 (!) solche Tschechen entschädigt, die durch Kriegshandlungen Dauerschäden erlitten hatten. Sie erhielten 1994 zehn und ab 1995 rund 12 Millionen DM. Rechnet man das auf 45 Jahre hoch, wobei die Beträge bis in die neunziger Jahre ständig stiegen, so kommt auch hier eine hohe dreistellige Millionensumme zusammen, und zwar mindestens 300 Millionen DM.

Entschädigung für Tschechen seit 1960	
für Dauerschäden durch Kriegshandlungen	0,300 DM
(UF 5) heutiger Wert	1,500 Mrd. DM
POS. III/17a	0,750 Mrd. €

Bis heute lehnt es die tschechische Regierung heftig ab, die Verbrechen an der sudetendeutschen Volksgruppe bei deren Vertreibung offiziell zuzugeben, zu bedauern oder gar Entschädigungen für die durch Hunger und Entbehrungen erkrankten und zu Krüppeln geschlagenen Opfer zu zahlen. An den Mitteln des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds in Höhe

[114] Solange die jetzige Republik sich nicht von den Benesch-Dekreten der alten Tschechei distanziert und sich zu den Vertreibungsverbrechen bekennt und sie als rechtmäßig bezeichnet, identifiziert sie sich damit. Aus diesem Grund verwendet der Autor weiterhin die Bezeichnung ›Tschechei‹.

[115] Durch das Dekret Nr. 198 vom 25. 10. 1945 des damaligen tschechischen Staatspräsidenten Edvard BENESCH, das noch bis heute gültig ist.

von **165 Millionen DM**, der zur Unterstützung von NS-Opfern am 29. Dezember 1997 abgeschlossen wurde, beteiligte sich die Bundesrepublik mit einen Millionenbeitrag:[116]

Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds	
Deutscher Beitrag	140,000 Mio. DM
(UF 2)	280,000 Mio. DM

POS. III/17b Beitrag Zukunftsfonds:	0,140 Mrd. €
POS III/17a Entschädigung an tschech. Kriegsopfer	0,750 Mrd. €

POS. III/17 (a+b) Zahlungen an die Tschechei bis 2010	**0,890 Mrd. €**

Zahlungen an Rußland und die GUS-Staaten

Durch die weitreichenden Demontagen, die jahrzehntelange wirtschaftliche Ausbeutung der Sowjetischen Besatzungszone und des annektierten nördlichen Teils von Ostpreußen, durch den Raub der sogenannten ›Beute-Kunst‹ und die jahrelange Sklavenarbeit der Kriegsgefangenen und verschleppten deutschen Zivilbevölkerung ist Deutschland ein kaum bezifferbarer Schaden in Billionenhöhe entstanden. Aber damit nicht genug. Die späteren Zahlungen der BRD und der DDR an die Sowjetunion und Rußland wurden nicht mehr als ›Reparationen‹ oder ›Wiedergutmachung‹ erklärt, sondern als »Wirtschaftskredite«, »Deutsche Wirtschaftshilfe« oder als »Geste guter Nachbarschaft« und ähnliches mehr.

DDR - Stationierungs-Folgekosten seit 1994

Die Kosten für die beschlagnahmten Liegenschaften und Immobilien werden dabei berücksichtigt. Die Sowjets hinterließen Tausende verkommener Gebäude, illegale Müllkippen und etwa 10 000 herrenlose Katzen und Hunde. Die Kosten für die Wiederinstandsetzung und Räumung munitionsverseuchter Gebiete und der Uranbergbau-Gebiete gehen in die Milliarden. Dazu kommen die Kosten für die Instandsetzung der Kasernen und sonstiger Immobilien (mindestens zehn Milliarden Euro).

Bereits im Sommer 1990 hatte die Bundesregierung der damaligen Sowjetunion unter Michail Gorbatschow zusätzlich rund 220 Millionen DM zum Kauf von Nahrungsmitteln in der Europäischen Union geschenkt.[117]

[116] Brodesser/Fehn/Franosch/Wirth, *Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation*, München 2000, S. 187 f.

[117] *Nürnberger Zeitung*, Nr. 34 vom 10. 2. 1990, S. 1.

Lebensmittelhilfe 1990	
Zugunsten der UdSSR	0,220 Mrd. DM
An Staaten der früheren UdSSR (GUS)	108,900 Mrd. DM
An Reformstaaten Mittel- und Ost-Europas	50,400 Mrd. DM

POS III/18a zusammen:	159,520 Mrd. DM
POS. III/18b für sowj.: Truppenabzug[118]	17,000 Mrd. DM
POS. III/18c Instandsetzungskosten mind.	20,000 Mrd. DM
	-----------
zusammen bis Ende 1995	196,520 Mrd. DM
(UF 2)	393,040 Mrd. DM

POS. III/18 Zahlungen an Rußland / GUS zusammen	**196,520 Mrd. €**

Auch die deutsche Wirtschaft beteiligte sich an der Entwicklung der russischen Wirtschaft. Nach einer Pressemitteilung des ›Deutschen Industrie- und Handelstages‹ (DIHT) haben die deutschen Exporte 1997 in die GUS-Staaten einen Umfang von über 92 Milliarden DM angenommen. Dabei entwikkelte sich die BRD mit insgesamt 75 Milliarden DM zum wichtigsten Gläubiger Rußlands. Weitere Forderungen deutscher Banken summieren sich laut Bundesbank auf 52,1 Milliarden DM, zu denen noch 4,7 Milliarden DM kommen, die weitere deutsche Unternehmen an Außenständen ausweisen. Doch maßgebende deutsche Politiker glaubten, daß diese Wirtschaftshilfe für Rußland unerläßlich sei, um dort eine Staatskrise zu vermeiden.



Ehemalige russische Kaserne in Schwerin im Jahre 1993. Sanierung und Umbau des 33 000 Quadratmeter großen Geländes soll 250 Mio. Mark gekostet haben. Ein Großteil der Kasernenanlage, die zwischen 1859 und 1920 entstand, steht unter Denkmalschutz.

[118] *Nürnberger Zeitung*, Nr. 230, 3./4. 10. 1996, S. 4.

Verschuldung der SU in der BRD 1997	
Russische Bankschulden 1997	75,000 Mrd. DM
Zusätzliche Forderungen dt. Banken	52,100 Mrd. DM
BRD-Unternehmen als Gläubiger Rußlands	4,700 Mrd. DM

	131,800 Mrd. DM
Gesamtschulden Rußlands 1997 in der BRD	**65,900 Mrd. €**

Die Auslandsschulden der Föderalregierung sanken bis Ende 2007 weiter auf 36 Mrd. Euro (rund 3 Prozent des BIP). Angesichts der reichlich vorhandenen Währungsreserven macht die Finanzierung des Schuldendienstes keine Schwierigkeiten. Die gesamten russischen Auslandsschulden, einschließlich der Verschuldung der privaten Sektoren im Ausland, stiegen hingegen von Ende 2006 bis Ende 2007 um knapp die Hälfte auf 460 Milliarden US-Dollar. Die Währungsreserven lagen 2007 bei rund 550 Milliarden US-Dollar.

Anfang 2008 betrugen die Auslandsschulden Rußlands insgesamt nur noch 32 Milliarden Euro, Anfang 2009 nur noch 28,8 Milliarden. Von den Gesamtschulden Mitte 2009 von 27,17 Milliarden entfallen rund 800 Millionen Euro (1,162 Mrd. Dollar) auf die Gläubiger des ›Pariser Clubs‹.

Alle diese russischen Verbindlichkeiten[119] mußten seither immer wieder umgeschuldet werden, wobei die dafür anfallenden Kosten überwiegend vom deutschen Steuerzahler übernommen werden müssen. Erst der Ölpreisboom hat seit 2005 dem Öl-Lieferanten Rußland eine Erleichterung verschafft. Aber dafür, daß PUTIN einige Milliarden Schulden tilgte, hat Bundeskanzler SCHRÖDER ihm fünf Milliarden Euro erlassen (müssen?)!

Zahlungen an Rumänien

Von der DDR hatte das kommunistische Rumänien gelernt, daß man für die Freilassung von Häftlingen ein hohes Kopfgeld von der Bundesrepublik erpressen kann. Da es in Rumänien zwar an deutschen Häftlingen mangelte, nicht aber an deutschen Ausreisewilligen, verlangte der Staat von diesen ein hohes Kopfgeld. Am 7. Januar 1978 hatte nämlich der damalige Bundeskanzler Helmut SCHMIDT (SPD) mit der rumänischen Regierung vereinbart, daß 12000 Rumäniendeutsche für ein Kopfgeld von 4000 DM ausreisen dürfen. Doch kurz danach verlangte der rumänische Staat je nach Ausbildung 80000 bis 100000 DM pro Person. Deutschland zahlte! Bei nur durchschnittlich 50000 DM je Person ergibt das insgesamt:

[119] POPP, Wolfgang, *Wehe den Besiegten*, Tübingen ³2004, S. 394 f.

Kopfgeld-Zahlungen für deutsche Aussiedler	
12000 Aussiedler je 50000 DM	2,500 Mrd. DM
(UF 5) heutiger Wert	12,500 Mrd. DM

POS. III/19 ›Lösegeld‹-Zahlungen an Rumänien	**6,250 Mrd. €**

Zahlungen an Griechenland

Die Bundesregierung schätzt nach Aussage des Staatsministers ZÖPEL[120] die seit 1949 erfolgten Zahlungen an Griechenland auf »deutlich über 30 Milliarden DM«. Darin ist die Zahlung von POS. III/2 enthalten (115 Mio. DM).

Entschäd.-Zahlungen an Griechenland nach 1949	30,000 Mrd. DM
Heutiger Wert (UF5)	150,000 Mrd. DM

POS. III/20 Zahlungen an Griechenland seit 1949	**75,000 Mrd. €**

Weitere Zahlungen (in Millionen DM) an:

USA:	19. 9. 1995 Entschädigungsabkommen über	3,000
Frankr.:	Abkommen vom 31. 3. 1981: Stiftung ›Deutsch-Französische Verständigung‹ für Zwangsrekrutierte	250,000
Luxembg.:	Notenwechsel vom 30. 11. 1987. An die Luxemburger Stiftung ›Altenhilfe‹ für ehemalige Zwangsrekrutierte	12,000
Litauen:	Regierungsvereinbarung vom 26. 7. 1996: für soziale Zwecke zugunsten von NS-Opfern	2,000
Estland:	Regierungsvereinbarung vom 22. 6. 1995: für soziale Zwecke zugunsten von NS-Opfern	2,000
Lettland:	Regierungsvereinbarung vom 27. 8. 1998 : für soziale Zwecke bei NS-Opfern	2,000
GUS:	Stiftung ›Verständigung u. Aussöhnung‹	500,000

Summe		771,000 Mio. DM
(UF 2) heutiger Wert		1.542,000 Mio. DM

POS. III/21 Weitere Zahlungen an Litauen usw.		**0,771 Mrd. €**

[120] Laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vom 13. 9. 2001.

Zahlungen an die DDR bis 1990

In den Jahrzehnten vor der kleinen Wiedervereinigung haben alle Bundesregierungen mit rund **1,990 Billionen DM**[121] dazu beigetragen, das menschenfeindliche, diktatorische System der SED zu festigen und dessen unausweichlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch sowie den Wegfall der Mauer über Jahre hinweg zu verzögern.

Beispiele für Unterstützungs-Zahlungen:
Noch drei Monate vor dem Fall der Berliner Mauer, also Anfang September 1989, beschloß der Haushaltsausschuß des Bonner Bundestages, das Geld für die mit der DDR vereinbarten jährlichen westdeutschen Zahlungen freizugeben. Einer internen Hochrechnung der Bundesregierung zufolge bezog das kommunistische Regime in Ost-Berlin seit 1972

Zahlungen aus dem Bundesetat

Bundesetat an DDR jährlich seit 1972 rund	12,000 Mrd. DM
12 Mrd. x 19 Jahre =	228,000 Mrd. DM
(UF5)	1.140,000 Mrd. DM
	- - - - - - - - -
POS. III/22a 19 Jahre Transfer an die DDR	570,000 Mrd. €

Weitere Leistungen des Bundes für die DDR

- Transitgebühren	6,500 Mrd. DM
- Für Investitionen zur Verbesserung des Straßen- u. Eisenbahnverkehrs	2,000 Mrd. DM
- Für Reparatur und Ausbau der Wasserstraßen von und nach Berlin	0,270 Mrd. DM
- Für Öffnung des Teltow-Kanals und den Schutz der Berliner Gewässer	0,138 Mrd. DM
- Bundespost an Ost-Berlin seit 1972 rund	2,000 Mrd. DM
	- - - - - - - - -
	10,908 Mrd. DM
(UF5)	54,540 Mrd. DM
	- - - - - - - - -
POS. 22b Gebühren-Transfer an die DDR	27,270 Mrd. €

Verzicht der Bundesregierung zugunsten der DDR:

- Für die Befreiung des innerdeut. Handels von Zöllen und Abschöpfungen	1,000 Mrd. DM

[121] Popp, Wolfgang, *Wehe den Besiegten*. Tübingen ³2004, S. 398.

- Durch steuerliche Begünstigung von Einnahmen aus der DDR	0,300 Mrd. DM
- Aus Zinsverzicht beim gewährten Überziehungskredit (Swing)	0,060 Mrd. DM
- Deviseneinnahmen durch Besucher:	
- Zwangsumtausch DM in Ost-Mark	0,500 Mrd. DM
- Intershop-Läden, DM-Bargeldtransfer	0,750 Mrd. DM
- Genex-Geschenkdienst, mindestens	0,150 Mrd. DM
	- - - - - - - - - -
Insgesamt jährlich (bis 1990)	>2,760 Mrd. DM
(UF5)	13,800 Mrd. DM
POS. III/22c Jährlicher Gewinn der DDR	>6,900 Mrd. €

Gesamtleistungen nur aus dem Bundesetat

BRD an DDR bis 1990	>1.990,000 Mrd. DM
(UF5) heutiger Kaufwert rund	10.000,000 Mrd. DM
	- - - - - - - - - -
Pos. III/22 Gesamtleistungen der BRD an DDR rund Milliardenbetrag mit ›Altschulden‹ der DDR	**5,000 Bill. €**

Der sogenannte ›Erblasttilgungsfond‹ in Höhe von 8,400 Mrd. DM diente als Nebenkonto des Bundeshaushaltes zur Bezahlung der DDR-Altschulden in Höhe von ursprünglich **171,79 Mrd. €.** Die Fonds-Summe wurde mit 7,5% verzinst. 1999 wurden die Altschulden auf die allgemeinen Bundesschulden übertragen. Dort schlug der Erblasten-Tilgungsfonds 2008 noch immer mit 85 Milliarden Euro zu Buche, die jetzt (seit 2009) im 1,6-Billionen Schuldensee unauffindbar versenkt wurden. Dort sind sie in für den Wähler für immer unkontrollierbar verschwunden.

POS. III/23 DDR-Altschulden	172,000 Mrd. €

Für die Schuldsumme mußte aus dem Erblasttilgungsfonds bei 7,5 Prozent Zinsen jährlich 12,884 Mio. DM gezahlt werden. Bis einschließlich 2009 ergibt sich daraus die beachtliche Summe von

Zinsen für Erblasttilgungsfonds

16 J. x 12,884 Mio. DM (ohne Zinseszins)	206,144 Mio. DM
(UF2)	412,288 Mio. DM
	- - - - - - - - - -
	206,144 Mio. €
POS. III/24 DDR-Altschulden-Zinsen 1994–2009	**0,206 Mrd. €**

Die willkürliche Erzeugung von mehreren 100 Mrd. DM Schulden zu Lasten der ostdeutschen Wirtschaft und der gesamtdeutschen Steuerzahler ist ein so ungeheuerlicher Vorgang, daß ihn die meisten Deutschen bis heute nicht bemerkt und noch weniger begriffen haben.

Warum blieb am Ende der ›Abwicklung‹ durch die Treuhand vom gesamten Volksvermögen der ehemaligen DDR in geschätzter Höhe von rund 600 Mrd. DM nichts übrig als rund 400 Mrd. DM Schulden im Erblastentilgungsfonds? (Die genaue Summe ist nirgendwo zu erfahren!) Und wohin sind die rund **1000 Mrd. DM** Vermögen verschwunden?

Das ist keineswegs nur eine Rätselfrage, sondern gehört zum Thema »Ausplünderung Deutschlands«.

Die unaufhaltsame Wiedervereinigung hatte in der westlichen Welt viele Politiker aufgebracht. Frau THATCHER, MITTERRAND, ANDREOTI und die geopolitische Fraktion à la HUNTINGTON, KISSINGER, BRZEZINSKI konnten zwar die Wiedervereinigung nicht verhindern, wollten aber auf keinen Fall, daß ein erfolgreicher Wirtschaftsaufbau der neuen deutschen Bundesländer bald zum Modell für ganz Ost-Europa und den Rest der Welt werde. Eine Sabotageaktion, und der Altschuldenschwindel zugunsten ihrer Bankierfreunde sollten da Abhilfe bringen.

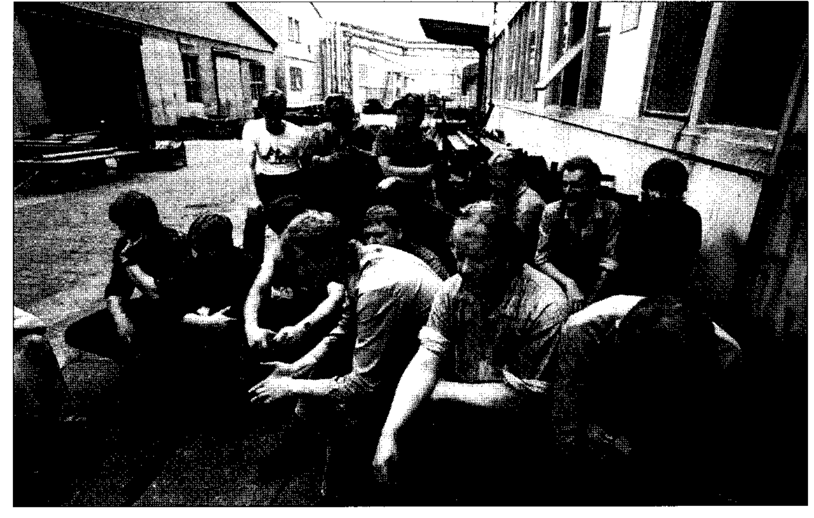
Wenn es ums Geld geht: Mord nicht ausgeschlossen

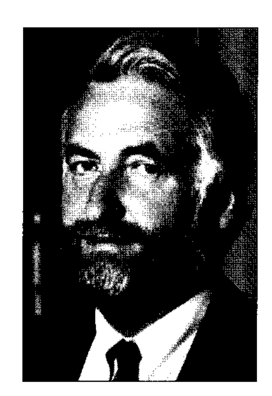
Alfred HERRHAUSEN, Bankmanager und Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, erwartete von der Ankurbelung der zivilen Ostwirtschaft eine deutlich bessere Versorgung der dortigen Bevölkerung und dadurch auch einen Wirtschaftsaufschwung in den alten Bundesländern. Er vertrat die begründete Ansicht, daß die technische Erneuerung der DDR-Betriebe der Industrie im Westen, vor allem dem westdeutschen Maschinenbau, helfen werde. Dies hätte vielen Leuten einen Arbeitsplatz erhalten oder gebracht, so daß der gesamte Aufbau Ost – ähnlich wie die westdeutsche Wirtschaft nach 1949 – sich aus sich selbst heraus finanziert hätte. Dieser vernünftige Plan erzeugte jedoch bei unseren westlichen ›Verbündeten‹, gelinde gesagt, Unbehagen aus. Die angebliche Vision vom ›Vierten Reich‹ mußte Alfred HERRHAUSEN am 30. November 1989 mit dem Leben bezahlen. Der Mord wurde bis heute nicht aufgeklärt. RAF-Mitglieder der Führungsebene bestreiten heftig, mit diesem Mord etwas zu tun zu haben.

Detlev-Carsten ROHWEDDER, der erste Leiter der Treuhandanstalt, forderte, daß eine »Sanierung« »vor Privatisierung« stehen müsse. Ohne vorherige Klärung der Besitzverhältnisse sollte man alle Betriebe so um- und aufrüsten, daß sie gewinnbringend und konkurrenzfähig produzieren könnten. Erst danach sollten die Besitzverhältnisse geklärt und die Privatisierung abgewickelt werden. Damit war auch ROHWEDDERS Schicksal besiegelt. Am



Oben: Elf-Raffinerie in Leuna; *unten:* Arbeiter einer Landmaschinenfabrik in Bernburg (Sachsen-Anhalt). Nach dem verheerenden Wirken der Treuhand fiel millionenfache Arbeitslosigkeit dem deutschen Staat zur Last.









Von oben: Der Chef von Elf-Aquitaine (1989–1993) Loik LE FLOCH-PRINGENT; Detlev-Carsten ROHWEDDER, der erste Leiter der Treuhandanstalt; ROHWEDDERS Nachfolgerin, Birgit BREUL.

1. April 1991 fiel er einem Mordanschlag zum Opfer. Das war eine überdeutliche Warnung an Bundeskanzler KOHL. Die Bundesregierung reagierte prompt, sie hatte verstanden! An die Spitze der Treuhand setzte man Birgit BREUEL, Mitarbeiterin des berüchtigten Bankhauses Schroeder, Münchmeyer, Hengst. Dieses Bankhaus hatte am 4. Januar 1933 die Ausschaltung des Reichskanzlers SCHLEICHERS und die Machtergreifung HITLERS in Szene gesetzt. Ausgerechnet diese Bank erhielt bei der Treuhand den recht einträglichen Beratervertrag für die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft. Denn dieses Bankhaus hatte eine Vorstellung von ›Abwicklung‹, die das genaue Gegenteil der Vorstellungen von HERRHAUSEN und ROHWEDDER darstellte. So wurden zur Verschleierung von der Treuhand Zuwendungen an Käufer oder Altschuldner nicht mehr getrennt aufgeführt, sondern unter dem Posten »Sanierung und Verlustausgleich« zusammengefaßt. Von den 77,5 Mrd. DM, die im Jahre 1991 in diesem Posten ausgewiesen wurden, sind tatsächlich nur 5 Mrd. DM (6,45 %) für technische Sanierungsinvestitionen aufgewandt worden. Die meisten erfolgten nur im ›Umwelt‹-Bereich, und nicht zur Steigerung der Produktivität und zur Modernisierung. Dagegen wurden 72,5 Mrd. DM (93,55 %) für Zuwendungen bei der Privatisierung oder als Entschädigungen bei Stillegung verwandt.

Birgit BREUEL gab im Sinne ihres Hamburger Arbeitgebers – hinter dem in London Margret THATCHER stand – der Privatisierung den unbedingten Vorrang vor der Sanierung. Sie ließ Betriebe so lange ›weiterarbeiten‹, bis die Betriebsschulden bei 11 Prozent zinseszinsartig ins Uferlose gewachsen waren. Dadurch wurde eine Übernahme durch einen privaten Interessenten immer unzumutbarer. Somit mußten die Betriebe immer billiger angeboten werden. Hinzu kam, daß viele Käufer nicht an der Aufrechterhaltung der Produktion interessiert waren, sondern an möglichen Märkten, die sie von ihren westlichen Betrieben aus mitbedienen konnten. Viele Betriebe fielen für einen Spottpreis an neue Besitzer, denen neben dem spottbilligen Betrieb oft noch hohe finanzielle Zuwendungen für den Weiterbetrieb nachgeworfen wurden. Die Treuhand erzielte aus dem Verkauf von Betrieben in den Jahren bis zu ihrer Auflösung 1995 rund 80 Mrd. DM. Dem standen 344 Mrd. DM Verluste gegenüber (154 Mrd. DM aus Verlustübernahmen und 190 Mrd. aus der Übernahme von Schulden der Altschuldner). Außerdem gingen noch weitere rund 70 Mrd. DM Altschulden an die Nachfolgeinstitutionen der Treuhand über. Westliche Banken und Versicherungen übernahmen das ganze ostdeutsche Filialnetz der früheren DDR-Banken. Als Quelle kann hier der Bericht des Bundesrechnungshofes

»über die Abwicklung von Altkrediten der ehemaligen DDR und die Übernahme von Geschäften ehemaliger DDR-Kreditinstitute durch andere Geschäftsbanken«

vom 27. September 1995 herangezogen werden: Das Eigenkapital der ehemaligen DDR-Banken wurde als einziges gesellschaftliches Vermögen bei der Währungsunion **1:1** umgestellt. Schon dies war ein gewaltiges Geschenk für die westdeutschen Banken, denn im Durchschnitt betrug das Umstellungsverhältnis der Betriebs-, Bevölkerungs- und Bankvermögen **1,81:1**. Zusätzlich erwarben die Banken mit dem Kauf von DDR-Geldinstituten noch die Ansprüche auf Altschuldenforderungen, die im Verhältnis **2:1** umgestellt wurden und sich ab 1. Juli 1990 zu westüblichen Zinssätzen üppig vergrößerten.

Die Treuhand verschenkt Milliarden!

Die Bundesregierung verpflichtete sich, für Schulden einzuspringen, die nicht mehr eingetrieben werden konnten. Letztlich haftet also der Steuerzahler. Beispiele für die Verkaufspraxis der Treuhand:

Die BUNA-Werke wurden nicht nur an die französische Firma ›Elf‹ verschenkt, diese erhielt zum Trost noch **neun Milliarden** dafür, daß sie bereit war, sich BUNA schenken zu lassen. Der damit verbundene Korruptionsfall ist bis heute in der BRD nicht aufgeklärt. Zweimal hat die französische Regierung darüber Unterlagen der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Zweimal sind diese nach Grenzübergang spurlos verschwunden.

Die ›Berliner Bank A.G.‹ kaufte von der Treuhand die ehemalige Staatsbank der DDR für	0,049 Mrd. DM.
Sie erwarb damit **Ansprüche** auf ›Altschuldenforderungen‹ von	11,500 Mrd. DM
Bank-Profit etwa:	**11,451 Mrd. DM**

Die ›DG Bank‹ kaufte am 10. September 1990 von der Treuhand die ›Bank für Land- u. Nahrungsgüterwirtschaft‹ für	0,106 Mrd. DM
Diese Bank besaß zu dieser Zeit:	
Bareinlagen in Höhe von	0,250 Mrd. DM
Schuldforderungen in Höhe von	15,000 Mrd. DM
Liegenschaften im ganzen DDR-Gebiet!	???
DG-Bank-Profit (ohne Liegenschaften)	**15,144 Mrd. DM**

Die ›DG‹ ließ sich für den ›Aufwand‹, der ihr bei der Abwicklung dieses Geschäfts ›zugemutet‹ worden war, mit einigen Millionen DM ›entschädigen‹. Von den Altforderungen kassierte sie in den ersten Monaten rund **600 Mio. DM!**

Die ›Deutsche Bank‹ erwarb 112 Bankfilialen in den besten Lagen der Industriestädte für	**310,0 Mio. DM.**
Eine der Töchter der ›Deutschen Bank‹ erhielt 74 gut gelegene Grundstücke für nur	**164,4 Mio. DM**
Die Dresdner Bank zahlte für 41 Liegenschaften	**87,3 Mio. DM**

Wieviel DM bei den jeweiligen Filialen bereits in der Kasse lagen, erfuhr man meistens so wenig wie den Umfang der Schuldforderungen, die bei dem Kauf miterworben wurden. Wie der Bundesrechnungshof in seinem Bericht vom 27. September 1995 darstellte, betrugen die an Banken abgetretenen Altkreditforderungen zusammen 177,5 Mrd. DM, wobei die oben aufgeführte ›DG-Bank‹ (15,0 Mrd.) nicht erwähnt wird.

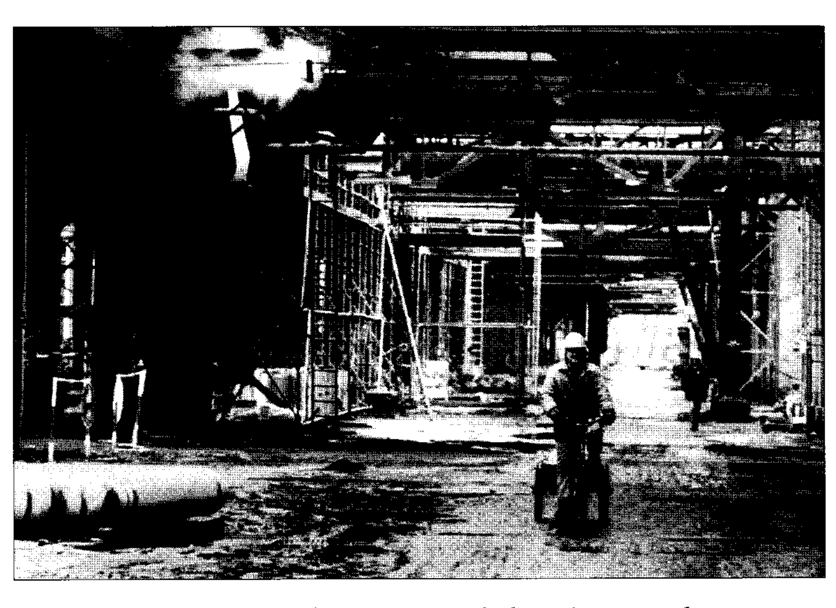
An Banken abgetretene Altforderungen:

– Berliner Stadtbank AG	ca. 11,5 Mrd. DM
– Deutsche Außenhandelsbank	rd. 7,0 Mrd. DM
– Deutsche Handelsbank AG	rd. 6,5 Mrd. DM
– Deutsche Kreditbank AG	rd. 124,5 Mrd. DM
– DG-Bank	15,1 Mrd. DM
– Genossenschaftsbank Berlin	rd. 17,5 Mrd. DM
– Sparkassen und Volksbanken	rd. 10,5 Mrd. DM
	192,600 Mrd. DM
(UF2)	385,200 Mrd. DM

POS. III/25 An Banken verschenkte Altforderungen 192,600 Mrd. €

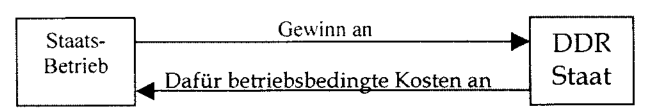
Diese Werte sind dem deutschen Staat absichtlich entzogen worden. Das Mißverhältnis zwischen Kaufsumme und Profit ist einfach unfaßbar. Wie konnte die Treuhand solche ›Deals‹ zulassen?

Beim weitaus größeren Teil der vom Bundesrechnungshof genannten Altkreditforderungen handelte es sich nicht um Schulden im Sinne marktwirtschaftlicher Bankenpraxis. Das gilt auch für die ›Altschulden‹ der Treuhandbetriebe. Vielmehr ging es um Finanzzuweisungen einer zentralisti-



Verschlissene Produktionsanlage der Leuna-Werke in Sachsen-Anhalt. Selbst die Filetstücke der mitteldeutschen Wirtschaft verschleuderte die Treuhand unter Birgit Breul oft für die symbolische 1 DM an ausländische Unternehmen.

schen DDR-Planwirtschaft, die mit Krediten im westlichen Sinne nicht gleichgesetzt werden dürfen. In der Planwirtschaft wurde nämlich nach Ablieferung aller Gewinne im Planungsprozeß entschieden, wie viele Mittel ein Betrieb, eine Gemeinde oder LPG im Hinblick auf die zu erfüllenden Auflagen erhalten sollte. Es gab keine eigenverantwortliche Tätigkeit der Betriebe. ›Gläubiger‹ war der Staat, (zumBeispiel die Staatsbank der DDR), ›Schuldner‹ (staatlicher Betrieb) war ebenfalls der Staat mit staatlichen Aufgaben. Vereinfacht dargestellt:



Dieser Rücktransfer wurde fälschlicherweise ›Kredit‹ genannt. Hinzu kam, daß diesen ›Krediten‹ auch kein ›Kreditvertrag‹ mit einer Verpflichtung zu 11 Prozent Zinsen zugrunde lag. Der Betrieb hatte für die Zuweisung lediglich einen Zinssatz von 0,5 Prozent zu zahlen. Die Treuhand setzte aber unter Androhung von Sanktionen durch, daß die Betriebe die laufenden ›Kredite‹, die in Wirklichkeit Teil ihrer Gewinne darstellten, mit 11 Prozent zu verzinsen hatten. Das Bundesfinanzministerium und die Treuhand brachten diese im Grunde nicht vorhandenen ›Altschulden‹, soweit sie von der Bundesregierung übernommen wurden, in einem Erblastentilgungsfonds unter. Schuldenrückzahlungen und Zinsen erfolgten an die westdeutschen Banken. Das bedeutete eine gewaltige Subventionierung der Banken zu Lasten der ostdeutschen Wirtschaft.

An dieser Praxis mußte auch der produktivste Betrieb zugrunde gehen. Viele Betriebe wurden aufgrund dieser künstlichen Schulden für symbolische Summen verschenkt und dann oft geschlossen. Vielen Investoren zahlte die Treuhand sogar noch Millionen, damit sie die von außen zugrunde gerichteten Betriebe übernahmen. Die Treuhand übernahm Altschulden und erzeugte damit allmählich ein Multimilliardendefizit.

Die Bundesregierung hatte sich nämlich im Staatsvertrag verpflichtet, für diese ›Kredite‹, die in den Büchern der 550 Geldinstitute der DDR standen, die Bürgschaft zu übernehmen, und das hieß, vierteljährlich die Zinsen an die forderungsberechtigten Banken in Frankfurt zu bezahlen oder bei diesen dafür Kredite aufzunehmen. Direkt profitierten die westdeutschen und viele internationale Banken, die das leicht kassierte Geld der Steuerzahler sogleich ins internationale Finanzkasino trugen, um den größten Spekulationsskandal aller Zeiten zu veranstalten. Nachdem sie Milliarden für die Vernichtung echter Werte erhalten hatten, verkauften sie wertlose Papiere.

Abschließend läßt sich feststellen, daß es für die deutsche Volkswirtschaft auf jeden Fall vorteilhafter gewesen wäre, wenn man die Pseudo-Kredite einfach sang- und klanglos gestrichen hätte. Aber dann hätte man auch keinen Grund gehabt, den internationalen Banken Dutzende Bankfilialen sowie gewaltige Geldgeschenke zukommen zu lassen, wie das bei der Abwicklung der DDR geschah oder geschehen mußte. Inzwischen gehören alle deutschen Großbanken einschließlich der ›Deutschen Bank‹ mehrheitlich ausländischen Aktionären.

Die Morde an Herrhausen und Rohwedder zeigen, daß hinter allem Geschehen eine mächtige finanzielle und politische Macht stand.

BRD zahlt für Nichtteilnahme am Golfkrieg 1991

Aus innenpolitischen Gründen weigerte sich die BRD-Regierung 1991, am Golfkrieg teilzunehmen. Unter dem Druck der USA zahlte sie unter Bundeskanzler Kohl eine Auslöse-Summe von 17 Mrd. DM. Der syrischen Regierung schenkte die BRD für deren Wohlverhalten 100 Mio. DM.

Zahlungen für Nichtteilnahme am Golfkrieg 1991	
An die USA	17,000 Mrd. DM
An die syrische Regierung	0,100 Mrd. DM

	17,100 Mrd. DM
(UF2)	34,200 Mrd. DM

POS. III/26 Für Nichtteilnahme am Golfkrieg 1991	**17,100 Mrd. €**

Belastungen durch serbisch-bosnisch-kroatischen Krieg 1991–94

Auch am serbisch-bosnisch-kroatischen Krieg 1991 bis 1994 mußte die BRD sich finanziell mit Milliarden DM beteiligen:

Leistungen der BRD im Balkankrieg 1991–1994	
- Allgemeine finanzielle Hilfe:	18,000 Mrd. DM
- Aufnahme von 320.000 Flüchtlingen	15,000 Mrd. DM
- Rückreise Förderprogramme 1998	???
- Bundeswehreinsatz in Bosnien	1,050 Mrd. DM
- Humanitäre Hilfe	rd. 1,000 Mrd. DM
- Geberkonferenz f. Bosnien, BRD-Anteil	0,470 Mrd. DM
- Soforthilfeprogramm für Bosnien[122]	0,105 Mrd. DM

Zusammen:	35,625 Mrd. DM
(UF2)	71,250 Mrd. DM

POS. III/27 Kosten f. serb.-bosn.-kroatischen Krieg rd.	**36,000 Mrd. €**

Während des Kosovo-Krieges 1999 hat Deutschland insgesamt 14 689 Kosovo-Flüchtlinge aufgenommen. Auch nach diesem Krieg bestätigte sich wieder einmal das, was auch schon in Bosnien seit 1991 Anwendung gefunden hatte: Die USA zahlen den zerstörerischen Krieg, Europa den Wiederaufbau.

In der folgenden Gesamt-Übersicht III sind alle Angaben Mindestzahlen und mehr oder weniger unvollständig. Es handelt sich um den Versuch, Deutschlands Gesamtschaden und die Gesamtaufwendungen (ohne Österreich) aufzulisten. Die Kaufkraftbewertung kann natürlich nur den ungefähren heutigen Wert ermitteln.

[122] Nach einer Dokumentation des AA. vom Sommer 1997. Die Bilanz des Kosovo-Krieges, in: *Sonntags Blitz*, Nürnberg, 13. 6. 1999, Nr. 24, S. 17.

Gesamtübersicht 111:

>Wiedergutmachung<, >Wirtschaftshilfe< 1952 bis 2010

POS. III	Leistungsempfänger	Zeitwert in Mrd. €
1	1952 an Israel und jüdische Verbände	17,250
2	1952 Entschädigung f. NS-Opfer in 14 Ländern	10,400
3	>Wiedergutmachungen< bis 31. Dezember 2009	363,195
4	Leistungen der Bundesländer	8,410
5	Israel >Entwicklungshilfe< als Tarnung	10,940
6	Hilfe für Ostblock-Juden 1970	20,000
7	Gesamte Waffenlieferungen an Israel	100,000
8	Private Firmen Leistungen seit 1958	0,110
9	Staat und Wirtschaft für ehemalige Zwangsarbeiter	10,000
10	>Härtefälle< an Welt- und Zentralrat der Juden	0,440
11	Entschädigung für Arbeit im Ghetto (9/2007)	0,100
12	Für ungarische u. Leningrader Juden (2008)	0,027
13	1991 als >Entschädigung-F'< für Raketen auf Tel Aviv	0,500
14	Kontingent-Juden 2008, Voll-Alimentation	1,000
15	Für Zentralrat der Juden 2003-2008	0,030
16	BRD-Zahlungen an Polen insgesamt bis 2008	26,740
17	Zahlungen an die Tschechei bis 2008	0,890
18	Zahlungen an Rußland und GUS-Staaten	196,520
19	>Lösegeld<-Zahlungen an Rumänien ab 1978	6,250
20	An Griechenland insgesamt	75,000
21	Weitere Zahlungen an ...	0,771
22	BRD an die DDR bis 1990 rd.	5.000,000
23	Altschulden der DDR	172,000
24	Altschulden der DDR, nur Zinsen bis 2005	0,206
25	An Banken verschenkte Altforderungen	192,600
26	Für Nichtteilnahme am Golfkrieg 1991	17,100
27	1991 bis 1994 Kosten für serb.-bos.-kroatischen Krieg	36,000
28	1991 bis 1997 für 320.000 Kriegsflüchtlinge	15,000

POS. 111/29 >WG<-Leistung 1954-2008, Zeitwert 6.281,479 Mrd. €

123 ECKERT, Horst, *Kriegsschuld.. Eine deutsche Abrechnung,* München 1995, S. 179.

Zählt man dazu noch die von den Alliierten nach 1945 verursachten und erzwungenen Kosten, die eingezogenen materiellen Werte (Demontagen, Reparationen, Zwangsarbeit), die mindestens 11,718 Billionen Euro (s. POS. 11/18) nach heutigem Wert betragen, und die Reparationskosten des Ersten Weltkrieges hinzu, so ergibt sich (11,718 Bill. +6,281 Bill. +0,538 Bill. €) die astronomische vierzehnstellige Zahl von über 18 Billionen Euro.

Wem diese tatsächlich astronomische Zahl zu hoch erscheint, der möge sich vor Augen halten, daß alle Sachverständigen, die sich mit der Materie befaßt haben, übereinstimmend betonen, daß die angegebenen Werte erstens an der Untergrenze liegen und zweitens außerordentlich viele Posten unberücksichtigt blieben, weil keinerlei Unterlagen vorliegen oder weil sie nicht bezifferbar sind. Drittens ist der Wertverlust des Geldes seit Beginn der DM-Zeit unübersehbar, erst recht in der Zeit nach Einführung des Euro bis 2008. Neben dem Wertverlust des Geldes muß aber auch noch der unberücksichtig gebliebene Zinsverlust in die Gesamtrechnung miteinbezogen werden (siehe Vorwort).

Teil IV

Ausplünderung Deutschlands bis?

Jährliche deutsche Transferleistungen

»Zahlmeister« für Europa und die Welt

Die Einführung des (T)Euro

Ohne Rücksicht auf Arbeitslosigkeit, Billionen-Verschuldung und Hartz-IV-Verpflichtungen erlauben sich die deutschen Regierenden aller Parteien, ganz Europa und die übrige Welt mit Zahlungen zu beglücken. Im Bundeshaushalt 2005 waren unter dem Budgetposten 52902-029 »Geheime Ausgaben« für besondere Zwecke des Auswärtigen Amtes in Höhe von 1,111 Millionen Euro ausgewiesen. Welche heiklen Angelegenheiten sich dahinter verbergen, darf jedoch nur der Rechnungshof erfahren.

Weniger schleierhaft ist da schon der deutsche Beitrag für die Verschrottung russischer U-Boote. Für die umweltverträgliche Entsorgung der rund 190 außer Dienst gestellten Atomunterseeboote Rußlands haben die G-8-Staaten vereinbart, daß Rußland bis zu 20 Milliarden Dollar erhalten soll, damit das gefährliche Material nicht bei Terrorgruppen landet. Der deutsche Steuerzahler übernimmt dabei Kosten in Höhe von 300 Millionen Euro (jährlich rund 50 Millionen Euro - und nochmals 60 Millionen für die Beseitigung von sowjetischem Nuklearmaterial und Chemiewaffen) durch den Bau eines nuklearen Zwischenlagers an der Barentssee. Die russische Seite kommt lediglich für die Erteilung von Genehmigungen und Lizenzen auf.

Beseitigung von sowj. Chemiewaffen u. Nuklearmaterial Deutscher Anteil 2008	rd. 0,110 Mrd. €
Pos. IV/1 Beseitigung sowj. Chemiewaffen u. Nuklearmaterial	rd. 0,110 Mrd. €

Und so geht es weiter - nicht nur dem öl- und gasreichen Rußland greift die deutsche Regierung unter die Arme. Wer den Bundeshaushalt 2005 durchblättert - immerhin über 2300 Seiten mit mehr als 10000 Einzelposten -, sieht den oftmals gehörten Ruf Deutschlands als »Zahlmeister« Europas und der Welt bestätigt. Friedenstruppen der UNO sind in vielen Regionen stationiert und erwarten millionenschwere deutsche Finanzspritzen.

Deutschland zahlt etwa zehn Prozent des UNO-Haushalts, stellt aber nur 5,5 Prozent des Personals der Weltorganisation. Das sind 137 von 2500 Angestellten. Wirksame Lobbyarbeit für einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat läßt sich da schwerlich betreiben.

Kostenträchtig sind auch die Bundeswehreinsätze fern der Heimat. Deutsche Soldaten stehen in Afghanistan, Äthiopien und Eritrea, am Horn von

Afrika, Georgien, in Serbien und Kosovo zur Verhinderung von Konflikten und Beseitigung von Minen. Kostenpunkt: mindestens zwei Milliarden Euro. Zusätzlich werden Waffen und Ausrüstung verschenkt: U-Boote für Israel und Überschußmaterial der Bundeswehr werden unentgeltlich an bestimmte Länder abgegeben. Die MIG-Luftflotte, die von der DDR übernommen worden war, wurde für einen symbolischen Euro an Polen verschenkt, das sich deswegen in keiner Weise dankbar zeigt.

Doch wie hoch der Transfer deutscher Steuergelder ins Ausland letztlich wirklich ist, ist nur schwer zu ermitteln. Es wird kein Sammelposten für Auslandszahlungen ausgewiesen, wie das beispielsweise bei den Zuschüssen für die Sozialversicherung geschieht. Wer unsere Staatsausgaben durchforstet, um Auslandszahlungen zu erkennen, muß viele Budgetposten durchleuchten. Manches ist offensichtlich, anderes wahrscheinlich. Zuweilen gibt es aber separate Studien, die für Aufklärung sorgen.

Inzwischen (2009) belaufen sich die deutschen Staatsschulden auf über 1,8 Billionen Euro, zu denen noch rund 5,5 Billionen Pensions- und Rentenverpflichtungen kommen, für die nicht rechtzeitig Rücklagen angelegt wurden. Von den 2006 noch rund 1,6 Billionen Euro befanden sich 2006 Schuldentitel in Höhe von 716 Mrd. Euro im Besitz ausländischer Investoren. Was geschähe, wenn diese ihre Investitionen aus strategischen Gründen - wie 1929 - schlagartig aufkündigten? Das wirft die Frage auf, ob die deutsche Regierung bereits jetzt schon über die ausländischen Gläubiger der Staatsschulden politisch erpreßbar ist.

Somit haben deutsche Politiker aller Couleur eine doppelte Schuld auf sich geladen. Zum einen haben sie jahrzehntelang völlig unnötig Aber-Milliarden DM und Euro in aller Welt verteilt und dieses Geld damit dem eigenen Volk entzogen. Dieses wiederum stellte man ruhig, indem man den Staat Jahr für Jahr für Sozialleistungen mit Milliardensummen verschuldete. Würde der Staat ab sofort jeden Tag eine Million Euro zurückzahlen, wären 1,6 Billionen Euro mit Zinseszins erst im Jahr 5991 völlig getilgt. Möglicherweise rechnen Finanzjongleure mit einem Supercrash, der, wie die Superinflation von 1923, den Staat auf einen Schlag schuldenfrei werden ließ. Für die Bedienung der deutschen Schulden (nur Zinsen) bezahlte Berlin, also der Steuerzahler, im Jahre 2008 über 43 Mrd. Euro aus dem Bundesetat von 283,200 Mrd. Euro.

Weitere Beispiele für Deutschlands Spendierlaune

Die Zahlungs bereitschaft Deutschlands ist - wortwörtlich - schier grenzenlos. Dazu nur einige wenige Beispiele.

Beispiel I

Zahlungen (vorwiegend 1996) an internationale Organisationen

- An die UNIDO[124] mit 369 Empfängern	0,600 Mrd.
- für die Europäische Rinderseuche BSE:	0,800 Mrd.
- Bis Ende 1996 an palästin. Selbstverwaltung im Gaza-Streifen und im Westjordanland:	0,900 Mrd.
- Weitere nicht rückzahlbare Hilfen 1997-1999 für den Bundeswehr-Einsatz in Bosnien:	1,050 Mrd.
- für humanitäre Hilfe an Staaten des ehemaligen Jugoslawiens:	rd. 1,000 Mrd.
- Internationale Geberkonferenz für Bosnien: Soforthilfeprogramm für Bosnien	0,470 Mrd.
zusammen	4,820 Mrd. DM

pos. IV/2 1996 f. an internat. Organisationen mind. 2,410 Mrd. €

Beispiel II

Folgende Meldung erregte 2008 großes Kopfschütteln:

»Berlin (Reuters) 30. 7. 2007.

Die Bundesregierung will der Forderung führender Politiker von CDU und FDP nach einem Stopp finanzieller Leistungen an China nicht folgen. Die zuständige Entwicklungsministerin Heidemarie WIECZOREK-ZEUL (SPD) sprach am Freitag in Berlin von einer strategischen Zusammenarbeit, deren Aufgabe kurzsichtig und falsch wäre. Aus ihrem Etat fließen nach offiziellen Angaben dieses Jahr 67,5 Millionen Euro nach China. In ein Land, das über Hunderte von Milliarden Dollar an Devisen verfügt und sich einen hohen Militäretat leistet.«

Von der FDP wurde das Projekt vor der Wahl 2009 heftig kritisiert und vom FDP-Entwicklungsminister nach der Wahl mit erhöhter Summe weitergeführt.

[124] Organisation der UNO für Industrielle Entwicklung

[125] STEIN Peter, »Milliarden ins Ausland. Staatspleite: Haushaltsposten, die für Bann tabu sind«, in: *Junge Freiheit*, 13. 6. 1997.

Entwicklungshilfe >für die Katz<?

Für Entwicklungshilfe (EWH) zahlte Deutschland von 1950 bis 1986 eine Summe, die fast dem Bundeshaushalt von 2008 (283 Mrd. €) entspricht'!"

	275,800 Mrd. €
(UF5)	1.375 Mrd. €
ros. IV/3 Entwicklungshilfe 1950-1986	1,375 Billionen €

Im Jahre 2008 hat sich die Bundesregierung vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm auf eine Erhöhung der Entwicklungshilfe um 750 Millionen Euro verständigt. Bundeskanzlerin Angela MERKEL erklärte: »Kein Etat eines anderen Ressorts der Bundesregierung wird stärker steigen.« Für das laufende Haushaltsjahr seien bisher rund 4,5 Milliarden Euro an Entwicklungshilfe vorgesehen.

Massive Kritik an der Entwicklungshilfe

Nach dem Afrika-Experten Rupert NEUDECK u. a. m. gilt Afrika als ein besonders hoffnungsloser Fall. Seit Jahren pumpe der Westen Hunderte Milliarden dorthin, insgesamt bisher etwa 1112 Billion Dollar. Doch der Geldsegen löse keine Probleme, er schaffe sie. Die Entwicklungshilfe fördere korrupte Regierungen, sie verhindere Reformen und schädige die Demokratie. Volker SEITZ, der im diplomatischen Dienst seit fast zwei Jahrzehnten in Afrika arbeitete, zuletzt als Botschafter in Kamerun, behauptet, daß das »Business der Barmherzigkeit« kontraproduktiv wirke. Es stärke nur die Kontrolle mächtiger Clans, die das Volk unterdrückten, und zerstöre sich entwickelnde Strukturen eigenständigen Wirtschaftens. SEITZ nennt auch die Gründe: Eine gigantische Korruption, eine völlig unkoordinierte >Entwicklungshilfe<, die Bildungsmisere usw.![127] Der Philosoph Peter FURTH sprach von der

> »Alimentierung des Nichts«, die »in den Bankrott und den vollständigen Zusammenbruch allen Wohlstands und der Moral« [auch von seiten des Spenderlandes oder der Leistungsträger] führe.![128]

Der ugandische Publizist Andrew MWENDA klagte in der *Züricher Weltwoche:*

[126] *Banner Almanach* 1987/88. *Politik zum Nachschlagen,* S. 163.

[127] SEITZ, Volker, *Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika helfen kann,* München 2009.

[128] *Junge Freiheit,* 16. 10.2009, S. 3.

> »Wir haben 69 Minister. Unser Präsident hat 109 Präsidentenberater und Assistenten ... Wir haben 60 Botschafter, obwohl wir im Ausland nur 15 diplomatische Vertretungen haben. Statt das Geld für Infrastruktur, Bildung, Gesundheit auszugeben, wird es für Funktionäre und Günstlinge verschwendet.«[129]

Staaten der Dritten Welt, besonders afrikanische, leisten sich teilweise Armeen, die bis zu 30 Prozent des Staatshaushaltes ausmachen (Liberia 1994, 29,7%).[130] Das können sie sich erlauben, weil seit über 50 Jahren Entwicklungsgeider unkontrolliert ins Land strömen und zugunsten des Militärhaushaltes statt für Sozialaufgaben eingesetzt werden. Trotzdem gibt es in Deutschland starke Interessen am Fortbestand der bisherigen Zahlungen. Sie widersetzen sich einer Einstellung und fordern sogar eine Erhöhung. Obwohl wohlwollende, aber kritische Experten nur eine Transparenz und echte Kontrolle fordern, sah bis 2009 die Entwicklungsministerin, die >Rote Heide<, dahinter nur die böse Absicht, das Entwicklungsministerium und damit ihr Amt abzuschaffen *(Frankfurter Allgemeine Zeitung).* Ihr Ministerium ließ deshalb nichtssagend verlauten:

> »Die Pauschalierungen und Verallgemeinerungen ... werden der Wirklichkeit Afrikas nicht gerecht.«

Damit hatte sie nicht ganz unrecht, aber anders, als sie es sieht. In Afrika sind Direkthilfen und Hilfe zur Selbsthilfe oft bitter nötig - zum Beispiel Brunnenbauten und Anleitungen zu planvollem Bewirtschaften. Auch fehlt es an der Frauenförderung, an der Vergabe von Kleinkrediten und an der Förderung einer autarken Landwirtschaft. Doch darum bemühen sich weder der deutsche Staat noch manche der vielen Hilfsorganisationen, die hier Spendengelder sammeln. Betrachten wir die folgende Übersicht über die Entwicklung des Einzelplans 23 des Bundesetats:

Einzelplan 23 des Bundeshaushaltes 2005-2008
(Entwicklungshilfe in Mrd. €)

IST 2005	IST 2006	SOLL 2007	SOLL 2008	SOLL 2009
4,013	4,102	4,493	5,161	5,798

Am 2. Juli 2008 hat das Bundeskabinett beschlossen, die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit zwischen 2009 und 2012 jedes Jahr um 800

[129] *Junge Freiheit,* Sept. 2008, S. 11.

[130] Internet, SIPRI, Military Expenditure Database.

Millionen Euro zu erhöhen. In den kommenden vier Jahren stehen insgesamt also 3,2 Milliarden Euro mehr zur Förderung der Entwicklungsländer zur Verfügung (2009 auf 5,772 Mrd. €).

Der Bundeshaushalt 2009 sah eine weitere Erhöhung der Entwicklungshilfeausgaben um 637 Millionen auf 5,798 Mrd. Euro vor. Wegen der (auch dadurch) steigenden Verschuldung des Bundes steigt die Zinslast 2009 auf 42 Milliarden Euro. Diesen offiziellen Zahlen steht die wahrscheinlichere Berechnung der ›Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit‹ (OECD) gegenüber. Danach betrug der deutsche Beitrag 2008 etwa 9 Milliarden Euro. Damit wurde die BRD nach den USA der zweithöchste Geber von sogenannter ›Entwicklungshilfe‹. Während die BRD ihren Beitrag jährlich um etwa 15 Prozent erhöht, senkten Japan und England 2008 den ihrigen um 30 Prozent, die Franzosen kürzten um 16 Prozent.

Die ›Entwicklungshilfe‹ ist eine Mißgeburt des Kalten Krieges, bei der es von Anfang an um politische, geostrategische und kommerzielle Interessen ging, aber nur zweirangig, wenn überhaupt, um Menschen. Dabei wurden die brutalsten Diktatoren und Menschenschlächter wie MOBUTU im Kongo, BOKASSA in Zentralafrika und Idi AMIN in Uganda unterstützt.

Nach Berechnung von Experten kommen von zehn Dollar höchstens zwei bei den Hilfsbedürftigen an. Das restliche Geld fließt in die korrupten politischen Systeme und in eine parasitäre ›Hilfsindustrie‹. In den Entwicklungsländern holen sich global agierende Unternehmen wie ›Alstrom‹ und ›ABB‹[131] eine goldene Nase. Diese beiden Konzerne hatten nebst anderen





Links: Der ehemalige Bundespräsident Heinrich LÜBKE hat sich im Rahmen der Entwicklungshilfe, die er in Deutschland auf die .politische Agenda setzte, richtig feiern lassen. *Rechts:* Wirtschafts-Karikatur »Wiedenroths Vorbörse« vom 13. März 2008 mit der Unterzeile: »Abschalten? Und wo bleibe ich [Heidemarie WIECZOREK-ZEUL] dann!?«

[131] ›Asea Brown Boveri‹, ein Konzern der Elektrotechnik mit Hauptsitz in Zürich.

Lobbyisten ihre Schreibtische im Hause der Heidemarie WIECZOREK-ZEUL (SPD) aufgestellt. Beide Unternehmen sind mit Entwicklungsgeldern am Bau des Merowe-Staudammes im Sudan beteiligt.

Der Bundesrechnungshof beanstandet mittlerweile, daß immer mehr Geld nicht in konkrete Projekte fließe, sondern in die Haushalte der betroffenen Länder. Auch eine Kontrolle über diese Vergabepraxis fehle, weil die Kontrollbefugnisse des Bundestages ausgehebelt worden seien.

Ob die Entwicklungshilfe ganz oder teilweise ›für die Katz‹ ist oder eine »Alimentierung des Nichts«, in jedem Falle zahlte der Steuerzahler für dieses ›Faß ohne Boden‹ mindestens:

POS. IV/13 Entwicklungshilfe 2009 **5,772 Mrd. €**

Unabhängig von diesen Leistungen zahlte die Bundesrepublik für den Wiederaufbau des Irak auf politischen Druck der USA eine

POS. IV/14 Wiederaufbauhilfe für den Irak **5,000 Mrd. €**

Man merke! Von 1981 bis zum 21. Juli 2010 erhielt China, das über die weltweit höchsten Devisenreserven verfügt, Entwicklungshilfe von der Bundesrepublik Deutschland! Die deutschen Entwicklungshilfeleistungen betrugen im Jahre 2008 67,5 Millionen Euro.

›Europäischer Entwicklungsfonds‹ (EEF)

Neben der nationalen Entwicklungshilfe besteht noch ein ›Europäischer Entwicklungsfonds‹ (EEF). Er wird nicht – wie die anderen EU-Außenhilfeprogramme – aus EU-Haushaltsmitteln finanziert. Vielmehr bringen die EU-Mitgliedstaaten die Mittel für diesen Fonds aus ihren nationalen Haushalten zusätzlich auf. Die Verwaltung liegt aber – wie bei den anderen Außenhilfeprogrammen – bei der Europäischen Kommission. Der Etat der BRD weist für den EEF aus:

Haushalts-titel	2005 IST	2006 IST	2007 IST	2008 SOLL	Steigerung von 2005–08 in %
Nr. 896 02	617,0	623,7	705,0	783,0	**26,9%**

2009 betrug der bundesdeutsche Beitrag bereits 833,000 Euro, was eine Steigerung um 35 Prozent bedeutet - als ob der Bundeshaushalt ebenfalls um 34 Prozent gestiegen wäre.

Empfängerstaaten

Die Empfängerländer des 10. EEF sind

Afrika: Äquatorialguinea, Äthiopien, Angola, Benin, Botsuana, Burkina Faso, Burundi, Dschibuti, Elfenbeinküste, Eritrea, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Kenia, Komoren, Republik Kongo (Brazzaville), Demokratische Republik Kongo (Kinshasa), Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mauritius, Mosambik, Namibia, Niger, Nigeria, Ruanda, Silo Tome´ und Principe, Senegal, Seychellen, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Südafrika, Swasiland, Sambia, Simbabwe, Tansania, Tschad, Togo, Uganda, Zentralafrikanische Republik.

Karibik: Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Domenica, Dominikanische Republik, Grenada, Guinea, Haiti, Jamaika, St. Kitts und Nevis, St, Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Surinam, Trinidad und Tobago.

Pazifik: Cookinseln, Fidschi, Kiribati, Marshallinseln, Mikronesien, Nauru, Niue, Osttimor, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu.

Wieviel deutsche Steuerzahler wissen, wieviel Staaten in der Welt sie allein durch den EEF unterstützen? So werden Staaten wie Niger unterstützt, in denen Korruption und Nepotismus herrschen. Einen Tag nach der gefälschten Wahl in Kenia, am 27. Dezember 2007, hat die EU-Kommission mehr als 40 Millionen Euro Budgethilfe aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) an die Regierung des Wahlfälschers KIBAKI ausgezahlt. Die damalige Entwicklungsministerin Heidemarie WIECZOREK-ZEUL (SPD) konnte daran nichts ändern. Die Bundesregierung hat hinsichtlich der europäischen Entwicklungspolitik nicht nur keine Kontrolle, sondern nicht einmal Einfluß, geschweige denn Mitgestaltung.

Mit anderen Worten: Die EU verschenkt vom deutschen Steuerzahler aufgebrachte Milliarden, ohne daß die Empfänger wissen, daß dieses Geld aus Deutschland kommt. Deutsche Steuerzahler wissen auch nicht, daß Deutschland über den Entwicklungsetat zu den EU-Beiträgen noch weitere Beiträge zahlt. Sehr bedenklich ist dabei auch die Tatsache, daß dieser Etat nur von EU-Kommissaren verwaltet und von sonst niemandem kontrolliert werden kann, auch nicht von Parlamentariern des EU-Parlaments und erst recht nicht von den Geberländern. Die Bundestagsmehrheit darf bloß

Jahr für Jahr den deutschen EEF-Beitrag abnicken. Der EEF wird damit jeglicher parlamentarischen Kontrolle entzogen.

Alle Bundesregierungen fanden das in bester Ordnung, Zweifel am guten Zweck der deutschen Beiträge gelten als nahezu unmoralisch. Denn dieser EU-Geldsegen für die armen Länder der Erde sei angeblich viel wirkungsvoller als die Direktleistungen der EU-Mitglieder und

> »eine wichtige Errungenschaft für die gesamte Entwicklungszusammenarbeit« der Europäer.

Die deutsche Einlage in den Brüsseler EEF-Milliardentopf schwillt weiter an. Von 2005 bis 2008 war der Beitrag um insgesamt 26,9 Prozent angewachsen. Das Gesamtbudget für den 10. EEF (2008-2013) beläuft sich für sechs Jahre auf rund 24 Mrd. Euro. Daran ist die BRD mit 20,5 Prozent, also mit fast 5 Mrd. Euro, beteiligt. Für 2009 ergibt das im Durchschnitt der sechs Jahre rund 833 Mio. Euro.

ros, IV/4 EEF-Beitrag der BRD 2009 rd. 0,833 Mrd. €

Über die Verwendung dieser Gelder befinden Regierungs- und EU-Kommissionsbeamte. Eine wirksame Prüfung von Wirkung und Nutzen ist so nicht möglich. Ist sie gar nicht erwünscht? Die Brüsseler Geldverteilung wirft Fragen auf. Nicht weniger als ein Viertel der EEF-Mittel fließt nicht etwa in Aufbauprojekte wie Schulen, Hospitäler oder Landbewässerung, sondern als Budgethilfe unmittelbar in die Etats der Empfängerländer (oder in die Privatschatullen von Diktatoren). Auf Nimmerwiedersehen? Nicht einmal der EU-Rechnungshof hat dort noch Einblick. Sachkenner fürchten, der Budgethilfe-Anteil werde demnächst noch drastisch steigen. Begünstigte der EEF-Wohltaten sind 78 afrikanische, karibische und pazifische (AKP)-Länder - sämtlich frühere Kolonien heutiger EU-Mitgliedstaaten. Der EEF finanziert somit mit deutschen Steuermitteln überkommene *Ko*lonialstrukturen anderer Staaten. Frankreich, Großbritannien und die Niederlande wollen auch noch ihre übrigen »überseeischen Länder und Gebiete« mit EEF-Millionen stützen lassen, um sich selbst zu entlasten.

Der Souveränitätsverlust Deutschlands bei der Entwicklungshilfe schreitet weiter fort. Im Mai 2007, unter deutscher Präsidentschaft, beschloß der EU-Außenministerrat, daß die EU-Staaten in verabredeter Arbeitsteilung ihre Direkthilfen auf je drei Arbeitsfelder je Empfängerland einschränken sollen. Das bedeutet eine Mißachtung des Subsidiaritätsprinzips. Denn dafür gibt es keine rechtliche Grundlage.

Deutsche >Entwicklungshilfe< über die IWF / Weltbank

Auf Betreiben der damaligen Entwicklungsministerin WIECZOREK-ZEUL überwies die Bundesregierung noch 2009 im Rahmen des zweiten Konjunkturpaketes der »Weltbank« 100 Millionen Euro für Projekte in Entwicklungsländern. Ausgerechnet an die ominöse >Weltbank<, der bei der Vergabe von Krediten zwischen 1946 und 2004 mindestens 100 Milliarden US-Dollar durch Korruption verschwunden seien, wie Senator Richard LUGAR am 14. Mai 2004 in Washington erklärte. Tatsächlich ist die Zahl eine eher konservative Schätzung, wahrscheinlich sind in den letzten Jahrzehnten sogar 175 Milliarden Dollar versandet.

Bundesetat für IWF/Weltbank in Mio. Euro

Haushalts-titel	2005 IST	2006 IST	2007 IST	2008 SOLL	2009 SOLL	Steigerung bis 2009 in %
83602	375,6	386,9	452,1	564,6	833,0	312,8%

Die Steigerung von 375,6 Mio. Euro um 312 Prozent auf 833,0 Mio. Euro innerhalb von vier Jahren, also um mehr als das Dreifache, muß den deutschen Haushalt überfordern. Dafür wurden in den genannten Jahren die Renten auf fast Nullwachstum gesetzt.

POS. IV/5 Bundesetat 2009 für IWF/Weltbank 564,600 Mrd. €

Schuldenerlasse zu Lasten des Bundeshaushaltes

Das Finanzministerium in Berlin hat Forderungen gegen das Ausland von insgesamt 47,578 Milliarden Euro. Daran sind folgende Staaten mit rund 20 Mrd. Euro beteiligt:

Haupt- Schuldenerstaaten Deutschlands	
Ägypten	2,556 Mrd. €
Syrien	0,596 Mrd. €
Südseereich Tonga	0,004 Mrd. €
Volksrepublik China	1,505 Mrd. €
Polen	1,840 Mrd. €
Rußland	13,233 Mrd. €
	19,734 Mrd. €

Doch ob und wie diese Länder ihre Kredite zurückzahlen sollen, wollen oder können, gibt die Übersicht des Finanzministeriums nicht bekannt, wohl aber Schuldenerlasse. Ob diese positiv oder negativ zu beurteilen sind, sei dahingestellt. Jedenfalls haben die Schuldenländer wertvolle Waren bezogen, die sie einfach nicht bezahlt haben. Oder sie haben gutes Geld als Kredit erhalten, das sie nicht mehr zurückzahlen können oder wollen, aus welchen Gründen auch immer.

Die folgende Liste zeigt, wie viele Länder erhaltenes Geld oder Waren verwirtschaftet haben und wofür der deutsche Steuerzahler aufkommen muß. Seit Anfang 2003 sind bilaterale Umschuldungsabkommen abgeschlossen worden mit

Bilaterale Umschuldungsabkommen der **BRD** mit

1. Angola,
2. Äthiopien,
3. Benin,
4. Dominik. Republik,
5. Ecuador,
6. Gabun,
7. Georgien (!),
8. Ghana,
9. Guyana,
10. Honduras,
11. Irak,
12. Kamerun,
13. Kenia,
14. Kirgisistan,
15. Kongo, Demokratische Republik,
16. Kongo, Republik
17. Libyen,
18. Madagaskar,
19. Malawi,
20. Moldau, Republik
21. Nicaragua,
22. Nigeria,
23. Sambia,
24. Sao Tomé,
25. Principe,
26. Surinam,
27. Tansania,

Im Rahmen von internationalen Abkommen erhalten die »hoch verschuldeten armen Länder« (>HIPC: Heavily Indebted Poor Countries-) aufgrund der Kölner Schuldeninitiative der G7 und der Erklärung des Bundeskanzlers in Kairo vom April 2000 von der Bundesregierung einen vollständigen Schuldenerlaß auf ihre umschuldungsfähigen Handelsforderungen und auf die Forderungen aus der finanziellen Zusammenarbeit. Dies trifft auf die meisten oben genannten Länder zu. Die anderen Länder erhielten einen Teilerlaß oder neue, verlängerte Rückzahlungsfristen für die umgeschuldeten Forderungen.

Äthiopien: Im Dezember 2004 erließ die deutsche Bundesregierung Äthiopien Auslandsschulden in Höhe von 67 Millionen Euro. Ein entsprechendes Abkommen unterzeichneten die Staatsministerin im Auswärtigen Amt und die äthiopische Staatsministerin für Finanzen und wirtschaftliche Entwicklung in Addis Abeba.

Kamerun: Am 21. Dezember 2007 hat die Bundesregierung der Republik Kamerun Schulden in Höhe von 0,8 Mrd. Euro erlassen. Bereits in den Jahren zuvor war Kamerun insgesamt 0,6 Mrd. Euro an Schulden erlassen worden. Damit hat die Bundesrepublik der korrupten Regierung Kameruns insgesamt 1,4 Milliarden Euro Schulden erlassen. Für dieses Geld hatte das Land Waren aus Deutschland erhalten. Diese 1,4 Mrd. Euro wurden dem deutschen Volk willkürlich entzogen.

Der bilateral mögliche Schuldenerlaß durch Deutschland auf der Grundlage der Kölner Gipfelbeschlüsse beträgt insgesamt 7 Mrd. Euro, davon sind 3 Mrd. Euro bereits umgesetzt. Zudem wurden den HIPC-Ländern schon vor Anwendung der HIPC-Initiative rund 4,5 Mrd. Euro Schulden erlassen. Insgesamt beträgt der mögliche Schuldenerlaß für diese Länder rund 11 Mrd. Euro, wovon 7,5 Mrd. bereits umgesetzt worden sind.

POS. IV/17 Schuldenerlaß (mehrjährig) 7,500 Mr. €

In Honduras hat die von der Bundesregierung finanzierte »Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit« (GTZ) 2009 ein Projekt mit sechsstelligen Beträgen (also mehrmals!) gefördert, das Polizisten in der Gender-Thematik (Männer-Frauen-Verhältnis) sensibilisieren sollte.[132]

Weniger bekannt ist, daß Deutschland nicht nur bilateral Schulden erläßt, sondern auch Fremdschulden, die die Dritte-Welt-Länder etwa beim IWF haben. Allerdings: Diese Länder werden dadurch wieder kreditfähig und können sich erneut verschulden, bis...

132 Nach einer Meldung der *Jungen Freiheit,* 5. 3. 2010, S. 2.

Deutsche Nettozahlungen an die EU

Bis weit in die neunziger Jahre war die Frage, welcher Staat wieviel in die Europäische Union netto einbezahlt oder von ihr unter dem Strich zurückbekommt, eines der bestgehüteten Staatsgeheimnisse Europas. Die herrschende *classa politica* unterdrückte damit demokratiewidrig von vornherein jede Kritik. Vorwitzige Frager beruhigte man mit der Lüge, Europa koste den einzelnen deutschen Steuerzahler ja nur ein paar Zigaretten oder ein paar Schokoriegel je Jahr - bis der Präsident des Europäischen Rechnungshofs von 1996 bis 1999, Bernhard FRIEDMANN, die Zahlen veröffentlichte. Jetzt stellte sich heraus, daß Deutschland bis Mitte der neunziger Jahre jährlich regelmäßig (umgerechnet) weit über 10 Milliarden Euro mehr einzahlte, als es von Brüssel zurückbekam. Frankreich dagegen zahlte damals höchstens 500 Millionen Euro. Brüssel erklärte nun den empörten Deutschen,

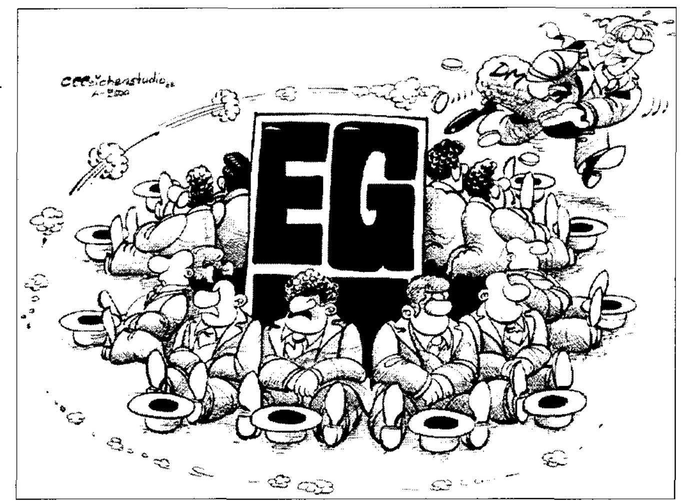
- das Geld, das Deutschland netto in den EU-Haushalt einzahle, komme in Form von Aufträgen wieder nach Deutschland zurück.
- Deutschland profitiere am meisten vom Binnenmarkt. Daher sei es auch gerechtfertigt, daß es am meisten zahle.
- Wir hätten in Europa durch die Europäische Union die längste Friedensperiode unserer Geschichte. Damit sei das einbezahlte Geld gut angelegt.

Doch alle diese Argumente sind haltlos. Nach volkswirtschaftlicher Rechnung fließen nur etwa drei bis fünf Prozent des Geldes tatsächlich nach Deutschland zurück.

Natürlich profitieren deutsche Firmen vom Binnenmarkt. Aber die nichtdeutschen Firmen profitieren nicht weniger. Warum also soll Deutschland einseitig so viel mehr bezahlen?

Die Behauptung, daß wir den Frieden der EU schuldeten, ist lächerlich. Auch ohne die Brüsseler Institutionen hätte es Krieg nur auf dem Balkan gegeben.

Immerhin versprach die Kommission, die Beitragszahlen von nun an stets zu veröffentlichen. Als mit der »Agenda 2000« die Finanzplanung für die EU-Haushalte der Jahre 2000 bis 2006 neu festgelegt wurde, hoffte man in Deutschland auf eine wesentliche finanzielle Entlastung. Leider knickte die Bundesregierung bei den Verhandlungen im letzten Augenblick vollkommen ein. Der spanische Ministerpräsident feierte einen »Sieg für Spanien«, der französische Präsident feierte einen »Sieg für Frankreich«, der britische Premierminister verkündete zu Hause einen »Sieg für Großbritannien« und der italienische Ministerpräsident feierte einen »Sieg für Ita-



Bereits in den achtziger Jahren zahlte die Bundesrepublik Deutschland übermäßig in die Kassen der damaligen EG ein. Die Karikatur erschien im Februar 1988 in der *Deutschen National-Zeitung.*

lien«. Der deutsche Bundeskanzler dagegen verkündete einen »Sieg für Europa«, Im Endergebnis verringerten sich die deutschen Zahlungen etwas, dennoch blieb Deutschland der größte Nettozahler in der EU.

Die Einwohner Portugals, Irlands und Griechenlands erhielten wesentlich mehr Unterstützung je Kopf als die Ungarns oder Tschechiens. Jeder Ire erhielt mehr als das 15fache eines Tschechen, obgleich Irland im Jahre 2005 unter den EU-Staaten nach Luxemburg das zweithöchste Bruttoinlandprodukt/Kopf aufwies. Bei den Nehmerländern profitierten bis 2006 besonders Portugal, Griechenland und Spanien, die damit zu Lasten von Geberländern auch noch ihre inflationäre Politik finanzierten.

Finanzierungsbilanz[133] in der EU 1995-2003

Nettozahler	in Mrd. €
Deutschland	76,7
England	16,0
Niederlande	14,3
Frankreich	11,1
Italien	9,0
Schweden	7,8
Österreich	4,7
Belgien	2,8
Luxemburg	0,6
Finnland	0,2
Summe	143,2 Mrd. €

[133] *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften,* Heft 2,2007.

In der Zeit von 1995 bis 2003 hat Deutschland mit 76,7 von 143,2 Milliarden Euro (53,6 %) unverhältnismäßig zum EU-Haushalt beigetragen.

POS. IV/15 Deutschlands EU-Beitrag 1995-2003: 76,700 Mrd. €

Als es beim EU-Gipfel 2006 in Brüssel um den Haushaltsplan der Gemeinschaft für die Jahre 2007 bis 2013 ging, sollte der Bundeshaushalt nach Ankündigung der Bundeskanzlerin Angela MERKEL um eine Milliarde Euro jährlich entlastet werden. Doch nach der Weigerung anderer Mitglieder, zugunsten der Neumitglieder tiefer in die Tasche zu greifen, kam auf Initiative der Bundeskanzlerin ein Kompromiß zustande, der statt einer Verringerung eine Erhöhung des deutschen Nettobeitrages um zwei Milliarden Euro ab 2007 bedeutete. Das EU-Budget für die sieben Jahre der jetzigen Finanzperiode wurde auf 862 Milliarden Euro angehoben, wobei andere Mitglieder, die im Vergleich zu Deutschland ohnehin weniger netto einzahlen, zum Ausgleich für die erhöhten Bruttobeiträge aus den Strukturfonds Sonderzahlungen erhalten. Italien erhält genau die Summe zusätzlich, die Deutschland freiwillig mehr einzahlt: zwei Milliarden Euro. Deutschland hingegen erhält von den Sonderzahlungen nur 225 Millionen Euro für die Förderung der neuen Länder und 75 Millionen Euro für die Grenzregionen Ostbayerns. Insgesamt erhalten die wirtschaftlich schwachen und mit hoher Arbeitslosigkeit belasteten neuen Bundesländer rund vier Milliarden Euro weniger aus den Strukturfonds als von 2000 bis 2006.

Wegen der EU-Osterweiterung stiegen zwar auch die Nettozahlungen von Großbritannien und Frankreich, doch die Briten setzten die Beibehaltung des Briten-Rabattes von jährlich 5,6 Milliarden durch. Frankreich wehrte sich erfolgreich gegen eine Neuordnung der Agrarsubventionen. Denn von den etwa 13 Milliarden Euro, die das Land derzeit jährlich einzahlt, erhält es von der EU allein für die Landwirtschaft neun Milliarden zurück.

Bei den Beitrittsverhandlungen mit den neuen Mitgliedsstaaten aus Osteuropa wurden auch die Beträge festgelegt, die sie aus den Fördertöpfen der EU erhalten sollten. Dabei trat Polen sehr selbstbewußt auf und sicherte sich einen großen Teil der sogenannten »Vor-Beitrittshilfen«. Von 1990 bis 2003 wurden für diese insgesamt 23,4 Milliarden Euro gezahlt. Das ist fast nichts im Vergleich zu dem, was diese Staaten jetzt als Vollmitglieder aus der EU-Kasse erhalten. Immerhin stammen mindestens zwei Milliarden Euro aus der deutschen Kasse.

Bei den Nettoempfängern, also den Staaten, die mehr erhalten, als sie einzahlen, steht seit 2007 Polen, und nicht mehr Spanien an der Spitze der Nutznießer. Von den 308 Milliarden Euro, die für die Anpassung der Le-

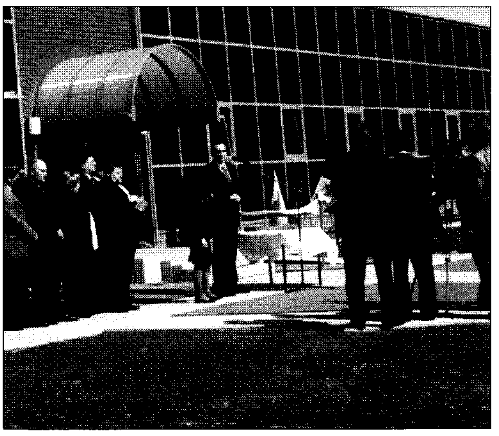
bensverhältnisse an das EU-Niveau bis 2013 vorgesehen sind, erhält es 67 Milliarden. Zählt man jene 11,2 Milliarden Euro hinzu, die Polen bereits von 2004 bis 2006 erhalten hatte, ergibt das die Summe von etwa 78,2 Milliarden Euro.

Fest steht: Kein anderes Land profitiert so stark von der EU und ihren Fördertöpfen wie Polen und neuerdings auch Griechenland. 20000 Projekte in Polen werden schon jetzt gefördert, zum Beispiel für:

EU-geförderte Projekte in Polen seit 2006	
- den Ausbau polnischer Autobahnen 2006:	960,000 Mio. €
- ein Segeltreffen in Stettin	3,000 Mio. €
- einen Wasserwanderweg an der Ostsee	0,700 Mio. €
- eine Mülltrennungsanlage in Krosno	5,000 Mio. €
- den City-Ring in Breslau	40,000 Mio. €
- eine Trinkwasseranlage in Rzeszow	13,000 Mio. €

An solchen Kosten ist Deutschland allein mit rund 8 Milliarden Euro beteiligt, und Polen wird für seine deutschfeindliche Haltung und Widrigkeiten von Deutschland belohnt. Keine Bundesregierung hält dies den Polen vor, wenn diese sich in deutsche Angelegenheiten einmischen. Zugunsten Polens verzichtete die deutsche Bundeskanzlerin der EU gegenüber auch noch auf 100 Millionen Euro, die für die neuen Bundesländer vorgesehen waren.

Auch die Tschechei, das Land, in dem die BENESCH-Unrechtsdekrete noch gelten,[134] erhält von 2007 bis 2013 EU-Fördermittel in Höhe von 26,7 Milliarden Euro. Daran ist das von diesem Staat beraubte Deutschland mit mindestens drei Milliarden Euro beteiligt.



Fest steht: Kein anderes Land profitiert so stark von der EU und ihren Fördertöpfen wie Polen! Laut der Deutsch-Polnischen Wirtschafts-Förderungsgesellschaft werden in der neu-en EU-Förderperiode 2007 bis 2013 12 Mrd. Euro für die Unterstützung von Unternehmen zur Verfügung stehen. »Davon fließen 7 Mrd. Euro in ein zentrales ›Operationelles Programm zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft‹, das in ganz Polen zum Einsatz kommt. Die anderen 5 Mrd. Euro gehen an die 16 polnischen Wojewodschaften, die eigene Programme auflegen.« *Hier:* Eröffnung der Trinkwasseranlage in Rzeszow.

[134] Solange wird dieser Staat ›Tschechei‹ genannt.

Im Gegensatz zu Deutschland konnte Schweden seinen Nettobeitrag stabil halten, die niederländische Regierung konnte ihn sogar verringern. Ab 2007 stieg der deutsche EU-Nettobeitrag, der 2004 noch 8,5 Milliarden Euro betrug, nun auf 10,5 Milliarden, also um etwa 25 Prozent. Seitdem nur noch ärmere Staaten, also Nettoempfänger, der EU beitreten, steigen die Förderzahlungen der reicheren Staaten. Deshalb streben jetzt nur noch solche Staaten die Mitgliedschaft an, die sich Milliardensubventionen erhoffen. Potente Nettozahler wie die Schweiz oder Norwegen lehnen einen Beitritt dankend ab. Mit einem späteren Vollbeitritt der Türkei würde sich die Situation des Nettozahlers Deutschland noch dramatisch verschärfen.[135]

Im Inland wird gepredigt, daß nicht ausreichend Geld für Sozialsysteme und Bildung, für Investitionen und Beamtengehälter zur Verfügung stehe, erst recht nicht seit Beginn der Finanzkrise. Zuzahlungen zu Medikamenten, Praxisgebühr, Studiengebühren und gekürztes Weihnachtsgeld für Staatsdiener belasten die Bürger im Inland. Hinzu kommen höhere direkte Steuern durch Abschaffung der Eigenheimförderung, der Freibeträge für Abfindungen, der Abzugsfähigkeit von Steuerberaterkosten, der Absetzbarkeit von Geschäftsfahrzeugen für Freiberufler und 2007 die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozent. Das wiederum führte bisher jedes Jahr zu einer spürbaren Verteuerung von Waren und Dienstleistungen. Auch wenn 2009 eine Null-Inflation herrschte, so wird sich das in Zukunft drastisch ändern. Angesichts des erneut stark ansteigenden Schuldenstandes in Billionenhöhe ist Deutschland ein Sanierungsfall. Dessen Regierung verhält sich aber gegenüber der EU wie der ›reiche Onkel‹. 2008 mußte die Bundesregierung sich trotz Mehreinnahmen von über 50 Milliarden Euro um 20 Milliarden weiter neuverschulden, im Jahre 2010 sogar um 80 Milliarden, wovon der überwiegende Teil an die EU verschenkt oder versenkt wurde. Es gibt aber eigentlich nichts mehr zu verschenken und nichts umzuverteilen. Denn alles, was zusätzlich für die EU aufgebracht werden muß, erhöht die Neuverschuldung oder verhindert Schuldentilgung. Das Gleiche gilt für die Asyl- und Migrantenkosten oder die wenig erfolgreiche ›Entwicklungshilfe‹.

EU-Nettobeitrag - Stand 31. Dezember 2008

Deutschland hat als größtes EU-Mitgliedsland 2008 mit 8,774 Milliarden Euro auch den größten Nettobeitrag zum Haushalt der Union beigesteuert. Das bedeutet, daß deutsches Volksvermögen an Nachbarstaaten ohne

[135] KNOP, Ingmar, *Mit der EU in den Abgrund? Deutschlands Selbstvernichtung,* München 2006.

Gegenleistung verschenkt wird. Griechenland und Polen profitierten nach offiziellen Angaben aus Brüssel dagegen am meisten von EU-Finanzhilfen. Griechenland erhielt demnach 6,3 Milliarden Euro mehr, als das Land in die Kasse einzahlte. Polen ist in diesem Jahr mit 4,4 Milliarden Euro zweitgrößter Nettoempfänger. Das sind zusammen 10,7 Mrd. Euro, wovon allein Deutschland mehr als eine Milliarde aufgebracht hat.

Bisher haben alle deutschen Regierungen
an die EU verschenkt (Nettobeiträge!):

1995–2003	76,700 Mrd. €
2004–2007	29,600 Mrd. €
2008	8,774 Mrd. €
2009	8,774 Mrd. €
1995–2009:	**123,848 Mrd. €**

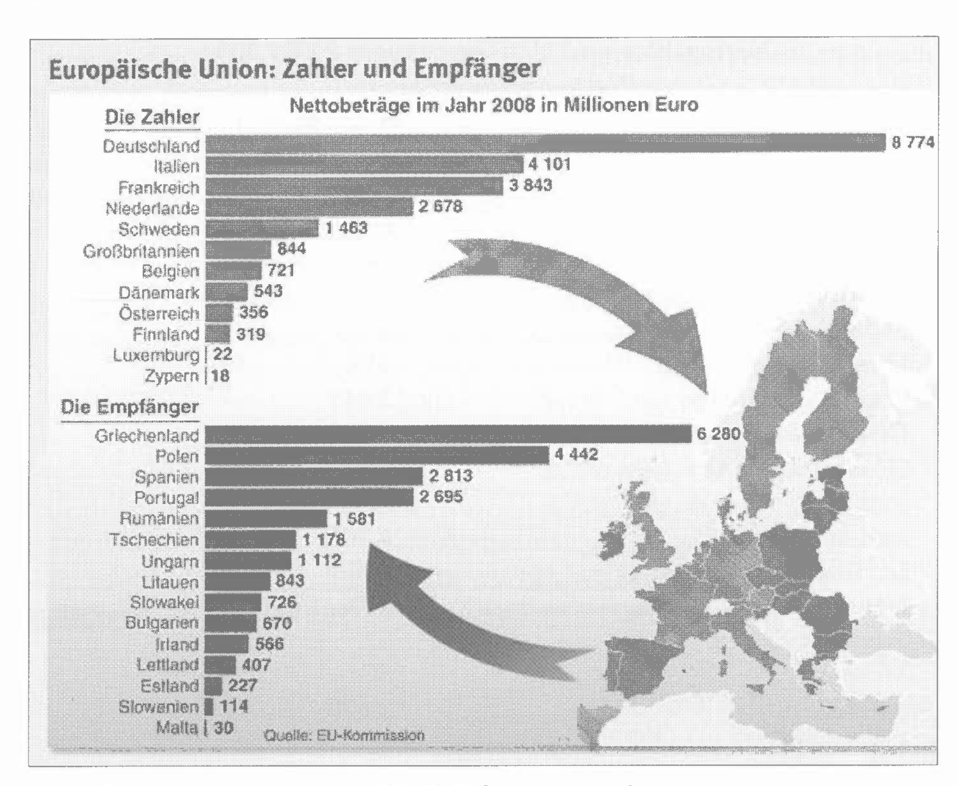


Euro-Werbung im Jahre 2001 an der EZB-Zentrale in Frankfurt/M. Damals meldete Griechenland eine Neuverschuldung von nur noch 1,6 Prozent seines BIP und durfte daher als zwölftes Land der Euro-Zone beitreten. . . (Foto Darchinger).
Deutschlands Anteil am Hilfspaket für Griechenland beläuft sich auf 22, 3 Milliarden Euro (von 110 Milliarden), also auf rund 20 Prozent. Offiziell heißt es, Deutschland trage – entsprechend seiner Bevölkerungszahl – den größten Teil der Not-Kredite der Euro-Gruppe. Die Reihe der Kandidaten für den Staatsbankrott steht schon. Es ist von den sogenannten PIGGS-Staaten die Rede (Portugal, Italien, Irland, Griechenland. Spanien)

Nettozahler und Nettoempfänger 2008 / 2009
(Nettoempfänger kursiv)

Land	Saldo in Mio. €
Belgien	721
Bulgarien	*670*
Dänemark	543
Deutschland	8.774
Estland	3.227
Finnland	319
Frankreich	3.843
Griechenland	***6.280***
Großbritannien	844
Irland	*566*
Italien	4.101
Lettland	*407*
Litauen	*843*
Luxemburg	22
Malta	*30*
Niederlande	2.678
Österreich	356
Polen	***4.442***
Portugal	*2.695*
Rumänien	*1.581*
Schweden	1.463
Slowakei	726
Slowenien	114
Spanien	***2.813***
Tschechien	*1.178*
Ungarn	*1.112*
Zypern	18

POS. IV/16 Deutschlands Netto-Beitrag 2008/2009 zur EU 8,774 Mrd. €



Polen ist mit 4,4 Milliarden Euro ist zweitgrößter Nettoempfänger.

Undurchsichtige Transferleistungen und Korruption der EU-Behörde zu Lasten Deutschlands

»Alle deutschen Regierungen von Kohl bis Merkel haben in geradezu staatsverräterischem Eifer Deutschlands vitale Interessen auf Europa übertragen, das deutsche Regierungsinstrumentarium systematisch demoliert und handlungsunfähig gemacht.«[136]

Notorische Inflations- und außenwirtschaftliche Defizitländer wie Spanien, Portugal, Griechenland, Italien, Irland haben keine Schwierigkeiten, die vorgegebenen Haushaltsziele zu erfüllen. Die hausgemachte Inflation bläht ihre Steuereingänge genügend auf. Der Euro transportiert die Währungskosten der instabilen Länder in die stabilen. Zu diesem Thema schrieb Prof. Dr. Wilhelm Hankel[137] unter der Überschrift *Der deutsche Virus heißt Euro:*

[136] Hankel, Wilhelm, »Der Europäische Bundesstaat ist tot«, in: *Junge Freiheit,* 6. 7. 2007.
[137] In: *Junge Freiheit,* 10. 3. 2006.

»Deutschland ist durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union, vor allem aber durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion, dazu verdammt, der doppelte Zahlmeister zu sein. In der Öffentlichkeit ist nur bekannt, daß Deutschland der größte Nettozahler ins EU-Budget war und ist. Daran hat sich durch ›Maastricht‹ und die EWU nichts geändert. Weniger bekannt, aber viel durchschlagender ist, daß Deutschland auch der größte ›Kapitallieferant‹ der übrigen EWU-Staaten und Europas ist. Es blutet aus.

Der enorme deutsche Handels- und Leistungsbilanzüberschuß führt nicht, wie früher – als wir noch die DM hatten – dazu, daß Deutschland entsprechend seinem Überschuß Volksvermögen erwirbt. Ansprüche auf ausländische Wertpapiere oder Devisenrücklagen, in jedem Fall aber finanziell greifbares Volksvermögen. Dieses in Deutschland erwirtschaftete Vermögen wird im EWU-Raum durch die Defizite der anderen EWU-Volkswirtschaften aufgezehrt: Deutschland verdient für die gesamte Eurozone die Devisen und das Auslandsvermögen, aber dieses Auslandsvermögen kommt jetzt nicht mehr Deutschland zugute, sondern den defizitären EWU-Staaten.

Länder wie Frankreich, Spanien, Italien oder Griechenland haben riesige Leistungsbilanzdefizite, die von diesen Ländern nicht etwa dadurch bezahlt werden, daß sie den ›Gürtel enger schnallen‹ und auf Konsum und Importe verzichten. Nein, im Gegenteil, sie erhalten finanzielle Transferleistungen von Deutschland.«

Die Frage der ›Quersubventionierungen‹ innerhalb der Eurozone ist für den volkswirtschaftlichen Laien nicht leicht zu verstehen. Spanien als EWU-Mitglied bezahlt nicht mit eigenem Volksvermögen, das heißt, es bezahlt nicht durch den Verkauf spanischer Liegenschaften, Immobilien, Firmen usw. Innerhalb der Eurozone wird Spaniens Leistungsbilanzdefizit durch den deutschen Überschuß ›ausgeglichen‹. Es verschuldet sich zwar intern, aber nicht gegenüber dem Ausland. Deutschland ist Gläubiger in eigener Währung. Darin und in der unterschiedlich hohen Inflationsrate liegt die Quersubventionierung.

Diese deutsche Transferleistung über den Euro betrug 2005 mit rund 180 Milliarden Euro im Verhältnis zum BIP fast ebensoviel wie das spanische Defizit: acht Prozent. 2006 lebten nach Prof. Hankel elf von 15 Euro-Länder bis zu etwa zehn Prozent über ihre Verhältnisse. Weiter heißt es bei Hankel, der an der Universität Frankfurt/M. lehrt:

»Die Euro-Sünder haben 2007 ein Loch von über 200 Milliarden in der Leistungsbilanz der Euro-Zone aufgerissen. Deutschland hat es bis auf lumpige zehn Milliarden Euro gestopft.«

Mit anderen Worten: Der deutsche Steuerzahler hat das Geld zu erarbeiten, während andere es verprassen. Inzwischen absorbiert die EU zwei Drittel aller deutschen Exporte und finanziert sich durch jene Euro-Überschüsse, die die Europäische Zentralbank über ihr Euro-Clearing den Defizitländern der Währungsunion fortwährend rückerstattet, was deren Schulden immer größer werden läßt.

Damit liegt nach Prof. HANKEL gleichzeitig ein Ausverkauf deutschen Volksvermögens vor, weil das von der deutschen Volkswirtschaft erwirtschaftete Volksvermögen von den defizitären Partnern der Währungsunion für deren nationale Zwecke aufgezehrt wird.

Weiterer Schaden entsteht allen Nettozahlern, also besonders der Bundesrepublik, durch die Undurchschaubarkeit der Finanztransaktionen und durch Korruption bei den EU-Behörden oder den Geldempfängern. Im Jahre 2007 wurden 140 Milliarden Euro, fast 90 Prozent des EU-Haushaltes, intransparent ausgegeben - also ohne öffentliche Rechenschaftsberichte. Das hat bisher schon zu Milliarden-Verlusten durch Unterschlagungen und Fehlverwendung geführt. Unvergessen ist der Korruptionsskandal von 1999, der die gesamte Kommission zum Rücktritt zwang. Keiner der schuldigen EU-Beamten wurde entlassen, außer den beiden, die den Skandal aufgedeckt hatten. Nach Meinung von Eingeweihten werden auch weiterhin etwa zwei Milliarden Euro jährlich veruntreut.

Mit der EWU sind wir in volkswirtschaftlicher Hinsicht der >Zahlmeister< Europas, und zwar in sehr viel größerem Umfang, als dies bereits bei unseren Nettozahlungen ins EU-Budget der Fall ist. Man kann auch sagen: Ohne Deutschlands Transferleistungen wäre nicht nur Brüssel pleite, sondern die Mehrzahl der EU-Mitgliedsländer erlebten eine durch ihre Leistungsbilanzdefizite hervorgerufene Krise. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschafts- und Finanzkrise von 2009 wären dann Staatsbankrotte die unabwendbare Folge.

EU-Europa - ein Faß ohne Boden

Inzwischen ist eingetreten, was Kenner schon lange vorausgesagt haben: die Krise des Euro-Währungssystems durch den Bankrott Griechenlands - und das, obwohl dieser Staat zur Zeit jährlich sechs Milliarden Euro aus der EU-Kasse geschenkt bekommt, davon 20 Prozent aus dem deutschen Beitrag. Schlimmer noch: Die Krise wurde in Abwesenheit einer hilflosen Bundeskanzlerin von Frankreich benutzt, um den Euro zum Schaden aller Nettozahler wie Deutschland durch eine illegale Währungsreform zu einer Weichwährung zu degradieren.

Bei der >Währungsreform< vom Mai 2010 wurde das bisherige Euro-

Währungssystem putschartig durch eine neue, inflationsgefährdete Weichwährung ersetzt. Entgegen den bisherigen Vertragsklauseln wird die Europäische Zentralbank in Zukunft wertlose Staatsanleihen gegen Euro ankaufen. Dafür stimmte im EZB-Rat eine große Mehrheit, gegen die der deutsche Bundesbank-Präsident vergeblich argumentierte. Das bedeutet, daß jederzeit bei Bedarf frisches, ungedecktes Geld gedruckt wird, wenn eine Regierungen es verlangt. Noch vor kurzem hatte Jean-Claude TRICHET, der Präsident der Europäischen Zentralbank, dieses kategorisch ausgeschlossen, da eine direkte Staatsfinanzierung die Hauptursache für Inflation darstellt. Und während der Euro bisher stabil war, ist er von nun an eine Weichwährung wie einst der französische Franc und die italienische Lira. Damit hat die EZB ihre Unabhängigkeit verloren.

Für die bisherigen Nettozahler wird sich die bisher untersagte Praxis verhängnisvoll auswirken, daß bei Schuldenkrisen die weniger Verschuldeten den hoch Verschuldeten mit ungeheuren Milliardensummen zu Hilfe kommen müssen: ein eindeutiger Verstoß gegen Artikel 125 des EU-Vertrages.[138] Damit wurde die Währungsunion gegen alle Verträge über Nacht in eine Transferunion verwandelt und ein gewaltiger Umverteilungsmechanismus in Gang gesetzt, der aus den solideren Nettozahlern wie Deutschland immer neue Milliarden in dreistelliger Höhe abzocken und die Haushaltslöcher anderer Staaten stopfen wird. Das hat eine erwünschte Inflation zur Folge, bei der riesige Staatsschulden auf alle Bürger abgewälzt werden sollen.

Das Ergebnis dieses Währungsputsches ist eine europäische Wirtschaftsregierung, die alle Stabilitätsprinzipien Deutschlands über Bord geworfen hat.

Deutschland, das seit 1919 in wachsendem Maße ausgeplündert und abgezockt wurde, zuletzt in nicht geringem Maße aus eigener Schuld oder aus Dummheit und Feigheit seiner drittklassigen Polit-›Elite‹, wird nach diesem Währungsputsch weiter ausbluten. Das zeigt schon die diskret verdeckte Staatsverschuldung. Addiert man die vielen Schattenhaushalte und Lasten durch den Erlastentilgungsfonds zu den ungedeckten Renten- und Pensionsverpflichtungen (siehe oben), dann erhöht sich die deutsche Staatsverschuldung von etwa 80 Prozent des BIP auf 300 Prozent. Erlaubt sind laut EU-Vertrag nur 60 Prozent.

138 Artikel 125 des EU-Vertrages: »Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen ... von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein ... Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen ... eines anderen Mitgliedstaates und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein.«

Stationierungs- und NATO-Kosten

Heutiger Stand der Stationierungskosten

Bis heute werden neben der kostenfreien Überlassung von Arealen zur militärischen Nutzung zum Beispiel Kosten für anstehende Renovierungen und Neubauten dieser Militäreinrichtungen aus Steuermitteln der Bundesrepublik Deutschland finanziert.. Eine Veröffentlichung des Bundesfinanzministeriums aus dem Jahre 2005 veranschlagte die »Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte« auf rund 123,3 Mio. Euro Ausgaben, denen 24,9 Millionen Einnahmen gegenüberstehen. Eine genaue Auflistung ist nicht möglich, da beispielsweise im Bundeshaushalt zahlreiche Einzeltitel Gelder bereitstellen (Vgl. Bundeshaushalt 2007, Titel 0814-88304, 0814-71203 und 1402-53301).

POS. IV/6 Jährliche Stationierungskosten (ohne NATO) 123,3 Mio. €

2010 stehen, fünfundsechzig Jahre nach Beendigung des Krieges, immer noch fremde Truppen auf deutschem Territorium. Nach einer Entscheidung des amerikanischen Verteidigungsministeriums wurden die bisherigen Hauptquartiere in Heidelberg und Mannheim zu einem Europäischen Hauptquartier in Wiesbaden zusammengeführt. . Dies wurde den Bundesländern Hessen und Baden-Württemberg sowie den betroffenen Bürgermeistern mitgeteilt (!).

Während die Stadt Wiesbaden Investitionsvorhaben in einer Größenordnung von 150 bis 200 Mio. US Dollar, höhere Gewerbesteuereinnahmen, die Einstellung zusätzlicher deutscher Zivilbeschäftigter erwartet, entstehen andererseits der Bundesrepublik zusätzliche Kosten, die der Steuerzahler aufzubringen hat (insgesamt etwa 90 Millionen Euro!). Grund und Boden müssen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, dazu kommen die Erschließungskosten für die Liegenschaften, wie Verkehrsverbindungen, Versorgungsanlagen und Entsorgungseinrichtungen usw. Nutzungseinschränkungen in der Umgebung der neuen US-Einrichtungen verursachen weitere Kosten.

Die ausländischen Streitkräfte verfügen in Deutschland über insgesamt rund 37800 Liegenschaften in einer Größenordnung von etwa 148000 ha. Dazu gehören Übungsplätze, Flugplätze, Kasernen und Depots, ferner Krankenhäuser, Schulen, Sportplätze, Versorgungseinrichtungen und rund 135000 Wohnungen. Bundes- oder landes eigene Grundstücke sind den Bündnispartnern unentgeltlich überlassen worden. Für die Benutzug der sonstigen Liegenschaften zahlen die Alliierten ein ortsübliches Entgelt. Das gilt auch für die von Privatleuten angemieteten Wohnungen.

Die ausländischen Streitkräfte bezahlen den Sold und die Bezüge für ihre Soldaten und das zivile Gefolge, sie tragen die Kosten für deren Unterbringung und Versorgung, für erforderliche Baumaßnahmen und Sanierungen. Für Schäden an der Umwelt, die zum Beispiel durch Manöver entstanden sind, muß jedoch die deutsche Seite aufkommen.

Tributzahlungen an die NATO

In der NATO wird im wesentlichen nach dem Prinzip verfahren, jedes Land solle seine militärischen Kosten selber aus eigenem Haushalt bezahlen (*»The costs lie uihere they fall.«)*

Gemeinsam getragene Kosten betrugen 2007:

für den NATO-Militärhaushalt	1.047 Mio. €
für das Programm NSlp[139]	640,500 Mio. €
für den NATO-Zivilhaushalt	186,100 Mio. €
POS. IV/7a Jährl. Nato-Kosten gesamt	1,873.6 Mrd. €

Der jeweilige deutsche Anteil betrug:

am Militärhaushalt 17,3 %	181,131 Mio. €
am NSIP 17,3 %	108,885 Mio. €
am Zivilhaushalt mit 15,5 %	28,845 Mio. €
POS. IV/7b Jährlicher NATO-Beitrag der BRD	318,861 Mio. €

POS. IVj7 Jährlicher NATO-Beitrag der **BRD** 0,3198 Mrd. €

Deutschland ist damit beim NATO-Militärhaushalt der zweitgrößte Beitragszahler nach den USA (22,5%).

Deutsche Goldbestände in Geiselhaft

Als der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Martin HOHMANN von der Bundesregierung wissen wollte; wo sich das Gold der Bundesbank befindet, wurde ihm geantwortet:.

»Die Deutsche Bundesbank läßt Goldbestände auch an wichtigen Goldhandelsplätzen wie z. B. London von den dort ansässigen Zentralbanken, z. B. die Bank of England, verwahren. Dies hat sich historisch und marktbedingt so ergeben, weil die Deutsche Bundesbank das Gold an diesen Handelsplätzen übertragen bekam.«

139 NATO-Sicherheits- und Investitionsprogramm.

Doch in Finanzkreisen kennt man eine andere Wahrheit. Danach lagert der größte Teil der deutschen Goldreserve von knapp 3500 Tonnen in den Tresoren der >FED< im New Yorker Stadtteil Manhattan. Davon, wissen Insider zu berichten, wurden 2000 Tonnen an das us-amerikanische >Plunge Protection Team< verliehen, das dieses Gold zur Manipulation der internationalen Devisenmärkte verwendet. Im Gegensatz zum souveränen China, das kürzlich die in London lagernden Goldreserven der ehemaligen britischen Kolonie Hongkong zurückgeholt hat, ist die BRD auch 20 Jahre nach dem Mauerfall noch nicht souverän. Gezwungenermaßen mußte sie ihren Goldbesitz verpfänden, den seitdem die USA - genauer gesagt: die FED mit ihrem derzeitigen Vorsitzenden Ben Shalom BERNANKE verwaltet.

Die Gründe dafür sind durch den sogenannten >Blessing-Brief< bekannt geworden. Karl BLESSING, langjähriger Chef der Bundesbank, garantierte Ende der sechziger Jahre als zusätzlichen Ausgleich für amerikanische Stationierungskosten, daß die Bundesbank ihre Goldreserven nicht aus den USA abziehen werde, solange die USA militärische Stützpunkte in Deutschland unterhalten. Doch die USA denken nicht im geringsten daran, ihre weltweit wichtigste Drehscheibe zu räumen. Erst recht kann niemand die USA zwingen, den deutschen Goldbesitz wieder freizugeben, zumal kein deutscher Politiker es wagt, daran zu rütteln. Er wäre sonst rasch vom Fenster weg - wie HOHMANN.



Der überwiegende Teil der deutschen Goldfreserven (3500 Tonnen) lagert in den Kellerräumen des Hauptsitzes der FED in New York.

Kosten der Auslandseinsätze

Kosten der Auslandseinsätze 2006/2007

Am 6. April 2008 berichtete *BILD am SONNTAG*, das Bundesverteidigungs-Ministeriums habe bekanntgegeben, daß die Auslandseinsätze insgesamt 910,7 Mio. Euro kosten. Dabei dürfte man einiges >vergessen< haben angesichts der Tatsache, daß die Kosten bereits 2006 bei 1,1 Mrd. Euro lagen. Die wegen der Auslandseinsätze zusätzlich erforderlichen Milliarden erscheinen nur im Etat für die Bundeswehr.

Land	Einsatzname	Kosten/Mio
Afghanistan	OEP40	100,900
Afghanistan	ISAF	500,800
Afghanistan	KSK+Tornados	80,000
Afghanistan	UNAMA	1,000
Äthiopien/Eritrea	UNMEE	0,600
Bosnien/Herzegowina	EUFOR (BiH)	66,000
Deutschland	STRATAIRMEDEVAC41	?
Georgien	UNOMIG	0,700
Horn von Afrika	OEF	20,000
Kongo	EUFOR RD CONGO	33,700
Kosovo	KFOR	171,500
Libanon	UNIFIL	17,200
Mittelmeer	Activ Endeafor	?
Serbien/Kosovo	KFOR	172,000
Sudan	AMIS	-1,700
Sudan	UNMIS	1,100
Auslandseinsätze 2006		1.167,200 Mio. €

POS. IV/8 Auslandseinsätze 2008 mind. 1,000 Mrd. €

140 >Operation Enduring Freedom<.

141 betr. die zivil-militärische Zusammenarbeit.

›Spenden‹ für den Aufbau Afghanistans:

Laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. September 2008 erhöhten sich die jährlichen Zahlungen für den Aufbau Afghanistans 2008 um 30 Millionen auf 170 Mrd. Euro (9a)

Von 2008 bis 2010 will die Bundesregierung zusätzlich jährlich 140 Millionen Euro für den zivilen Aufbau geben (9b).

Deutschland hat bisher jährlich rund 12 Millionen Euro für den Polizeiaufbau in Afghanistan eingesetzt, für 2008 wurden etwa 36 Millionen Euro zugesagt. Von 2002 bis 2008 standen damit insgesamt 117,7 Millionen Euro zur Verfügung.

Aufbau Afghanistans, Kostenerhöhung 2008

POS. IV/9a Aufbau Afghanistans ab 2008, jährl.	170,0 Mrd. €
POS. IV/9b 2008 zusätzl. f. zivilen Aufbau	0,140 Mrd. €
POS. IV/98c Polizei-Ausbildung 2008/2009	0,036 Mrd. €
	– – – – – – –
POS. IV/9 zusätzl. Ausgaben 2008 /09 für Afghanistan zus.	**0,346 Mrd. €**

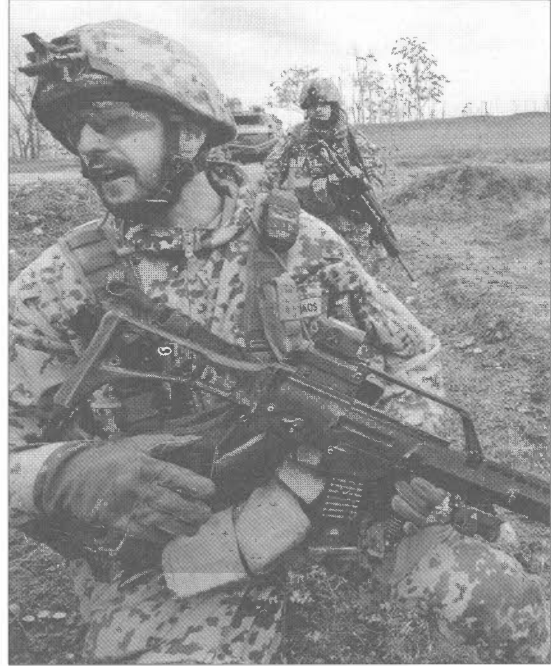
Ausgabenverpflichtungen für Neuinvestitionen

Die Beschaffung für vier neue Fregatten, von Kampf- und Transporthubschraubern, von gepanzerten Fahrzeugen oder Kommunikationsinfrastruktur für vernetzte Kriegführung und vieles mehr ist nur deswegen nötig, weil die Bundeswehr längst keine Verteidigungsarmee mehr ist. Deshalb müßten die Milliarden-Kosten für die Umstrukturierung der Bundeswehr in Eingreif-, Stationierungs- und Unterstützungstruppen sowie die dafür nötige Infrastruktur und Ausbildung den Auslandseinsatzkosten zugerechnet werden. Diese werden weiter steigen. Der westliche Interventionismus im Interesse der USA ist also teuer und wird noch teurer werden. In der Zukunft wird deswegen mit zunehmenden Bemühungen der Bundesregierung zu rechnen sein, diese Kosten zu verschleiern.

In einem Papier des Bundesfinanzministeriums, das am 18. März 2009 in Berlin vorlag, heißt es, der Einzelplan 14 - das ist der Verteidigungsetat - habe sich zum »Einsatzhaushalt« entwickelt:

Verteidigungsetat entwickelt sich zum ›Einsatzhaushalt‹

Bundeswehretat 2008	29,400 Mrd. €
Bundeswehretat 2009	31,100 Mrd. €
	– – – – – – – –
	+1,700 Mrd. €
POS. IV/10 Beschaffungskosten 2009 f. Auslandseinsatz	**1,700 Mrd. €**



Seit neun Jahren steht die Bundeswehr in Afghanistan im Friedens-Einsatz und inzwischen im Krieg. Der Preis wird immer höher, an Menschenleben und finanziell. Eine Milliarde Euro im Jahr kostet der Einsatz offiziell, Experten gehen jedoch von dem Dreifachen aus. – das wären 10 Prozent des Wehretats. (Foto: Reuters)

Die Bundeswehr mußte inzwischen Ausgabenverpflichtungen über Dutzende von Milliarden Euro für Neuanschaffungen eingehen. Allein für die Entwicklung des Raketensystems ›Pars 3 LR‹ muß die Bundesregierung 500 000 000 Euro aufbringen. Ein einziger Schuß (740 sind bestellt) wird demnach ohne Transport- und Wartungsaufwand fast eine Million Euro kosten.

Gewinner sind vor allem die deutsche und die europäische Rüstungsindustrie, die nach dem Willen der Bundesregierung um jeden Preis »konkurrenzfähig« gehalten werden müssen. Experten schätzen, daß für die weitgehend durch Verträge abgesicherten Beschaffungsprojekte etwa 80 Milliarden Euro bezahlt werden müssen. Denn zu den 51 Mrd. Euro kommen noch die Kosten für die geplanten Kriegsschiffe, Flugzeuge, Panzer und High-Tech-Ausrüstungen. Der ›TA 400‹ soll künftig auf dem norddeutschen Flugplatz Wunsdorf stationiert werden. Deswegen wird dieser seit 2009 modernisiert.

Ausgabenverpflichtungen der Bundeswehr

- für den Eurofighter (langfristig)	20 Mrd. €
- für (ab 2011) 60 Transportflugzeuge ›A 400 M‹	>10 Mrd. €
- ferner für das Luftabwehrprojekt ›MEADS‹:	
80 Kampfhubschrauber des Typs ›Uhu‹	3,1 Mrd. €
- 134 Transporthubschrauber des Typs ›NH90‹	3,9 Md. €
- 180 Kampfjets vom Typ ›Eurofighter‹	14,6 Mrd. €
- Entwicklung des Raketensystems ›Pars 3 LR‹	0,500 Mrd. €
- Kosten für Flugplatz Wunsdorf:	>0,200 Mrd. €
	– – – – – – – –
POS. IV/11 Ausgabenverpflichtungen Bundeswehr	**52,300 Mrd. €**

Außerdem wird sich das Personal von 1900 Soldaten und Zivilbeschäftigten nach Abschluß der Bauarbeiten im Jahre 2015 auf etwa 2150 erhöhen. Es ist selbstverständlich, daß die Bundeswehr modernisiert werden muß. Jedoch stellt die ständige Erhöhung des Bundeswehretats wegen der teuren Auslandseinsätze eine ungeheure Verschleuderung von Steuergeldern dar. Das gilt auch für die zu hohe Anzahl der bestellten Transporter ›A 400‹, von denen wesentlich weniger gebraucht werden. 2010 teilte die Presse mit, daß der ›A 400‹ sich bis zur (verspäteten) Auslieferung noch um Milliarden verteuern werde. Schließlich wird auch die Bestellung des teuren Luftabwehrprojekts von Experten für militärisch nicht sinnvoll erachtet.

Aus einer Mitteilung der Bundesregierung an den Haushaltsausschuß von Anfang 2009 geht hervor, daß von 1992 bis 2009 mehr als elf Milliarden Euro für internationale militärische Missionen ausgegeben worden sind.

POS. IV/12 militärische Missionen 1992 bis 2009 11,000 Mrd. €



Der Transporter Airbus A-400 M wird das Bundeswehretat erheblich belasten.

Ursache der deutschen Beteiligung an Kriegshandlungen in aller Welt

Spätestens mit dem Ersten Weltkrieg haben sich Kriege aller Art als das ganz große Geschäft erwiesen, und zwar sowohl bereits in der Aufrüstungsphase als auch während der Kampfhandlungen und danach beim Wiederaufbau. Aus diesem Grund haben Rüstungsindustrie, Transportgesellschaften, Banken, Chemie- und Pharmaindustrie usw. nicht das geringste Interesse an einem wirklichen Frieden - zumal alle Lieferanten ohne Skrupel bereit sind, beide kriegführende Seiten zu beliefern, und dabei doppelten Gewinn erzielen. US-amerikanische Großfirmen haben allein am Zweiten Weltkrieg rund 80 Milliarden Dollar als Gewinn eingestrichen. Seitdem waren sie als Profiteure an über 100 us-amerikanischen Kriegen beteiligt.

Bei den großen Kriegen der letzten Jahrzehnte (Weltkriege, Irak- und Irankrieg) haben amerikanische Firmen zuerst durch Ausrüstungs- und Waffenlieferungen für die Kampfhandlungen beider Seiten und dann durch den Wiederaufbau hohe Gewinne erzielt. Dabei handelten die Kriegsgewinnler im Sinne der Formel Rothschilds (Zitat aus Pkt. 5 dieser Formel):

> »Keiner Nation darf gestattet werden, militärisch stärker als ihre Gegner zu bleiben, denn dies könnte zu Frieden und Schuldenreduzierung führen. Um das Gleichgewicht der Macht zu schaffen [*Balance of Power*], kann es nötig sein, beide Seiten finanziell zu unterstützen, solange nicht einer der Streitenden unseren eigenen Interessen feindlich gegenübersteht (und deshalb zerstört werden muß), sollte man keiner Seite einen entscheidenden Sieg gestatten. Während wir immer das Siegen des Friedens hervorheben müssen, bleibt das unausgesprochene Ziel der ständige Krieg.«

Leider gibt es nicht nur Kriegsgewinnler, sondern bekanntlich auch Verlierer. Bleibt man nur beim ökonomischen Gesichtspunkt, so sind es die nichtamerikanischen Nationalstaaten, die in die Machtsphäre der USA geraten sind und als Vasallenstaaten Washingtons Kriege mit Geld, Waffen und Soldaten unterstützen und mitbezahlen müssen. Die Kosten des ersten Golfkrieges in Höhe von etwa 80 Milliarden Dollar wurden zu mindestens 90 Prozent von abhängigen Staaten bezahlt. Die Bundesrepublik zahlte damals 17 Milliarden DM - ›freiwillig‹!

Des weiteren werden die permanenten Kriege von allen Handelsnationen mitfinanziert, die ihre in die USA gelieferten Waren mit schlechten Dollar oder amerikanischen Staatsanleihen ›bezahlt‹ bekommen.

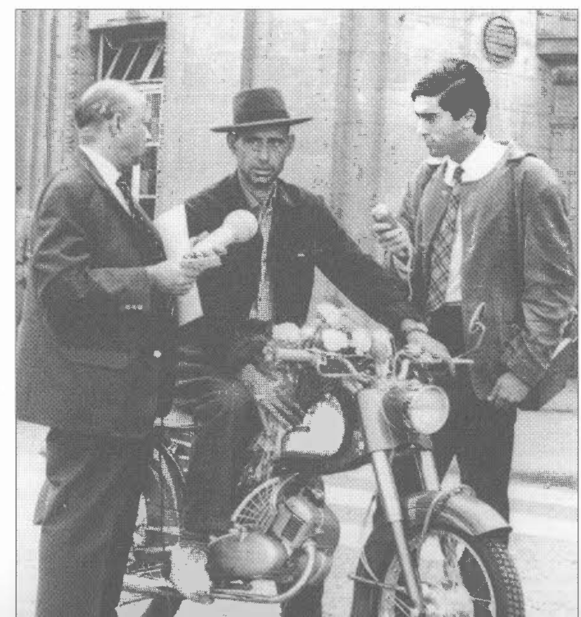
Tabu-Thema ›Asylanten-/ Migrationskosten‹

Die Gastarbeiter-Lawine wird losgetreten

Mit den Anwerbeabkommen von 1960 trat die junge Bundesrepublik eine Lawine los, die zu einer millionenfachen Einwanderung ausländischer, vor allem türkischer Arbeitnehmer führte. Mit dem Entgegenkommen gegenüber den Wünschen anderer Staaten und den Interessen der Wirtschaft wurden in der Folge der deutsche Staat und die Gesellschaft dauerhaft der Multikulti-Ideologie unterworfen.

Am 29. und 30. März 1960 schloß die Bundesrepublik Deutschland die ersten Anwerbeabkommen mit Staaten außerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ab, mit Spanien und Griechenland. Fünf Jahre später kam es zu den folgenschwersten aller Anwerbeabkommen, die sich zum gigantischen volkswirtschaftlichen Minusgeschäft auswuchsen: Am 31. Oktober 1961 wurde in Bad Godesberg ein Abkommen mit der Türkei unterzeichnet, 1963 und 1964 mit Marokko und Portugal, 1965 mit Tunesien, 1968 mit Jugoslawien.

Anfangs ging es weder den Anwerbern noch den Entsendestaaten um dauerhafte Auswanderung, auch nicht den ausländischen Arbeitnehmern selbst. Die Verträge sahen ursprünglich nur die Anwerbung lediger, kinderloser Arbeitnehmer vor, die nach dem ›Rotationsprinzip‹ nach zwei Jahren wieder in die Heimat zurückkehren und durch frische Arbeitskräfte ausgetauscht werden sollten.



Am 10. September 1964 traf der millionenste Gastarbeiter, ein Portugiese, in Deutschland ein. Schon 1955 hatte Deutschland ein Anwerbabkommen mit Italien geschlossen. Es folgten welche mit Griechenland (1960), der Türkei (1961) und Portugal (1964).

Doch die Wirtschaft hatte bald Gefallen an der neuen ›industriellen Reservearmee‹ gefunden: Folglich wollte man die einmal angelernten Arbeitskräfte dauerhaft behalten. 1964 wurde das Rotationsprinzip in einem Zusatzabkommen mit der Türkei stillschweigend außer Kraft gesetzt. Aus demselben Grund wurde die anfangs strikte Absage an jeden Familiennachzug Schritt für Schritt aufgeweicht. Der Wirtschaft brachte das enorme Profite, und die Sozialkosten verbleiben seither der Allgemeinheit.

Kostenanalyse

Während im Bundeshaushalt immer mehr Milliarden für Investitionen, Sozialleistungen und Renten fehlen, werden weiterhin gewaltige Milliardenbeträge ohne Gegenleistung an das Ausland sowie Nichtdeutsche verschenkt. Für die UNO, für die wir immer noch als ›Feindstaat‹ gelten, zahlt die BRD 10 Prozent des UNO-Haushaltes, stellt aber nur 5 Prozent der 2500 Angestellten. Dahinter stehen unter anderem Kotaus vor den Wünschen der US-Regierung und Zugeständnisse wegen der kleinen Wiedervereinigung, was hier nicht näher erläutert werden kann. Seit dieser Zeit muß Deutschland trotz der damit verbundenen Billionen-Ausgaben noch mehr in die Brüsseler Kassen überweisen.

Inzwischen hat es sich auch weltweit herumgesprochen, daß unsere *classa politica* und verschiedene ›Gutmenschen‹ großzügig Gelder verteilen oder Ströme von Immigranten bejubeln. Sie halten das für lobenswerte Multikulturalität, obwohl es dabei immer multikrimineller zugeht. Inzwischen leben hier nach einem Mikrozensus von 2007 offiziell 15,4 Millionen Menschen mit ›Migrationshintergrund‹. Am höchsten ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Großstädten, vor allem in Stuttgart mit 40 %, in Frankfurt am Main mit 39,5 % und in Nürnberg mit 37 %.

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt, sind allein im Jahr 2008 insgesamt 682 000 Menschen nach Deutschland gezogen.

Hinzu kommen bis zu drei Millionen Illegale. Vor dem Hintergrund halbleerer Kassen für Rentner und Kranke müßte auffallen, daß über Migranten- und Asylantenkosten jahrzehntelang kein Wort fiel. Sie gelten in Deutschland als tabu. Bereits vor 2000 wurden für sie rund 100 Milliarden Mark (50 Mio. Euro) gezahlt, wie Experten errechneten. Heute liegen die realen Kosten der multikulturellen Überschwemmung des Landes bei etwa 75 Milliarden Euro je Jahr. Diese Zahl wird totgeschwiegen, weil sie Dynamit bedeutet.[142] Ein Blick auf die Statistik zeigt die Realität:

---

[142] Bohlinger, Roland, *Patriotismus, Ausländerfrage und die antideutsche Zielsetzung der herrschenden Klasse,* zit. in Popp, *Wehe den Besiegten,* Tübingen ³2004, S. 450 ff.

- In den neunziger Jahren strömten durchschnittlich täglich etwa 550 Asylanten in die Bundesrepublik (jährlich rund 200000). Maximal 10 Prozent (20000) wurden anerkannt. Von den 90 Prozent (180000) Scheinasylanten wurden nur 15 Prozent tatsächlich abgeschoben. Es blieben rund 177300.
- Die jährlichen Kosten für den Aufenthalt von Ausländern, für die die Öffentlichkeit in irgendeiner Form aufkommen muß, lagen nach dem Publizisten Rolf KLENKE (*FAZ*, 1997) bei 100 Milliarden DM. Danach lagen die Gesamtkosten in den neunziger Jahren bei etwa 1 Billion DM.
- Die Quote aller (!) sozialversicherungspflichtigen Ausländer lag 1999 bei 27 Prozent, im Jahr 2003 ebenfalls.
- Die Quote ausländischer Sozialleistungen-Bezieher lag 1999 bei 73 Prozent.
- Jeder vierte Sozialhilfeempfänger in der BRD ist Ausländer.
- Laut Statistischem Jahrbuch erhalten Ausländer von der Sozialhilfe jährlich rund 25 Prozent. In der Gruppe der 18- bis 24jährigen sind es sogar 65 Prozent.
- Im Jahre 1993 bezogen deutsche staatliche Krankenbeihilfe:

Deutsche:	250000
Ausländer:	577000

Letztere bezogen also schon damals doppelt soviel Krankenbeihilfe wie Deutsche, obwohl sie nur etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Damit sich deutsche Zahler nicht mehr krank ärgern, wird dieses Verhältnis seither nicht mehr veröffentlicht.

Folgende Tatsachen gelten als tabu:

- Asylanten können samt Familien von den Ärzten wie Privatpatienten behandelt werden, wobei die Kosten nicht auf das Ärzte-Budget angerechnet werden.
- Nach einer Geburt bezahlt der Staat für deutsche Kinder nichts, für Asylantenkinder dagegen fürsorglich die Ausstattung eines Kinderzimmers.

Die Kosten für die folgenden Fakten sind kaum zu beziffern, gehen aber in die Milliarden:

- Von der Polizei ermittelte tatverdächtige Ausländer (1999): 20,4 % (ohne Vergehen gegen Ausländer-Gesetze).

- Rund 85 % der zur Festnahme ausgeschriebenen Personen sind Ausländer.
- In vielen Gefängnissen beträgt der Ausländeranteil an Gefangenen über 50 %, in Hamburg bei jugendlichen Strafgefangenen 85 %. Da jeder Gefangenentag 100 bis 150 Euro kostet, ergibt das hohe Millionenbeträge (2008 insgesamt 431 Mio. Euro).
- Kosten für die Fahndungen usw.
- Die Stadt Frankfurt hat von 2006 bis 2008 jeweils jährlich über zwei Millionen Euro allein für Dolmetscher oder Übersetzer bei Verfahren gegen straffällig gewordene Ausländer ausgeben müssen.

Inzwischen haben die Staatsideologen ein Ausländerrecht durchgesetzt, mit dem in der Asylfrage fast alles einklagbar ist. Obwohl sich die wenigsten auf eine politische Verfolgung berufen können, dauert es mit der schieren Masse falscher Asylbewerber jahrelang, bis eine Entscheidung fällt, die dann doch nicht zur Abschiebung führt. Damit hat Deutschland praktisch auf sein Selbstbestimmungsrecht verzichtet, denn dazu würde die freie Entscheidung über die Zulassung oder Zurückweisung von Zuwanderungswilligen gehören.

1999 wurden 1020 Mordopfer registriert. Davon wurden 31,4 % von Nichtdeutschen ermordet oder totgeschlagen. Das sind 320 Fälle. Damit waren ausländische Täter bei einem 15%igen Anteil an der Bevölkerung mehr als doppelt so oft straffällig wie deutsche. Zu den Opfern zählten auch viele von ausländischen Tätern ermordete Deutsche, ohne daß irgendeine Reaktion in der Öffentlichkeit erfolgt wäre.

Demgegenüber wurde 1999, als ein einziger Ausländer von Deutschen in krimineller Weise in den Tod getrieben wurde, ein großes politisches Getöse inszeniert - mit den dazugehörigen Trauer- und Betroffenheitsbekundungen. (Damit ist nicht die Trauerfeier für das Opfer gemeint!)

Bis 2008/9 hat sich an den Verhältnissen wenig geändert:

<u>Ausländeranteil 2008 an:</u>

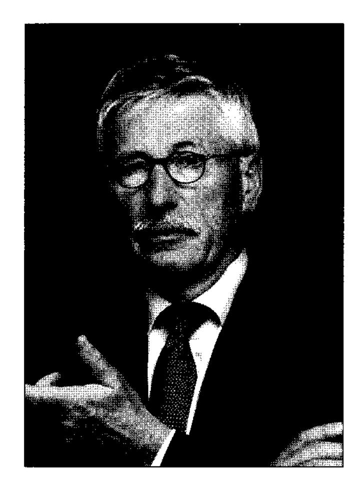
Mord	28,3 %
Totschlag:	27,0 %
Raub:	26,9 %
Vergewaltigung:	28,8 %
Drogenhandel (Kokain)	47,5 %
Schwere Körperverletzung	22,7 %

(9,3 % mit Todesfolge) usw.

480 in Berlin ansässige Intensivstraftäter mit muslimischem Migrationshintergrund verübten laut Berliner Kriminalstatistik 4800 Gewaltstraftaten.

Berücksichtigt man, daß immer mehr Ausländer mit deutschen Pässen nicht mehr in der Ausländer-Statistik geführt werden (was von Rot-Grün gewollt war), sieht die Sache noch schlimmer aus. Der Anteil Nichtdeutscher an der Kriminalität ist doppelt bis dreimal so hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Unter der Überschrift *Ich verstehe das, ehrlich gesagt, nicht,* fand 2003 die türkischstämmige Buchautorin und Psychologin Necla KELEC, bis 2004 im Dienst der Hamburger Justizbehörde, drastische Worte:

> »60 Prozent der Insassen in Hamburger Gefängnissen sind muslimischen Ursprungs, nur 20 Prozent sind überhaupt Ur-Deutsche. Die Gewaltbereitschaft von Muslimen gegenüber Deutschen ist extrem hoch, da eine Kultur der Verachtung gegenüber den Deutschen herrscht.. In einem deutschen Gefängnis hat es ein Türke immer noch besser als in seinem Dorf in Anatolien. Und die deutschen Politiker unternehmen nichts zum Schutz ihrer Bevölkerung. Daß man sich das hier gefallen läßt, verstehe ich ehrlich gesagt überhaupt nicht. .. Und denken Sie nicht, in anderen Großstädten sieht das anders aus!«[143]



Der gern polarisierende Theo SARRAZIN beklagte sich in einem Interview mit dem *Lettre internationale* über die Kopftuchmädchen, die Kindermacher, die faulen Säcke, Warmduscher, Türken. und Araber.

Nach den anfangs dargelegten Prinzipien werden rot-rotgrüne Gutmenschen jetzt aufheulen und von »Ausländerfeindlichkeit«, »Rechtsextremismus« usw. sprechen. Aber seit wann sind Tatsachen und Wahrheiten kriminell? Jeder kann sie nachprüfen. Dabei wird er feststellen, daß diese Wahrheiten von der Regierung bewußt vertuscht und unterdrückt werden. Erst wenn hochstehende Personen wie SARRAZIN das Tabu brechen, reagiert sie höchst nervös und herunterspielend. Darin liegt der Skandal.. Aber selbst SARRAZIN wurde für das Aussprechen von Wahrheit bestraft.

Die Masse des deutschen Volkes hat von den astronomischen Summen, die auf das Konto Asyl und Migration kommen, keine Ahnung. Bürger sind fassungslos, wenn sie die wirklichen Zahlen hören. Nur ganz wenige unserer Landsleute kennen die ganze Bandbreite der deutschen Leistungen:

[143] *Deutsche Stimme,* Oktober 2009, S. 10.

Zusammenfassende Übersicht: Asylanten-/ Migranten-Kosten

- Integrationskosten (Sprachkurse usw.),
- Schul-, Kindergartenkosten,
- Kosten für Infrastrukturmaßnahmen (Wohnungen,[144] Schulplätze, Schulen, zusätzliches Lehrpersonal usw.),
- Mieten für Hotels, Gasthäuser, Pensionen, Hotelschiffe,
- Wohngeldkosten,
- Kosten für/durch Verpflegung,
- Wasser, Strom, Gas,
- Heizung,
- Müllentsorgung,
- Wohnungseinrichtung mit Herd, Kühlschrank,
- Betten, Wäsche,
- Kleidung,
- Fahrtkosten,
- Dolmetscher,
- Kriminalität,
- Kosten von Inhaftierungen,
- Abschiebungskosten,
- Rechtsanwälte in Abschiebungsverfahren,
- Mehrkosten für Grenzschutz usw.,
- Sozialhilfe - je Asylant 15000 Euro pro Jahr,
- Sozialhilfe für Migranten,
- betrügerischen Bezug von Sozialleistungen,
- Mehrfachbezug der Krankheitskosten,
- Arzt-, Zahnarzt-, Facharztkosten,
- Operations- und Krankenhauskosten,
- Krankheitskosten für alle Groß-Familien-Angehörigen in der Türkei,
- Erstausstattung eines Kinderzimmers bei einer Geburt,
- Rechtsanwälte-, Gerichtskosten, Kosten bei Strafverfahren,
- Von A./Migranten verursachte Kosten für alle Verwaltungs- und Justizbehörden,
- Gefängniskosten (2008 insgesamt 431 Mio. Euro),
- Aufwendungen für diejenigen, die mit Asylanten oder Migranten von Amts wegen befaßt sind.

[144] Für jede Hausgrundfläche müssen (15 %) öffentliche Flächen (Parkplätze, Zugangswege usw.) ausgewiesen werden. Dazu kommen öffentliche Entsorgungseinrichtungen.

Alles kostenlos - damit geht es Asylanten und Asylbewerbern besser als vielen deutschen Rentnerinnen und Rentnern sowie alleinerziehenden Müttern! Inzwischen sind die Kosten weiter gestiegen. Heerscharen von Rechtsanwälten und Richtern sind mit den jahrelangen Einspruchsverfahren der abgelehnten Asylanten beschäftigt. Denn hierzulande darf jeder abgelehnte Asylant sich einen teuren Rechtsanwalt nehmen und gegen den deutschen Staat klagen. Die Verfahren dauern oft mehrere Jahre, die Kosten, auch die des weiteren Aufenthaltes, muß der Steuerzahler übernehmen. Aber darüber wird weder etwas im Fernsehen, noch im Rundfunk, noch in den Zeitungen gebracht.

Laut Innenministerium werden bei Asylbewerbern 95 Prozent der Anträge als unbegründet abgelehnt. Wenn man in der Vergangenheit alle diese Scheinasylanten sofort wieder nach Hause geschickt hätte, könnte man heute von den oben genannten 75 Milliarden ungefähr 70 Milliarden einsparen. Der Rest käme berechtigten Asylanten zugute.

Am 11. Juni 2009 schrieb die *Welt*, S. 1:

> »Die Zahlen sind niederschmetternd: Einwanderer sind doppelt so häufig arbeitslos, beziehen doppelt so häufig staatliche Unterstützung und sind vor allem doppelt so häufig kriminell wie vergleichbare Altersgruppen der Deutschstämmigen.«



Moderner Gerichtssaal mit Bewährungsförderband

Statistischer Nachweis der Asylanten-/ Migrantenkosten

Folgende Zahlen halten das Statistische Bundesamt, das Bundesministerium für Soziales sowie das Finanzministerium der Bundesrepublik Deutschland für 2007 bereit:

Von allen in Deutschland erwirtschaftete Gelder (= 100%) flossen laut Statistischem Bundesamt 2007 insgesamt 29,06% in direkten und indirekten Subventionen an die Bevölkerung:

Sozialleistungen gesamt in Mrd.	706,868 Mrd. €
Je Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt	8.593 Mrd. €
Die insgesamt 15,2 Millionen hier lebenden Migranten zahlten (Asylanten zahlten nichts)	rd. 53 Mrd. €
Jeder Migrant kostet durchschnittlich je Jahr	8.593 €
Jährl. durchschn. je Einzahler (53 Mrd. : 15,2 =)	3.486 €
Unterdeckung je Migrant	- 5.106 €

Auf die Anzahl der Migranten in der Bundesrepublik, einschließlich derjenigen mit Migrationshintergrund gerechnet, ergab sich somit 2007 eine

Unterdeckung von (15,2 Mio. x 5.106,79) 77,620 Mrd. €

POS. IV/12 Asylanten-/ Migrantenkosten 2007 — 77,620 Mrd. €

Das ergibt in zehn Jahren 776 Milliarden, in nur 15 Jahren 1,164 Billionen, die für den notwendigen Schuldenabbau nicht mehr zur Verfügung stehen - von Zins und Zinseszins nicht zu reden!

Eine andere Rechnung kommt in Teilbereichern auf folgende Bilanz

Kosten für Nichtdeutsche:

Öffentliche Belastung jährlich	20 Mrd. DM
Kinder- und Erziehungsgeld für Ausländerkinder (1999):	6 Mrd. DM
Kosten für ausländische Schüler:	>10 Mrd. DM
Allein die Bundesländer zahlten für ausländische Studenten 1998	rd. 2,5 Mrd. DM
Allein diese Posten summieren sich schon auf jährlich	38,5 Mrd. DM.

Ausländerkriminalität im Tagesgeschehen

Das ganze Ausmaß der Ausländerkriminalität bleibt den meisten Deutschen verborgen, weil er erstens nur von den Fällen erfährt, über die die Regionalzeitungen berichten; zweitens, weil einige nördliche Bundesländer über die Nationalität der Täter nichts mehr verlautbaren. Ein unvollständiger Überblick über Nachrichten aus der Schweiz, Österreich und Deutschland zeigt bereits die erschreckende Realität. Hier eine kleine Sammlung aus nur drei Märztagen:

Mittwoch, 24. März 2010

- Mörderin nach 10 Monaten schon frei. (kurier.at)
- Das Kettenphantom ist gefaßt. (kurier.at)
- Wiener Polizei von Frauen bestohlen. (kurier.at)
- Gewaltexzesse in Hürm: absoluter Horror. (kurier.at)
- Mehr Raubüberfälle, Drohungen und Gewalt gegen Beamte. (bazonline.ch)
- Mehr Einbrüche und Taxiräuber im Landkreis Lörrach. (bazonline.ch)
- Kosovarin tötete - und darf in die Schweiz zurück. (bazonline.ch)
- Aktuelle Warnung vor Betrügern (Badische-Zeitung) Unglaubliches.
- Kirche, Juden, Schwule: Topolanek in Fahrt. (kurier.at)

Dienstag, der 23. März 2010

- Pärchen schlug in der S-Bahn zu. (presseportal.de)
- 17jährige sexuell belästigt. (presseportal.de)
- Jugendliche schlagen und berauben zwei Männer. (presseportal.de)
- Kioskeinbrecher aus Bremen nach Geständnis wieder auf freiem Fuß. (presseportal.de)
- Straßenraub in Höntrop. (presseportal.de)
- Bundespolizei nimmt 25jährigen Mann fest. (presseportal.de)
- Festnahmen wegen unerlaubten Aufenthaltes. (presseportal.de)
- Zeugenaufruf. Spielhalle ausgeraubt. (presseportal.de)
- Tatverdächtiges Trio verschwand in weißem Honda Civic. (presseportal.de)
- Schwarzafrikaner (von drei Südländern) niedergeschlagen und beraubt. (preseportal.de)
- Wieder falsche Schmuckverkäufer gefaßt. (presseportal.de)
- Zwei maskierte und bewaffnete Täter (türk. Akzent) überfallen Einkaufstand (presseportal.de)

- Vier Tatverdächtige nach Raubüberfall festgenommen. (presseportal.de)
- Bundespolizei deckt sechs Fälle unerlaubter Migration auf. (presseportal.de)
- Mädchen an Bushaltestelle Handy entrissen. (presseportal.de)
- Bundespolizei findet Kokain in Kosmetikflaschen. (presseportal.de)
- Körperverletzung nach Streit auf Bahnhofsvorplatz. (presseportal.de)
- Massenschlägerei bei Hochzeit im Aargau. (bazonline.ch)
- Mann zu Tode geprügelt. (bazonline.ch)
- Kriminalstatistik: 666 Vergewaltigungen. (bazonline.ch)
- Düsseldorfs gemeinster Räuber. (bild.de)
- Türsteher prügelt Gast ins Koma. (20min.ch)
- Schwalmstadt-Treysa: Orientalbande überfällt und verletzt 26jährigen Einheimischen. (radio-freiheit.info)
- Zwei Drogenhändler afrikanischer Herkunft. (polizeibericht.ch)
- Sieben Mitglieder einer Einbrecherbande festgenommen. (polizeibericht.ch)
- Raub in Tankstellengeschäft. (polizeibericht.ch)
- Aktuell! Warnung vor Betrügern. (Badische-Zeitung)
- Poker-Räuber gibt 4.000 Euro zurück. (bild.de)
- Berliner Poker-Räuber gibt Beute zurück. (morgenpost.de)
- Im Treppenhaus begrapscht: 24jährige überfallen. (abendzeitung.de)
- Taschendiebbande vom Balkan im Ruhrgebiet zerschlagen. (derwesten.de)
- Pokerräuber mit Taschengeld abgespeist. (tagesspiegel.de)
- Poker-Raub: Hier gabs den Kassensturz. (bz-berlin.de)

Montag, 22. März 2010

- Poker-Raub: Drathzieher geschnappt? (bz-berlin.de)
- Albaner! Drogen-Schmuggel: 232 Kilogramm Mariuana aus Verkehr gezogen. (abendzeitung.de)
- Todes-Vater Shala B. wollte neben ihm beerdigt werden. (bild.de)
- Zöllner beschlagnahmen Dopingmittel. (bild.de)
- Sie schlugen Löcher ins Parkett. (20min.ch)
- Wegen 20 Franken zu Tode geprügelt. (20min.ch)
- Drogendealer festgenommen. (berlin.de)
- Opfer noch nicht vernehmungsfähig. (b2b-deutschland.de)
- Mit Molotow-Cocktails Moschee angegriffen. (derwesten.de)
- Brutale Attacke auf 27jährigen in der Lenzsiedlung. (abendblatt.de)
- Altreifen entwendet - Festnahme. (presseportal.de)

- Zeugenaufruf nach gefährlicher Körperverletzung in Harnburg-Lokstedt.. (presseportal.de)
- Räuberisches Wochenende. (presseportal.de)
- Mutmaßlicher Mörder gefaßt. (welt.de)
- Jugendliche überfallen. (rp-online.de)
- Heroinländer aus Libanon und Vietnam gefaßt. (morgenpost.de)
- Fall Saracuz: War der Mörder sein Freund? (abendzeitung.de)
- Fünf Jahre Haft für versuchten Mord. (derwesten.de)
- Späte Erfolge gegen kriminelle (Ausländer-) Banden. (kurier.at)

Cenerationenbilanz

Die ›Stiftung Marktwirtschaft‹ errechnete 2008 in einer detaillierten Studie zur sogenannten »Generationenbilanz« die langfristigen Auswirkungen der Zuwanderung für die Volkswirtschaft. Danach wird wegen der in Zukunft zu erwartenden Ansprüche an Sozialsysteme oder Pensionsfonds, welche die in Deutschland lebenden Asylanten/Migranten in den nächsten Jahrzehnten an den deutschen Staat richten werden, die sogenannte »Generationenbilanz« in ein sattes Minus abrutschen. Volkswirtschaftler rechnen die zukünftigen Sozialleistungen zum aktuellen Schuldenstand hinzu. Rechne man zur offiziellen Schuldenlast von Bund, Ländern und Gemeinden, die derzeit (ohne Renten- /Pensionsansprüche) bei über 1,7 Billionen Euro liegt, noch einmal die›Bringschuld‹ des Staates in Gestalt zukünftiger Sozialansprüche hinzu, so beträgt gegenwärtig die Schuld von Bund, Ländern und Gemeinden - eingerechnet die (nicht vorhandenen, aber verpflichtenden!) Rückstellungen für Beamtenpensionen, Gesundheits-, Pflege- und Rentenversicherung - ohne Ausländer - 7,85 Billionen Euro. In der Volkswirtschaftslehre spricht man hier von der sogenannten ›Nachhaltigkeitslücke‹.

Weil die in Deutschland lebenden Ausländer aber im Vergleich zu Deutschen (ohne ›Migrationshintergrund‹) wesentlich weniger oder überhaupt keine Sozialbeiträge leisten, jedoch durchschnittlich bedeutend mehr Leistungen aus den deutschen Sozialsystemen beziehen, vergrößert sich die ›Nachhaltigkeitslücke‹ durch die Zuwanderer noch einmal um 58 Prozent des aktuellen deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Tabu-Brecher Thilo Sarrazin erzwingt öffentliche Diskussion

Die aus ökonomischer Perspektive gemachten Aussagen des ehemaligen Berliner Senators und Tabu-Brechers Thilo SARRAZIN seien im Wortlaut nach dpa angeführt:

Über Araber und Türken:

»Eine große Zahl an Arabern und Türken ... hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel, und es wird sich auch vermutlich keine Perspektive entwickeln.«

»Die Türken erobern Deutschland genauso wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate.«

»Ich muß niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.«

»Jeder, der bei uns etwas kann und anstrebt, ist willkommen; der Rest sollte woanders hingehen ... Die Medien sind orientiert auf die soziale Problematik, aber türkische Wärmestuben können die Stadt nicht vorantreiben.« (jeweils September 2009)

Doch was wird statt dessen der deutschen Bevölkerung zugemutet? Die Innenministerkonferenz von Anfang Dezember 2009 beweist wieder einmal, daß man auf die Belange der Deutschen nicht die geringste Rücksicht zu nehmen gedenkt.. Das 2007 beschlossene Bleiberecht, das geduldeten Ausländern ohne Aufenthaltsbewilligung den weiteren Aufenthalt ermöglichte, wenn sie bis Ende des Jahres 2009 eine Arbeit fänden, wird nun nochmals um drei Jahre verlängert. Ein Freifahrtsschein für Millionen Illegale!

Migrationskosten in Nachbarstaaten

In den doch als tolerant angesehenen Niederlanden steigt die Unmut über die hohe Zahl von Immigranten, die sich nicht integrieren wollen, was zu einem Erstarken der ›Partei für die Freiheit‹ (PVV) führte, die bei Wahlen zweitstärkste Partei wurde. Darüber berichtete die *Junge Freiheit* am 18. September 2009 ausführlich unter der Überschrift »Die brisante Milliardenfrage«. Danach ist in den Niederlanden eine öffentlich geführte Debatte um die Einwanderungskosten entstanden. Die beiden Hauptthemen der PVV sind ein neuer Kurs in der Europa- und Migrationspolitik.. Dabei gibt es in den Niederlanden bereits wesentlich härtere Gesetze als in Deutschland. So hat der aus Marokko stammende Sozialdemokrat *(PvdA)* Ahmed ABOUTALEB bisher schon drastische Maßnahmen durchgesetzt, die hierzulande zu Protesten empörter Gutmenschen führen würden, zum Beispiel häusliche Überwachung der meist ›farbigen‹ Sozialhilfebezieher.

Der PVV-Abgeordnete Sietse FRITSMA hatte schon im Juli 2009 als Mitarbeiter der Einwanderungsbehörde (IND) einen Katalog von 79 Fragen

zusammengestellt, um eine gesamtniederländische Kosten-Nutzen-Rechnung für die Integration der nichteuropäischen Migranten in den letzten vierzig Jahren zu erstellen. Er selber hatte überschlägig errechnet, daß diese bislang etwa 100 Milliarden Euro gekostet habe.

Der niederländische Integrationsminister Eberhard VAN DER LAAN (PvdA) versprach, umfassend Auskunft zu geben, wenn auch nur, um diese unglaubliche Summe zu relativieren. Keineswegs überraschend erklärte er dann, es gäbe »keine Buchhaltung über die gesellschaftlichen Gruppen«, und aus »politischen Gründen« werde er der Sache auch nicht weiter nachgehen. Damit allerdings lieferte er selbst eine Steilvorlage, denn nach niederländischem Recht darf kein Minister dem Parlament eine Auskunft verweigern. Er wurde vom Parlament einbestellt und erklärte, alle relevanten Antworten bereits gegeben zu haben. Also keine! Die PVV stand daraufhin allein da, denn nun fiel auch den anderen Parteien plötzlich auf, daß die Beantwortung der Frage nicht unbedingt politisch nützlich sein werde.

Das Magazin *Elsevier* berichtet dennoch laufend über die Kosten. Bereits im Juli 2009 war ein Redakteur anhand der ihm zur Verfügung stehenden Zahlen zu dem Schluß gekommen, daß die Migration allein in diesem Jahr (2009) nahezu 13 Milliarden Euro verschlingen werde; insgesamt habe sie wohl mehr als 200 Milliarden gekostet. Auch diese Zahlen werden vorerst unwidersprochen bleiben. Nach einer Umfrage von *Elsevier* überlege jeder dritte Migrant, die Niederlande zu verlassen - natürlich nicht zurück in die Heimat, denn dort gibt es keine Sozialleistungen. Doch östlich der Niederlande bietet sich ein Land zur Einwanderung an, in dem für Asylanten Milch und Honig fließen. Noch verlockender ist vielleicht Österreich, wo folgende Leistungen amtlich sind (2008):

Asylant (mit 6 Kindern)	
Mann	379,50 €
Frau	379,50 €
Zuschlag*	50,60 €
6 Kinder **	1.062,60 €
Wohnbedarfsbeihilfe Gde.	227,70 €
Zwischensumme	2.099,90
Wohnbeihilfe (in Kärnten)	260,00 €
Familienbeihilfe FAl. ***	234.00 €
Gesamt	3.593,90 €

österreich. Facharbeiter (3 Kinder)	
Facharbeiterlohn, Mann	1.473,78 €
Frau	0,00 €
abzüglich Krankenkasse	221,07 €
Zwischensumme	1.252,71 €
abzüglich Lohnsteuer	131,78 €
Zwischensumme	1.120,93 €
Familienbeihilfe FA ***	571,80 €
Gesamt	1.692,73 €

* Anspruch ab 2 Kindern unter 15 Jahren.
**Gestaffelt nach Alter, unter oder über 10 Jahre
***Angenommenes Alter der Kinder: 2, 6, 8, 11, 13, 15 Jahre.
Familienbeihilfe gestaffelt nach Alter und Anzahl
von 112,70 bis 180,90 Euro monatlich
+ Kinderabsetzbetrag 50,90 Euro je Kind

»Koloniale« Landnahme

Im Verlauf zweier Jahrtausende wurde Germanien und Deutschland von seiner ungeheuer fleißigen und einfallsreichen Bevölkerung urbar gemacht und aufgebaut. Am Ende verfügte es über Aberbillionenwerte an Einrichtungen aller Art: wunderschöne Dörfer und Städte mit Krankenhäusern, Schwimmbädern, Theatern, Opernhäusern, Schlössern, mit den (damals) besten Schulen und Universitäten der Welt, einem leistungsfähigen Verkehrsnetz, und vieles, vieles andere mehr. Dieses reiche Land wurde immer wieder von seinen Nachbarn beraubt und zerstört; Frankreich allein hat über 30 zerstörerische Feldzüge gegen das Reich geführt. Nach 1945 hat die deutsche Bevölkerung die von den Alliierten in verbrecherischer Weise durch Terror-Bombardierung zerstörten Städte samt Infrastruktur wieder aufgebaut.

Und nun droht nach dem Verlust der Ostgebiete auch noch der Verlust ganz Deutschlands an einwandernde Landnehmer. Abgesehen davon, daß diese überwiegend dem deutschen Steuerzahler zur Last fallen, sind sie auch noch dabei, mit staatlicher Unterstützung durch die türkische Regierung immer größere Immobilien in die Hände zu bekommen, wie beispielsweise im Bereich vieler Großstädte. Im Raum Bodensee erhalten türkische

Immobilienhändler vom türkischen Staat zinslose Kredite. Darüber hinaus nutzen Millionen Zuwanderer alle öffentlichen Einrichtungen, ohne, wie jeder deutsche Steuerzahler, jemals dafür gearbeitet oder auch nur einen Cent gezahlt zu haben. So muß die türkische Regierung nicht nur nicht für Millionen Sozialfälle aufkommen, sie muß auch nichts für Krankenhäuser, Schulen usw. investieren.

Zahlungen der Bundesregierung an ausländische Empfänger

Auslandsüberweisungen des Bundes 2004

Vergleicht man Zahlen des Bundeshaushaltes mit denen der Bundesbank, so ergibt sich bei der Überweisung ins Ausland eine Diskrepanz:

laut Bundeshaushalt 2004:	18.374,000 Mio. €
laut Bundesbank 2004:	20.573,000 Mio. €

Das Bundesfinanzministerium unterschlägt über 2,2 Milliarden Euro an Auslandsüberweisungen. Die Differenz erklärt sich womöglich aus Überweisungen aus dem Geheimfond des Außenministers, aus dem Etat der Bundeskanzlerin oder aus dem Etat »Arbeit und Soziales«. Die Bundesregierung hielt es offensichtlich für erforderlich, den Transfer von zwei Milliarden Euro zu verschleiern

Auslandslandszahlungen 2005 (Nettozahlungen[145] in Mrd. €)

a) Auslandsverpflichtungen	
- EU-Netto-Zahlungen plus Entwicklungsfond	12,470
- Entwicklungshilfe[146]	2,390
- Kultur und Bildungspolitik im Ausland	0,544
- NATO-Beitrag (anstelle von Besatzungskosten)[147]	0,530
- IWF/Weltbank	0,370
- Humanitäre Hilfe	0,110
- Für US-Stützpunkte in D. (70000 Soldaten),	rd.1,200
- Schuldenerlaß für Irak u. Nigeria 3 Mrd. US$	rd.2,500
POS. IV/18a Für Auslandsverpflichtungen	20,114 Mrd. €
b) Bundesetat-Posten 52.902-029	
POS. IV/18b Für geheime Zwecke des A.A.	1,111 Mio. €

145 Laut Bundeshaushalt 2005, Unternehmermagazin *Impulse.*

146 Ohne Zahlungen im Inland für Personal usw.

147 Nach 1955 wurden die Besatzungskosten im Westen als» Beitrag zu den Kosten der Stationierung alliierter Truppen in der BRD" oder als »Maßnahme der gegenseitigen Hilfe" (Art. 3 des NATO-Paktes) umschrieben.

c) Für Friedenstruppen der UNO

- Libanon	6,400 Mio. €
- Westsahara	2,900 Mio. €
- Kosovo	18,600 Mio. €
- Kongo	78,100 Mio. €
- Liberia	56,200 Mio. €
- Haiti	25,900 Mio. €
zusammen	189,211 Mio. €
POS. IV/18c Für Friedenstruppen der UNO	0,189 Mrd. €

d) Bundes-Etat-Posten 533.01-032

- Ausbildung Angehöriger ausländ. Streitkräfte	3,560 €
- UNO-Beitrag 2005	0,530 €
- Bundeswehreinsätze 2005 in Georgien, Eritrea, Afghanistan, Äthiopien, am Horn v. Afrika, im Kosovo	1,100 €
- Wiedergutmachung	1,000 €
- Entwicklungshilfe Einzelplan 23 (BMZ)	3,859 €
- Übrige Einzelpläne (des Auswärtigen Amtes u.a.)	0,991 €
- ERP-Sondervermögen (Bundes-Exportfonds)	0,150 €
- Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer und Gemeinden (einschl. Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern)	0,460 €
- Entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die EU (EEF), deutscher Finanzierungsanteil	1,374 €
POS. IV/18d Bundes-Etat-Posten 533.01-032	13,024 Mrd. €

Zusammenfassung: Etat-Positionen 2005

POS. IV/18a Auslandsverpflichtungen	20,114 Mrd. €
POS. IV/18b Für geheime Zwecke des A.A.	1,111 Mio. €
POS. IV/18c Für Friedenstruppen der UNO	0,189 Mrd. €
POS. IV/18d Bundes-Etat-Posten 533.01-032	13,024 Mrd. €
POS. IVj18 Bundeshaushalt - 2005, Einzelpos. zus.	33,105 Mrd. €
POS. IVj12 Asylanten-/ Migrantenkosten jährl..	+77,620 Mrd. €
	110,725 Mrd. €
POS. IVj19 Gesamt 2005 an/ für Nichtdeutsche, an internat. Organisationen/ Projekte	110,725 Mrd. €

Man muß sich diese Zahl einmal vor Augen halten: Von einem Bundesetat von rund 280 Mrd. Euro (2009) und dem Sozialetat werden über 110 Mrd. Euro (nach Abzug der Anteile der Länder und Gemeinden) aus Steuermitteln und Sozialbeiträgen überwiegend für Fremdinteressen aufgebracht. Das ist nur möglich, weil sich Bund und Länder jährlich in Milliardenhöhe weiter verschulden, statt Schulden abzubauen. Das treibt auf die Dauer einen Staat in den Ruin, erst recht, wenn in der gegenwärtigen Finanzkrise gigantische Verschuldungen hinzukommen. Inwieweit diese Zahlungen teilweise auch im deutschen Interesse liegen, kann hier nicht untersucht werden.

Für das Jahr 2005 mußte der Finanzminister noch zusätzlich fünf Milliarden Euro abschreiben, die Kanzler SCHRÖDER Rußland auf Kosten der Steuerzahler erließ.

Bundeshaushalt 2008

Deutsche Krankenkassenleistungen im Ausland

Für jeden Türken, der in Deutschland arbeitet, übernimmt seine deutsche Krankenversicherung die Kosten der medizinischen Versorgung seiner Eltern, die in der Türkei wohnen - und nicht nur für diese, für alle (!) nach türkischem (!) Recht anspruchsberechtigten Angehörigen. Zur Zeit zahlen die deutschen Krankenkassen jährlich etwa 150 Millionen Euro. Die Technikerkrankenkasse erklärte hierzu.

»Die obigen Ausführungen sind korrekt und für alle gesetzlichen Krankenkassen verbindlich. In Deutschland haben nur die Ehegatten und die Kinder auf Durchführung der Familienversicherung. Hiervon unberührt bleiben allerdings Regelungen des zwischenstaatlichen Krankenversicherungsrechts. Diese dürfen nur von den Regierungen vereinbart werden. Das Abkommensrecht sieht dabei vor, daß sich der Personenkreis der anspruchs berechtigten Familienangehörigen nach dem Recht des aushelfenden (hier türkischen) Trägers bestimmt. Sofern das dortige Recht auch eine Familienversicherung für die Eltern des unterhaltspflichtigen Versicherten vorsieht, erhalten diese Leistungen im Wohnland (Türkei), als wenn sie dort selbst versichert wären. Hierzu zahlen die deutschen Krankenkassen einen Pauschbetrag.«

Auf Anfrage an die Bundesregierung erklärte diese, sie sehe zur Zeit für eine Änderung keinen Handlungsbedarf. Doch wer nichts sieht oder sehen will, ändert nichts daran, daß hier Steuergelder zugunsten Nichtdeutscher verschleudert werden.

POS. IV/20 Krankenkosten f. türk. Angeh. im Ausland 0,150 Mrd. €

Bundeshaushalt 2008, Auswärtiges Amt, Einzelplan 05 Ausgaben für fremde Belange

Etat-Position	Haushaltspositionen Soll 2008 (Auszug)	in Mio. €
685.15-029	Förderung des Europ. Gedankens. Beitrag an UNO	684,000
68712-029	Für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland	50,600
68723 -023	Beteiligung am Welternährungsprogramm	23,008
68723-029	Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe, Maßn. zur Förderung der Menschenrechte	20,190
68724-029	Deutsch-Israelisches Zukunftsforum	8,000
68725-029	Förderung von Projekten zur Holocaust-thematik	335,000
68727-029	Beitrag zum deutsch-tschechischen Zukunftsfonds	5,000
68730-022/ 68734-022	Beiträge an Organisationen und Einrichtungen im internationalen Bereich:	529,596 140,273
68738 -023	Förderung der internationalen Agrarforschung	15,400
68747-029	Deutscher Beitrag im Rahmen der G8-Initiative zur Abrüstungs- und Nichtverbreitungs-zusammenarbeit	54,512
68748-029	Afrika-Initiative im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft	30,000
68765-022	Deutsche Beteiligung an zivilen Krisenmanagement-maßnahmen im Rahmen d. ESVP[148]	8,104
68766-029	Unterstützung von Maßnahmen der OSZE[149]	2,400

POS. IV/21 Etat 2008, Einzelplan 05, zus. in Mio. Euro 1.906,063

Die unvollständige Liste zeigt, für wie viele Posten Deutschland in der Welt bezahlt. Im Etat 2006 hatte die Endsumme für dieselben Posten noch 1215 Mio. Euro betragen. Das beweist, daß im Zeitraum 2006-2008 die Ausgaben des Auswärtigen Amtes für internationale Empfänger allein bei diesen Posten um etwa 700 Millionen gestiegen sind. Das stellt eine Steigerung von rund 63 Prozent dar!

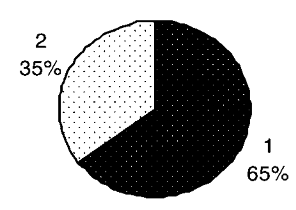
[148] Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).
[149] Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Übersicht:
Leistungen der BRD 2008 zugunsten ausländischer Bürger, Organisationen oder Staaten und internationaler Projekte

POS.	Leistungen der Bundesregierung 2008	in Mrd. €
IIIf6	Getarnte »Wiedergutmachung« an Israel (Renten),	0,200
IIIf15	Kontingent-Juden, Vollalimentation jährlich rd.	1,000
	›Wiedergutmachungs‹-Zahlungen an Israel usw.	1.000
IIIf16	Zentralrat der Juden in Deutschland, jährlich	0,005
IV/1	Beseitig. sowj. NuklearmaterialjChemiewaffen	0,060
IV/1	Für Verschrottung russischer U-Boote	0,050
IV/4	EEF-Beitrag der BRD 2008	0,833
IVjS	Bundes-Etat für IWF/ Weltbank 2008	0,564
IV/6	Auslandseinsätze 2008	1,000
IVf7	Jährliche Stationierungskosten	0,123
IV/8	Jährlicher NATO-Beitrag	0,319
IV/9a	Für zivilen Aufbau Afghanistans und	0,170
IV/9b	drei Jahre lang für zivilen Aufbau zusätzlich, jährl.	0,140
IV/ge	Polizei-Ausbildung in Afghanistan 2008	rd.O,038
IV/11	Beschaffungskosten für Auslandseinsatz	1,700
IV/12	Asylanten- / Migrantenkosten, im Durchschnitt, ohne Zins, jährlich mind.	76,620
IV/13	Entwicklungshilfe 2008, mind.	5,161
IV/16	Deutschlands Netto-Beitrag 2008 zur EU	8,774
IV/20	Kassenleistungen für türk. Angehörige in d. Türkei	0,150
IV/21	Etat 2008, Einzelplan 05, Auszüge (s.o.) zus.	1,906
POS. IV GESAMT:	Leistungen der BRD 2008 in Mrd. €	**99,813**

Die oben angeführten Leistungen der Haushalte des Bundes, der Gemeinden, der Kranken- und Rentenkassen in Höhe von etwa 100 Milliarden Euro innerhalb eines Jahres entsprechen in etwa einem Drittel (35,33%) des Bundeshaushaltes von 2008 (283 Mrd. Euro). Hinzu kommen die Leistungen der Kirchen und nichtkirchlicher Vereine. Nicht zu vergessen sind auch die Milliarden an deutschen Spenden, die jährlich weltweit Hilfe in der Not bringen. Dabei ist es unerheblich, ob die vielfach pauschal ermit-

telten Ergebnisse im einzelnen korrigiert werden können. Erheblich ist dagegen die Frage, ob und wie diese enorme Belastung der deutschen Volkswirtschaft verringert werden kann angesichts der Verarmung unterer und sogar mittlerer Schichten durch Arbeitslosigkeit und fehlende Neuinvestitionen. Selbstverständlich sind humanitäre Hilfeleistungen nach einer Erdbeben- oder Hungerkatastrophe gerechtfertigt. Darüber hinaus ist es aber höchst fraglich, ob Deutschland im NATO-Rahmen sich an Kriegen in aller Welt beteiligen soll, was mit Millionen-Kosten und Verlusten an Menschenleben verbunden ist. Schließlich ist die NATO ein Verteidigungsbündnis, und kein Angriffsbündnis zur Errichtung eines US-Imperiums.



Bundes-Etat 2008, Anteil der Fremdkosten (100 Mrd. Euro von 283)

	Beispiele mehrjähriger Leistungen der BRD	in Mrd. €
IV/2	1996 an internationale Organisationen	rd.2,410
IV/3	Entwicklungshilfe von 1950 bis 1986	1.375,800
IV/10	militärische Missionen 1992 bis 2009	11,000
IV/14	Wiederaufbauhilfe für den Irak	5,000
IV/15	Deutscher EU-Netto-Beitrag von 1995 bis 2003	76,700
IV/17	Schuldenerlaß (mehrjährig)	7,500
POS. IV GESAMT		1.478,410 Mrd. €

Allein diese wenigen Posten ergeben die riesige Summe von fast 1,5 Billionen Euro, was dem Finanz-Schuldenstand der BRD vor der Finanzkrise 2008 entsprach. Mitanderen Worten: Diese Ausgaben haben die Verschuldung mitverursacht.

Ausplünderung Deutschlands: Gesamt-Bilanz 1919 bis 2008

Teil I:	Gesamtbilanz 1919 bis 1932: POS. 1/5: Besatzungs- u. Reparat.-Kosten bis 1932 zus. 538,628 Mrd. €	538, 628 Mrd. €
Teil 11:	Gesamtbilanz 1944 bis 1954: POS. IIf19: nach 1945 Raub, Demontagen, Vermögensverluste Vertreibungen	11.718,180 Mrd. €
Teil 111:	Gesamtbilanz 1954 bis 2009: POS. IIIf27: »Wiedergutmachung« mind.	6.281,479 Mrd. €
		18.538,287 Mrd. €
Deutsche Verluste seit 1919 (heutiger Wert):		18,538 Bill. €

Teil IV: Jährliche weitere Ausplünderung Deutschlands (am Beispiel des Haushaltsjahres 2008):

POS. IV/14 Gesamt-Zahlungen an/für Nichtdeutsche, an intern. Organisationen usw. 2008	77,876 Mrd. €
Jährliche zusätzliche Belastungen 2008:	mind. 77,876 Mrd. €

Langfristige Folgen der Ausplünderung Deutschlands

Über 18 Billionen Euro - eine unvorstellbare Summe, um die das deutsche Volk betrogen wurde. Unsere gesamte heutige Volkswirtschaft müßte etwa 15 Jahre arbeiten, um diese Summe zu erwirtschaften. Der Bundeshaushalt könnte damit etwa 35 Jahre versorgt werden, ohne einen Cent Steuern zu verlangen. Die Folgen dieses Aderlasses zeigen sich immer mehr in der wachsenden Verarmung Deutschlands, an dem Abschmelzen seiner Substanz, besonders im Bildungswesen, das einmal das beste in der Welt gewesen ist. Dennoch geht der Aderlaß weiter. Jährliche Finanztransfers und die Folgekosten einer unverantwortlichen Migration sorgen dafür, daß weiterhin Milliarden dem deutschen Haushalt entzogen werden, wodurch unter anderem Neuinvestitionen im Bildungswesen verhindert werden.

Übersicht des Statistischen Reichsamtes
über die Bewertung der deutschen Reparationsleistungen vom 11. November 1918 bis 30. Juni 1931[150]

A. Leistungen bis zum Inkrafttreten des Dawes-Plans am 31.8.1924:

	Deutsche Bewertung	Gutschriften der Repko
	in Millionen RM	
Barzahlungen auf Grund des Londoner Zahlungsplans für 1921 und 1922	1.700	1.690,7
Rheinlandzölle 1921	3	3,3
Sonstige Barzahlungen	51	16,0
Englische Reparationsabgabe	373	372,6
Kohlen und Koks	2.334	959,2
Kohlennebenprodukte und Stickstoff	40	30,7
Farbstoffe und pharmazeutische Erzeugnisse	250	115,3
Vieh	204	146,9
Landwirtschaftl.. Maschinen u. Geräte (Straflieferungen)	21	20,8
Sonstige Sachlieferungen	385	395,1
Kunstwerke an Belgien und Löwener Bibliothek	16	2,2
Seeschiffe (Handelsflotte):		
abgelieferte	3,426	711,5
beschlagnahmte	1.060	—
Binnenschiffe	56	50,0
Hafenmaterial (Ersatzlieferungen für Scapa Flow)	80	—
Eisenbahnmaterial:		
rollendes Material	1.797	1.097,0
feste Geräte und Materialien	6	5,5
Lastkraftwagen	59	32,2
Nichtmilitärischer Rücklaß an den Fronten	5.04	140,0
Privatkabel	78	53,2
Privateigentum (einschl. Wertpapiere) im Auslande	10.080	12,2
Ausgleichsverfahren	617	—
Eisenbahnen und Bergwerke in Schantung, Lehrinstitute in Schanghai	95	2,2
Wert der auf die abgetretenen Gebiete ent-fallenden, aber nicht übernommenen An-teile an Reichs- und Staatsschuld	657	25,6
Abgetretenes Reichs- und Staatseigentum	9.670	2.780,5
Arbeiten deutscher Kriegsgefangener	1.200	—

Kriegsmaterial-Schrotterlöse	52	52,6
Abgelieferte Kriegsflotte	1.338	–
Summe A	40.689	8.716,6
B . Während d. Ruhrbesetzung erzwungene Leistungen:		
Sachlieferungen	820	
Barzahlungen	550	
Summe B	1.370	921,2
Summe A + B bis 31. August 1924	**42.059**	**9.637,8**
C. Leistungen auf Grund des Dawesplans	7.993	7.553,2
D. Leistungen auf Grund des Young-Plans, des Deutschamerikanischen Schuldenabkommens und des Deutsch-Belgischen Markabkommens	**3.103**	**2.800,0**
Summe C + D (Dawes- u. Young-Plan zus.)	11.096	10.353,2
Summe A bis D (Gesamtsumme der Leistungen vom 11. November 1918 bis 30. Juni 1931)	**53.155**	**19.991,0**
E: Sonstige Leistungen:		
a) Innere Besatzungskosten	2.012	787,9
b) Kosten interalliierter Kommissionen	106	–
c) Militär. Abrüstung einschl. versenkter Flotte	8.500	–
d) Industrielle Abrüstung	3.500	–
e) Kosten der Grenzregulierung, Abstimmung, Flüchtlingsfürsorge sowie die durch die deutschen Leistungen verursachten Verwaltungskosten	400	–
Summe E	14.518	787,9
Summe A bis E Deutsche Gesamtleistungen	**67.673**	**20.778,9**

[150] Aus: Ursachen und Folgen, Bd. 8, S. 182 f.
[151] Im wesentlichen Barzahlungen für Elsaß-Lothringen (Kriegsausgaben der Gemeinden, Pensionen, Abfindungen).

Mitte der neunziger Jahre klagte das Mitglied des Haushaltsausschusses Erich Riedl über einen »weltweiten Schlendrian großzügiger Ausgabenpolitik«. 6,7 Mrd. DM verteilte Bonn damals an 344 inter- und supranationale Organisationen und Projekte. Darunter befanden sich exotische Blüten wie das Amt für Rebe und Wein in Paris oder ein Reisforschungsinstitut auf den Philippinen! Aus: *FOCUS*, 8, 1996.

GOLDESEL DEUTSCHLAND ZAHLT AN 344 ORGANISATIONEN

Die Leistungen des Bundes an 344 internationale und supranationale Organisationen beliefen sich im vorigen Jahr auf etwa 6,687 MILLIARDEN MARK (Sollzahlen 1995). FOCUS listet eine Auswahl der Beiträge auf (in DM):

AUSWÄRTIGES AMT

Vereinte Nationen (UN)	488 059 000
NATO-Zivilhaushalt	53 822 000
UN-Organisation für Erziehung, Wissensch. u. Kultur (UNESCO)	49 314 000
Europarat	44 080 000
Gemeins. EU-Sicherheitspolitik	16 180 000
Internationale Schulen	12 868 000
UN-Hilfswerk f. Palästina-Flüchtlinge, inkl. bilateraler Hilfe (UNRWA)	10 300 000
Westeuropäische Union (WEU)	9 182 000
Weltkinderhilfswerk (UNICEF)	9 000 000
Hoher UN-Flüchtlingskommissar	9 000 000
UN-Friedensoperation in Bosnien-Herzeg. (UNPROFOR II) (1994)	8 809 000
OSZE-Institutionen und sonstige Folgekonferenzen der OSZE	6 900 000
Vorbereitungskommission der Organisation f. Verbot chem. Waffen	4 896 000
Int. Komitee vom Roten Kreuz	1 100 000
Leistungen an externe Experten im Auftrag internat. Org.	1 000 000
Multinationale Beobachtertruppe auf der Sinai-Halbinsel	700 000
Europäisches Jugendwerk	689 000
UN-Übereinkommen gg. Folter u. a.	500 000
Int. Studienzentrale für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut	493 000

BUNDESMINISTER DES INNERN

Schengener Informationssystem	3 056 000
Erstattungen im Zusammenhang mit der Errichtung von EUROPOL	2 700 000
Int. kriminalpolizeil. Organisation	2 071 000
Generalsekretariat der Benelux-Wirtschaftsunion in Brüssel	1 218 000
Europ. Inst. für Öff. Verwaltung	300 000

BUNDESMINISTER FÜR JUSTIZ

Dienststelle Berlin des Europäischen Patentamts	9 669 000
Weltorg. für Geistiges Eigentum	1 695 000

BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT

Internationales Kälteinstitut, Paris	90 000
Internationaler Baumwollberatungsausschuß, Washington	67 000

BUNDESMINISTER FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO)	55 037 000
Internationaler Kakaorat, London	335 000
Int. Amt für Rebe und Wein, Paris	61 000
Int. Jagdrat zur Erhaltung des Wildes, Paris	50 000
Int. Erfassung und Überwachung von Waldschäden	48 000

BUNDESMINISTER FÜR VERKEHR

Europ. Organisation zur Sicherung der Luftfahrt	117 000 000
Europ. Organisation zur Nutzung von meteorolog. Satelliten	60 000 000
Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage	10 590 000
Zentralkommission für die Rheinschiffahrt, Straßburg	493 000
Department of State, Washington, für Kosten des Betriebs eines int. Eiswachtdienstes im Nordatlantik	166 000
Flugnavigationsdienste in Island	109 000
Internat. Ständiger Verband der Straßenkongresse, Paris	70 000
Oslo-Sekretariat zum Bonn-Abkommen, London	39 000

BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG

NATO-Infrastruktur	345 000 000
Militär. Anlagen im Ausland	190 000 000
NATO-Frühwarnsystem AWACS	162 200 000
NATO-Militärhaushalte	152 000 000
Deutsch-Franz. Forschungsinst.	38 370 000
Jagdflugzeug 90 – Agentur	14 000 000

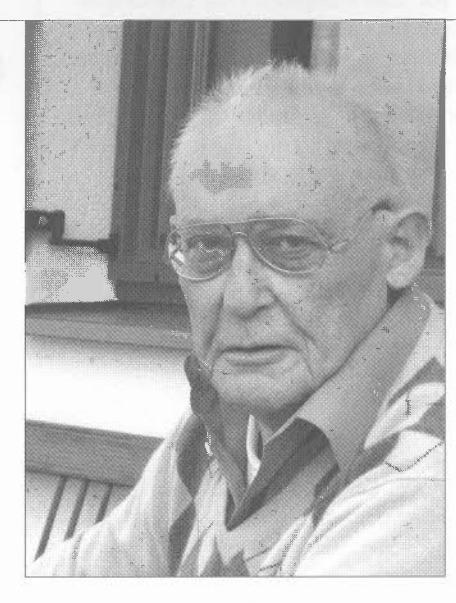
BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

Int. Entwicklungsorg. (IDA)	1 137 248 000
Europ. Entwicklungsfonds	829 943 000
Asiatischer Entwicklungsfonds	90 775 000
UN-Entwicklungsprogramm	133 000 000
Int. Währungsfonds	40 000 000
UN-Org. für industr. Entwicklung	16 573 000
UN-Hilfswerk für Palästinensische Flüchtlinge (UNRWA)	4 209 000
Reisforschungsinst., Philippinen	2 694 000
Internationale Sammelstelle für Pflanzen-Gene, Rom	1 655 000
Welternährungslage-Forschungsinstitut, Washington	1 383 000
Asiatisches Gemüseforschungsinstitut, Taiwan	474 000

Literaturverzeichnis

ABS, Hermann, *Entscheidungen 1949-1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens,* Mainz-München 1991.
AKINSHA, Konstantin, u. Grigori KOSLOW, *Beutekunst. Auf Schatzsuche in russischen Geheimdepots,* München 1995.
BASLER, Karl, *Die Ausraubung des deutschen Volkes nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und deren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft bis zur Gegenwart,* Graz 1988.
BAUMGART, Eberhard, *Halbe* 1945, Berg am Starenberger See 2003.
BOHLINGER, Roland, *Patriotismus, Ausländerfrage und die antideutsche Zielsetzung der herrschenden Klasse,* zit. in Porr, Wolfgang, *Wehe den Besiegten,* Tübingen 32004.
Bonner Almanach 1987/88. *Politik zum Nachschlagen.*
BRODESSER/FEHN/FRANOSCH/WIRTH, *Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation,* München 2000.
ECKERT, Horst, *Kriegsschuld. Eine deutsche Abrechnung,* München 1995.
EGGER, Leopold, *Das Vermögen und die Vermögensverluste der Deutschen in Jugoslawien,* Sindelfingen 1983.
EYTON, Steve, *Das Auge Davids. Israels Geheimdienst in Aktion,* Wien-München-Zürich 1971, S. 107 f.
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. September 2001
FRIEDRICH, Wilhelm, *Sammlung von Tabellenbüchern, 1928*
GEORG, Friedrich, *Unternehmen Patentraub* 1945, Tübingen 2008
GEORG, Friedrich, *Hitlers letzter Trumpf - Entwicklung und Verrat der Wunderwaffen,* Tübingen 2009
GOLDMANN, Nahum, *Staatsmann ohne Staat,* Köln 1970
HANKEL, Wilhelm, »Der Europäische Bundesstaat ist tot«, in: *Junge Freiheit* vom 6. 7. 2007
HARMSEN, Gustav Wilhelm, *Reparationen - Sozialprodukt - Lebensstandard. Versuch einer Wirtschaftsbilanz,* Bremen 1948, Heft 4.
HUBATSCH, Walter, *Die deutsche Frage,* Würzburg 21964.
Impulse, Unternehmermagazin, zu Bundeshaushalt 2005.
Junge Freiheit vom 10.3.2006 u. 30. 5. 1997.
KAUFMAN, Theodor Nathan, *»Germany must perish« (Deutschland muß vernichtet werden),* New York 1941.
KERN, Erich, *Verbrechen am deutschen Volk. Dokumente alliierter Grausamkeiten 1939-1949,* Göttingen 21964.
KNOP, Ingmar, *Mit der EU in den Abgrund? Deutschlands Selbstvernichtung,* München 2006.
KRAMMER, Arnold, *pw, Gefangen in Amerika,* Stuttgart 1982, S. 109.
KRANNHALS, Hans von, *»Ostdeutschland - heute* (1955)«, in: *Deutsche Monatshefte,* Heft 1/1989.
KRAUSE, Werner H., »Reparationen. Die Salven des Ersten Weltkrieges sind noch vernehmbar. Offene Rechnungen von 1921«, in: *Junge Freiheit* vom 4.6.1999.
MEISER, Hans, »Die totale Ausplünderung Deutschlands. Eine Bilanz nach 60 Jahren«, in: SUDHOLT, Gert (Hg.), *Deutsche Annalen 2006,* Stegen 2006; ders., »Die totale Ausplünderung Deutschlands. Teil 2: Wiedergutmachung«, in: SUDHOLT, Gert (Hg.), *Deutsche Annalen 2007,* Stegen 2007.
NORDBRUCH, Claus, *Der deutsche Aderlaß,* Tübingen 2001.
Nürnberger Zeitung, Nr. 230 vom 3./4.10.1996.
Ost-Dok. 2 Nr. 44/469 und nach KAPS, Johannes (Hg.), *Die Tragödie Schlesiens 1945/46 in Dokumenten,* München 1952.
OVERESCH, Manfred, *Das besetzte Deutschland,* Augsburg 1992, Teil I.
PAUSE, Hans, »Staatsschulden und Zinslasten gefährden Deutschlands Zukunft«, in: *Deutsche Annalen 2006,* Stegen 2006.
Porr, Wolfgang, *Wehe den Besiegten,* Tübingen 32004.
RUMPF, Ernst, *Wiedergutmachung. Deutschland zahlt immer, Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert,* Rosenheim 1992, Kultur- u. Zeitgeschichte, Archiv der Zeit.
Rurr, Franz, *Die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone,* hg. Vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1951
Sonntags Blitz, Die Bilanz des Kosovo-Krieges in: Ausgabe Nürnberg 13. 6. 1999, Nr. 24, S. 17.
STEIDLE, Bernhard (Hg.), *Verheimlichte Dokumente. Was den Deutschen verschwiegen wird,* Bd. 2, München 1995.
STEIN, Peter, »Milliarden ins Ausland. Staatspleite: Haushaltsposten, die für Bonn tabu sind«, in: *Junge Freiheit,* 13. 6. 1997.
STOLPER, Gustav (u.a.) *Deutsche Wirtschaft seit 1870,* Tübingen 1966.

Personenverzeichnis



DR. HANS MEISER

Geboren 1930 in Saarbrücken. 1954 bis 1997 Lehrtätigkeit. 1980 Dissertation in Osnabrück zum Thema »Der Nationalsozialismus und seine Bewältigung im Spiegel der Lizenzpresse der britischen Besatzungszone 1946–1949«

Veröffentlichungen:

Rätsel um GJR (Pattloch-Verlag)
Die Reisen des HL. Paulus (Haugg-Verlag)
Griechenland (Calig-Verlag)
Schlüssel zur Geschichte (Econ-Verlag)
Stichwort Geschichte (Knaur-Verlag
Zum Teufel mit Schmitterhannes (Wiermer-Verlag)
Die Hölle von Tscherkassy (Bublies-Verlag)
Gescheiterte Friedensinitiativen 1939–1945 (Grabert-Verlag)
Das Tribunal (Grabert-Verlag)
Das Ringen um Frankreich 1919–1940 (Druffel-Verlag)
So wurde Stalingrad verraten (Druffel-Verlag)
Verratetene Verräter (Druffel-Verlag)
Polen – ein Ärgernis? (Grabert-Verlag)
Völkermorde vom Altertum bis zur Gegenwart (Grabert-Verlag)
Deutschlands Abwehrkampf gegen den Bolschewismus (Grabert-Verlag)